



### 3. Demokratiebericht

Mitte(n) unter Druck. Bericht zur Lage der Demokratie und der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen 2025

---

# Impressum

**Herausgeber:**

Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen  
teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts  
beim Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen  
Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

[www.politische-bildung.nrw](http://www.politische-bildung.nrw)  
[info@politische-bildung.nrw.de](mailto:info@politische-bildung.nrw.de)

**Erscheinungsdatum:** 2026

**Redaktion:** Dr. Arne Hordt

**Wissenschaftliche Begleitung:**

Universität Duisburg-Essen  
NRW School of Governance  
Prof. Dr. Andreas Blätte, Prof. Dr. Susanne Pickel, Stine Ziegler M. A.  
[www.nrwschool.de](http://www.nrwschool.de)

**Durchführung der repräsentativen Befragung:**

aproxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung Weimar mbH  
Schillerstraße 10  
99423 Weimar  
[www.aproxima.de](http://www.aproxima.de)

**Gestaltung und Korrektorat:**

Meramo Verlag GmbH  
Gutenstetter Straße 8 D  
90449 Nürnberg  
[www.meramo.de](http://www.meramo.de)

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

# Inhaltsverzeichnis

<b>1 Ergebnisse für Eilige</b>	<b>3</b>
<b>2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt des 3. Demokratieberichts</b>	<b>7</b>
<b>3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>13</b>
3.1 Identifikation, Zusammenhalt, Einsamkeit	15
3.2 Lebenszufriedenheit	22
3.3 Politisches Interesse	25
3.4 Politische Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen	27
3.5 Demokratieunterstützung	30
3.6 Demokratieverständnis	33
3.7 Demokratieablehnung und Links-Rechts-Skala	38
3.8 Die drei Demokratietypen	42
<b>4 Mitte(n) unter Druck. Das Schwerpunktthema des 3. Demokratieberichts</b>	<b>47</b>
4.1 Demokratiezufriedenheit	52
4.2 Institutionenvertrauen	61
4.3 Extremismus	63
4.4 Alltägliche und politische Sorgen in der Mitte	70
4.5 Die wirtschaftliche Lage der Menschen in Nordrhein-Westfalen	76
4.6 Die Lebenslagen der Mitten	80
4.7 Veränderungserschöpfung	84
4.8 Responsivität als Lösung: Zuhören, Erklären, Anpassen	87
4.9 Die Mitte(n) in Nordrhein-Westfalen zwischen Druck und Resilienz: „Chancen-Labor“ für die Demokratie?	92
<b>5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen</b>	<b>97</b>
5.1 Politisches Interesse, Kompetenz und Selbstwirksamkeit	103
5.2 Interesse an Themen politischer Bildung	111
5.3 Interesse an Formaten politischer Bildung und Mediennutzung	114
5.4 Handlungsempfehlungen für die politische Bildung	119
<b>6 Abbildungsverzeichnis</b>	<b>123</b>
<b>7 Fragebogen der repräsentativen Befragung zum 3. Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen</b>	<b>125</b>

---

## Vorwort

# Bildung ist Beziehung und Chance



## Liebe Leserinnen und Leser,

Bildung ist Beziehung und Chance. Politische Bildung ist eine Chance für die Demokratie und eine Einladung zum Dialog. Seit dem 1. Januar 2026 ist die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen als teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts beim Präsidenten des Landtags eigenständig. Sie behält dabei die Überparteilichkeit und die solide fachliche Grundlage, die ihre Arbeit seit jeher kennzeichnen. Und zugleich kann die Landeszentrale in ihrer neuen Organisationsform auch neue Einladungen zum Dialog aussprechen – sozusagen im Raum der Landespolitik und des Landtags, gerichtet an die Träger der politischen Erwachsenenbildung und an alle Menschen in Nordrhein-Westfalen. Der 3. Demokratiebericht ist Teil dieser Einladung: Er enthält wissenschaftlich fundierte Befunde zum Stand der Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Zugleich ist er Anknüpfungspunkt für den Dialog über Demokratie und Zusammenleben in unserem Land.

### Demokratie braucht Dialog auf der Basis von Fakten

Der Demokratiebericht besteht aus wissenschaftlichen Erkenntnissen, die auf der Grundlage von repräsentativ erhobenen Daten der Wohnbevölkerung in Nordrhein-Westfalen gewonnen wurden. Diese Daten erlauben Aufschluss über den Zustand der Demokratie in unserem Land und über den Bedarf an politischer Bildung in

der Bevölkerung. Manche Beobachtungen geben Anlass zu Sorge, manche zu Hoffnung. Alle Auswertungen verdeutlichen: Wir brauchen mehr Dialog über Politik, damit die Demokratie auch bei uns, „tief im Westen“, im Angesicht von Wandel und vielen Herausforderungen, lebendig bleibt. Nur Fakten können die Basis bilden für diesen Dialog.

### Schwerpunktthema: „Mitte(n) unter Druck“

Erneut hat der Demokratiebericht neben der kontinuierlich laufenden Erhebung der Datenreihen zu den demokratischen Einstellungen auch ein Schwerpunktthema gewählt: Der 3. Demokratiebericht richtet einen genaueren Blick auf die Mitten der Gesellschaft und auf die Rolle der politischen Mitte für die Stabilität der Demokratie. Hier fällt besonders auf, dass es nach dem bereits im 2. Demokratiebericht diagnostizierten Knick der Demokratiezufriedenheit in den mittleren Altersgruppen nun auch einen Einbruch bei den jüngeren Altersgruppen gibt. Zudem zeigt sich ein eindeutiger Zusammenhang mit der wahrgenommenen wirtschaftlichen Lage der Befragten: Die Zufriedenheit mit der Demokratie sinkt aufgrund der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage. Die Einschätzung der eigenen Lebenslage überträgt sich auf die Demokratiezufriedenheit. Mögliche Abhilfe liegt neben einer Verbesserung

des gesamtwirtschaftlichen Umfelds in mehr Elementen der Responsivität (Zuhören – Erklären – Handeln) bei den politischen Akteuren und einer Stärkung des Empfindens von Selbstwirksamkeit bei den Bürgerinnen und Bürgern. Beides verdeutlicht, wie wichtig die kontinuierliche politische Unterstützung des Ehrenamts und zivilgesellschaftlicher Netzwerke für die Demokratie ist.

## Plädoyer für politische Bildung als Grundbildung

Für die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen ergibt sich aus dem 3. Demokratiebericht ein zweigeteiltes Bild: Einerseits stoßen die Angebote der politischen Bildung, ihre Themen und Formate, weiter auf ein hohes Interesse. Andererseits berühren die Befunde des Berichts den Kern kompetenzorientierter politischer Bildung: Vorstellungen von Demokratie mischen sich in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zunehmend mit nicht-demokratischen Elementen einer politischen Ordnung. Man kann daraus folgern, dass formales Wissen über die Demokratie verloren geht. Wie bereits erwähnt überträgt sich zudem die Einschätzung der eigenen Lebenslage auf die Demokratiezufriedenheit. Daraus lässt sich schließen, dass die grundlegende Legitimität der Demokratie als politische Ordnung nicht (mehr) so gesichert erscheint, wie es in der Forschung über viele Jahre angenommen wurde. Aus beiden Befunden folgt, dass die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen gut beraten ist, ihre Angebote noch stärker als Teil der Grundbildung aufzufassen. Mehr dazu lesen Sie im Kapitel zur politischen Bildung am Ende des Berichts.

## Dialog über Demokratiebericht ist Transfer- und Beziehungsarbeit

Politische Bildung ist damit auch als Transfer- und Beziehungsarbeit gefragt: Bis zum Erscheinen des nächsten Demokratieberichts geht es um den Transfer der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Räume der Landespolitik, in die Landschaft der politischen Bildung und in die Öffentlichkeit. Im Mittelpunkt steht auch dabei die Einladung zum Dialog: Der Demokratiebericht ist in erster Linie eine Gelegenheit, sich auszutauschen und zu verständigen. Das eigene Tun kann (ggf. neu) bewertet und an den Befunden des Berichts ausgerichtet werden. Der 3. Demokratiebericht ist eine Einladung der

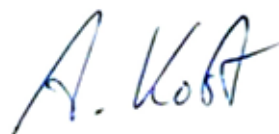
Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, den Raum der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen gemeinsam zu gestalten. Und zwar so wie gelingende Bildungsprozesse immer sein sollten: ergebnisoffen und intersubjektiv, individuell anspruchsvoll und in sozialer Verantwortung.

## Dank an wissenschaftliche Begleitung

Für die großen Chancen, die sich aus den wissenschaftlichen Befunden des 3. Demokratieberichts ergeben, danke ich besonders der wissenschaftlichen Begleitung durch die NRW School of Governance. Frau Prof. Dr. Susanne Pickel, Herr Prof. Dr. Andreas Blätte und Frau Stine Ziegler M. A. haben im Auftrag der Landeszentrale eine beachtliche wissenschaftliche Leistung vollbracht. Sie sind in der Auswertung der Daten sowie in der Entwicklung von Modellen und Erklärungen noch einmal über das im 2. Demokratiebericht Geleistete hinausgegangen. Der 3. Demokratiebericht wird im Namen und in redaktioneller Verantwortung der Landeszentrale veröffentlicht, aber dem Team der wissenschaftlichen Begleitung gebührt das Verdienst um die wissenschaftlichen Erkenntnisse, die darin enthalten sind.

## Einladung zum Dialog

Ich spreche für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen, wenn ich Sie herzlich einlade: Gehen Sie in den Dialog mit uns – über den Demokratiebericht und über alle Aspekte politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen! Gemeinsam können wir die politische Bildung in unserem vielfältigen und weltoffenen Land sichern und zukunftsfest machen.



Prof. Dr. Andreas Kost

Komm. Leiter der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen  
(teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts beim Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen)

# 1

## Ergebnisse für Eilige

### Demokratie in Nordrhein-Westfalen

#### Verbundenheit mit NRW und Deutschland ist hoch

→ Die Verbundenheit mit Nordrhein-Westfalen (70 %) und Deutschland (74 %) ist groß und weitverbreitet. Menschen mit Migrationshintergrund identifizieren sich in erster Linie mit Deutschland (70 %).

#### Zufriedenheit sinkt, Einsamkeit steigt

→ Das Gefühl, dass die Gesellschaft immer weiter auseinanderfalle (84 % gesamt), und das Einsamkeitsempfinden (47 % gesamt) sind in Nordrhein-Westfalen ausgeprägt. Die Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation (-10 Prozentpunkte) und den Lebensbedingungen (-6 Prozentpunkte) in Nordrhein-Westfalen hat zwischen den Befragungen 2023 und 2025 messbar abgenommen.

#### Die drei wichtigsten Probleme in NRW: Verkehr, Integration, Bildung

→ Die drei wichtigsten Probleme in Nordrhein-Westfalen waren aus Sicht der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zum Zeitpunkt der Befragung: 1. Infrastruktur und Verkehr, 2. Zuwanderung und Integration, 3. Bildung und Schule. Die drei wichtigsten Probleme in Deutschland waren: 1. Zuwanderung und Integration, 2. Wirtschaft, 3. Umwelt, Klima und Energie.

#### Was heißt Demokratie? Viele wissen es nicht.

→ Die allgemeine Demokratieunterstützung ist weiterhin sehr hoch (89 %). Allerdings sind auch die Zustimmungswerte zu nicht-demokratischen Elementen einer

politischen Ordnung bedenklich hoch: Diktatur (15 %), Einparteienherrschaft (47 %), politische Führungsperson ohne Verantwortung gegenüber dem Parlament (22 %).

#### Einstellung zur Demokratie: bei der Mehrheit fragil

→ Bei den Einstellungstypen (Näheres: Kapitel 3) deutet sich eine Verschiebung an: Im Jahr 2025 können nur noch 44 % der Gesamtbevölkerung eindeutig in die Kategorie der Demokratinnen und Demokraten eingeordnet werden. 42 % finden sich bei den fragilen Demokratinnen und Demokraten. Eine absolute Mehrheit an Demokratinnen und Demokraten findet sich nur in der Altersgruppe über 60 Jahre.

#### Viele fragile Demokraten in der Mitte

→ Auf der Links-Rechts-Skala mit zehn Punkten dominieren die fragilen Demokratinnen und Demokraten bereits ab Punkt 5. Die meisten Demokratinnen und Demokraten finden sich links der Mitte bei einer für Nordrhein-Westfalen insgesamt nach links verschobenen Skala.

→ Eine ideologische Selbstverortung in der Mitte (gemessen an einer Links-Rechts-Skala von 1 bis 10) geht nicht unbedingt mit einer uneingeschränkten Demokratieunterstützung einher.

#### Demokratieverständnis – wackelt, aber hält

→ Beim Demokratieverständnis zeigen sich keine dramatischen Entwicklungen, sondern eine leicht geringere Zustimmung zu besonders komplexen Eigenschaften der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wie der Gewaltenteilung (-4 Prozentpunkte) und der offenen Konfliktaustragung (-5 Prozentpunkte).

---

# Schwerpunktthema: Mitte(n) unter Druck

## Einbruch der Demokratiezufriedenheit bei Jüngeren

→ Bei den jüngeren Altersgruppen ist die Demokratiezufriedenheit im Vergleich zum 2. Demokratiebericht regelrecht eingebrochen.

## Zufriedenheit in Lebensmitte bricht weiter ein

→ Die Demokratiezufriedenheit in der Lebensmitte, die bereits Gegenstand des 2. Demokratieberichts war, bricht weiter ein (Altersgruppe 30 bis 44 Jahre: -18 Prozentpunkte für tatsächliche Funktionsweise Demokratie). Sie wird aber teils von dem Einbruch in den jüngeren Altersgruppen (14 bis 18 Jahre: -30 Prozentpunkte; 19 bis 29: -14 Prozentpunkte) in den Schatten gestellt.

## Ältere sind Stützen der Demokratie

→ Die Demokratiezufriedenheit in den mittleren Altersgruppen hat sich weiter verschlechtert. Nur die älteren Altersgruppen ab 60 sind noch als Stützen der Demokratie erkennbar (60 bis 74 Jahre: 73 % zufrieden mit tatsächlicher Funktionsweise; über 75 Jahre: 79 % zufrieden).

## Auf die Wirtschaft kommt es an

→ Die Zufriedenheit mit der Demokratie sinkt aufgrund der Wahrnehmung der wirtschaftlichen Lage, und die Einschätzung der eigenen Lebenslage (z. B. Gefahr des sozialen Abstiegs) überträgt sich auf die Demokratiezufriedenheit.

## In der ökonomischen Mitte stabilisiert sich die Demokratie

→ Gleichwohl stabilisiert sich die Demokratie in der sozioökonomischen Mitte: Je besser die Lebenslage (nach dem in Kapitel 4 entwickelten Lebenslagen-Index), desto höher ist auch die Demokratiezufriedenheit und desto stabiler sind die demokratischen Einstellungen.

## Schlüssel 1: Zuhören – Erklären – Handeln

→ Responsivität („Zuhören – Erklären – Handeln“) und Selbstwirksamkeit („Ich kann etwas tun.“) sind Schlüssel, mit deren Hilfe politische und gesellschaftliche Akteure einen Weg hin zur Stärkung der Demokratie beschreiten können.

→ Responsivität meint den Dreiklang Zuhören – Erklären – Handeln als Grundlage des politischen Handelns. Responsivität oder politischer Dialog darf sich nicht auf Vorwahl- und Wahlkampfzeiten beschränken, sondern muss gerade auch zwischen und nach Wahlen von politischen Akteuren aufrechterhalten werden.

## Schlüssel 2: Beteiligung, Ressourcen, Selbstwirksamkeit

→ Neben klassischen Formaten wie Bürgerdialogen können eine aufsuchende politische Kommunikation in den sozialen Medien und neue Formate der Bürgerbeteiligung die Responsivität demokratischer Politik erhöhen.

→ Genauso wichtig sind Ressourcen und Selbstwirksamkeit – politische Bemühungen um ein starkes bürgerschaftliches Engagement und eine starke Zivilgesellschaft sind richtig und dürfen nicht nachlassen.

**1 Ergebnisse für Eilige**

2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt

3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen

4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“

5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen

6 Abbildungsverzeichnis

7 Fragebogen

## Politische Bildung

### Politische Bildung wirkt nachhaltig, sie ist kein „Reparaturbetrieb“

→ Politische Bildung ist kein „Reparaturbetrieb“, sondern Angebot und Chance für einen zugleich individuell angelegten und sozial eingebetteten Prozess. Dieser Prozess muss, wie alle Bildungsprozesse, ergebnisoffen und in Achtung der (Inter-) Subjektivität von Personen angelegt sein, wenn er nachhaltige Erfolge zeitigen soll.

→ Politische Bildung ist ein langfristig wirksamer, aber dafür umso nachhaltiger Weg zur Stärkung der Demokratie. Politische Bildungsarbeit fußt auf Dialog, Partizipation und Interaktion zwischen Bildenden und Teilnehmenden.

### Beutelsbacher Konsens bleibt maßgeblich

→ Innovationen in der politischen Bildungsarbeit sollten auf dem gemeinsamen Grund des Beutelsbacher Konsenses (Überwältigungsverbot, Multiperspektivität, Kontroversität), der wissenschaftlichen Fachlichkeit politischer Bildung und der didaktischen Kompetenzorientierung erfolgen.

### Kompetenz, Zielgruppen, Grundbildung

→ Die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen braucht:

1. weiterhin Kompetenzorientierung und Fachlichkeit,
2. weiterhin allgemeine und zielgruppenspezifische Angebote,
3. eine neu gedachte Komponente politischer Grundbildung.

### Breites Interesse, ungleich verteilt

→ Wir sehen in den Daten ein breites Interesse an einer Vielfalt von Themen und Formaten der politischen Bildung. Allerdings ist auch das politische Interesse von der Lebenslage abhängig. Die Gruppen, die besonders von politischer Bildung profitieren würden, sind zugleich die Gruppen, die am wenigsten politisches Interesse mitbringen.

### Formate: Die Mischung macht's

→ Neben klassischen Formaten, bei denen Wissensinput im Vordergrund steht, braucht es weiterhin aktivierende, partizipative und interaktive Angebote. Angebote in Präsenz und digitale Formate sollten als prinzipiell komplementär aufgefasst und auch von vornherein so entwickelt werden.

→ Die unterschiedlichen Formate politischer Bildung sind nicht in Konkurrenz zueinander, sondern als komplementäre, sich ergänzende und je nach Zielgruppe anzupassende didaktische Schlüssel für eine erfolgreiche Vermittlung der Inhalte zu verstehen.

### Grundbildung heißt: beim Bedarf andocken, Dialog als Erfolg betrachten

→ Kompetenzen politischer Bildung (Motivation, Wissen, Urteilskompetenz, Kommunikations- und Handlungsfähigkeit) sind nicht einfach da. Sie entstehen nur, wenn man alle Dimensionen bei jedem Bildungsschritt einbezieht. Politische Grundbildung heißt auch: voraussetzungs- und wertungsfrei beim Bedarf der jeweiligen Zielgruppe andocken. Oft muss die Motivation durch das Angebot mitgeschaffen werden. Das zu tun ist Teil der didaktischen Aufgabenstellung.

→ Politische Grundbildung kann eine Strategie sein, um der abnehmenden Demokratiezufriedenheit und dem

---

zunehmenden Legitimitätsverlust mit den Bordmitteln der politischen Bildungsarbeit zu begegnen und Frustpotenzial zu begrenzen. Begegnung und Dialog sind nicht nur Mittel zum Zweck, sondern selbst Ziel und Erfolg politischer Bildungsarbeit.

### **Realismus wahren, Demokratie stärken**

→ Zugleich bleibt Realismus angesagt: Politische Bildung findet immer in gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und medialen Kontexten statt. Politische Bildung kann auf diese Kontexte nur sehr begrenzt einwirken. Überforderung im Sinne einer Zuständigkeit für alles, was schief läuft, hilft aber niemandem in der politischen Bildung und kann leicht zu Frust beitragen.

→ Gleichwohl kann politische Bildung auf vielen Ebenen wertvolle Beiträge zur Stärkung der Demokratie leisten. Etwa, indem sie das Bewusstsein für die Offenheit von Entwicklungen und die Notwendigkeit von Konflikten in der Demokratie weckt. Damit steht sie auch in einer gewissen Pflicht zu liefern.



# 2

## Auftrag, Struktur und Schwerpunkt des 3. Demokratieberichts

### Stärkung der Demokratie

Der Demokratiebericht für das Land Nordrhein-Westfalen geht auf einen Antrag von vier Fraktionen des Landtags zurück (Landtag Nordrhein-Westfalen Drucksache 17/6245), der in der Debatte zum 70. Jubiläum des Grundgesetzes am 23. Mai 2019 angenommen wurde (Plenarprotokoll 17/58, S. 66). In dieser Debatte wurde das historische Erinnern mit der Notwendigkeit zum gegenwärtigen Handeln verknüpft. Daher stand die Aufforderung des Landtags an die Landesregierung, „einen jährlichen ‚Demokratiebericht‘ zur Lage der politischen Bildung vorzulegen“, von Anfang an in Verbindung mit der Absicht zur Stärkung der Demokratie durch politische Bildung.

### Politische Bildung und Stand der Demokratie

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen hat den Auftrag deshalb auch von Anfang an in diesem Sinne verstanden: Der Demokratiebericht sollte nicht nur Daten und Informationen zur politischen Bildung enthalten, sondern auch eine datengestützte Analyse zum Stand der Demokratie in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung beinhalten. Damit wurde der Demokratiebericht zu einem „Demokratiemonitor“, also zu einer regelmäßigen Studie zu den politischen Einstellungen der Menschen in Nordrhein-Westfalen.

### Regionale Perspektive auf politische Kultur

Die Geschichte der länderbasierten Demokratiemonitore im deutschen Föderalismus beginnt mit der Pionierstudie des Thüringen-Monitors im Jahr 2000.<sup>1</sup> In den meisten Bundesländern werden sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit erstellt und in der landespolitischen Öffentlichkeit rezipiert und diskutiert. Die Notwendigkeit dieser regionalen Perspektiven auf die politische Kultur in Deutschland zeigt sich immer wieder in den Ländermonitoren selbst und auch im bundesweit angelegten Deutschland-Monitor.<sup>2</sup>

### Austausch als Ausgangspunkt der Arbeit

In der Erarbeitung des 3. Demokratieberichts haben das Team der Landeszentrale und die wissenschaftliche Begleitung gemeinsam und auch eigenständig in verschiedenen Formaten den Austausch mit den Teams der anderen Ländermonitore gesucht und gepflegt.

### Dank an andere Länder und Bund

Ein besonderer Dank gilt dem Team des Deutschland-Monitors im Bundeskanzleramt bzw. im Bundesministerium der Finanzen, dem Team des Sachsen-Monitors in der Sächsischen Staatskanzlei sowie der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung. Durch Einladungen, Austausch und vertrauensvolle Diskussionen in Videokonferenzen sowie vor Ort in Berlin und Dresden konnte das

---

Konzept des nordrhein-westfälischen Demokratieberichts weiter geschärft werden. Die Einblicke in die scheinbar spezifisch ostdeutschen, in Wahrheit aber gesamtdeutschen und europäischen Problemlagen der Demokratie haben z. B. dazu geführt, dass eine Frage zur Gefahr des sozialen Abstiegs in den Fragenkatalog des Demokratieberichts Eingang gefunden hat.

## **Dank an Demokratiestudien**

Ein weiterer großer Dank gebührt Mitgliedern der Teams der Mitte-Studien, besonders Frau Prof. Dr. Beate Küpper von der Hochschule Niederrhein, der Leipziger Autoritarismus-Studie, besonders Herrn Prof. Dr. Gert Pickel, Herrn Prof. Dr. Hans Vorländer, Direktor des Mercator Forum Migration und Demokratie (MIDEM), sowie Herrn Prof. Dr. Mathias Albert aus dem wissenschaftlichen Leitungsteam der Shell Jugendstudie. Alle haben uns zu verschiedenen Zeitpunkten für Gespräche zur Verfügung gestanden und mit Fachwissen und Humor bewiesen, dass Austausch im Bereich der Wissenschaft stets zu Erkenntnisgewinnen führt und die freundliche Übernahme von Konzepten und Frage-Items bei Benennung der intellektuellen Schuld der einzige Diebstahl ist, bei dem niemand etwas verliert.

## **Demokratiebericht ist gesetzlicher Auftrag**

Mit dem Gesetz über die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (LpBG NRW) ist der Demokratiebericht gemäß § 2 (2) 8. LpBG NRW zu einer gesetzlichen Aufgabe der Landeszentrale geworden.

## **Rollenwechsel der Landeszentrale und Bundestagswahl 2025**

Die leichte Verzögerung bei der Veröffentlichung ist dem Umstand der vorgezogenen Bundestagswahl im Jahr 2025 geschuldet, weil die Befragung nicht im Bundestagswahlkampf stattfinden sollte, um Verzerrungen zu vermeiden. Eine weitere Verzögerung wurde durch die Umstrukturierung der Landeszentrale ausgelöst, weil es nicht statthaft gewesen wäre, unter dem neuen organisatorischen Dach des Landtags Nordrhein-Westfalen einen Bericht vorzulegen, der in ministerieller Verantwortung entstanden ist. Die Umstrukturierung der Landeszentrale für politische Bildung bedingt einen Rollenwechsel, der Ansprüche an die Überparteilichkeit und Fachlichkeit ihrer Arbeit noch einmal stärker hervortreten lässt.

## **Datengrundlage und Methode**

Die Befunde des Demokratieberichts beruhen auf Daten aus einer repräsentativen Befragung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, die vom 10. März bis zum 5. April 2025 stattgefunden hat. Es wurden insgesamt 2.914 Personen befragt. Als Erhebungsmethode wurde eine an die Mediennutzungsgewohnheiten der verschiedenen Altersgruppen angepasste Mischung aus Telefon- und Onlinebefragung gewählt (Mixed Mode CATI/CAWI). In der Befragung wurde der Anteil der 14- bis 25-Jährigen stark überhöht (n = 1.071) und anschließend gewichtet in der Gesamtstichprobe berücksichtigt. Die Daten des Demokratieberichts können daher für diese Altersgruppe eine besonders gute Repräsentativität beanspruchen. Zudem wurde darauf geachtet, dass der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund

in der Stichprobe ausreichend hoch ist, um die sozialen Realitäten des Einwanderungs- und Integrationslandes Nordrhein-Westfalen abzubilden. Im Ergebnis liegt sie mit über 20 % über der Quote, die in den meisten Studien oder Wahlbefragungen erreicht wird. Die Befragung wurde vom mehrfach zertifizierten und durch die Mitgliedschaft in einschlägigen Fachverbänden ausgewiesenen Anbieter approxima Gesellschaft für Markt- und Sozialforschung mit Sitz in Weimar zur vollsten Zufriedenheit der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen und der wissenschaftlichen Begleitung durchgeführt. Bei der Durchführung der Befragung wurden hohe datenschutzrechtliche und ethische Standards eingehalten.

## **Rolle der Parteien – Bestandteil der Demokratie**

Zu den schwierigeren Fragen einer Berichterstattung über demokratische Einstellungen in der Bevölkerung im öffentlichen Auftrag gehört diejenige, ob auch nach der Anhängerschaft von Parteien gefragt werden sollte. Wie schon in den vergangenen Demokratieberichten wurde dies auch für den 3. Demokratiebericht bejaht. Die Gründe dafür liegen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Denn die besondere Rolle von Parteien für die Demokratie ist in Artikel 21 GG begründet. Insbesondere hebt Artikel 21 (1) die Mitwirkung der Parteien „bei der politischen Willensbildung des Volkes“ hervor. Das politische Engagement in Parteien hat

also Verfassungsrang. Es gibt aber auch gute wissenschaftliche Gründe dafür, die Anhängerschaft von Parteien in Bezug zu den politischen Einstellungen gesondert zu betrachten. Parteien stehen in den Augen ihrer Anhängerinnen und Anhänger für bestimmte Ziele und Werte. In ihnen verdichten sich Zugehörigkeiten, Einstellungen, soziale Lagen, Interessen und geteilte Überzeugungen.

## **Bewegung in der Parteienlandschaft?**

Da sich auch die deutsche Parteienlandschaft in Bewegung befindet, wurde nach Parteien gefragt, die zum Zeitpunkt der Erstellung des Fragebogens (Januar 2025) eine realistische Chance auf Sitze im kommenden Bundestag hatten. Zum Zeitpunkt der Konzeption der Befragung war dies für die Partei BSW der Fall.

## **Links- und Rechts- extremismus**

Ein weiterer methodischer Hinweis ist hier zudem notwendig, weil im 3. Demokratiebericht erstmals auch ausdrücklich auf Links- und Rechtsextremismus eingegangen wird. Da der Demokratiebericht aber keine Extremismusstudie im eigentlichen Sinne darstellt, sondern Extremismus als Einstellungsmuster hier nur dazu dient, die Ränder von der tatsächlichen politischen Mitte abzugrenzen, haben wir die wohletablierten und validierten Skalen der Leipziger Autoritarismus-Studien in gekürzter Form für die Erfassung des Rechtsextremismus in Nordrhein-Westfalen genutzt. Welche Herausforderungen sich aus der erfolgreichen Messung von Linksextremismus und der nicht geglückten Erfassung von Linksradikalismus ergeben haben, kann im entsprechenden Kapitel nachgelesen werden.

---

## **Demokratiebericht ist keine Evaluation der politischen Bildung**

Aufgrund der Daten der repräsentativen Befragung können im Demokratiebericht Aussagen über die Einstellungen in der Bevölkerung zu Inhalten und Formaten politischer Bildung getroffen werden. Der Demokratiebericht stellt aber keine Evaluation der Praxis der politischen Bildung in den Einrichtungen der politischen Bildung dar. Denn dazu wurden für den Demokratiebericht keine Daten erhoben. Daten zur Praxis der politischen Erwachsenenbildung finden sich im jährlich von QA-LiS NRW herausgegebenen Datenreport Weiterbildung.<sup>3</sup> Mit dem Pilotmonitor politische Bildung ist im Berichtszeitraum auch ein Versuch unternommen worden, verschiedene Datengrundlagen zur politischen Bildung bundesweit in vergleichender Absicht zusammenzuführen.<sup>4</sup> Die unterschiedlichen Zugänge zur datenbasierten Untersuchung politischer Bildung haben ihre je eigene Berechtigung.

## **Aufbau des 3. Demokratieberichts: Kontinuität und Schwerpunkt**

Der Aufbau des 3. Demokratieberichts folgt im Wesentlichen der Struktur des 2. Demokratieberichts. Es gibt drei große Kapitel zu den inhaltlichen Themen Demokratie in Nordrhein-Westfalen, dem Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“ und politische Bildung. Am Ende stehen Handlungsempfehlungen für die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen, die sich gleichermaßen an den datengestützten Befunden wie den fachlichen und didaktischen Maßstäben politischer Bildungsarbeit orientieren.

## **Datenreihen unter neuem Titel: „Demokratie in Nordrhein-Westfalen“**

Im ersten Kapitel werden die wesentlichen Datenreihen des ersten und zweiten Demokratieberichts deskriptiv und analytisch fortgeführt. Hier geht es um die Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, die politischen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen sowie im analytischen Kern um die zwei wesentlichen Bestimmungsgrößen der Legitimität von Demokratie als politischer und lebensweltlicher Ordnung: Demokratieunterstützung und Demokratieverständnis. Die neue Überschrift wurde gewählt, um den Ansatz der politischen Kulturforschung hinsichtlich der Komponenten Politisches System, Parteiensystem und Institutionengefüge des Landes zuzuspitzen und zu erweitern. Diese Erweiterung dient den spezifischen Bedürfnissen einer landespolitischen Betrachtungsweise. Das heuristische Modell der Analyse folgt dabei grundsätzlich weiter dem Ansatz der politischen Kulturforschung.

## **Kern des Monitorings: die Demokratietypen**

Die Daten zur Demokratieunterstützung und zum Demokratieverständnis verdichten sich, wie bereits im 2. Demokratiebericht, im analytischen Modell der Demokratietypen: den Demokraten, fragilen Demokraten und Antidemokraten. Hier zeigen sich besorgniserregende Entwicklungen, weil der Anteil

der Demokratinnen und Demokraten in allen Altersgruppen unter 60 Jahren keine absolute Mehrheit der Bevölkerung bildet. Besonders der Anteil der fragilen Demokratinnen und Demokraten ist in relativ kurzer Zeit stark angewachsen. Zudem zeigt sich, dass sich in das Demokratieverständnis trotz einer hohen Demokratiezustimmung immer mehr Elemente nicht-demokratischer politischer Ordnung einschleichen. Aus Sicht der politischen Bildung kann man daraus folgern: Wissen über Demokratie – was sie ausmacht, aber auch was nicht zu einer freiheitlichen demokratischen Ordnung gehört – geht verloren.

### **Schwerpunkt: Mitte(n) unter Druck**

Die Daten zum Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“ zeigen, dass es in dem relativ kurzen Zeitraum seit der letzten Befragung im Jahr 2023 dramatische Einbrüche bei der Demokratiezufriedenheit gegeben hat. Besonders bei den jüngeren Altersgruppen verliert die Demokratie an Unterstützung. Zugleich bleibt die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Ausgestaltung der Demokratie in den mittleren Altersgruppen besorgniserregend niedrig oder sinkt weiter. Mithilfe eines neu entwickelten Instruments, dem Lebenslagen-Index, lässt sich zeigen, dass die Ursachen für die dramatischen Einbrüche bei den Jüngeren und die fehlende Erholung in den mittleren Altersgruppen in der subjektiven Wahrnehmung der sozialen und wirtschaftlichen Situation liegen. Die negative Einschätzung der eigenen Lebenslage überträgt sich zusehends auf die Demokratiezufriedenheit. Der Zusammenhang zwischen sozialer Lage, Legitimität der Demokratie und dem Funktionieren des

demokratischen Gemeinwesens erweist sich damit in den Daten des Demokratieberichts als relativ stark, gerade im Verhältnis zu den Modellen, die in der Forschung der vergangenen 20 bis 30 Jahre entwickelt wurden. Im Ergebnis zeigt sich, dass politische Einstellungen stärker von der Lebenslage als Kombination verschiedener Wahrnehmungen abhängen, als am Ausgangspunkt der Untersuchung angenommen wurde.

### **Politische Bildung**

Im Teil zur politischen Bildung wird der Wechsel der Landeszentrale in den Bereich des Landtags als Anlass genommen, die fachlichen Grundsätze der politischen Bildung anhand des Beutelsbacher Konsenses und des Kompetenzmodells zu reflektieren. Nur vor diesem Hintergrund sind die Befragungsergebnisse zur politischen Bildung einzuordnen und zu verstehen. Das politische Interesse sowie die Selbsteinschätzungen zu Kompetenz und Selbstwirksamkeit deuten in eine ähnliche Richtung wie die Ergebnisse des „Mitte(n)“-Teils: Politisches Interesse und Kompetenzen sind in Nordrhein-Westfalen aktuell zu stark entlang der Lebenslagen verteilt. Beim Interesse an Themen und Formaten gibt es insgesamt leichte Rückgänge, aber keine eindeutigen Trends. Daher empfiehlt sich die Beibehaltung einer breiten Mischung an Themen und Formaten. Um das Ziel einer politischen Bildung für möglichst viele Menschen zu erreichen, sollten die etablierten fachlichen Grundsätze und die Kompetenzorientierung um eine Komponente der politischen Grundbildung ergänzt werden.

---

## Ergebnisorientierte Darstellung

Beim Demokratiebericht handelt es sich um eine ergebnisorientierte Darstellung von Daten, Auswertungen und datengestützten Befunden. Um der Zielsetzung eines kompakten, ergebnisorientierten Berichts zu genügen, verzichtet der Demokratiebericht, wie es auch in vergleichbaren Berichten üblich ist, auf die Details der methodischen Herleitung der einzelnen Befunde, die etwa Kreuztabellen oder statistische Testwerte für die Signifikanz von Korrelationen umfassen. Gleichwohl sind die Berechnungen mehrfach auf Robustheit und Validität geprüft worden. Die Daten wurden nach Repräsentativität gewichtet und der Datensatz wurde nach wissenschaftlichen und fachlichen Standards vor der Auswertung auf mögliche Fehlerquellen getestet. Zur Vermittlung des methodischen Zugangs und der Datenbasis wird der Fragenkatalog im Anhang abgedruckt. Auch die Rohdaten werden auf formlosen Antrag zur wissenschaftlichen Nutzung übermittelt.

## Auftrag vollenden: Transfer zur Stärkung der Demokratie

Der Auftrag des Landtags an den Demokratiebericht, zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit und der Demokratie in Nordrhein-Westfalen beizutragen, endet nicht mit der Vorlage des gedruckten Berichts. Jetzt erst folgt der wichtigste Schritt: Der Transfer der Ergebnisse an die Institutionen des Landes, in die Zivilgesellschaft und zu den Bürgerinnen und Bürgern. Es geht in den nächsten Monaten darum, die Ergebnisse weiterzutragen – in den Landtag und die Landespolitik, in die Einrichtungen der politischen Bildung, zu

den Demokratiewerkstätten und Gedenkstätten im Bereich der Landeszentrale für politische Bildung, in die verschiedenen Bereiche der Landesverwaltung, zu Kommunen, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen, zu Bildungsträgern im ganzen Land. Damit aus der Chance und dem Angebot zum Dialog viele neue Anfänge für eine noch stärkere Demokratie in Nordrhein-Westfalen werden.

---

1 Klaus Dicke/Michael Edinger/Karl Schmitt: Politische Kultur im Freistaat Thüringen, Jena 2000.

2 Marion Reiser/Jörg Hebenstreit/Anne Küppers: Regionale politische Kulturen. Demokratische Einstellungen in den deutschen Bundesländern, Zeitschrift für Politikwissenschaft, 33 (2023), S. 555–581, hier S. 557.

3 Mark Kleemann-Göhring: Datenreport Weiterbildung NRW Berichtsjahr 2024, Soest 2025, online abrufbar unter: [https://www.qua-lis.nrw.de/system/files/media/document/file/datenreport\\_berichtswesen\\_weiterbildung\\_bj\\_2024\\_2.pdf](https://www.qua-lis.nrw.de/system/files/media/document/file/datenreport_berichtswesen_weiterbildung_bj_2024_2.pdf)

4 Hermann Josef Abs u. a. (Hg.): Pilotmonitor politische Bildung. Indikatoren zur datengestützten Berichterstattung, Bonn 2025.

# 3

## Demokratie in Nordrhein-Westfalen

### Starke Wurzeln

Nordrhein-Westfalen ist ein starkes, vielfältiges und weltoffenes Land im Herzen Europas. Die Demokratie hat hier tiefe politische, wirtschaftliche und soziale Wurzeln und zeigt sich auch in der Gegenwart äußerst lebendig. Die politische Stabilität des wiedervereinigten Deutschlands und des in Frieden und Freiheit geeinten europäischen Kontinents ist historisch gesehen nur dadurch möglich geworden, dass aus der Bonner Republik eine erfolgreiche Demokratie wurde und dass, ausgehend von Nordrhein-Westfalen, nach 1945 ein Ausgleich zwischen Kapital und Arbeit in Form von industrieller Mitbestimmung und Tarifpartnerschaft gelang.

### Engagierte Zivilgesellschaft – offenes Miteinander

In der Gegenwart zeigt sich in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen immer wieder eine vielfältige und engagierte Zivilgesellschaft, wenn es darum geht, über den Umgang mit politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu diskutieren und am Ende gemeinsam zu Lösungen und Ergebnissen zu

kommen. In fast allen relevanten Bereichen von Wirtschaft und Gesellschaft bilden die Errungenschaften der liberalen Demokratie dabei – mal unsichtbare, mal stärker sichtbare – grundsätzliche Leitplanken: Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung, Mehrheitsprinzip und starker Schutz für Minderheiten, offene Diskussionskultur und pragmatische Suche nach Kompromissen sind in Nordrhein-Westfalen prägend für demokratische Politik, aber auch für eine offene Haltung im gesellschaftlichen Miteinander.

### Keine Insel der Seligen

Das heißt aber nicht, dass Nordrhein-Westfalen in einer Welt voller Herausforderungen eine Insel der Seligen wäre. Auch hier gibt es Probleme und es gibt Entwicklungen bei den demokratischen Einstellungen der Bevölkerung, die im Feld der politischen Bildung, bei den politischen Akteuren des Landes sowie bei allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern nach Aufmerksamkeit verlangen. Der wissenschaftliche Teil



---

des Demokratieberichts ist ein seit 2021 laufender Versuch, diese Entwicklungen im Zweijahresrhythmus auf einer speziell für Nordrhein-Westfalen angefertigten Datengrundlage zu beschreiben und zu analysieren.<sup>1</sup>

## Demokratie als Staats- und Lebensform

Der Demokratiebericht geht dabei von einem Demokratiebegriff aus, der im Feld der politischen Kulturforschung eine lange Tradition hat,<sup>2</sup> es aber gerade deshalb verdient, eingangs ausdrücklich benannt zu werden. Demokratie als Staatsform garantiert die Freiheit aller Menschen und vereint die Bürgerinnen und Bürger eines Staates zu einer politischen Gemeinschaft. Demokratie bedeutet u. a. Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip, die Auswahl politischer Führungskräfte durch regelmäßige, freie und faire Wahlen, die Garantie von Grundrechten für alle Menschen, insbesondere Angehörige von Minderheiten, und nicht zuletzt den Schutz aller Menschen vor staatlichen Übergriffen. Demokratie kann als Staatsform aber nur lebendig bleiben und Krisen widerstehen, wenn sie zugleich auch den Alltag der Menschen und das gesellschaftliche Miteinander prägt. Demokratie bezeichnet in diesem Sinne nicht nur ein individuelles Verhältnis von allen Menschen als Individuen zum Staat als Gegenüber, sondern auch den Bereich des gemeinsamen politischen Lebens, die Gesellschaft.

## Wahlen und Repräsentation

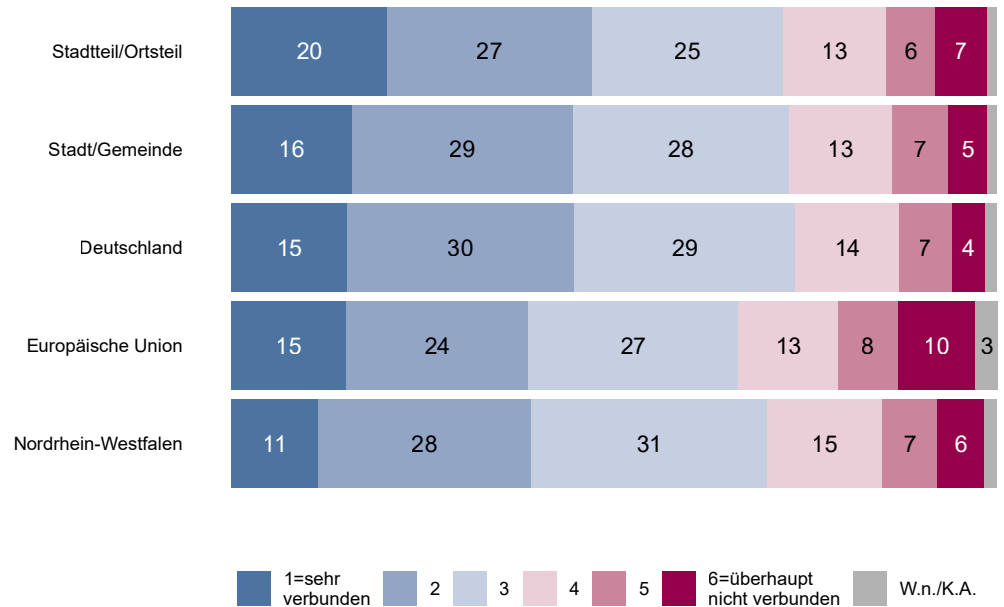
Wahlen und parlamentarische Repräsentation spielen dabei freilich eine nicht zu unterschätzende Rolle, denn in einer Demokratie sind alle Bürgerinnen und Bürger zugleich Akteure der Politik und die staatlichen Gesetze prägen das Zusammenleben. Am deutlichsten zeigt sich dies bei den regelmäßigen Wahlen, wenn die Bürgerinnen und Bürger

entscheiden können, wer sie repräsentieren soll und Gesetze verabschieden darf. Den politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten der Bürgerinnen und Bürger im Landtag kommt dabei eine besondere Verantwortung zu. Einerseits sind sie mit einem bestimmten Wahlprogramm und in den allermeisten Fällen für eine Partei zu den Landtagswahlen angetreten, andererseits nehmen sie ein Mandat wahr, dessen Freiheit von der Landesverfassung ausdrücklich garantiert wird. Der Landtag ist laut Artikel 30 (1) der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen: „[...] ein öffentliches Forum für die politische Willensbildung.“ Die Abgeordneten müssen einerseits im Parlament mehrheitsfähige Entscheidungen suchen. Sie müssen andererseits im außerparlamentarischen Raum ständig ihr Handeln erklären und in der breiten Öffentlichkeit um Zustimmung werben.

## Demokratie bedeutet Zusammenleben

Der Begriff von Demokratie, der hier zugrunde gelegt wird, erschöpft sich deshalb nicht im Modus der parlamentarischen Repräsentation oder in den rechtsstaatlichen Verfahrensregeln. Auch die Zivilgesellschaft, die scheinbar unpolitischen Formen des alltäglichen Zusammenlebens, die Art und Weise, wie Menschen miteinander umgehen oder über sich und andere denken, ist in einem breiten und für verschiedene politische Strömungen offenen Verständnis unveräußerlicher Bestandteil der Demokratie. Die Demokratie in Nordrhein-Westfalen ist nur dann stabil, wenn sie in der gesamten Gesellschaft verankert ist und im Alltag gelebt wird. Deshalb kommt es ganz entscheidend auf die Einstellungen zur Demokratie an, die in diesem Kapitel untersucht werden.

# 3.1 Identifikation, Zusammenhalt, Einsamkeit



Angaben in %

Abbildung 1 – Identifikation mit den Ebenen der politischen Gemeinschaft

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen wurden gefragt, mit welcher der politischen Ebenen und den dort lebenden Menschen sie sich verbunden fühlen.

In Nordrhein-Westfalen fühlen sich die Befragten vor allem ihrer Stadt oder Gemeinde und ihren Mitbürgern dort verbunden (73 %). Eine ähnlich große Verbundenheit geben sie für das direkte soziale Umfeld, den Stadt- oder Ortsteil, in dem sie leben, und die Einwohner dort (72 %) sowie auch für Deutschland (74 %) an. Etwas geringer ist die Verbundenheit mit dem Land Nordrhein-Westfalen und seinen Einwohnern (70 %). Noch etwas weiter nimmt sie gegenüber der Europäischen Union (66 %) ab.

## Verbundenheit hat abgenommen

Insgesamt haben die Verbundenheitsgefühle zu allen politischen Ebenen gegenüber 2023 abgenommen. Am stärksten ist die Identifikation mit dem unmittelbaren Nahbereich der Menschen gesunken (-8 Prozentpunkte). Im Integrations- und Migrationsland Nordrhein-Westfalen wird die Verbundenheit mit politischen Gemeinschaften von vielen Menschen nicht exklusiv, sondern inklusiv empfunden: Beispielsweise geben 61 % (+8 Prozentpunkte gegenüber 2023) der Menschen mit Migrationsgeschichte eine Verbundenheit mit dem Herkunftsland der Eltern oder Großeltern an. Die Verbundenheit mit Deutschland (70 %) ist in dieser Gruppe aber höher ausgeprägt als mit jeder anderen Ebene und fällt somit nur etwas geringer aus als im Durchschnitt der Gesamtbevölkerung. Das ist ein Zeichen gelungener und gelingender Integration.

## Europa ist Sache der Älteren

Ältere Befragte geben zudem eine stärkere Verbundenheit mit allen Ebenen an als jüngere Befragte. In der Altersgruppe bis 18 Jahre fühlen sich gerade noch 51 % der Befragten in Nordrhein-Westfalen mit der EU verbunden. Die Identifikation mit der Europäischen Union als politischer Gemeinschaft nimmt über die Alterskohorten stetig zu und beträgt bei den über 60-Jährigen schließlich 82 %.

## Gradmesser für Demokratieunterstützung

Im Vorgriff auf die weiteren Ergebnisse lässt sich bereits sagen, dass sich die Verbundenheit mit der oder den politischen Gemeinschaften als ein Gradmesser für die Unterstützung der Demokratie heranziehen lässt. Wer sich mit der politischen Gemeinschaft verbunden fühlt, ist eher demokratisch eingestellt: Bei den Menschen mit demokratischen Einstellungen identifizieren sich rund 80 % mit

Deutschland und rund 79 % mit Europa. Personen, die eher ein nicht-demokratisches Konzept politischer Systeme vertreten, empfinden deutlich weniger Verbundenheit mit allen politischen Ebenen, insbesondere mit Nordrhein-Westfalen (58 %), Deutschland (52 %) und der Europäischen Union (45 %).

## Vertrauen vs. Spaltung

Eine wesentliche Grundlage des Zusammenhalts in einer politischen Gemeinschaft ist das Gefühl der Verbundenheit ihrer Mitglieder untereinander. Der Fachausdruck dafür lautet Sozialkapital.<sup>3</sup> Aus Sozialkapital entsteht das Vertrauen, auf das eine politische Gemeinschaft angewiesen ist. Dieses Vertrauen kann auf unterschiedlichen Ebenen ent- und bestehen. Allerdings sind 84 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen zumindest teilweise davon überzeugt, dass die Gesellschaft immer mehr auseinanderfällt (Abbildung 2).

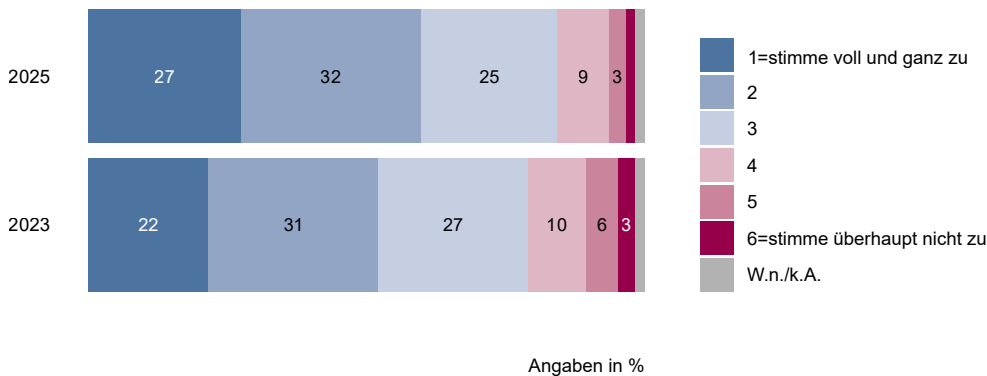


Abbildung 2 – Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Menschen mittleren Alters zwischen 30 und 59 Jahren (87 %) nehmen die Gesellschaft als gespalten wahr als ältere (80 %) oder jüngere Befragte (82 bis 85 %). Am stärksten nehmen die Anhänger der AfD (93 %) und des BSW (92 %) eine Spaltung der Gesellschaft wahr.

Menschen, die sich keiner Partei verbunden fühlen (88 %), Anhänger der FDP (86 %), der Linken (84 %), der SPD, der CDU (82 %) und der Grünen (81 %) dagegen deutlich seltener.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Ansatzpunkt für polarisierende Narrative

Die über alle Altersgruppen und die Anhängerschaft aller Parteien hinweg recht hohe Zustimmung zur subjektiven Wahrnehmung einer gesellschaftlichen Spaltung muss Anlass zur Sorge geben. Denn entsprechende Narrative vom Auseinanderfallen der Gesellschaft können zwar ein Anreiz sein, eine Spaltung zu überwinden. Sie können aber auch Grundlage für Strategien der Polarisierung sein. Wer ohnehin davon überzeugt ist, dass die Gesellschaft gespalten sei, ist eher für Botschaften empfänglich, die Gruppenidentitäten mit thematischen Zuspitzungen verbinden und nach einem „Wir-gegen-die“-Schema zum Anlass für Konfrontationen stilisieren.

## Einsamkeit als soziale Erfahrung

Neben der wahrgenommenen gesellschaftlichen Spaltung ist das Einsamkeitsempfinden ein wichtiger Indikator für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Man kann das Einsamkeitsempfinden als einen möglichen Indikator für das Krisenbewusstsein in einer Gesellschaft verstehen.<sup>4</sup> Einsamkeit in diesem Sinne meint nicht ein individuelles Problem, sondern eine soziale Erfahrung, die individuelle Wahrnehmung und politische Gemeinschaft verbindet.<sup>5</sup> Im Vergleich zwischen 2023 und 2025 wird deutlich, dass Gefühle von Einsamkeit in Nordrhein-Westfalen zugenommen haben (Abbildung 3).

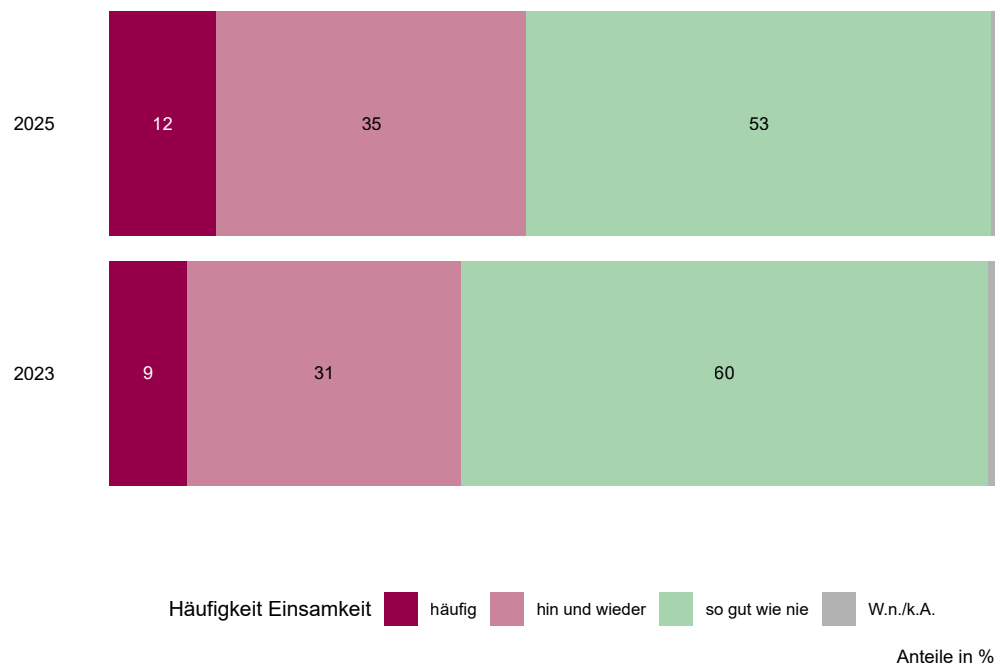


Abbildung 3 – Einsamkeitsempfinden im Vergleich 2023 und 2025

Im Jahr 2025 fühlen sich nur noch 53 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen so gut wie nie einsam. 35 % haben dieses

Gefühl hin und wieder. 12 % fühlen sich häufig einsam.

## Einsamkeit bei Jungen und in Lebensmitte

Einsamkeit ist in allen Teilen der Bevölkerung verbreitet, es gibt aber sehr

auffällige Häufungen in den ganz jungen und in den mittleren Altersgruppen. Nur bei den über 75-Jährigen hat das Einsamkeitsempfinden leicht um 4 Prozentpunkte abgenommen (Abbildung 4).

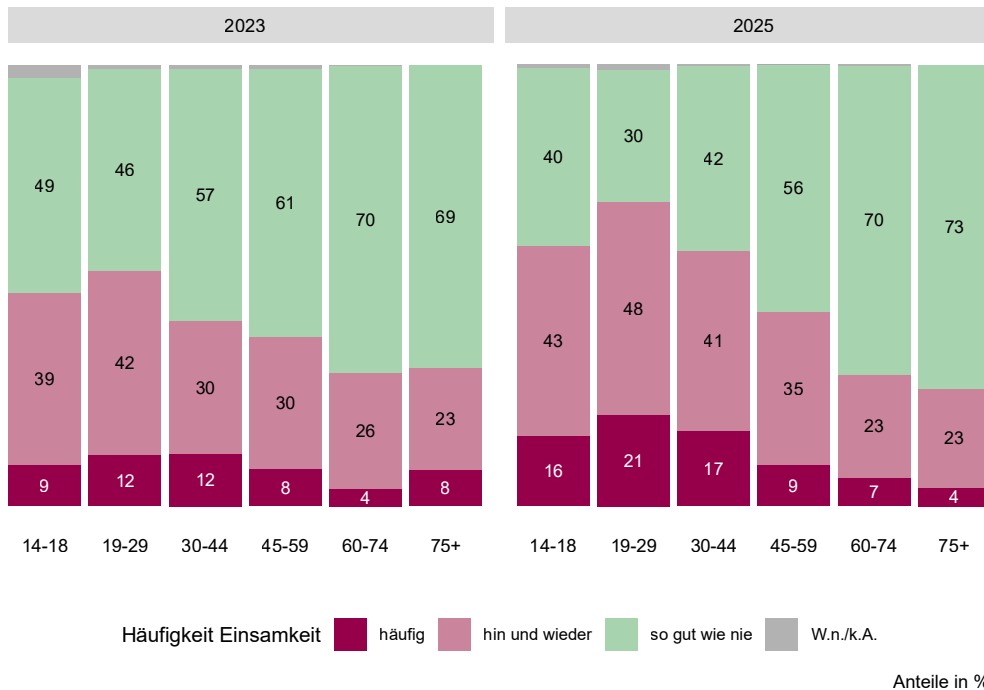


Abbildung 4 – Einsamkeitsempfinden nach Altersgruppen im Vergleich 2023 und 2025

Zwischen 2023 und 2025 hat Einsamkeit in nahezu allen Altersgruppen zugenommen. Nur die 60- bis 74-Jährigen bilden eine Ausnahme. Besonders auffällig sind die höheren Werte bei den 14- bis 18-Jährigen (+5 Prozentpunkte „häufig“, +4 Prozentpunkte „hin und wieder“) und den 19- bis 29-Jährigen (+9 Prozentpunkte „häufig“, +6 Prozentpunkte „hin und wieder“). Der große Anstieg in dieser Altersgruppe innerhalb so kurzer Zeit und nach dem Ende der Corona-Pandemie deutet auf tieferliegende Ursachen für ein weitverbreitetes Einsamkeitsgefühl jüngerer Menschen hin. Aufgrund der Daten des 3. Demokratieberichts lässt sich die anhaltende Bedeutung des Themas

gerade bei jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen erkennen. Die Befunde der Einsamkeitsstudie von 2023<sup>6</sup> werden durch die Daten bestätigt.

## Potenziale für Demokratiefährdung

Aus den Beobachtungen zur abnehmenden Identifikation mit der politischen Gemeinschaft bei Jüngeren, dem weitverbreiteten Empfinden einer gesellschaftlichen Spaltung und dem hohen Einsamkeitsempfinden ergibt sich zusammengenommen ein beachtliches Potenzial für antidemokratische Angebote. Jugendliche haben ein besonders

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

stark ausgeprägtes Bedürfnis nach Zugehörigkeit.<sup>7</sup> Wer sich einsam fühlt, ist daher gerade in jungen Jahren eher bereit, Angebote anzunehmen, die beispielsweise mit einer exklusiven und antidemokratischen Gruppenidentität verbunden sind. Gleichwohl zeigt sich in den Daten des 3. Demokratieberichts auch ein verstärktes Einsamkeitsempfinden in der mittleren Lebensphase: Der Anstieg bei den 30- bis 44-Jährigen beträgt 5 Prozentpunkte bei denjenigen, die sich häufig einsam fühlen. Der Anteil derjenigen, die sich hin und wieder einsam fühlen, ist in

dieser Altersgruppe sogar um 11 Prozentpunkte gestiegen. Auch bei den 45- bis 59-Jährigen ist der Anteil derjenigen, die sich hin und wieder einsam fühlen, um 5 Prozentpunkte angestiegen.

### Einsamkeit ist eher weiblich

Schaut man sich die Verteilung nach Geschlechtern an, so fällt auf, dass Einsamkeitsempfinden zwar bei beiden Geschlechtern verbreitet, aber bei Mädchen und Frauen tendenziell stärker ausgeprägt ist (Abbildung 5).

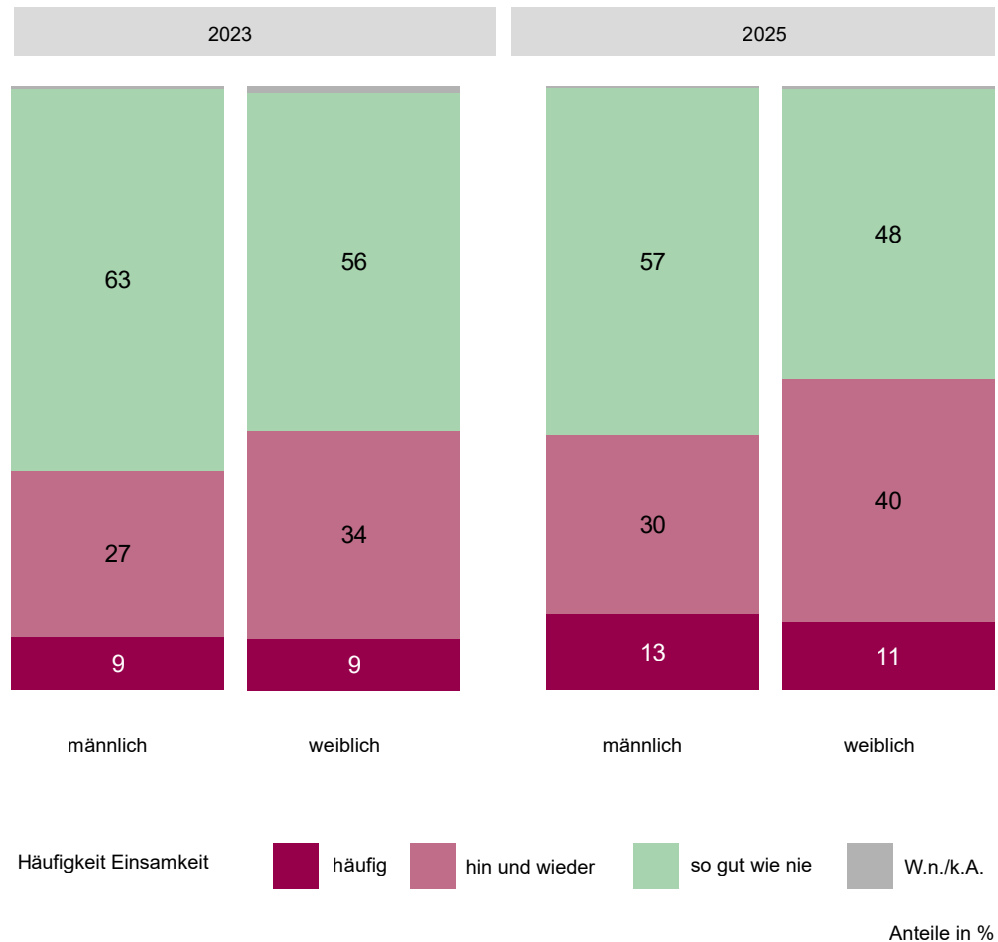


Abbildung 5 – Einsamkeitsempfinden nach Geschlecht im Vergleich 2023 und 2025

Im Vergleich der Werte über die Erhebungen 2023 und 2025 – in den einzelnen Altersgruppen und nach Geschlechtern differenziert – zeigt sich wiederum, dass das Einsamkeitsempfinden besonders

bei Mädchen und Frauen bis 44 Jahre von einem ohnehin schon hohen Niveau aus weiter stark zugenommen hat (Abbildung 6).



Abbildung 6 – Einsamkeitsempfinden nach Altersgruppen und Geschlecht im Vergleich 2023 und 2025

Bei männlichen Jugendlichen gibt es vor allem einen Anstieg bei denen, die sich häufig einsam fühlen (+7 Prozentpunkte). Bei den jungen Männern zwischen 19 und

29 Jahren hat sowohl der Anteil derjenigen, die sich gelegentlich einsam fühlen (+3 Prozentpunkte), als auch der Anteil derjenigen, die sich häufig einsam fühlen (+8 Prozentpunkte), zugenommen.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Einsamkeit ist Frage von Einkommen und Schicht

Das in den einzelnen Altersgruppen stark erhöhte Einsamkeitsempfinden

hängt eng mit dem Einkommen und der Schichtzugehörigkeit der Befragten zusammen (Abbildung 7).

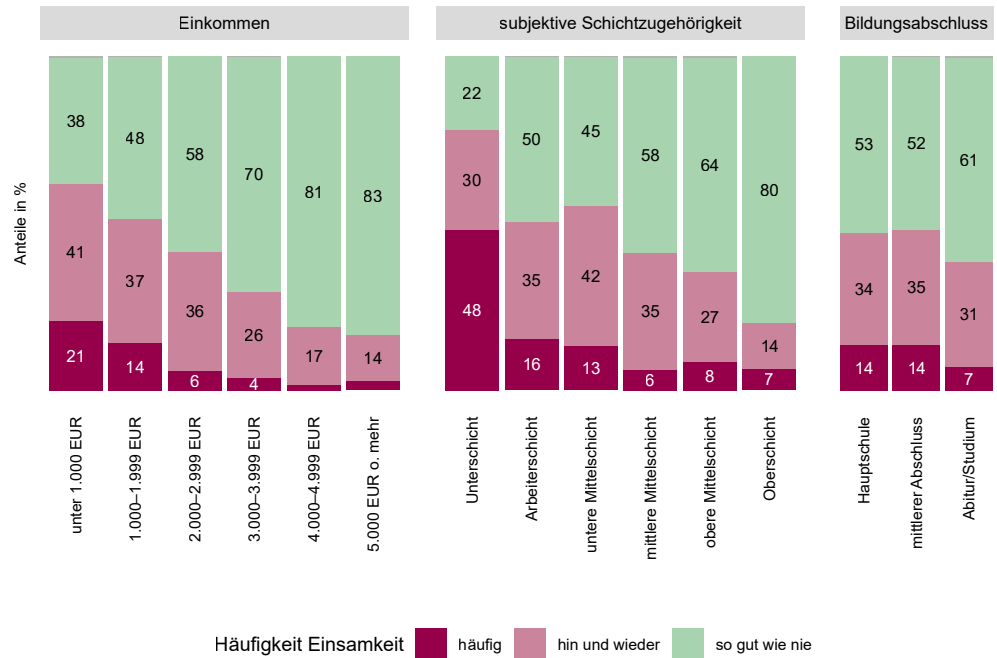


Abbildung 7 – Einsamkeitsempfinden nach Sozialstruktur (Einkommen, Schicht, Bildung)

Die unterschiedliche Verteilung zeigt, dass es Einsamkeit zwar in allen Einkommensgruppen und Schichten gibt. Die Wahrscheinlichkeit, sich hin und wieder oder häufig einsam zu fühlen, steigt aber mit einem niedrigen Einkommen und einer niedrigen Schichtzugehörigkeit deutlich an.

### Ambivalentes Bild: Zugehörigkeit vs. Spaltung und Einsamkeit

Die Daten zur Identifikation mit der politischen Gemeinschaft, zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum Thema Einsamkeit vermitteln einen Eindruck davon, wie die Menschen in

Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 sich selbst und die Gesellschaft wahrnehmen. Neben einem hohen Grad der Identifikation in allen gesellschaftlichen Gruppen zeigen sich mögliche Ansatzpunkte für Polarisierung und Spaltung, besonders in den jüngeren und mittleren Altersgruppen, bei Menschen mit niedrigem Einkommen und Zugehörigkeit zu einer unteren Schicht. Wie aber wirken sich diese Wahrnehmungen auf die Einstellungen zum eigenen Leben und zur Politik aus? Darum wird es in den folgenden zwei Kapiteln zu den Themen Lebenszufriedenheit und politisches Interesse gehen.

## 3.2 Lebenszufriedenheit

### Zufriedenheit ist Gradmesser für Stabilität

Positive Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger gegenüber der Demokratie, ihren politischen Institutionen und den Akteuren der Politik sind

ausschlaggebend für die Stabilität der Demokratie. Eine Grundlage dafür und ein Hinweisgeber auf Einstellungen zur Demokratie ist die Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation und den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen.<sup>8</sup>



Abbildung 8 – Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen

Die Ergebnisse für beide Fragen fallen unterschiedlich aus (Abbildung 8). Zunächst zeigt sich, dass 77 % der Befragten im Jahr 2025 mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden sind. Allerdings sind nur rund 66 % mit den derzeitigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen zufrieden. Es gibt also einen auch aus anderen Umfragen bekannten Unterschied zwischen der persönlichen Zufriedenheit und der Zufriedenheit auf der Ebene der politischen Gemeinschaft.

### Breite Unzufriedenheit in der Mitte

Auffällig ist auch, dass vor allem die Gruppen der nur mäßig Zufriedenen und der mäßig Unzufriedenen den Gesamtwert bei der Frage nach den Lebensbedingungen negativ beeinflussen. Das deutet darauf hin, dass die insgesamt schlechteren Werte durch eine breite Unzufriedenheit mit den Ergebnissen der Politik in der Mitte der Gesellschaft verursacht werden und nicht nur durch die extremen Ränder. Rund ein Viertel der Befragten ist mit den persönlichen Lebensbedingungen (27 %) und mehr als ein Drittel (36 %) mit

den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen gerade so zufrieden. In den Befragungen zum Demokratiebericht ist die Zufriedenheit stets gesunken, sowohl mit der persönlichen Lebenssituation (2021: 88 %; 2023: 87 %; 2025: 77 %) als auch mit den Lebensbedingungen in

Nordrhein-Westfalen (2021: 82 %; 2023: 73 %; 2025: 67 %). Daran lassen sich die insgesamt eher krisenhaften Jahre mit negativer wirtschaftlicher Entwicklung nach dem Ende der Corona-Pandemie ablesen.

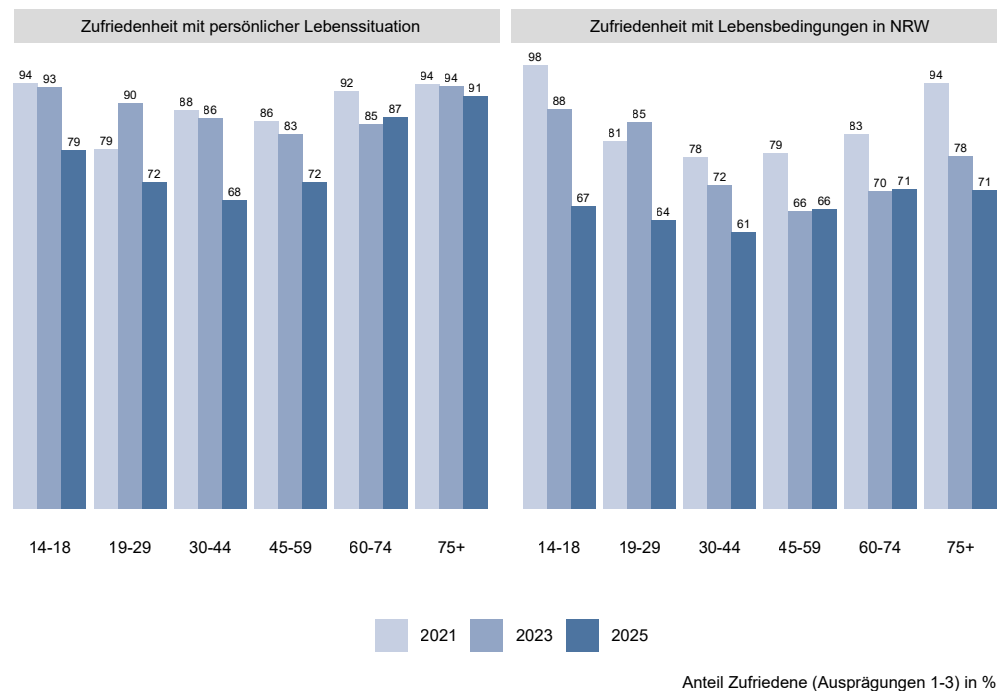


Abbildung 9 – Zufriedenheit im Vergleich 2021, 2023, 2025

### Zufriedenheit ist Frage des Alters

Interessant ist auch die Verteilung der Zufriedenheit über die Altersgruppen und deren Entwicklung über die drei Befragungen hinweg (Abbildung 9).

Die Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation ist in den jüngeren und mittleren Altersgruppen zwischen 2023 und 2025 besonders markant gefallen: Bei den 14- bis 18-Jährigen um 14 Prozentpunkte von 93 % auf 79 %, bei den

19- bis 29-Jährigen um 18 Prozentpunkte von 90 % auf nur noch 72 % und bei den 30- bis 44-Jährigen um 14 Prozentpunkte von 86 % auf 68 %. Auch die 45- bis 59-Jährigen partizipieren an dieser Entwicklung und erreichen nur noch einen Wert von 72 % (-11 Prozentpunkte).

### Neue Unzufriedenheit bei Jüngeren, keine Besserung in Lebensmitte

Die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen ist zwischen 2023 und 2025 vor allem in den jüngeren Altersgruppen rapide gesunken. So zeigt sich etwa bei den 14- bis 18-Jährigen eine Verringerung um

21 Prozentpunkte von 88 % im Jahr 2023 auf nur noch 67 % im Jahr 2025. Bei den 19- bis 29-Jährigen ist die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen nach einem leichten Anstieg zwischen 2021 und 2023 ebenfalls um 21 Prozentpunkte gefallen, von 85 % (2023) auf 64 % (2025). In der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen fällt der Rückgang weniger dramatisch aus, weil die Zufriedenheit bereits 2023 geringer ausgeprägt war. In den Altersgruppen der 45- bis 59-Jährigen und der 60- bis 74-Jährigen hatte sich die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen bereits zwischen 2021 und 2023 erheblich verringert. Bei den über 75-Jährigen geht es ausgehend vom sehr hohen Zufriedenheitsniveau im Jahr 2021 (94 %) weiter abwärts. 2023 lagen sie noch bei 78 % und im Jahr 2025 nur noch bei 71 %.

### **Persönlich Unzufriedene sind auch unzufrieden mit Verhältnissen**

Schaut man genauer nach, wer sich zufrieden und wer sich unzufrieden äußert, so zeigt sich ein deutlicher Zusammenhang: Diejenigen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation zufrieden sind, sind auch überdurchschnittlich häufig mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen zufrieden. Umgekehrt sind diejenigen, die mit ihrer persönlichen Lebenssituation nicht zufrieden sind, überdurchschnittlich häufig auch unzufrieden mit den Verhältnissen in Nordrhein-Westfalen.

### **Soziale Faktoren: Bildung und Schicht**

Eine weitere Erklärung findet sich in sozioökonomischen Faktoren wie dem Bildungsabschluss. Ein hoher Bildungsabschluss hat einen positiven Einfluss auf

die Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation und damit auf die Zufriedenheit mit den Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen. Auch die subjektive Schichtzugehörigkeit hat deutliche Auswirkungen. Menschen, die sich selbst der „Unterschicht“ zuordnen, sind zu einem höheren Anteil unzufrieden (62 %) als Menschen, die sich der Arbeiterschicht zugehörig fühlen (35 %). Mit höherer Schicht nimmt auch die Zufriedenheit zu.

### **Migrationshintergrund beeinflusst Zufriedenheit nicht**

Ein Migrationshintergrund beeinflusst die Zufriedenheit mit den persönlichen Lebensumständen und den Lebensbedingungen hingegen nicht. Menschen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt genauso zufrieden oder unzufrieden wie Befragte ohne Migrationshintergrund. Diese Gemeinsamkeit spricht auf einer sehr grundlegenden Ebene für einen gelungenen Integrationsprozess in Nordrhein-Westfalen: Menschen mit und ohne Migrationshintergrund empfinden bei beiden Fragen nicht unterschiedlich, sondern gleich.

### **Große Unterschiede zwischen Parteianhängern**

Einige Parteien zeichnen sich durch eine hohe Unzufriedenheit in der eigenen Anhängerschaft aus. Die Sympathisanten des BSW (42 % Unzufriedene), der Linken (35 %) und der AfD (32,5 %) sind mit ihren persönlichen Lebensumständen oft unzufrieden. Die Anhänger der Grünen (91,5 % Zufriedene), der CDU (88 %), der SPD (77 %), der FDP (77 %) und Befragte ohne Parteipräferenz (75 %) sind hingegen deutlich zufriedener.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

# 3.3 Politisches Interesse

## Politisches Interesse ist Grundlage der Demokratie

Das politische Interesse der Bürgerinnen und Bürger ist eine wesentliche Grundlage für eine stabile Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Nur wenn Menschen sich für Inhalte und Positionen der politischen Akteure auf Landesebene interessieren, kann die Demokratie als Staats- und Lebensform erfolgreich sein. Dies korreliert mit der Beteiligung an Wahlen. Bei den Landtagswahlen 2022 hat es eine historisch niedrige Wahlbeteiligung gegeben (55,5 % der Wahlberechtigten gegenüber 65,2 % bei den Landtagswahlen 2017). Auf der kommunalen Ebene ist die Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen seit der Kommunalwahl im Jahr 1999 äußerst gering (1999: 55 %; 2004: 54,4 %; 2009: 52,3 %; 2014: 49,97 %). Es beteiligt sich häufig gerade mal etwas

mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten. Bei den nordrhein-westfälischen Kommunalwahlen am 14. September 2025 stieg die Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2020 (51,9 %) auf niedrigem Niveau wieder um 4,9 Prozentpunkte auf insgesamt 56,8 % an. Damit liegt sie über dem Niveau von 1999, bleibt aber unter den Werten der 1980er-Jahre (1984: 65,8 %; 1989: 65,5 %).

## Allgemein hohes Interesse an Politik

Um mehr über das politische Interesse in Nordrhein-Westfalen herauszufinden, wurde auch im 3. Demokratiebericht gefragt, „Wie stark interessieren Sie sich ganz allgemein für Politik?“ 2025 geben drei Viertel (78 %) der Befragten an, dass sie sich im Allgemeinen für Politik interessieren.



Abbildung 10 – Interesse an Politik im Vergleich 2023 und 2025

Fasst man die Kategorien 1 bis 3 zusammen, zeigt sich im Vergleich zwischen 2023 und 2025 kein Unterschied im politischen Interesse. Allerdings ist der

Anteil derjenigen, die angeben, sehr stark politisch interessiert zu sein, um 7 Prozentpunkte höher als 2023. Da die Befragung mit sehr kurzem Abstand zur

Bundestagswahl am 23. Februar 2025 stattgefunden hat, ist davon auszugehen, dass hier ein Mobilisierungseffekt des Wahlkampfs zu erkennen ist.

### Unterschiede nach Alter, Parteien, Bildung und Schicht

Männer zeigten ein stärkeres politisches Interesse als Frauen, ältere Menschen ein stärkeres als jüngere. Die meisten Desinteressierten finden sich bei unter 30-jährigen Menschen. Hier geben knapp 36 % an, sich (eher) nicht für Politik zu

interessieren. Abiturienten und Hochschulabsolventen haben ein deutlich stärkeres Interesse an Politik als Menschen mit formal niedrigerer Bildung. Personen, die sich der „Unterschicht“ zuordnen, weisen ein besonders geringes politisches Interesse auf. Mit steigender Schichtzuordnung steigt das politische Interesse. Menschen ohne Migrationshintergrund (75 %, 26 % sehr stark) interessieren sich stärker für Politik als Menschen mit Migrationshintergrund (68 %, 16 % sehr stark).

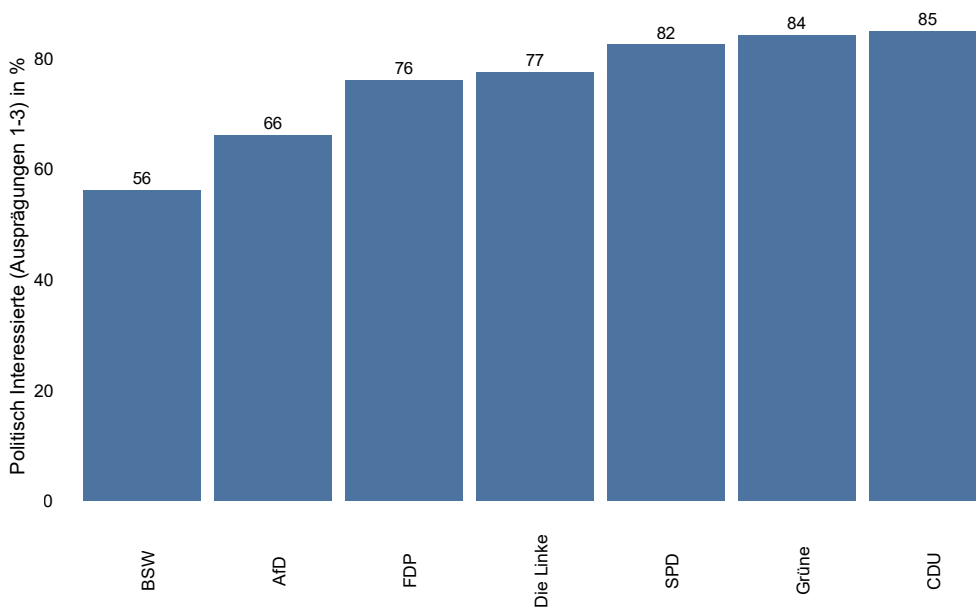


Abbildung 11 – Politisches Interesse in der Anhängerschaft der Parteien

Die Verteilung über die Sympathisanten der Parteien (Abbildung 11) zeigt Folgendes: Die Anhänger der CDU sind in Nordrhein-Westfalen am meisten an Politik interessiert. Darauf folgen mit sehr geringem Abstand die Anhänger von Bündnis 90/Die Grünen und SPD. Deutlich weniger für Politik interessieren sich hingegen Sympathisanten der Partei Die Linke und der FDP. Noch etwas geringer aber ist das

Interesse bei AfD-Anhängern ausgeprägt. Nur Menschen, die mit dem BSW sympathisieren, weisen mit 56 % politisch Interessierten einen noch geringeren Anteil auf. Eine mögliche Erklärung dafür könnte sein, dass die Sympathisanten dieser Partei der Politik insgesamt misstrauen oder politischen Themen eigentlich distanziert gegenüberstehen. Menschen, die sich keiner Partei nahe fühlen, interessieren sich deutlich mehr (71 %) für das politische Geschehen als die Anhänger der Linken, des BSW und der AfD.

## 3.4 Politische Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen

### Offene Frage, viele Antworten, klare Prioritäten

Was sind die wichtigsten Probleme in Deutschland (Abbildung 13) bzw. in Nordrhein-Westfalen (Abbildung 12)? Dazu wurde den Befragten eine offene

Frage gestellt, das heißt, sie konnten ohne Antwortvorgaben die Probleme nennen, die ihnen wichtig sind. Dementsprechend gab es eine große Bandbreite an Antworten, die im Nach-hinein zu zehn Kategorien zusammen-gefasst wurden.

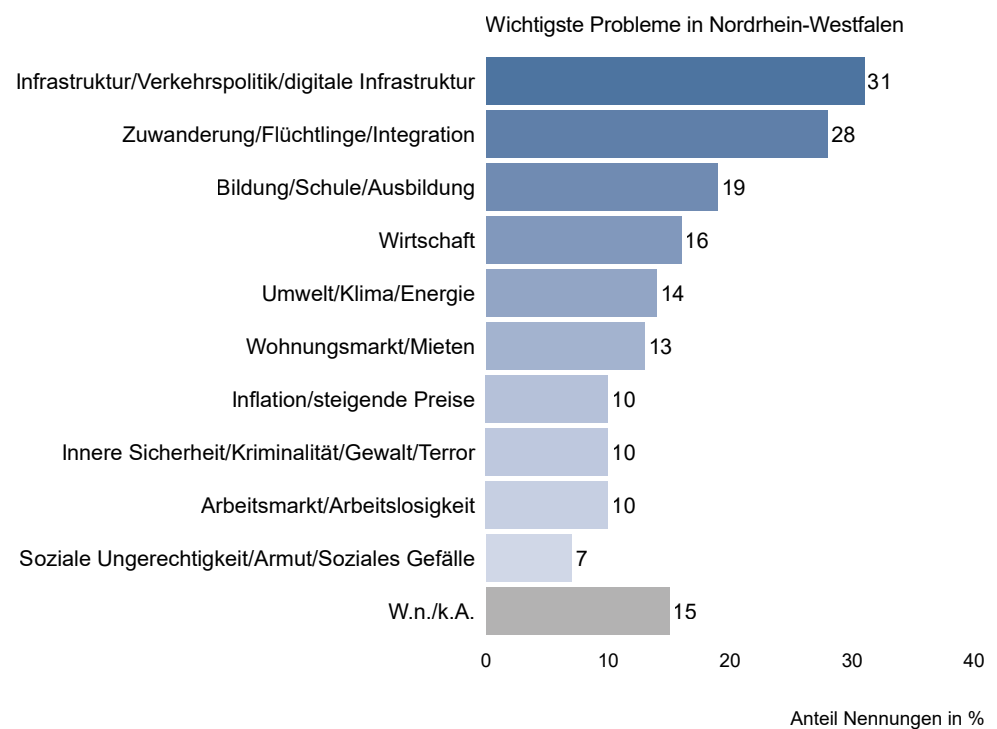


Abbildung 12 – Wichtigste Probleme in Nordrhein-Westfalen, Mehrfachnennungen möglich

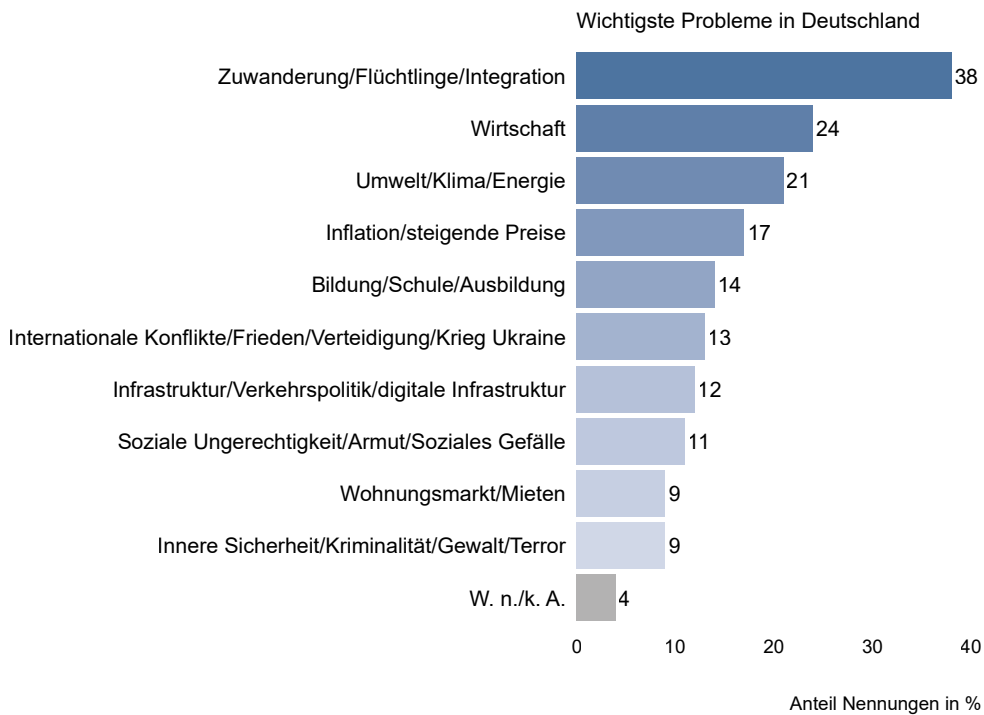


Abbildung 13 – Wichtigste Probleme in Deutschland, Mehrfachnennungen möglich

## Grundlegende Vorstellung von Föderalismus

Die Auswertungen bestätigen einen Befund aus dem 1. und 2. Demokratiebericht: Die Menschen in Nordrhein-Westfalen haben eine grundlegende Vorstellung von der Kompetenzverteilung zwischen Landes- und Bundesebene. Sie weisen dem Land beispielsweise die Aufgabe zu, die Probleme im Bildungsbereich zu lösen. Probleme des täglichen Erlebens bzw. des Nahbereichs (Verkehr und Wohnen) finden sich ebenfalls in der Tendenz eher als Aufgaben des Landes wieder. Übergeordnete Themen wie Migration, Wirtschaft, Klimapolitik und Inflation werden hingegen eher der Bundesebene zugeordnet. Mit diesem basalen Verständnis des Föderalismus geht aber auch eine gewisse landespolitische Indifferenz einher: Rund 15 % der Befragten wollen oder können keine speziellen Probleme für Nordrhein-Westfalen nennen.

## Viele Gründe für Themenmix

Erkennbar ist, dass im März 2025 migrationsbezogene Themen an vorderer Stelle der größten Probleme in Nordrhein-Westfalen und Deutschland angeführt werden. Die hohen Anteilswerte weisen auf den in den Jahren 2024 und 2025 an vielen Orten spürbaren Problemdruck. Aber auch im Bundestagswahlkampf 2025 war das Thema Migration sehr präsent. Die Wahrnehmungen dazu differierten zwischen den politischen Lagern und überdeckten teils andere politische Herausforderungen. Rückblickend erscheint es bemerkenswert, wie wenig Themen, die seitdem die öffentliche Debatte bestimmen, wie etwa die Bezahlbarkeit der sozialen Sicherungssysteme, direkt nach der Bundestagswahl genannt wurden. Gleichwohl verdeutlicht dieser Umstand den Charakter der Befragung als einer Momentaufnahme.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Unterschiede nach Bildungsabschluss

Differenziert man bei den politischen Herausforderungen hinsichtlich der formalen Bildungsabschlüsse, so werden von Menschen mit Hauptschulabschluss auf Landesebene Probleme mit der Infrastruktur (35 %) etwas häufiger genannt als Probleme der Migration (32 %). Zuwanderung und Infrastruktur sind für Personen mit mittleren Schulabschlüssen gleich bedeutsam (32 %) und Menschen mit Abitur nehmen Infrastruktur (42 %) als deutlich wichtigeres Problem wahr als Migration (26 %). Sie sind zugleich die einzige Gruppe mit einem hohen Problembewusstsein für den Themenkomplex Umwelt/Klima/Energie (19 %).

## Unterschiede nach Parteipräferenz

Unter den Sympathisanten der CDU (37 %), der SPD (42 %), der FDP (39 %), der Linken (25 %), der Grünen (42 %) und des BSW (40 %) dominiert das Thema Infrastruktur als wichtigstes Problem in Nordrhein-Westfalen. Die Anhänger der AfD (59 %) dagegen nehmen Migration auch auf Landesebene als wichtigstes politisches Problem wahr (CDU 30 %, SPD 25 %, FDP 35 %, Die Linke 15 %, Grüne 14 %, BSW 27 %). Bei Anhängern von FDP, CDU, SPD und BSW zeigen sich allerdings ebenfalls hohe Werte. Nur für die Sympathisanten der Parteien Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen steht das Thema Zuwanderung/Flüchtlinge/Integration nicht im Vordergrund.

Die Bildungspolitik wird von besonders vielen Anhängern der Grünen (29 %), der Linken (23 %), der SPD (20 %) und der CDU (19 %) als wichtiges Problem auf

Landesebene genannt. Für Menschen mit mittleren Bildungsabschlüssen ist Migration (46 %) auf Bundesebene wichtiger als für Befragte mit Hauptschulabschluss (38 %) oder Menschen mit Abitur bzw. Studium (35 %).

## Betroffenheit, mediale Konjunkturen, eigene Überzeugungen

Die Nennung aller Themen ist als Ergebnis eines Wechselspiels zwischen persönlichem Erleben und realen Problemlagen sowie dem Einfluss eines medialen und politischen Agenda-Setting zu verstehen, hinter der sich eine Vielzahl an persönlichen Motiven verbergen kann. Hinter Nennungen im Bereich Zuwanderung/Flüchtlinge/Integration könnte sich etwa sowohl die Sorge um das Gelingen von Integration verbergen wie auch die Überzeugung, dass es aktuell zu viel Zuwanderung gebe. Das Ranking der landespolitischen Themen verweist daher gleichermaßen auf:

1. **kurz- und langfristige Problemwahrnehmungen,**
2. **ein weites Feld gesellschaftlicher und individueller Motive sowie**
3. **Chancen, die genannten Themen mit unterschiedlichen politischen Lösungsstrategien zu bearbeiten.**

Zudem unterliegen politische Themen immer auch einem Wechselspiel zwischen Öffentlichkeit und politischen Akteuren. Je häufiger Themen in den Medien und von politischen Akteuren benannt werden, desto größer wird die Aufmerksamkeit für sie. Eine wichtige Grundvoraussetzung für politisches Handeln in einer Demokratie bleibt dabei die Bindung an den Wählerwillen und das Zutrauen ins Wahlvolk, politische Inhalte richtig zuzuordnen zu können und an den Wählern informierte Entscheidungen zu treffen.

## Fazit: Bearbeitung von Themen ist wichtig für Demokratie

Insofern bieten die Ergebnisse zu den politischen Herausforderungen in Nordrhein-Westfalen auch Anlass zu

Zuversicht: Durch die Bearbeitung der Themen, die von den Menschen im Land als relevant angesehen werden, können die politischen Akteure in einem gewissen Maße selbst das Interesse an Politik und die Unterstützung für die Demokratie als Staats- und Lebensform steigern.

# 3.5 Demokratieunterstützung

## Demokratie – für große Mehrheit das beste System

In der Befragung wurde die grundlegende Demokratieunterstützung und damit die Legitimität der Demokratie in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung mit der Zustimmung zur Aussage „Die

Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.“ auf einer Skala von eins bis sechs gemessen. Die Antworten zeigen, dass die Demokratie von einer Mehrheit der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen als das beste politische System angesehen wird (Abbildung 14).

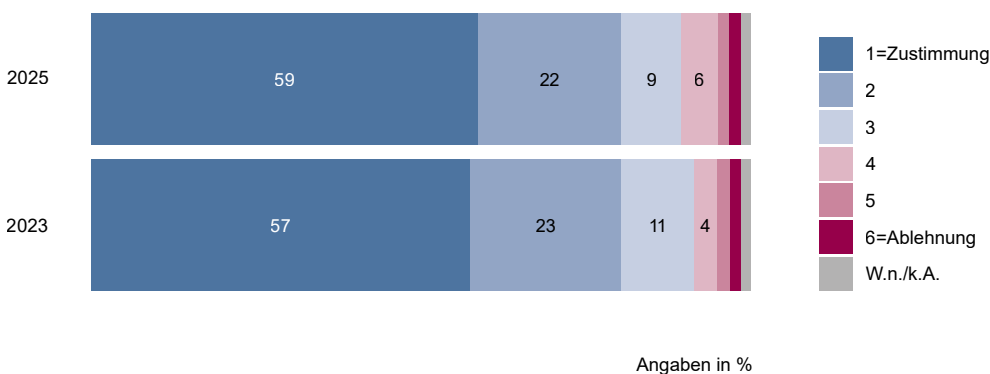


Abbildung 14 – Demokratieunterstützung 2023 und 2025 im Vergleich

## Unterschiedliche Sichtweisen in Altersgruppen

Die Zustimmung zur Demokratie als Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Nordrhein-Westfalen

unterscheidet sich nur geringfügig von den Werten im Jahr 2023. Es bestehen allerdings teils deutliche Differenzen zwischen den einzelnen Altersgruppen, die von den Ergebnissen im Jahr 2023 abweichen (Abbildung 15).

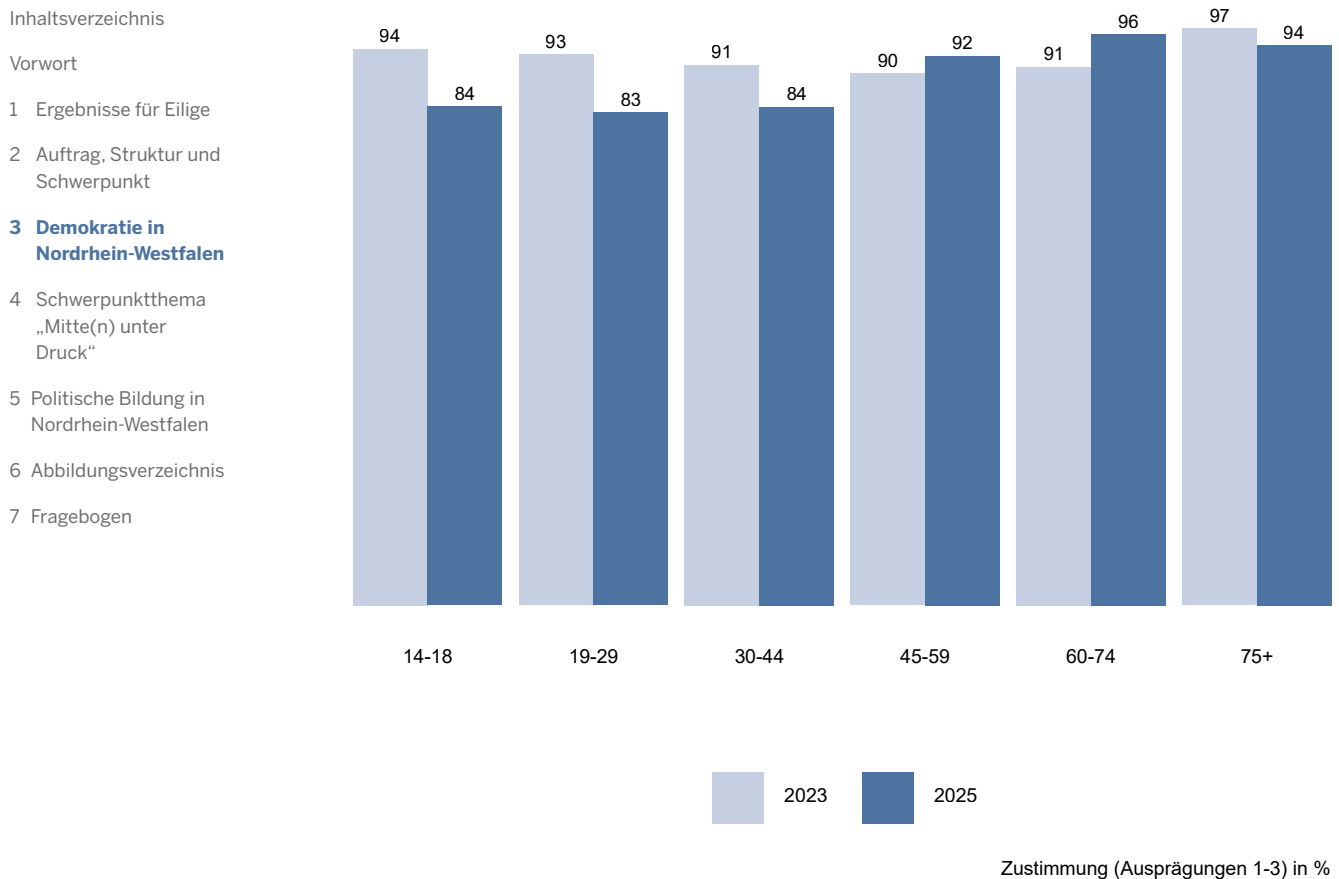


Abbildung 15 – Demokratieunterstützung nach Altersgruppen im Vergleich 2023 und 2025

### Jüngere im Trend skeptischer, Ältere stärker überzeugt

Bei den Alterskohorten ab 45 Jahren ist die Unterstützung der Demokratie am stärksten. Hier sind über 90 % davon überzeugt, dass die Demokratie das beste System für unsere Gesellschaft ist. Bei den 60- bis 74-Jährigen ist die Demokratieunterstützung sogar angestiegen. In den jüngeren Altersgruppen bis 45 hat die Demokratieunterstützung hingegen deutlich abgenommen. Die Rückgänge betragen dort zwischen 8 und 13 Prozentpunkten. Die geringste Anerkennung erfährt die Demokratie bei den 19- bis 29-Jährigen mit 83 % (-10 Prozentpunkte). Da die jüngeren Altersgruppen einen geringen Anteil an der Bevölkerung haben, wirken sich die Rückgänge nicht

entsprechend auf die Mittelwerte für die Demokratieunterstützung aus. Die Unterschiede zwischen den Altersgruppen fallen zwar geringer aus als bei der Lebenszufriedenheit und dem politischen Interesse, sie entsprechen aber derselben Tendenz: Jüngere sind eher unzufrieden und haben ein geringeres politisches Interesse. Aus diesen Einstellungen speist sich ihre geringere Demokratieunterstützung im Jahr 2025.

### Einfluss von Bildung und Schicht

Auch wenn man die Demokratieunterstützung nach Bildungsabschlüssen und nach Schichtzugehörigkeit betrachtet, zeigen sich teils deutliche Unterschiede (Abbildung 16).

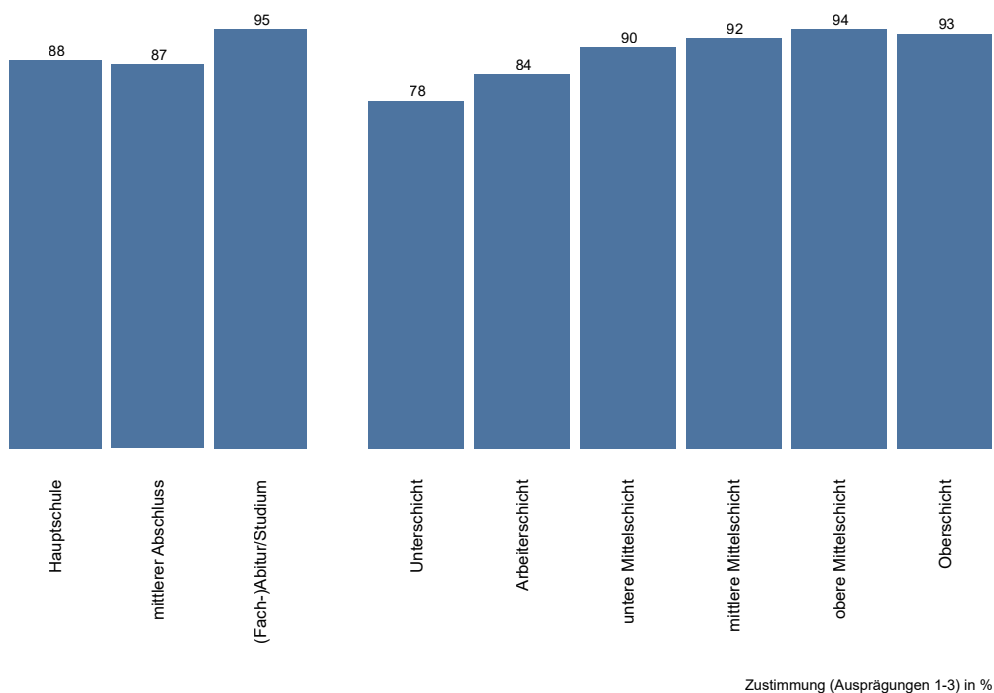


Abbildung 16 – Demokratieunterstützung nach Schulabschluss und Schichtzugehörigkeit

Zwischen Hauptschulabsolventen (88 %), Personen mit mittlerem Abschluss (87 %) und Personen mit Abitur (95 %) besteht ein deutlicher Unterschied in der grundlegenden Demokratieunterstützung. Diese Abweichungen zwischen den Bildungsgruppen sind nicht kausal zu verstehen: Niemand ist demokratischer oder weniger demokratisch eingestellt, weil er die Hauptschule oder das Gymnasium besucht. Vielmehr handelt es sich um einen Zwischenbefund, der im Folgenden näher untersucht werden muss. Dabei ist einmal danach zu fragen, ob es zwischen den Bildungsgruppen spezifische Unterschiede in der Wahrnehmung der Problemlösungskompetenz von demokratischer Politik gibt. Diese Frage wird im Kapitel zum Schwerpunktthema des 3. Demokratieberichts

zu den Mitten der Gesellschaft näher untersucht. Zweitens ist danach zu fragen, ob es zwischen den Bildungsgruppen spezifische Unterschiede in Umfang, Kompetenzerwerb und Bedürfnissen politischer Bildung gibt. Diese Frage wird uns im Kapitel zur politischen Bildung wieder begegnen und dort näher untersucht werden.

Ähnliches gilt für die subjektive Schichtzuordnung: Bei denjenigen, die sich selbst der „Unterschicht“ zuordnen, ist die Demokratieunterstützung am schwächsten ausgeprägt. Hier sind weniger als 80 % grundsätzlich von der Demokratie überzeugt. Mit einer höheren subjektiven Schichteinstufung steigt die politische Unterstützung, den höchsten Wert erreicht sie in der oberen Mittelschicht. Auch hier führt eine komplexe Gemengelage zu einer im Ergebnis besorgniserregenden Schichtung der Demokratieunterstützung.

## Unterschiede bei Partei-anhängern

Die höchste Zustimmung erfährt die Demokratie bei den Anhängern der Grünen (97 %) und der CDU (96 %). Es folgen die Sympathisanten der SPD (93 %), der Linken (88 %), der FDP (88 %) und des BSW (88 %). Menschen, die keiner Partei zuneigen, unterstützen dennoch

die Demokratie (88 %) in ähnlichem Maße wie die Anhänger dieser Parteien. Bei den Befragten, die angegeben haben, unter den im Landtag vertretenen Parteien am ehesten der AfD zuzuneigen, ist dieser Wert deutlich niedriger: Hier sind nur 73 % davon überzeugt, dass die Demokratie als politisches System am besten zu unserer Gesellschaft passt.

## 3.6 Demokratieverständnis

### Was ist wesentlich für Demokratie?

Angesichts der hohen grundlegenden Zustimmung zur Demokratie stellt sich die Frage: Was genau verstehen die Menschen in Nordrhein-Westfalen unter Demokratie? Um mehr darüber herauszufinden, wurde mit der folgenden Formulierung danach gefragt, was die wesentlichen Aspekte einer Demokratie seien: „Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was eine Demokratie ausmacht. Bitte sagen Sie mir bei den folgenden Aspekten jeweils, ob dieser Ihrer Ansicht nach zu einer Demokratie gehört oder nicht:

- dass durch Wahlen Machtwechsel möglich sind.
- dass eine Gewaltenteilung besteht, also die grundsätzliche Trennung und Unabhängigkeit von Regierung, Parlament und Gerichten.
- dass Konflikte offen ausgetragen werden.
- dass bei politischen Entscheidungen Kompromissfähigkeit herrscht.
- dass Andersdenkende respektiert werden.
- dass Meinungsfreiheit und Pressefreiheit garantiert werden.
- dass Chancengleichheit besteht, also gleiche Aufstiegschancen und Teilhaberechte für alle, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Alter oder Ähnlichem.
- dass Rechtsstaatlichkeit besteht, also dass Gesetze für alle Bürger und auch für die Regierung und die Verwaltung verbindlich gelten.
- dass es eine starke Führungsperson im Land gibt, die sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss.
- dass Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung eingeschränkt werden können.
- dass die Regierungsmehrheit über die Besetzung hoher Richterämter, wie z. B. Bundesverfassungsrichter, bestimmen kann.
- dass das Ziel der Politik ausschließlich die Durchsetzung ‚nationaler Interessen‘ sein sollte.“

---

## Konzepte und Verständnis von Demokratie

Dabei standen zwei unterschiedliche Fragestellungen im Hintergrund. Erstens: Gibt es Unterschiede zwischen einem eher verfassungsrechtlichen und einem eher lebensweltlichen Konzept von Demokratie? Zweitens: Ob und in welchem Ausmaß gibt es in Nordrhein-Westfalen Zustimmung zu nicht-demokratischen Elementen eines politischen Systems?

### Verfassung und Lebenswelt: Demokratie braucht beides

Die Unterscheidung zwischen einem verfassungsrechtlichen und einem lebensweltlichen Demokratiekonzept hat in der Politikwissenschaft eine lange Tradition. Sie erweist sich bis heute als fruchtbar, wenn es darum geht, Verschiebungen in der Wahrnehmung von Politik durch die Bevölkerung zu erfassen. Im Demokratiebericht werden beispielsweise Kompromissfähigkeit und eine offene Austragung von Konflikten dem lebensweltlichen Demokratiekonzept zugewiesen, ebenso die Aspekte Chancengleichheit und der Respekt vor Andersdenkenden.

### Ambivalenz der Kategorien

Die Kategorien „verfassungsrechtlich“ und „lebensweltlich“ sind durchaus ambivalent zu verstehen. Einerseits braucht eine starke und lebendige Demokratie nämlich eine Verankerung in der Gesellschaft und damit in eigentlich unpolitischen Lebensbereichen wie etwa Sportvereinen oder dem alltäglichen Miteinander am Arbeitsplatz. Andererseits können Vorgaben, etwa wenn ein bestimmtes Welt- oder Menschenbild für allein gültig erklärt wird, als Übergriffe erscheinen. Hier entsteht ein Dilemma, weil die freiheitliche demokratische Grundordnung Individuen

und Gruppen in der Gesellschaft eigentlich vor solchen Übergriffen des Staates bewahren sollte. Wenn sich das lebensweltliche und das verfassungsrechtliche Demokratiekonzept vermischen, ist das dementsprechend eine ambivalente Beobachtung. Sie kann z. B. darauf verweisen, dass Demokratie für die meisten Menschen als lebensweltliches Konzept fest verankert ist. Es ist aber ebenso denkbar, dass alltägliche, gelebte Werte wie Toleranz für Andersdenkende als politisiert oder vom Staat verordnet empfunden werden. Beides kann ein Hinweis darauf sein, dass die wichtige Unterscheidung zwischen individuellen und gesellschaftlichen Werten und politischen Orientierungen verloren geht. Bürgerliche Alltagstugenden erscheinen in so einer Konstellation womöglich als politisiertes Verhalten, politische Positionen womöglich als unverhandelbare Elemente persönlicher Identität.

### Das Gegenteil von Demokratie

Bei der Zustimmung zu den nicht-demokratischen Elementen eines politischen Systems wurde die Zustimmung zu vier Aussagen abgefragt, die Kernelementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widersprechen bzw. die europäische und multilaterale Orientierung der deutschen Außenpolitik in der europäischen Nachkriegsordnung in Zweifel ziehen. Als Anzeichen für nicht-demokratische Einstellungen wurde daher die Zustimmung (1 bis 3) zu den folgenden Aussagen definiert (vgl. Abbildung 17):

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

1 Ergebnisse für Eilige

2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt

**3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**

4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“

5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen

6 Abbildungsverzeichnis

7 Fragebogen

- Durchsetzung nationaler Interessen als Ziel der Politik („dass das Ziel der Politik ausschließlich die Durchsetzung ‚nationaler Interessen‘ sein sollte“),
- Besetzung hoher Richterämter durch die Regierungsmehrheit („dass die Regierungsmehrheit über die Besetzung hoher Richterämter, wie z. B. Bundesverfassungsrichter, bestimmen kann“),
- Einschränkung von Minderheitenrechten per Volksabstimmung („dass Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung eingeschränkt werden können“),
- starke Führungsperson, unabhängig vom Parlament („dass es eine starke Führungsperson im Land gibt, die sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss“).

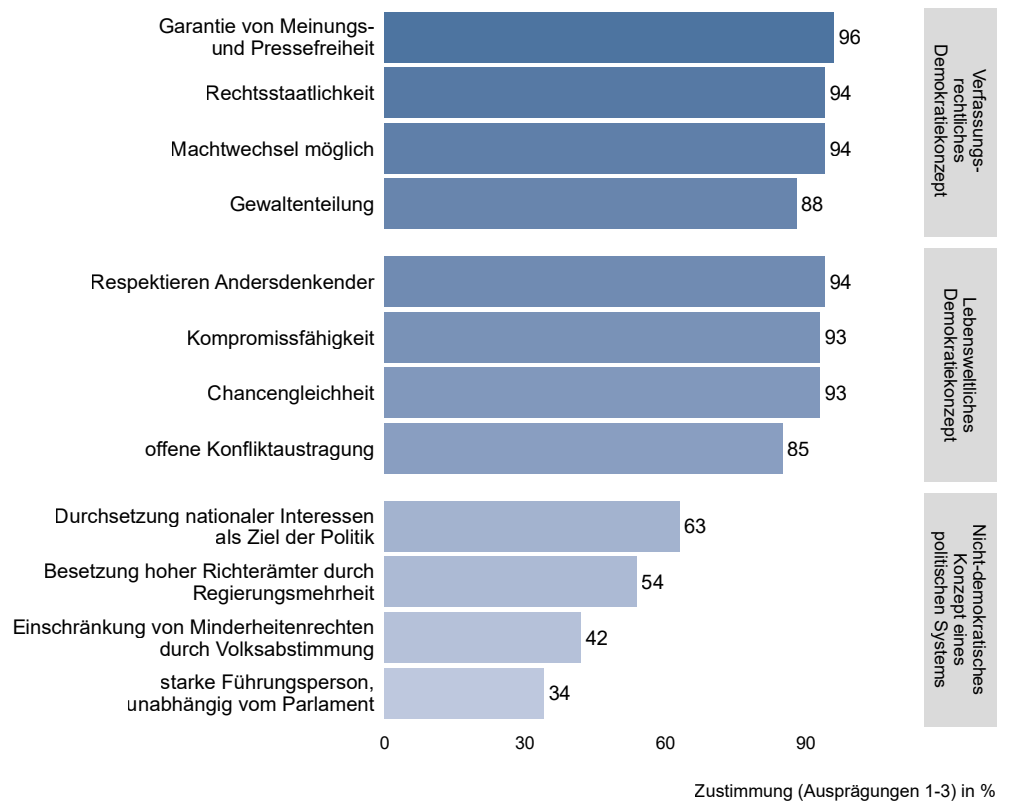


Abbildung 17 – Demokratiekonzepte und Demokratieablehnung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025

Im Jahr 2025 lässt sich – im Gegensatz zu den bisherigen Befragungen – in den Daten kein klarer Unterschied mehr zwischen verfassungsrechtlichen und lebensweltlichen Aspekten des Demokratieverständnisses feststellen. Zudem ist die Zustimmung zu einigen nicht-demokratischen Aspekten einer politischen Ordnung bedenklich hoch.

Im Vergleich der Demokratieberichte 2023 und 2025 zeigen sich Veränderungen bei der Zustimmung zu einzelnen Aspekten der Demokratie als Staats- und als Lebensform, die auf den ersten Blick gering erscheinen mögen, bei näherer Betrachtung aber nicht ganz trivial wirken (Abbildung 18).



Abbildung 18 – Veränderung Dimensionen der Demokratiekonzepte und der Demokratieablehnung 2023 und 2025 (geänderte Fragestellung bei „nationales Interesse“)

Auffällig ist etwa, dass die Zustimmung zu allen Aspekten der Demokratie leicht abgenommen hat (-2 bis -5 Prozentpunkte), während die Zustimmung zu nicht-demokratischen Aspekten leicht zugenommen hat (+1 bis +4 Prozentpunkte).<sup>9</sup> Diese Veränderungen bilden insgesamt einen Trend der nachlassenden Demokratieunterstützung.

### Gewaltenteilung und offene Konfliktaustragung

Besonders deutliche Rückgänge zeigen sich bei der Gewaltenteilung (-4 Prozentpunkte) und bei der offenen Konfliktaustragung (-5 Prozentpunkte). Während die Gewaltenteilung zum verfassungsrechtlichen Demokratiekonzept gehört, ordnet sich die offene Konfliktaustragung beim lebensweltlichen Demokratiekonzept ein.

Die Werte für beide Einstellungen fallen 2025 erstmals unter 90 %. Beide Eigenschaften eines demokratischen Staates bzw. einer demokratischen Gesellschaft scheinen damit eine Sonderrolle einzunehmen. Entweder ist die Bedeutung der Konzepte im Bewusstsein vieler Menschen schlechter verankert als bei den anderen Items oder sie wird tatsächlich bewusst abgelehnt. Letzteres erscheint im Lichte der hohen Unterstützung für die nicht-demokratischen Elemente durchaus denkbar.

### Seismografen für politische Bildung

Aus Sicht der politischen Bildung lassen sich Gewaltenteilung und offene Konfliktaustragung als Seismografen verstehen, weil es sich um komplexe Eigenschaften der Demokratie handelt, die kaum intuitiv, sondern nur durch formal erworbene

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Kenntnisse und Kompetenzen verstanden werden können. Selbst ein verhältnismäßig geringer Rückgang in diesen Dimensionen des Demokratieverständnisses deutet daher auf erhebliche Probleme bei der Demokratieunterstützung hin. Er bedeutet einen großen Auftrag für die politische Bildung, insbesondere für die politische Grundbildung (siehe Kapitel 5).

### Problematische Einstellungen

Um stichhaltige Aussagen über Demokratieunterstützung treffen zu können, muss die Zustimmung zu den verfassungsrechtlichen und lebensweltlichen Elementen der Demokratie den Aussagen zu einem nicht-demokratischen Staatsverständnis gegenübergestellt werden. Dabei zeigen sich bedenklich hohe Zustimmungswerte. Am höchsten fällt die Zustimmung für die Aussage aus, dass die Durchsetzung „nationaler Interessen ausschließliches Ziel der Politik“ sein solle (63 %). Auch die Zustimmung zur Möglichkeit der Regierungsmehrheit, hohe Richterämter, z. B. am Bundesverfassungsgericht, besetzen zu können, ist mit 54 % der Befragten hoch. Eine Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen hat demnach im Jahr 2025 kein Problem mit einer politischen Kontrolle der Justiz. Starke Zustimmung, wenn gleich keine absolute Mehrheit, erfährt auch die Einschränkung der Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung (42 %) oder eine starke Führungsperson, die sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss (34 %).

### Unterschiede nach Alter und Bildung

Zwischen den verschiedenen Altersgruppen herrscht weitgehend Einigkeit hinsichtlich der Aspekte, die eine Demokratie ausmachen. Allerdings nennen die unter 45-Jährigen überdurchschnittlich häufig eine vom Parlament unabhängig

agierende starke Führungspersönlichkeit. Die Entscheidung über die Besetzung hoher Richterämter durch die Regierungsmehrheit wird von den 14- bis 18-Jährigen mit 57 % gegenüber 50 % über alle Altersgruppen hinweg ebenfalls überdurchschnittlich häufig genannt. Bei den 19- bis 29-Jährigen lehnen nur 46 % die Einschränkung von Minderheitenrechten per Volksabstimmung ab. Befragte mit formal niedriger oder mittlerer Bildung sind häufiger als Befragte mit Abitur bzw. Studium davon überzeugt, dass es in einer Demokratie ein ausschließliches Ziel der Politik sei, „nationale Interessen“ durchzusetzen, dass Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung eingeschränkt werden können und dass es eine starke Führungsperson im Land geben solle. Etwas seltener als formal höher Gebildete identifizieren sie Gewaltenteilung als einen Aspekt der Demokratie.

### Bewertung: Demokratieverständnis wackelt, aber hält

Die Menschen in Nordrhein-Westfalen verfügen über ein Demokratieverständnis, das über verfassungsrechtliche Aspekte hinausgeht und auch die lebensweltliche Seite der Demokratie umfasst. Es gibt jedoch auch ambivalente und besorgniserregende Befunde. Obwohl Demokratie im Allgemeinen weiter breite grundlegende Zustimmung findet, gibt es eine hohe Zustimmung zu nicht-demokratischen Elementen. Betrachtet man die Zustimmung zu einzelnen Aussagen, so ist ein Aufhorchen angebracht: Offensichtlich sind elementare Bestandteile des demokratischen Rechtsstaats, wie die Unabhängigkeit der Justiz oder der Schutz von Minderheiten, für Teile der nordrhein-westfälischen Bevölkerung nicht unverhandelbare Bestandteile der Demokratie.

## 3.7 Demokratieablehnung und Links-Rechts-Skala

### Die Gegenprobe: Demokratieablehnung

Der grundlegenden Unterstützung für die Demokratie steht oft ein gewisses Maß an Ablehnung gegenüber. Diese lässt sich nicht direkt abfragen, weil Befragte unter Umständen sozial erwünscht antworten und Demokratieablehnung als sozial unerwünscht empfinden. Deshalb wurde das Ausmaß der Demokratieablehnung mit der Zustimmung bzw. Ablehnung zu den folgenden Aussagen geprüft:<sup>10</sup>

„Neben der Demokratie gibt es ja noch andere Staatsformen. Inwieweit stimmen Sie den folgenden Aussagen zu möglichen anderen Staatsformen zu?“

- a) Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
- b) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.
- c) Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungspersönlichkeit getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss.“

Dabei zeigten sich folgende Ergebnisse, die in Abbildung 19 auch im Vergleich zur grundlegenden Demokratieunterstützung dargestellt sind.

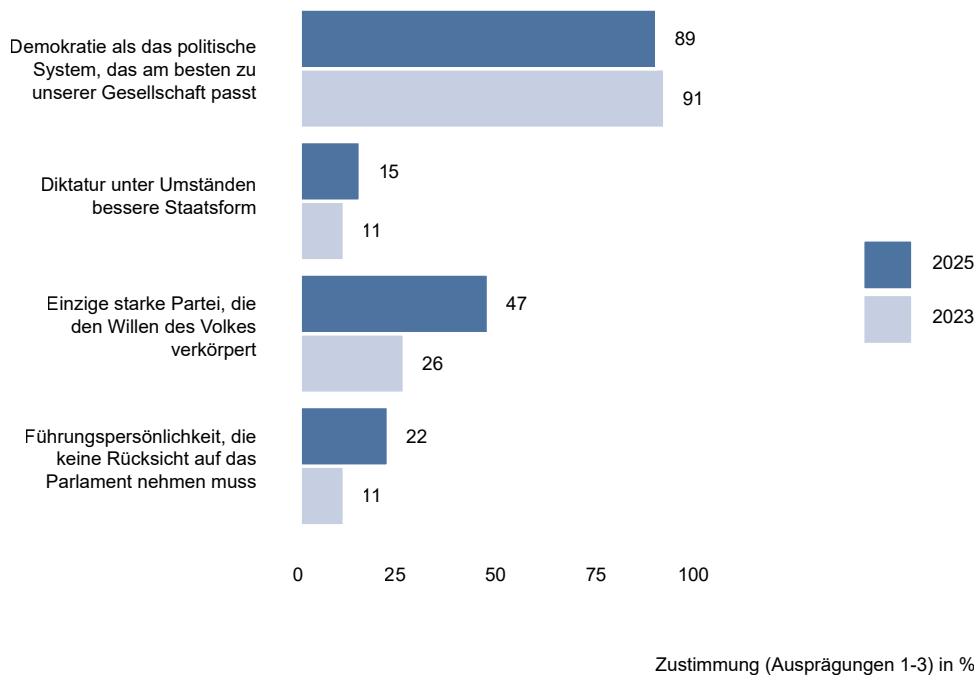


Abbildung 19 – Grundlegende Demokratieunterstützung und Demokratieablehnung 2023 und 2025

Während die direkte Unterstützung für eine Diktatur mit nur 15 % auch im Jahr 2025 gering ausfällt, können sich nun immerhin 22 % eine Führungspersönlichkeit vorstellen, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss und somit alleine ohne Kontrolle und Gewaltenteilung regieren kann. Bei veränderter Fragestellung im Vergleich zu 2023 („... einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller regiert“) ist das ein Zustimmungspunkt von 11 Prozentpunkten. Für rund jeden Fünften in Nordrhein-Westfalen käme eine solche Alternative zur Demokratie infrage. 56 % lehnen eine solche Regierungsform vollständig ab, das sind 18 Prozentpunkte weniger als noch 2023. 15 % stimmen im Jahr 2025 zu, dass eine Diktatur unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform wäre. Das sind vier Prozentpunkte mehr als 2023. Die Ansicht, dass für Deutschland eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert, nötig wäre, akzeptieren 47 % der Befragten, 32 % lehnen dies vollständig ab. Gegenüber 2023 hat die Zustimmung zu einem Einparteiensystem somit um 21 Prozentpunkte zugenommen. Trotz einer hohen grundlegenden Demokratieunterstützung würde fast die Hälfte der Befragten auch ein Einparteiensystem akzeptieren.

### Unterschiede nach Altersgruppen

Die Zustimmung zum Einparteiensystem (das „den Willen des Volkes insgesamt verkörpert“) als meistgenannter Systemvariante unterscheidet sich zwischen den

verschiedenen Befragtengruppen: Die über 60-Jährigen (36 %) unterstützen eine solche Vorstellung deutlich seltener als die jüngeren Befragten (49 % bis 57 %). Insbesondere die 14- bis 18-Jährigen (57 %) und die 30- bis 44-Jährigen (56 %) können sich ein Einparteiensystem für Deutschland vorstellen. Dies gilt auch für Menschen mit formal niedriger (55 %) oder mittlerer Bildung (58 %) häufiger als für Befragte mit Abitur (29 %).

### Unterschiede auf der Links-Rechts-Skala

Um einen kompakten Überblick über die Demokratieablehnung in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung im Zusammenhang mit politischen Orientierungen zu geben, eignet sich die Darstellung auf einer Links-Rechts-Skala mit 10 Punkten (Abbildung 20). Die Zuordnung zu den Skalenpunkten fußt dabei auf einer Selbsteinstufung der Befragten auf einer Links-Rechts-Skala von 1 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) sowie einer Mitte bei 5.

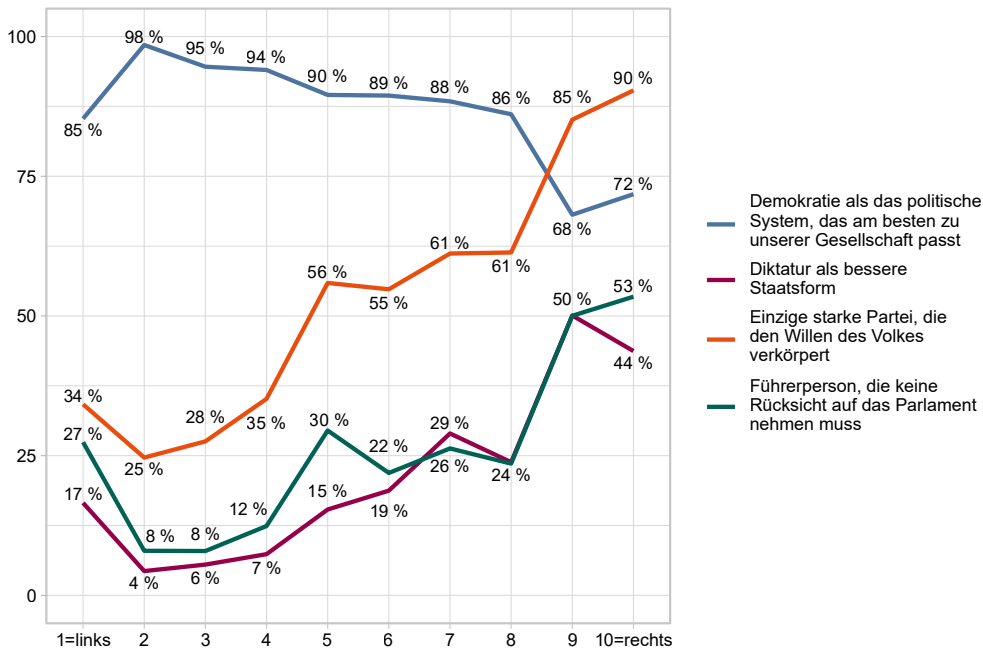


Abbildung 20 – Grundlegende Demokratie Zustimmung und Demokratieablehnung auf der Links-Rechts-Skala 2025

## Problem in der Mitte

Die Auswertung sagt im Wesentlichen vier Dinge aus: Erstens, dass die allgemeine Demokratie Zustimmung über das gesamte politische Spektrum erstaunlich hoch ist. Auf den ersten Blick wirkt die sehr hohe Zustimmung auf der linken Seite der Skala besonders erklärungsbedürftig. Diese lässt sich jedoch zum Teil schon durch eine Linksverschiebung (Abbildung 21) der gesamten Skala in Bezug auf die nordrhein-westfälische Bevölkerung erklären. Ein weiterer erklärender Faktor ist, dass auch linke Ideologien, die eine Systemveränderung zum Ziel haben, die angestrebte alternative Ordnung sprachlich als „Demokratie“ bezeichnen würden (z. B. „Rätedemokratie“). Zweitens vermittelt die Grafik, dass eine allgemein hohe Demokratie Zustimmung bei jedem Skalenpunkt auch mit nicht-demokratischen Haltungen einhergehen kann. Ganz weit links gibt es einen Ausschlag, der aber sogleich (Skalenpunkt 2) abflacht. Je weiter es in die Mitte der Skala und nach rechts geht, desto stärker steigt jedoch die Zustimmung zu nicht-demokratischen Elementen

politischer Herrschaft. Auch in der linken Mitte (Skalenpunkt 4) ist das Bedürfnis nach einer Art Einparteienherrschaft mit 35 % bereits stark ausgeprägt. In der rechten Mitte bewegt es sich zwischen 56 und 61 %. Die Zustimmung zu einer Führungsperson, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss, ist in der Mitte mit 30 % sogar besonders hoch. Denn rechts der Mitte fällt sie erst einmal wieder ab, um erst ganz weit rechts wieder anzusteigen. Dort wiederum stehen sehr hohe Zustimmungswerte, bei geringen absoluten Fallzahlen. Die Grafik darf daher, drittens, nicht als Aussage über absolut hohe Demokratieablehnung rechts der Mitte missverstanden werden. Sie deutet, viertens, vielmehr auf ein grundsätzlicheres Problem hin: Eine Selbstverortung in der Mitte der Links-Rechts-Skala geht nicht unbedingt mit einer uneingeschränkten Demokratieunterstützung einher. Sie kann sogar mit der ausdrücklichen Ablehnung von Kernelementen der repräsentativen parlamentarischen Demokratie verbunden sein.

## Ein Land der Mitte – mit Widersprüchen

Zum besseren Verständnis sollte die Grafik vor dem Hintergrund der Gesamtverteilung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung betrachtet werden (Abbildung 21). Dadurch zeigt sich

z. B. deutlich, dass Menschen, die sich selbst weit rechts der Mitte verorten, zwar beunruhigend niedrige Werte der Demokratieunterstützung aufweisen, aber insgesamt nur eine vergleichsweise kleine Gruppe innerhalb der nordrhein-westfälischen Bevölkerung darstellen.

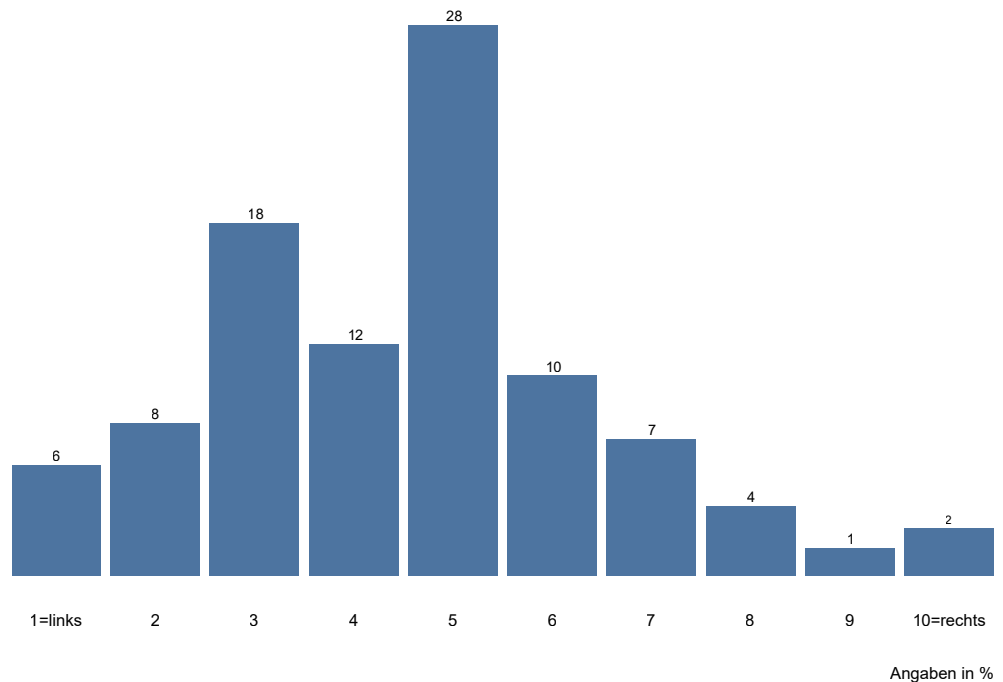


Abbildung 21 – Gesamtverteilung Befragte 3. Demokratiebericht über Links-Rechts-Skala, Abweichung zu 100 % bedingt durch Rundung und Antwortoption w. n. / k. A

Dass der Anteil der Befragten links der Mitte und in der Mitte größer ist als rechts der Mitte, dürfte ein Zeichen der Mitte-Tendenz in der Bevölkerung darstellen. Dass die Demokratieablehnung ab dem Skalenpunkt 7 deutlich zunimmt, zeigt, dass das rechte Spektrum stärker mit antidemokratischen Tendenzen in Zusammenhang steht und nicht im gleichen Maße zur Ausdifferenzierung demokratischer Einstellungen genutzt wird, wie es links der Mitte der Fall ist. Hier bietet lediglich der Skalenpunkt 1 Hinweise auf eine erhöhte Demokratieskepsis bis -feindlichkeit. Durch die insgesamt große Stichprobe können auch die

Befunde für die Skalenpunkte 9 (n = 41) und 10 (n = 70) als zuverlässig angesehen werden. Aufgrund der Fallzahlen für diese Skalenpunkte sind aber größere Schwankungsbreiten, also eine Über- oder Unterschätzung der tatsächlichen Werte in der Bevölkerung, zu erwarten. Zugleich zeigt sich aber auch: Wirklich beunruhigen müssen die hohen Zustimmungswerte in der Mitte der Skala, wo sich die Mehrzahl der Befragten eingeordnet hat.

## 3.8 Die drei Demokratietypen

### Zustand der Demokratie auf einen Blick: die Demokratietypen

Aus den Antworten zur Demokratieunterstützung, zum Demokratieverständnis und zur Demokratieablehnung lassen sich drei Demokratietypen bilden. Dieses Konzept wurde bereits im 2. Demokratiebericht eingeführt und genutzt, um das Ausmaß demokratischer Einstellungen in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zu bestimmen.<sup>11</sup>

Die drei Demokratietypen bestehen aus

- den Demokraten, die ausschließlich demokratische Systemelemente als legitim empfinden,
- den fragilen Demokraten, die demokratische Einstellungen mit der Zustimmung zu nicht-demokratischen Elementen kombinieren,
- und den Antidemokraten, die ausschließlich nicht-demokratische Systemelemente präferieren.<sup>12</sup>

Schaut man sich das Ergebnis der Umfrage entlang dieser Typisierung an, so ist festzustellen: 44 % der Befragten in Nordrhein-Westfalen bekennen sich ohne Abstriche zur Demokratie. Sie stimmen allen Elementen des verfassungsrechtlichen und lebensweltlichen Demokratieverständnisses zu und äußern keine Sympathie für nicht-demokratische Vorstellungen. Etwas weniger Menschen (42 %) sind zwar grundsätzlich für die Demokratie, stimmen aber auch einzelnen nicht-demokratischen Elementen wie einem Einparteiensystem, einer Diktatur oder einer Führungsperson ohne parlamentarische Kontrolle zu. 7 % befürworten grundsätzlich eine Diktatur.<sup>13</sup> Das heißt: Seit 2023, also innerhalb von zwei Jahren, hat die uneingeschränkte Zustimmung zur Demokratie in Nordrhein-Westfalen um 18 Prozentpunkte abgenommen (Abbildung 22).

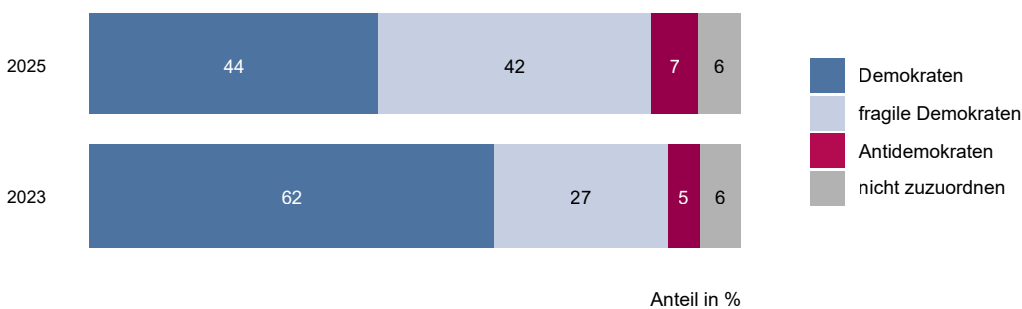


Abbildung 22 – Demokratietypen 2023 und 2025 im Vergleich

Der Literatur zur politischen Kulturforschung ist zu entnehmen, dass dieser Anteil an überzeugten Demokraten zu

niedrig ist, um mittelfristig eine Stabilität der Demokratie zu gewährleisten.<sup>14</sup>

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Verteilung nach Alter und Bildung ist auffällig

Darüber, wie sich die drei Demokratietypen in der nordrhein-westfälischen

Bevölkerung nach Altersgruppen und Bildungsabschlüssen verteilen, gibt Abbildung 23 Aufschluss.

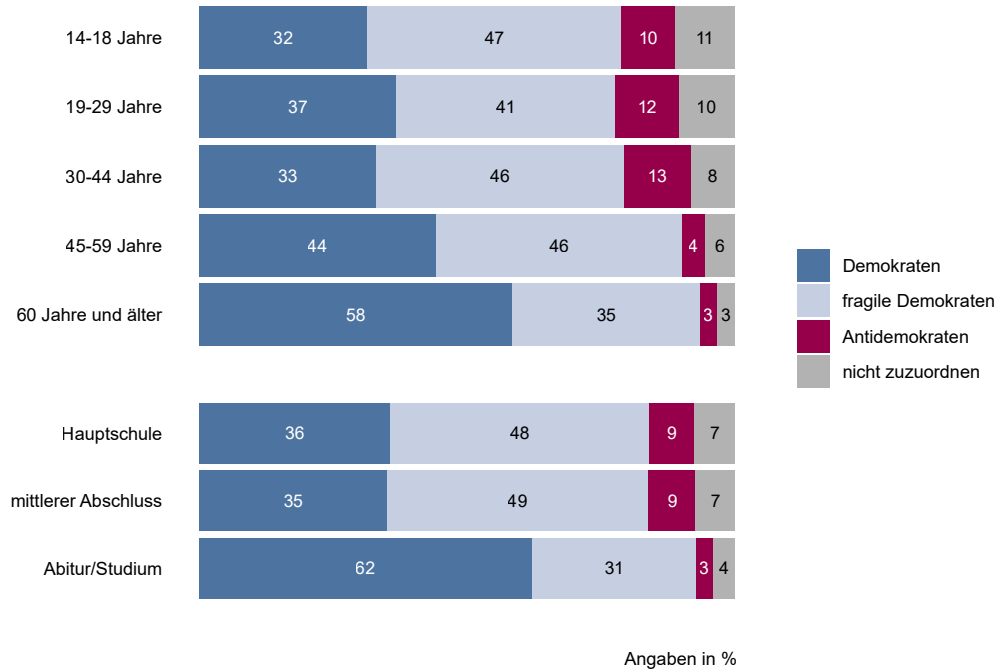


Abbildung 23 – Verteilung Demokratietypen nach Alter und Bildungsabschlüssen

Auffällig ist hier: Jüngere Menschen bis 44 Jahre sprechen sich eher für autoritäre Systemkomponenten oder gar für ein vollständig autoritäres politisches System aus als Menschen ab 45 Jahren. Zudem ist der Anteil derjenigen, die sich nicht zuordnen lassen, in den jüngeren Altersgruppen besonders hoch. In diesen Altersgruppen gibt es auch die höchsten Anteile an Antidemokraten. Es gibt aber auch in allen Altersgruppen hohe Anteile an fragilen Demokraten. Besonders auffällig ist auch die unterschiedliche Verteilung nach Bildungsabschlüssen. Bei den Personen mit einem formal höheren Bildungsabschluss finden sich wesentlich mehr Demokraten (62 %). Bei den Menschen mit Hauptschulabschluss finden sich wiederum wesentlich mehr Antidemokraten (9 %) und fragile Demokraten (48 bzw. 49 %).

### Typologie ist keine Kausalität, aber deutlicher Hinweis

Die Demokratietypen stellen keine kausalen Beziehungen zwischen Merkmalen wie Alter oder Bildungsabschluss und den Einstellungen zur Demokratie her. Insbesondere der hohe Anteil an fragilen Demokraten in den jüngeren Altersgruppen und bei den formal niedrigeren Bildungsabschlüssen weist eher auf einen Handlungsbedarf in Politik und politischer Bildung hin. Problemlösungen müssen auch Jüngere und beruflich Gebildete überzeugen. Politische Bildung muss für alle zugänglich sein.

## Zusammenfassung der Demokratietypen

Zusammenfassend lassen sich die drei Demokratietypen wie folgt charakterisieren:

### Die Demokraten – 44 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen:

- unterstützen die Demokratie in Deutschland und Nordrhein-Westfalen uneingeschränkt.
- weisen eine hohe Identifikation mit der politischen Gemeinschaft in Nordrhein-Westfalen, Deutschland und Europa auf.
- sind relativ alt (ab 59), gut gebildet und fühlen sich vorwiegend als Teil der mittleren bis oberen Mittelschicht.

### Die fragilen Demokraten – 42 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen:

- zeigen sich deutlich weniger von der Demokratie überzeugt.
- akzeptieren mindestens ein Element einer nicht-demokratischen Herrschaftsform.

- ordnen sich im ideologischen Spektrum mehrheitlich in der Mitte oder rechts davon ein.
- sind eher jung (bis 44), haben eher einen Hauptschul- oder mittleren Bildungsabschluss und haben eine relativ niedrige Schichtzugehörigkeit.

### Antidemokraten, insgesamt 8 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen:

- unterstützen ausschließlich autokratische Herrschaftsformen.
- lehnen Kernelemente der Demokratie wie den Machtwechsel durch Wahlen (81 %) ab.
- sind eher jünger (14–44 Jahre), haben häufiger eine niedrige bis mittlere formale Bildung.

## Fragil ist vor allem die Mitte

Wenn man die Verteilung der Demokratietypen über die bereits vorgestellte Links-Rechts-Skala betrachtet, wird zudem sichtbar, dass die Demokratie in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 vor allem in der Mitte des ideologischen Spektrums ein großes Problem hat (Abbildung 24).

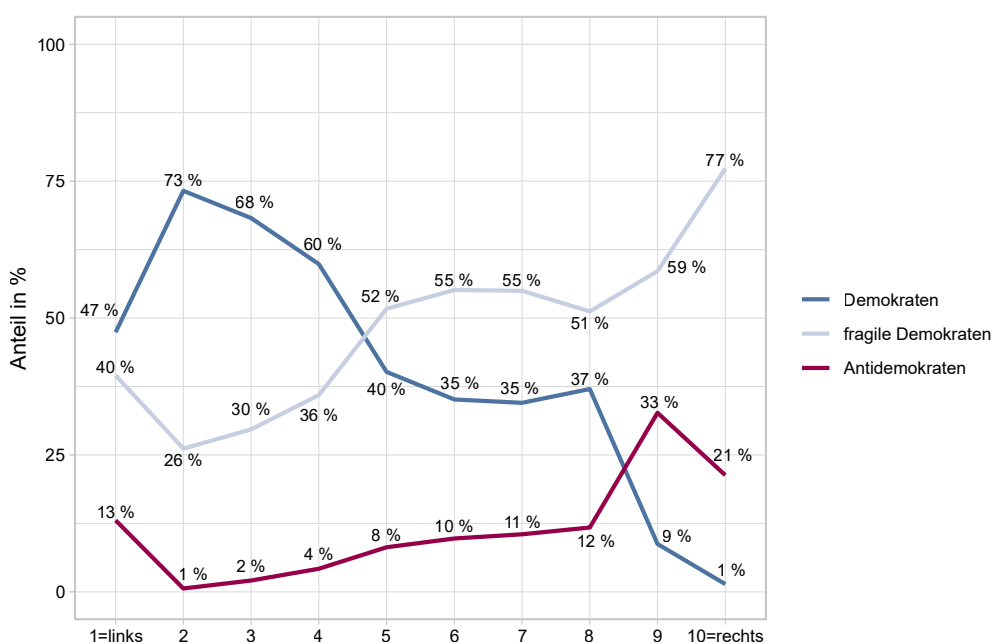


Abbildung 24 – Demokratietypen auf der Links-Rechts-Skala

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen**
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Das Ausmaß fragiler und nicht-demokratischer Einstellungen in der ideologischen Mitte, wo sich auch die meisten Befragten selbst eingeordnet haben, gibt Anlass zu großer Sorge um die Demokratie in Nordrhein-Westfalen. Beim Skalenpunkt 5, der auch für den größten Anteil der Bevölkerung steht (28 %), finden sich nur noch 40 % Demokraten, dafür aber 52 % fragile Demokraten und bereits 8 % Antidemokraten. Demokratische Fragilität ist also vorwiegend eine Angelegenheit der Mitte und der rechten Mitte des ideologischen Spektrums. Insgesamt zeigt die Verteilung der Demokratietypen auf der Links-Rechts-Skala, dass eine Verunsicherung in der Mitte der Gesellschaft auf die Einstellungen zur Demokratie durchschlägt. Sie bestätigt die Wahl des Schwerpunktthemas „Mitte(n)“ für den 3. Demokratiebericht. Die Ausführungen dazu bilden das nächste Kapitel.

### **Große Herausforderungen beim Demokratieverständnis**

Zum Stand der Demokratie in Nordrhein-Westfalen lässt sich festhalten: Die Demokratie wird ganz allgemein von einer überwältigenden Mehrheit der Bürger als das politische System gesehen, das am besten zur Gesellschaft passt. Zugleich müssen die Ergebnisse zum Demokratieverständnis und zur Demokratieablehnung aufhorchen lassen. Wesentliche Aspekte der repräsentativen und parlamentarischen Demokratie werden in manchen Teilen der Gesellschaft nur von einer Minderheit unterstützt. Das Hauptproblem besteht darin, dass vor allem die jüngeren Teile der Bevölkerung immer weniger von der Demokratie überzeugt sind. Viele Menschen bekennen sich zwar, wenn man sie fragt, scheinbar

grundlegend zur Demokratie, fassen darunter aber auch nicht-demokratische Merkmale eines politischen Systems. Fasst man die Ergebnisse im Modell der drei Demokratietypen zusammen, so zeigt sich sogar, dass im Jahr 2025 nur noch eine Minderheit der nordrhein-westfälischen Bevölkerung ab 14 Jahren zum Typ der Demokraten gehört.

### **Politische Akteure sind gefragt**

In der Integrationsleistung der Parteien als politische Akteure liegt ein Schlüssel zur Zurückgewinnung fragiler Demokratinnen und Demokraten für die Demokratie. Parteien sind gefragt, wenn es darum geht, fragile Haltungen zu ändern. Konkret: Wenn aus dem Wegdriften von der Demokratie wieder Demokratiebejahung, verbunden mit Urteils- und Handlungsfähigkeit innerhalb der Demokratie werden soll, wird das nur mit den Parteien als zentralen Akteuren der Demokratie gelingen. Denn fragile Demokratinnen und Demokraten sehen ihre Ansprüche an das Funktionieren und die Legitimität der Demokratie in vielen Punkten nicht erfüllt. Aber sie sind aufgrund ihrer politischen Unzufriedenheit auch für Veränderungen mobilisierbar. Umso wichtiger ist es, sie durch ein realistisches Benennen von Problemen und wirksamen Lösungen von der Demokratie zu überzeugen.

- 
- 1 Guido Hitz/Jannika Schlitt/Karina Hauke-Hohl: Demokratiebericht zur Lage der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung, Düsseldorf 2021; Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen im Ministerium für Kultur und Wissenschaft Nordrhein-Westfalen: 2. Demokratiebericht. Politische und demokratische Lebenswelten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung 2023, Düsseldorf 2023.
  - 2 Zur politischen Kulturforschung, siehe: Susanne Pickel/Gert Pickel: Politische Kultur in der vergleichenden Politikwissenschaft, in: Hans-Joachim Lauth/Marianne Kneuer/Gert Pickel (Hg.): Handbuch vergleichende Politikwissenschaft, Wiesbaden 2015, S. 541–556; sowie: Dies. u. a.: Demokratie und politische Kultur, Oliver Decker u. a. (Hg.): Autoritäre Dynamiken in unsicheren Zeiten. Neue Herausforderungen – alte Reaktionen?, Gießen 2022, S. 185–208.
  - 3 Robert D. Putnam: Making Democracy Work, Princeton 1992.
  - 4 Janosch Schoblin: Einsamkeit als gesellschaftliches Problem. Ein Überblick, in: Politikum 11 (2/2025), S. 4–10.
  - 5 Ina Schildenbach, Interview mit Alexander Langenkamp: Zwischen individueller Erfahrung und gesellschaftlicher Verantwortung. Einsamkeit aus Sicht der politischen Soziologie, ebd. S. 12–15.
  - 6 Maike Luhmann: Einsamkeit unter Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen nach der Pandemie, Düsseldorf 2023.
  - 7 Remo H. Largo: Kinderjahre. Die Individualität des Kindes als erzieherische Herausforderung, München 2019, S. 188.
  - 8 David Easton: The Political System. An Inquiry into the State of Political Science, New York 1953; Ders.: A Re-Assessment of the Concept of Political Support, in: British Journal of Political Science 5 (1975), S. 435–457; ein neuerer Überblick findet sich bei: Phillip Harfst/Sally A. Fitzpatrick: Ein Konzept, viele Deutungen. Wie Menschen über ihre Zufriedenheit mit der Demokratie nachdenken, Demokratie-Dialog 15 (2025), S. 4–13.
  - 9 Der deutliche Unterschied (-16 Prozentpunkte bei der Durchsetzung nationaler Interessen) ist einer veränderten Fragestellung geschuldet. Während es 2023 noch hieß „[...] dass das Ziel der Politik grundsätzlich die Durchsetzung nationaler Interessen sein sollte.“, fragten wir 2025 mit einer etwas veränderten Wortwahl „[...] dass das Ziel der Politik ausschließlich die Durchsetzung nationaler Interessen sein sollte.“
  - 10 Auch diese Fragestellung wurde 2025 leicht verändert. Sie lautete 2023: „Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform. Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert. Wir sollten einen Führer haben, der Deutschland zum Wohle aller mit starker Hand regiert.“
  - 11 Die Demokratietypen wurden auch beim DVPW-Kongress 2024 im Panel „Polykrise der Demokratie! vorgestellt, siehe: [https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2024/DVPW-Kongress\\_2024\\_Programm\\_2024-09-23\\_final.pdf](https://www.dvpw.de/fileadmin/docs/Kongress2024/DVPW-Kongress_2024_Programm_2024-09-23_final.pdf), zuletzt abgerufen am 22.8.2025, hier S. 35.
  - 12 Die Berechnung wird als Typisierung durchgeführt: Die Variablen werden als dichotome Variablen berechnet (Werte 1 bis 3 vs. Werte 4 bis 6), die Zustimmung oder Ablehnung abbilden. Für die Befragten wird über ein additives Verfahren das jeweilige Einstellungsmuster ermittelt und für die gesamte Stichprobe aufaddiert.
  - 13 Mehrfachantworten waren möglich.
  - 14 Larry Diamond: Developing Democracy. Toward Consolidation, Baltimore 1999, S. 65.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

# 4

## Mitte(n) unter Druck. Das Schwerpunktthema des 3. Demokratieberichts

### Vielfalt, die ihresgleichen sucht

Die Gesellschaft im 18-Millionen-Einwohner-Land Nordrhein-Westfalen zeichnet sich durch eine Vielfalt an Werteorientierungen, Herkunftsn und individuellen Lebensentwürfen aus, die ihresgleichen sucht. Doch wo findet die Demokratie in Nordrhein-Westfalen ihre Einheit in der Vielfalt? Der 3. Demokratiebericht nimmt dazu die demokratische Mitte und die gesellschaftlichen Mitten unter die Lupe. Die sprachliche Unterscheidung zwischen Mitte im Singular und Mitten im Plural ist gerade für Nordrhein-Westfalen wichtig, weil das bevölkerungsreichste deutsche Bundesland angesichts seiner räumlichen und wirtschaftlichen Vielfalt sowie einer großen sozialen und kulturellen Heterogenität viele gesellschaftliche Mitten umfasst.

### Eine demokratische Mitte – Gewinn der Vielfalt

Eine demokratische Mitte, die Krisen übersteht und Anfeindungen trotzt, kann in Nordrhein-Westfalen daher nur stabil sein, wenn sie aus dieser Vielfalt vieler gesellschaftlicher Mitten entsteht. Sie wäre – plakativ gesprochen – im Ideal-fall der Gewinn, den die Vielfalt der nordrhein-westfälischen Gesellschaft

für alle Menschen im Land abwirft. Die Vermutung liegt nahe, dass die negativen Entwicklungen bei der Demokratieunterstützung und die sich abzeichnenden Risse beim Demokratieverständnis, wie schon in früheren Krisen, in Zusammenhang mit gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen stehen. Diese Krisen und die Gefährdungen der Demokratie sind bei Weitem nicht auf Nordrhein-Westfalen oder die Bundesrepublik begrenzt, sondern in allen westeuropäischen Ländern, in den USA und darüber hinaus in ähnlicher Weise präsent. Gerade wegen dieser globalen Bedeutung des Themas lohnt es sich, vor der weiteren Analyse der politischen Einstellungen einen systematischen Blick darauf zu werfen, warum die demokratische Mitte in Nordrhein-Westfalen eine so herausragende Bedeutung hat.

### Mitte-Traditionen in Deutschland

In der politischen Rhetorik der Bundesrepublik Deutschland hat es Tradition, die Mitte der Gesellschaft als Quelle der Stabilität für die freiheitliche demokratische Grundordnung zu bezeichnen. Diese Tradition beruht auf politischen Konzepten, die bis in die griechische Antike zurückreichen. Sie ist zugleich eng verwoben mit der Entstehung demokratischer Verfassungsstaaten in Europa und Amerika im 18. und 19. Jahrhundert und dem Aufstieg des Bürgertums sowie der Entstehung einer Arbeiterschicht im Zuge der Industrialisierung.<sup>1</sup>

## Lektionen aus Diktatur und Scheitern der Demokratie

In Deutschland bezieht die Vorstellung einer ausgleichenden politischen Mitte zudem eine besondere Kraft aus den Erfahrungen mit dem Scheitern der Weimarer Republik, der Terrorherrschaft der Nationalsozialisten und der Unrechtherrschaft des SED-Regimes. Der gelungene Wiederaufbau und das Wirtschaftswunder verstärkten, zunächst nur in Westdeutschland, die Vorstellung von einer gesellschaftlichen und politischen Mitte als Trägerschicht der Demokratie. Dabei erfüllte die politische Mitte als Konzept nach 1949 auch den Zweck, die Teile der Bevölkerung, die bis 1945 das nationalsozialistische Regime gestützt hatten, in die noch junge Demokratie zu integrieren. Es handelte sich bei ihnen im Sinne der hier angewandten Typologie in der Mehrheit sicher eher um fragile Demokraten. Die deutsche, insbesondere die westdeutsche Geschichte zeigt also auch, dass der Begriff der politischen Mitte die Integration fragil eingestellter Teile der Bevölkerung in die Demokratie hinein fördern kann.

## Wiedervereinigung im Zeichen einer stabilen Mitte

Auch die Friedliche Revolution und die erfolgreiche Wiedervereinigung Deutschlands in den Jahren 1989/90 erfolgten im Zeichen einer nun für Gesamtdeutschland wiedergefundenen politischen Mitte. Die Zeit von der Gründung der Bundesrepublik Deutschland bis zur Jahrtausendwende war zugleich die Phase eines stabilen Parteiensystems, das von der Dominanz zweier Volksparteien geprägt

war. Dieses System ist erodiert und zu einem „fluiden pluralistischen System“ geworden, in dem es jeweils mehrere regierende Parteien und eine oder mehrere „Herausfordererparteien“ gibt.<sup>2</sup> Wenn von der politischen Mitte die Rede ist, können also zwei sehr unterschiedliche Dinge gemeint sein: Einmal geht es um ein normatives Ideal – es sollte eine gesellschaftliche Mitte mit gemeinsamen demokratischen Werten geben. Zum anderen geht es um das politische System – die parlamentarische repräsentative Demokratie hat in der Vergangenheit besonders effizient funktioniert, als es einen Wettbewerb von zwei großen Parteien um die Stimmen einer gesellschaftlichen Mitte gab. Beides spielt im Folgenden eine Rolle – die Unterscheidung zwischen einem normativen und einem funktionalen Begriff der Mitte wird man gleichwohl im Blick behalten müssen.<sup>3</sup>

## Landesidentität: sozialer Ausgleich im Zeichen der Mitte

Die Vorstellung von der Mitte als Stütze der Demokratie ist zudem aufs Engste mit der politischen Identität Nordrhein-Westfalens verbunden. Nordrhein-Westfalen versteht sich als Land des Ausgleichs, Appelle an „Maß und Mitte“<sup>4</sup> in der Politik



- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

fruchten hier in besonderem Maße, weil viele soziale Konflikte in der jüngeren Geschichte des Landes, etwa im industriellen Strukturwandel, durch eine Politik des Ausgleichs auf exemplarische Weise überwunden werden konnten. Durch Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft erwies sich Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte, gerade auch in Krisenzeiten, als Vorbild für eine Kombination aus breiter Demokratieunterstützung und erfolgreicher Bewältigung eines massiven wirtschaftlichen Strukturwandels. Es gab zwar auch in der Vergangenheit heftige politische Konflikte in Nordrhein-Westfalen, etwa um die besten Lösungen im Bereich Schule und Bildung oder um die besten Strategien im Umgang mit dem wirtschaftlichen Wandel, aber die Demokratie als Staats- und Lebensform stand dabei nie ernsthaft zur Debatte. Vielmehr stabilisierte die politische Lagerbildung – durch Konflikte zwischen den Lagern bei einem gleichzeitigen Konsens über Spielregeln – die Demokratie.

### In NRW und weltweit: Repräsentation der Mitte steht vor Problemen

Heute lässt sich konstatieren, dass der Mechanismus einer Mitte-orientierten Politik als funktionale Stütze der Demokratie, der sich über Jahrzehnte stabilisierend als Parteienkonkurrenz um die Wählerstimmen der Mitte ausgedrückt hat, auch in Nordrhein-Westfalen nur noch mit Einschränkungen funktioniert. Mit dem Politikwissenschaftler Philip Manow könnte man sagen, dass der Streit „in der Demokratie“ immer mehr und immer öfter zu einem „Streit um die Demokratie“ wird.<sup>5</sup> Auch andere Autoren,

wie der Soziologe Andreas Reckwitz,<sup>6</sup> kommen zu dem Schluss, dass viele Probleme der freiheitlichen Demokratien des Westens langfristige, strukturelle Ursachen haben. Dieser Kontext ist wichtig, um die Befunde zur demokratischen Mitte im Demokratiebericht einzuordnen: Der zeitliche Ausschnitt, den die Befragungsergebnisse widerspiegeln, ist zwar relativ kurz und es ist keineswegs gesagt, dass besonders drastische Entwicklungen, die seit der letzten Befragung aufgetreten sind, von Dauer sein müssen. Zugleich passen viele Befunde aber in ein Bild, das auch andere Untersuchungen und manche Wahlergebnisse zeichnen: Die Lage der Demokratie in Nordrhein-Westfalen ist auf Landesebene zwar noch lange nicht so dramatisch wie in anderen Teilen Deutschlands, der Welt oder Europas. Die Entwicklungen zeigen gleichwohl in eine Richtung, die zu bestimmten Trends passt und auf eine steigende Gefährdung der Demokratie als Staats- und Lebensform auch in Nordrhein-Westfalen hindeutet.<sup>7</sup>

### Vorbild Mitte-Studien

In der empirischen Sozialforschung zur demokratischen Mitte der Gesellschaft bilden die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung aus guten Gründen (u. a. lange Datenreihen, ausdifferenziertes und erprobtes Konzept, interdisziplinäre Teams) einen allgemein anerkannten Referenzpunkt. Der 3. Demokratiebericht orientiert sich zu großen Teilen an dem dort etablierten Schema, weicht aber in zwei nicht ganz unerheblichen Punkten davon ab bzw. nimmt, durch andere Akzentsetzungen, gewisse Einordnungen zum Begriff der politischen Mitte aus einer anderen Perspektive vor. Zudem wird das Analyse-Schema der Daten von anderen Hypothesen angeleitet als in den Mitte-Studien.

---

## Mitte-Begriff: Ergänzung um politischen Wettbewerb

Zunächst zum Begriff: Das Mitte-Konzept der Mitte-Studien hat einen normativen Charakter. Es geht darum, möglichst viele Menschen in die Mitte der Gesellschaft und damit in das demokratische Zusammenleben einzubeziehen. Die Mitte-Studien weisen zugleich immer wieder darauf hin, wie brüchig die demokratischen Orientierungen in der Mitte sein können. Auch der Mitte-Begriff des 3. Demokratieberichts ist grundsätzlich normativ angelegt: Der Demokratiebericht verfolgt das Ziel, die parlamentarische und repräsentative Demokratie zu stärken. Er erhebt in dieser Hinsicht nicht den Anspruch, neutral zu sein. Zugleich ergänzt der Demokratiebericht den Ansatz der Mitte-Studien um einen funktionalen, gleichermaßen multiperspektivisch wie überparteilich angelegten Aspekt, der auf ältere in Literatur und politischen Diskursen verankerten Konzepten der politischen Mitte fußt: Die politische Mitte ist in der Begrifflichkeit des 3. Demokratieberichts nicht ausschließlich ein an Werten orientiertes Ideal. Im hier angewandten Mitte-Konzept entsteht die politische Mitte auch und gerade durch den Wettbewerb der Parteien, die sich an demokratische Spielregeln halten. Sie werben mit ihren Konzepten um die Menschen, die wortwörtlich „in der Mitte“ zwischen den verschiedenen Positionen der Parteien stehen. Oft erhalten diese Gruppen aber erst durch diesen Wettbewerb die Möglichkeit, sich zwischen verschiedenen Positionen zu entscheiden. Der Mitte-Begriff des Demokratieberichts enthält damit in der Fachsprache eine „performative“ Ergänzung: Politische Akteure haben es zum Teil selbst in der Hand, die politische Mitte durch ihre Kommunikation und ihr politisches Angebot lebendig und attraktiv zu halten.

## Mitte-Begriff im 3. Demokratiebericht: normativ und funktional

Der Mitte-Begriff des 3. Demokratieberichts enthält insofern eine normative und eine funktionale Bestimmung: Teil der Mitte kann nur sein, wer sich zu demokratischen Werten und Spielregeln bekennt, also die Legitimität der Demokratie ohne Vorbehalte anerkennt. Die politische Mitte wird aber genauso durch den politischen Wettbewerb um die besten Lösungen und eine sichtbare Funktionalität der Institutionen des demokratischen Staates hervorgebracht. Weitere wichtige Kennzeichen einer Zugehörigkeit zur demokratischen Mitte sind die Akzeptanz eines gesellschaftlichen und politischen Pluralismus sowie die Ablehnung von Gewalt als Mittel politischer Auseinandersetzungen. Die demokratische Mitte in diesem Sinne ist daher ein Ort der Vielfalt und des produktiven Ringens um die besten Lösungen.

## Analyse-Schema: zwei Hypothesen

Die Analyse der Daten orientiert sich zudem an zwei Hypothesen, wie die gesunkene Demokratieunterstützung und die gesunkene Demokratiezufriedenheit in der Mitte der Gesellschaft erklärt werden können: der sozialstrukturellen Hypothese und der Deprivations-Hypothese.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Sozialstrukturelle Hypothese

Die sozialstrukturelle Hypothese würde in einer sehr plakativen Formulierung auf die populäre Verkürzung eines Karl-Marx-Zitats hinauslaufen: „Das Sein bestimmt das Bewusstsein.“<sup>8</sup> Objektive soziostrukturelle und -ökonomische Faktoren erklären die Positionen, Ressourcen und Möglichkeiten von Menschen im politischen Prozess und damit auch ihre Sichtweise auf die Demokratie. Geht es den Menschen schlechter, lehnen sie die Demokratie eher ab. Geht es ihnen besser, stimmen sie der Demokratie zu. Demokratische Einstellungen wären dann ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung und der staatlichen Funktions- und Handlungsfähigkeit. Dies hat politische Implikationen: Um die Demokratie zu sichern, muss die Politik die materielle Situation von Menschen im Blick haben und nötigenfalls verbessern. Politische Bildung sollte darauf abzielen, dass Menschen ihre Interessen erkennen und lernen, diese im politischen System zu vertreten. Sie sollte daher vor allem korrekte Informationen und sachliche Entscheidungshilfen bereitstellen. Unter guten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen korrigiert sich eine negative Entwicklung demokratischer Einstellungen von selbst.

## Deprivations-Hypothese

Die Deprivations-Hypothese lautet hingegen: Hinter der Abwendung von der Demokratie steckt die Wahrnehmung eines Mangels. Es gibt eine Unzufriedenheit mit der Lebenssituation – potenziell entkoppelt von realen demografischen und sozioökonomischen Faktoren. Mit Ängsten vor Abstieg und Statusverlust gehen eingetrübte Zukunftsaussichten einher. Diese rufen das Gefühl hervor, nicht den gerechten Anteil am Lebensstandard zu erhalten. Das übersetzt sich in grundsätzliche Kritik an der Demokratie als politisches System und in eine Abwendung von den Prozessen

der repräsentativen parlamentarischen Demokratie. Die Politik muss bei dem Ringen um den Rückhalt in der Mitte eine teils nicht mehr vollständig funktionierende Repräsentation von Interessen überwinden: Wo sich Menschen nicht gesehen und nicht gehört fühlen, müssen mehr Anstrengungen als bisher unternommen werden, um in der Breite wieder ein Gefühl politischer Selbstwirksamkeit zu generieren. Das Rezept für die politische Bildung lautet: Mehr politische Grundbildung inklusive Kompetenzerwerb, neue Themen und ein Mix klassischer sowie aktivierender und partizipationsorientierter Formate, vor allem für diejenigen, die bisher nicht oder nur schwer erreicht werden.

## Befunde sind Herausforderung und Aufruf zum Handeln

Für Nordrhein-Westfalen, das sich selbst als ein Land versteht, in dem demokratische Stabilität, ein hohes Wohlstandsniveau für viele Menschen und gesellschaftlicher Zusammenhalt Teil der Landesidentität sind, stellen die Befunde, die auf den folgenden Seiten vorgestellt werden, eine Herausforderung dar. Gleichwohl beschreibt der Demokratiebericht eben auch nur einen bestimmten, zeitlich begrenzten Ausschnitt dieser Entwicklungen auf Landesebene. Daraus leitet sich ein Auftrag zur Stärkung der demokratischen Mitte ab, der sich gleichermaßen an politische und gesellschaftliche Akteure, die formale politische Bildung wie an alle Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens richtet: Eine Trendumkehr hin zu mehr demokratischer Stabilität wird nicht von alleine erfolgen, sondern nur durch das Engagement möglichst vieler Menschen aus den Mitten der Gesellschaft für eine stabile und vielfältige demokratische Mitte in Nordrhein-Westfalen.

# 4.1 Demokratiezufriedenheit

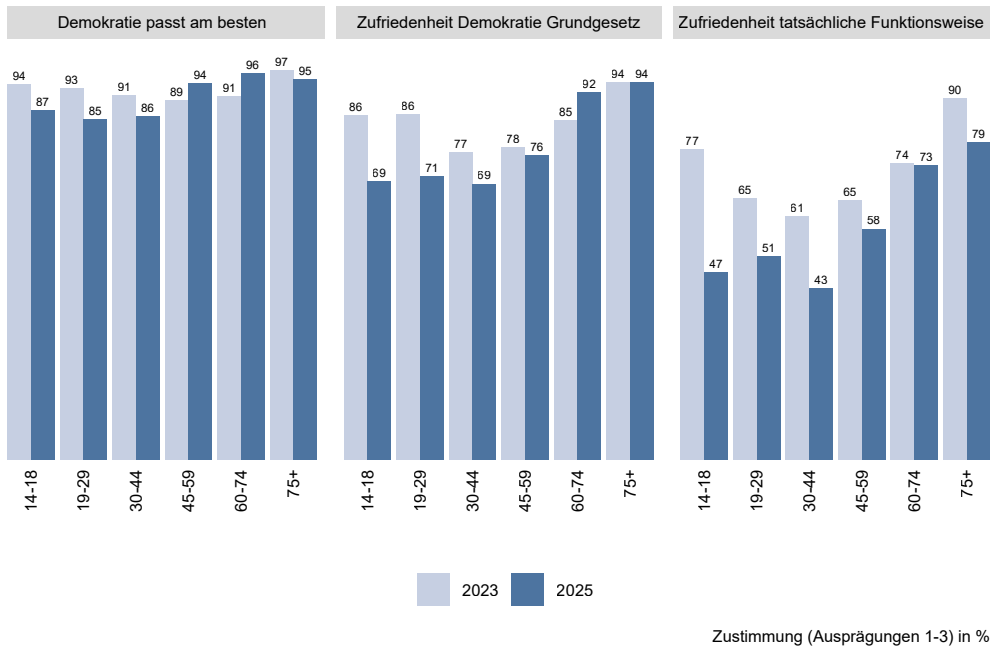


Abbildung 25 – Demokratiezufriedenheit nach Altersgruppen

## Allgemein zufrieden – oder nicht?

Einer der wichtigsten Indikatoren für die Demokratieunterstützung in der Mitte der Gesellschaft ist die Demokratiezufriedenheit. Um sie trennscharf zu erfassen, wurde die Zufriedenheit mit der Demokratie in zwei Dimensionen abgefragt: der Zufriedenheit mit der Demokratie, wie sie im Grundgesetz festgelegt ist, und der Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie. Beide Werte wurden auch mit der allgemeinen Demokratieunterstützung („Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.“) abgeglichen. Insgesamt zeigt sich dabei: Je konkreter die Fragen, desto unzufriedener sind die Menschen in Nordrhein-Westfalen mit dem, was sie unter Demokratie verstehen (Abbildung 25). Während die allgemeine Demokratieunterstützung sehr hoch ist, fällt sie schon niedriger aus, wenn man nach der Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz fragt.

Bei der Frage nach der Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie zeigen sich sehr niedrige Werte in allen Altersgruppen bis 60 Jahre.

## Ideal und Umsetzung

Ein wichtiger Hintergrund, mit dem sich die Abweichungen zu einem Teil erklären lassen, ist die Erkenntnis aus dem vorherigen Kapitel: Menschen unterscheiden zwischen einem Ideal der Demokratie und der Umsetzung dieses Ideals. Bei manchen umfasst dieses Ideal allerdings auch ein Verständnis, das nicht in allen Punkten mit dem Grundgesetz übereinstimmt. Bei einigen, die mit dem Grundgesetz (oder dem, was sie für seinen Inhalt halten) zufrieden sind, herrscht Unzufriedenheit mit dessen Umsetzung. Im Vergleich zwischen 2023 und 2025 sehen wir einen sehr schnellen und dramatischen Rückgang der Demokratiezufriedenheit.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Hohe allgemeine Zustimmung in allen Altersgruppen

Die Zahlen aus der repräsentativen Befragung zum 3. Demokratiebericht zeigen, dass es in allen Altersgruppen weiterhin eine sehr hohe allgemeine Zustimmung zur Demokratie gibt, auch wenn diese in den Altersgruppen zwischen 14 und 44 stark sowie in der Altersgruppe über 75 leicht rückläufig ist. Angesichts der Ergebnisse des 2. Demokratieberichts sind insbesondere die erheblichen Rückgänge bei den jüngeren Altersgruppen beachtlich: So ist die Zustimmung zur Demokratie bei den 14- bis 18-Jährigen um 7 Prozentpunkte von 94 % auf 87 % gefallen, bei den 19- bis 29-Jährigen um 8 Prozentpunkte von 93 % auf 85 % und bei den 30- bis 44-Jährigen um 5 Prozentpunkte von 91 % auf 86 %. In den Altersgruppen der 45- bis 59-Jährigen ist die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie hingegen um 5 Prozentpunkte von 89 % auf 94 % gestiegen, bei den 60- bis 74-Jährigen ebenfalls um 5 Prozentpunkte von 91 % auf jetzt 96 %.

## Heftiger Einbruch der Zufriedenheit bei Jüngeren

Das Bild ändert sich, wenn man genauer nach der Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz fragt. Beim 2. Demokratiebericht war hier ein u-förmiger Verlauf mit signifikant niedrigeren Werten in den mittleren Alterskohorten sichtbar geworden. Unter anderem dieser Befund gab Anlass zur Fragestellung nach den Mitten der Gesellschaft im Sinne der biografischen Lebensmitte.

Diese u-förmige Kurve ist im Jahr 2025 verschwunden, allerdings nicht durch einen Anstieg der Zufriedenheit in den mittleren Kohorten, sondern durch einen erheblichen Einbruch der Zufriedenheit bei den jüngeren Gruppen der 14- bis 18-Jährigen und der 19- bis 29-Jährigen. In den beiden jüngsten Altersgruppen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sind die Werte bei derselben Fragestellung innerhalb von zwei Jahren um 17 bzw. 15 Prozentpunkte gefallen. Bei den Menschen im jungen mittleren Alter zwischen 30 und 44 ist die Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz von 77 % (2023) auf 69 % (2025) weiter gesunken. Bei der Altersgruppe der 45- bis 59-Jährigen ist sie nur leicht zurückgegangen, von 78 % auf 76 %. In der Gruppe der 60- bis 74-Jährigen hingegen ist die Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz sogar merklich gestiegen, von 85 % auf 92 %. Bei den über 75-Jährigen ist sie auf hohem Niveau stabil geblieben und liegt wie 2023 bei 94 %.

## Hinweise aus bundesweiten Jugendstudien

Doch warum ist die Demokratiezufriedenheit gerade bei jungen Menschen und Menschen in der mittleren Lebensphase so gering ausgeprägt? Neben den sozioökonomischen Faktoren in der Lebensmitte, die im Folgenden weiter ausgeleuchtet werden, zeigen die beiden großen, bundesweiten Jugendstudien, die Shell Jugendstudie und die SINUS-Jugendstudie, dass die Haltungen von Jugendlichen zur Politik äußerst differenziert sind und stark von der Schicht- und Milieuzugehörigkeit geprägt werden. Die Erwartungen und Ziele von jungen Menschen beziehen sich oft auf das private, familiäre Umfeld und die eigenen wirtschaftlichen Aussichten, die etwa von den Befragten der Shell Jugendstudie als

gut und erreichbar eingeschätzt werden.<sup>9</sup> Die Mehrzahl der Jugendlichen kombiniert laut Shell Jugendstudie Optimismus und Pragmatismus mit einem hohen Bedürfnis nach Sicherheit und Ordnung sowie relativ geringen Erwartungen an den Staat oder „die Gesellschaft“.<sup>10</sup> Die SINUS-Jugendstudie kommt mit ihrer qualitativen Methodik zu dem Schluss, dass Politik für Jugendliche insgesamt keine große Rolle spielt und die Wahrnehmung von Politik stark vom Bildungshintergrund der Befragten abhängt.<sup>11</sup>

Ein weiterer Befund der beiden Jugendstudien ist, dass die Haltung von Jugendlichen zwischen einer generalisierten Verantwortlichkeit „der Politik“ für Krisen und Herausforderungen und äußerst geringen Kompetenzerwartungen an „die Politik“ schwankt.<sup>12</sup> Politische Einstellungen von Jugendlichen sind von einer Gleichzeitigkeit paradoxer Einstellungen geprägt. Die Autoren der SINUS-Studie erkennen eine „delegative Grundhaltung“ („Das sollen andere für mich erledigen.“), große Wünsche nach Partizipation und zugleich geringe Erwartungen daran, dass sich durch eigene Beteiligung oder eigenes Engagement etwas ändern ließe. Beide Studien bieten zudem Hinweise darauf, dass politische Werte schon im Jugendalter weit auseinandergehen. Bei Fragen nach dem Klimawandel<sup>13</sup> und dem Gendern in der deutschen Sprache zeigt sich beispielsweise in der Shell Jugendstudie eine Spaltung zwischen einer kleinen Gruppe der gut gebildeten

„Progressiven“ und allen anderen Einstellungstypen.<sup>14</sup> In einigen jugendlichen Milieus greift ein Narrativ vom „Staatsversagen“ und von der „Nutzlosigkeit staatlichen Handelns“ um sich.<sup>15</sup>

## Große Aufgabe: Jugendliche zurückholen in Demokratie

Der Abgleich mit den Jugendstudien ergibt zwar keine kausale Erklärung, aber eine Verbreiterung der Perspektiven: Jugendliche sind, anders als manche denken mögen, nicht per se demokratischer oder undemokratischer als andere Altersgruppen. Sie vom Wert der Demokratie zu überzeugen, ist – auch aufgrund der biografisch kurzen Zeiträume zwischen dem Erreichen des Wahlalters und dem Eintritt ins Berufsleben – eine Aufgabe und ein Anliegen für viele Akteure: Eltern, Lehrkräfte, Geistliche aller Religionen, Bundeswehr und Einrichtungen, die Bundesfreiwilligendienstleistende beschäftigen, Ausbilder in Betrieben, Arbeitgeber sowie Gleichaltrige. Und es ist eine Aufgabe der Politik selbst, die nur durch politische Entscheidungen, die auch jungen Menschen etwas bringen, erfüllt werden kann. In den Daten des 3. Demokratieberichts zeigt sich allerdings keine Wirksamkeit oder Unwirksamkeit der bisher verausgabten Mittel zur Prävention antidemokratischer Einstellungen oder zur Demokratieförderung bei jungen Menschen. Die relativ hohe Zufriedenheit bei jungen Menschen mit Abitur oder Studium ist ein Effekt, der sich auch durch den größeren Umfang politischer Bildung im Vergleich zu Haupt- und Realschulen erklären lässt.<sup>16</sup>

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Weiter Probleme in Lebensmitte

Die geringe Demokratiezufriedenheit in den mittleren Altersgruppen der 30- bis 44-Jährigen und der 45- bis 59-Jährigen war bereits im 2. Demokratiebericht festgestellt worden. In diesen Altersgruppen haben sich die Werte von einem niedrigeren Ausgangsniveau aus weiter verringert. Anders als beim Thema Jugend steht die biografische Lebensmitte in der empirischen Sozialforschung grundsätzlich weniger im Scheinwerferlicht.<sup>17</sup> Allerdings sind in jüngster Zeit dazu sozialphilosophische<sup>18</sup> und sozialpsychologische<sup>19</sup> Grundlagenwerke erschienen. Zudem gibt es weiterhin gültige Erträge zur sogenannten Sandwich-Position im mittleren Lebensalter und zu den individuellen Entwicklungsaufgaben des mittleren Erwachsenenalters. Sandwich-Position bedeutet, dass in den mittleren Jahren zur beruflichen Belastung die Erziehungsarbeit für die eigenen Kinder und oftmals die Sorge um die alt gewordenen Eltern hinzukommen. Einer relativ hohen finanziellen Verantwortung und persönlichen Bindung durch abgeschlossene Berufswahl, Partnerwahl und ggf.

Familiengründung stehen im Vergleich zu vorher und nachher relativ geringe individuelle Freiheitsspielräume gegenüber.

## Verteilung nach Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss

Betrachten wir nun die Verteilung der Demokratiezufriedenheit nach den wesentlichen sozioökonomischen Faktoren Einkommen (Abbildung 26), Schichtzugehörigkeit (Abbildung 27) und Bildung (Abbildung 28), zeigt sich einerseits ein klares sozialstrukturelles Bild: Ein geringes Einkommen, eine niedrige soziale Schicht (Selbsteinstufung) und ein geringer Bildungsgrad gehen in der Regel mit einer niedrigeren Demokratiezufriedenheit einher. Allerdings gibt es auch Ausnahmen und besondere Beobachtungen, die Aufmerksamkeit verdienen. So fallen die Demokratiezustimmung und die Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz bei den sehr geringen Einkommen unter 2.000 Euro gering aus. In den Einkommensgruppen darüber gibt es aber keinen eindeutigen Zusammenhang zwischen Einkommen und Demokratiezufriedenheit.

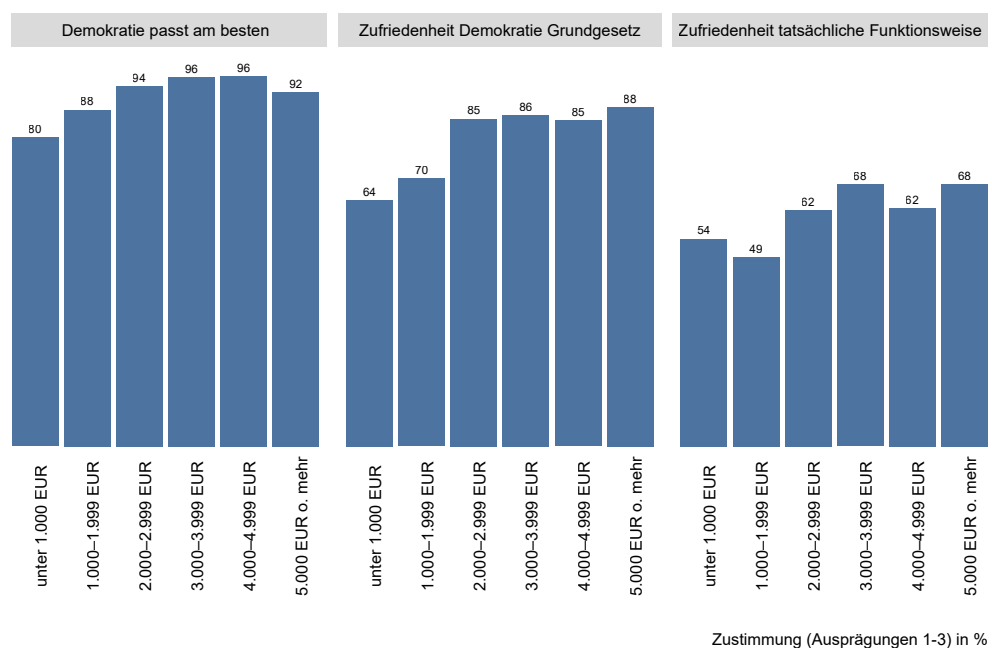


Abbildung 26 – Demokratiezufriedenheit nach Einkommen

Es bietet sich daher an, dieses uneindeutige Bild um die Komponente der subjektiven Schichtzugehörigkeit zu ergänzen, da es hier für die Befragten einen größeren Spielraum gibt, Wahrnehmungen

zur eigenen Stellung in der Gesellschaft einfließen zu lassen. Die Demokratiezufriedenheit nach subjektiver Schichtzugehörigkeit verteilt sich daher auch stufenförmig (Abbildung 27).

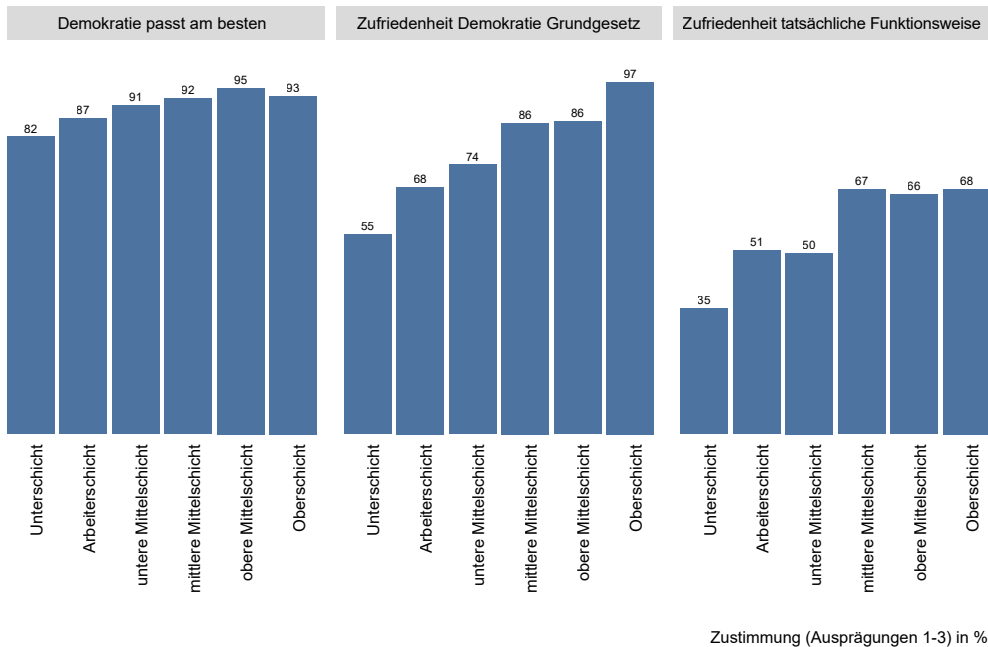


Abbildung 27 – Demokratiezufriedenheit nach subjektiver Schichtzugehörigkeit

Es zeigt sich wiederum ein linear ansteigender Zusammenhang: In allen Schichten ist die grundsätzliche Zustimmung zur Demokratie als Staatsform solide verankert. Der Wert in der „Unterschicht“ weist mit 82 % jedoch einen großen Abstand zum Spitzenwert von 95 % in der oberen Mittelschicht auf. Die höchste Zufriedenheit findet sich als Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz in der Oberschicht mit 97 %. Während die Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz ab der unteren Mittelschicht noch robuste Werte über 70 % aufweist, reicht die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise in keiner Schicht über 70 % hinaus.

Neben Alter, Einkommen und Schichtzugehörigkeit erweist sich der Bildungsgrad der Befragten häufig als guter Indikator für politische Einstellungen. Betrachtet man die Demokratiezufriedenheit aller Befragten nach dem höchsten Schul- bzw. Bildungsabschluss, zeigt sich ein markanter Unterschied zwischen Gruppen mit und ohne Abitur bzw. Studium (Abbildung 28).

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

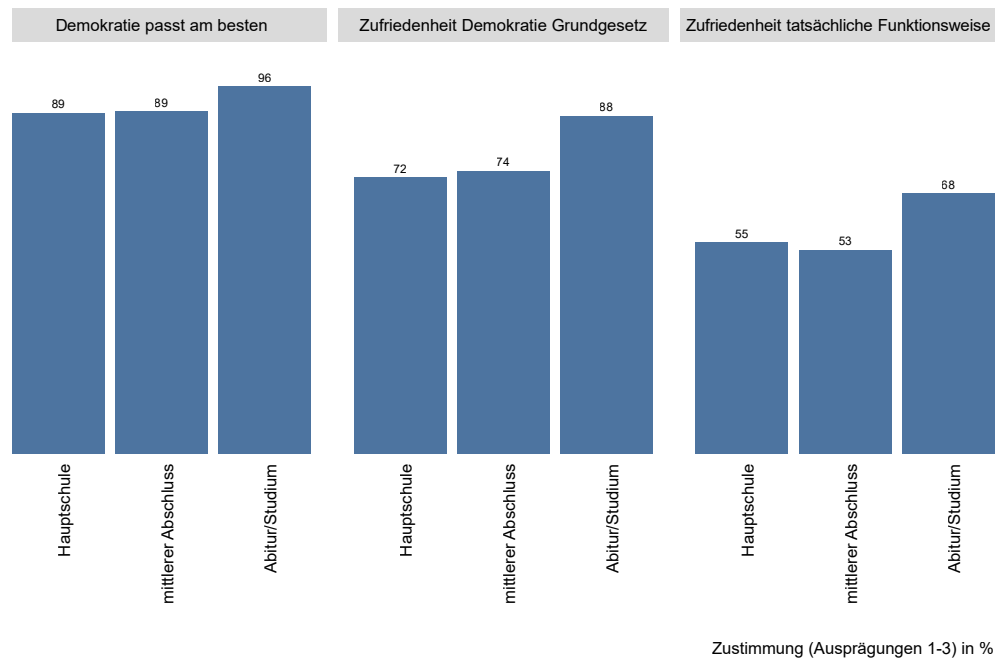


Abbildung 28 – Demokratiezufriedenheit nach Bildungsabschluss

Je höher der Abschluss, desto höher die Demokratiezufriedenheit, wobei sich die Mittelwerte für Hauptschule und mittlere Abschlüsse in der Gesamtbevölkerung nicht signifikant unterscheiden (je 72 bzw. 74 % bei „Demokratie laut Grundgesetz“; je 55 bzw. 53 % bei tatsächlicher Funktionsweise). Allerdings sind diese Werte nur eingeschränkt aussagekräftig, weil Bildungsabschlüsse sehr

unterschiedlich über die Alterskohorten verteilt sind.

### Verteilung nach Alter und Bildungsabschlüssen

Daher ist es nötig, die Demokratiezufriedenheit nach Alter und Bildung zu betrachten. Das Bild, das sich nun zeigt, ist aufschlussreicher (Abbildung 29).

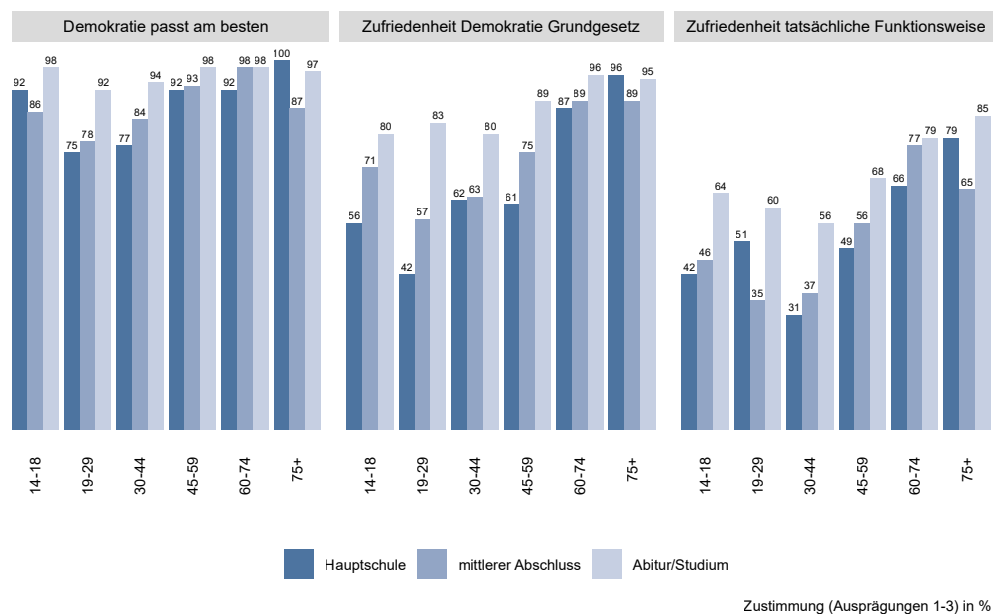


Abbildung 29 – Demokratiezufriedenheit nach Alter und Bildungsabschluss

## Bildung ist Faktor bei Jüngeren, weniger bei Alten

Der Zusammenhang zwischen Demokratiezufriedenheit und Bildung ist, zuge-spitzt formuliert, eine Frage des Alters. Bei den Bildungsabschlüssen unterhalb des Abiturs sind es vor allem die jünge-ren Altersgruppen (bis 45), bei denen die Zufriedenheit mit der Demokratie schwach ausgeprägt ist. In der Alters-gruppe über 75 gibt es zwar Auffälligkeiten bei den mittleren Abschlüssen: Die Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz liegt in dieser Gruppe bei 89 %, die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise bei nur 65 %. Damit liegen sie allerdings auch weit unter den ehemaligen Hauptschülern, die bei der Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz satte 96 % erreichen und bei der Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise immer noch bei 79 % liegen. In der Gruppe der 60- bis 74-Jährigen liegen die Werte nicht nur insgesamt sehr hoch, auch die Abweichungen zwischen den Bildungsgruppen sind im Vergleich zu jüngeren Gruppen weniger auffällig und weniger linear verteilt. Die niedrigsten Werte bei der Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise erreichen Realschulabsolventen im jungen Erwachsenenalter (19 bis 29: 35 %) und die Hauptschulabsolventen im jungen mittleren Alter (30 bis 44: 31 %). Hier überwiegt die Unzufriedenheit mit der Demokratie. Bei den Hauptschulabsolventen im jungen Erwachsenenalter ist auch eine Mehrheit (58 %) mit der Demokratie unzufrieden.

## Bei Jüngeren droht Auseinanderdriften

Da sich die Bildungsabschlüsse in den jeweiligen Altersgruppen unterschiedlich verteilen – in den älteren Jahrgängen gibt es mehr Menschen mit Hauptschulabschluss und mittleren Abschlüssen als in den jüngeren Kohorten –, sprechen diese Verteilungen eine eindeutige Sprache: Die Demokratie droht in den jüngeren

Generationen zu einem Projekt der formal hoch gebildeten Gruppen zu werden. Während es in älteren Kohorten gelungen ist, die damalige Mehrheit der Menschen mit einfachen und mittleren Schulabschlüssen in die Demokratie hinein zu sozialisieren, gelingt dies für die mittleren und jüngeren Jahrgänge immer weniger. Die Zufriedenheit mit der Demokratie wird für junge Menschen und Menschen im mittleren Alter zunehmend zu einer Frage der Bildung. Der Einbruch in den mittleren Altersgruppen war schon im 2. Demokratiebericht zu sehen.

## Kontext Bildung, aber keine Kausalität

Dies muss Anlass zu Sorgen sein, zumal sich nach anderen Untersuchungen, etwa des Bundesinstituts für Berufsbildung und der OECD,<sup>20</sup> in Deutschland auch eine negative Entwicklung bei den Schul- und Bildungsabschlüssen abzeichnet, da die Zahl junger Menschen ohne Schul- und Berufsabschluss seit einigen Jahren wieder steigt. Für Nordrhein-Westfalen sind die Zahlen auf diesem Feld leider auch im bundesweiten Vergleich besonders schlecht: Der Anteil der 20- bis 34-Jährigen ohne Berufsabschluss ist allein von 18,5 % im Jahr 2020 auf 22,6 % im Jahr 2022 gestiegen.<sup>21</sup> Im Bundesschnitt sind die Zahlen im selben Zeitraum lediglich von 15,5 % auf 19,1 % gestiegen. Es gibt zwar keine kausale und zeitliche Beziehung zwischen diesen Daten, auch aus den Daten des Demokratieberichts lässt sich keine Kausalität herleiten. Gleichwohl wirkt der Anstieg junger Menschen ohne Berufsabschluss im Zeitraum unmittelbar vor dem Einbruch bei der Demokratiezufriedenheit in den jüngeren Altersgruppen auffällig. Es ist jedenfalls wichtig, in der geringen Demokratiezufriedenheit nicht einfach nur ein alterstypisches Phänomen oder eine Abwendung jüngerer Menschen von demokratischen Errungenschaften zu sehen. Vielmehr könnte es sich um eine Art doppelte Orientierungskrise bei jungen Menschen handeln:

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Einerseits steigt die Zahl der Ausbildungsabbrecher und der jungen Menschen ohne Berufsabschluss, andererseits sinkt die Demokratiezufriedenheit und es steigt die Zustimmung zu antidemokratischen Aussagen.<sup>22</sup>

### Auf Dauer ein Problem für die demokratische Mitte

Das ist ein Problem, weil die Unzufriedenheit mit der Demokratie in dieser Altersgruppe nicht zu einer Kritik im System, sondern – wie wir gesehen haben – zur Kritik am System führt. In der wirtschaftlich angespannten Lage zum Zeitpunkt der Befragung sind Bildungs- und Demokratiefragen also eng miteinander verknüpft. Sie aufzugreifen und zu bearbeiten ist gleichermaßen Aufgabe

der Politik, der Verbände, der zuständigen Schulformen sowie der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen. Es muss an vielen Stellen noch stärker als bisher deutlich werden: Schulische und berufliche Bildung, wirtschaftlicher Erfolg und Demokratie hängen eng miteinander zusammen. Gute Bildung in allen Bildungswegen ist auch eine Erfolgsbedingung für die Demokratie.

### Unterschiede nach Geschlecht

Bisher fehlt in der Betrachtung der Demokratiezufriedenheit ein wichtiger struktureller Faktor, das Geschlecht. Unterscheidet man die Gesamtzahl der Befragten nach Geschlecht, zeigen sich deutliche Unterschiede bei der Zufriedenheit (Abbildung 30).

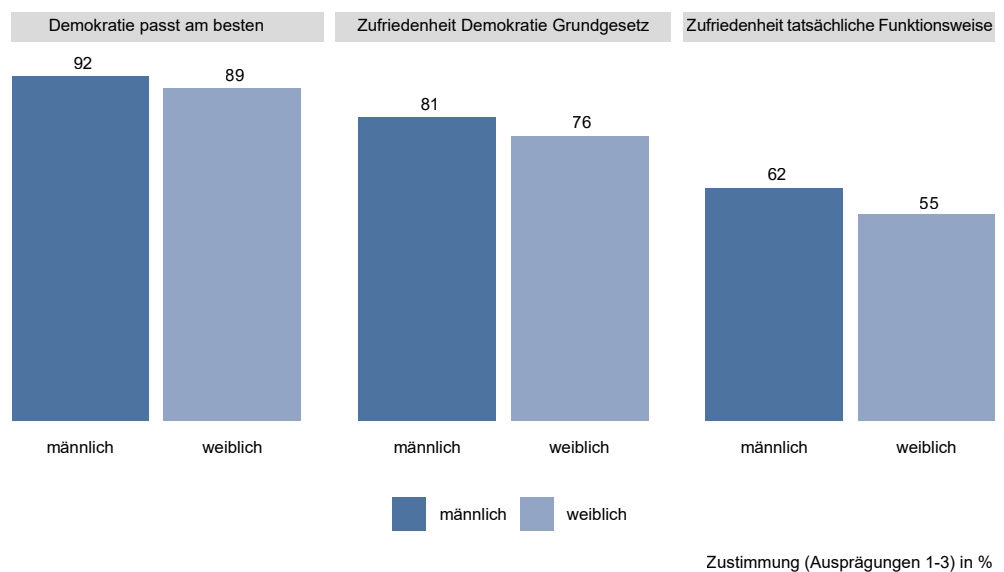


Abbildung 30 – Demokratiezufriedenheit nach Geschlecht

Nach Geschlechtern betrachtet fällt auf, dass Unzufriedenheit mit der Demokratie 2025 in Nordrhein-Westfalen eher weiblich als männlich geprägt ist. Mädchen und Frauen sind im Mittel etwas weniger (-3 Prozentpunkte) überzeugt von der Demokratie, erheblich weniger (-5 Prozentpunkte) zufrieden mit der Demokratie im Grundgesetz und auch erheblich weniger (-7 Prozentpunkte) zufrieden mit ihrer tatsächlichen Funktionsweise.

### Mädchen besonders zufrieden, junge Frauen besonders unzufrieden

Je konkreter man fragt, desto stärker zeigt sich dieser Zusammenhang. Nach Alter und Geschlecht betrachtet sind es vor allem die Mädchen (14 bis 18) und die Frauen im mittleren jungen Erwachsenenalter (30 bis 44), bei denen markante Unterschiede hervorstechen.

So sind beispielsweise Mädchen zwischen 14 und 18 Jahren im Vergleich zu Jungen um 10 % weniger unzufrieden mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie (42 % ggü. 52 %). 30- bis 44-jährige Frauen sind sogar nur zu 37 % zufrieden mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie, während Männer derselben Altersgruppe immerhin eine Zufriedenheit von 50 % aufweisen.

### **Renteneintrittsalter: Knackpunkt bei älteren Frauen**

Bei der Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz kommt eine um 11 Prozentpunkte geringere Zufriedenheit der Frauen zwischen 60 und 74 (87 % ggü. 96 % bei Männern), also im Renteneintrittsalter und unmittelbar nach Renteneintritt, hinzu. Nur bei den 19- bis 29-jährigen Frauen (74 % ggü. 64 % gleichaltrige Männer) und bei den über-75-jährigen Frauen (96 % ggü. 93 % Männer) ist eine gegenüber gleichaltrigen Männern signifikant höhere Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz zu beobachten.

### **Spezifische Gründe für Unzufriedenheit bei Mädchen und Frauen**

Es scheint bei den weiblichen Befragten in den meisten Lebensphasen (Schule, Ausbildung, frühes mittleres Erwachsenenalter, späte Erwerbsphase/Renteneintritt,) spezifische Gründe dafür zu geben, dass eine geringere Lebenszufriedenheit auf eine im Verhältnis zu gleichaltrigen Männern geringere Demokratiezufriedenheit durchschlägt.

### **Sandwich, Gendergap, Rentenlücke – geschlechts- und altersspezifische Faktoren sind sichtbar**

Ein aus der Literatur bekannter Grund dafür liegt in der Häufung von negativem Stress durch die bereits erwähnte

generationelle Sandwich-Position. Frauen nehmen dabei nach wie vor einen höheren Anteil an Erziehungs- und Sorgearbeit wahr und sind dadurch oftmals stärker belastet als Männer. Auch das berufliche Auseinanderdriften von gleich gut ausgebildeten Männern und Frauen in der frühen mittleren Lebensphase (Gendergap) könnte eine Ursache für die markante Abweichung sein. Im Renteneintrittsalter könnte es sich um einen Effekt von schrumpfenden ökonomischen Ressourcen handeln, der aufgrund längerer Kindererziehungszeiten, höherer Teilzeitbeschäftigungsquoten sowie des höheren Anteils Alleinerziehender Frauen stärker trifft als gleichaltrige Männer. Zudem sind Frauen in der Politik nach wie vor unterrepräsentiert.<sup>24</sup> Je stärker das politische Feld ehrenamtlich geprägt ist, z. B. in der Kommunalpolitik, desto deutlicher trifft dies zu.

### **Hinweis auf strukturelle Ursachen**

Der Datenbefund des Demokratieberichts im Jahr 2025 steht in einem markanten Widerspruch zu einem in den Medien immer wieder verbreiteten Narrativ, demzufolge Mädchen und Frauen demokratischer eingestellt seien als Jungen und Männer. Die Daten zeigen, dass es geschlechtsspezifisch unterschiedliche Perspektiven auf die Demokratie gibt. Hinter diesen Perspektiven, die in der Befragung gemessen wurden, stehen jedoch sozioökonomische und strukturelle Ursachen, die nicht direkt gemessen wurden. Aus dem Zusammenhang geht allerdings deutlich hervor, dass sowohl die Parteien als auch die Angebote der politischen Bildung gut beraten sind, die Unterschiede zwischen den Geschlechtern bei der Formulierung politischer Lösungsvorschläge und bei der Planung von Angeboten der politischen Bildung von Anfang an mitzudenken und gezielt zu adressieren.

## 4.2 Institutionenvertrauen

### Vertrauen geht zurück

Ein weiterer wichtiger Faktor der politischen Einstellungen in Nordrhein-Westfalen ist das Vertrauen in einzelne politische Institutionen. Insbesondere mit Blick auf

die landespolitischen Institutionen ergibt sich ein Bild, das in Teilen den Entwicklungen bei der Demokratiezufriedenheit entspricht, in manchen Punkten aber auch davon abweicht (Abbildung 31).

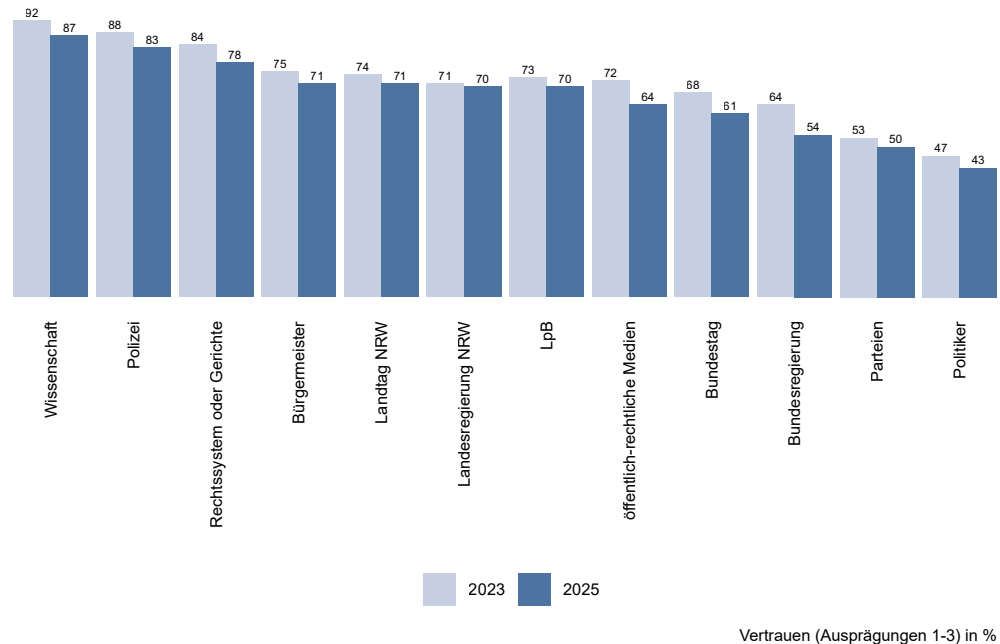


Abbildung 31 – Institutionenvertrauen, absteigend

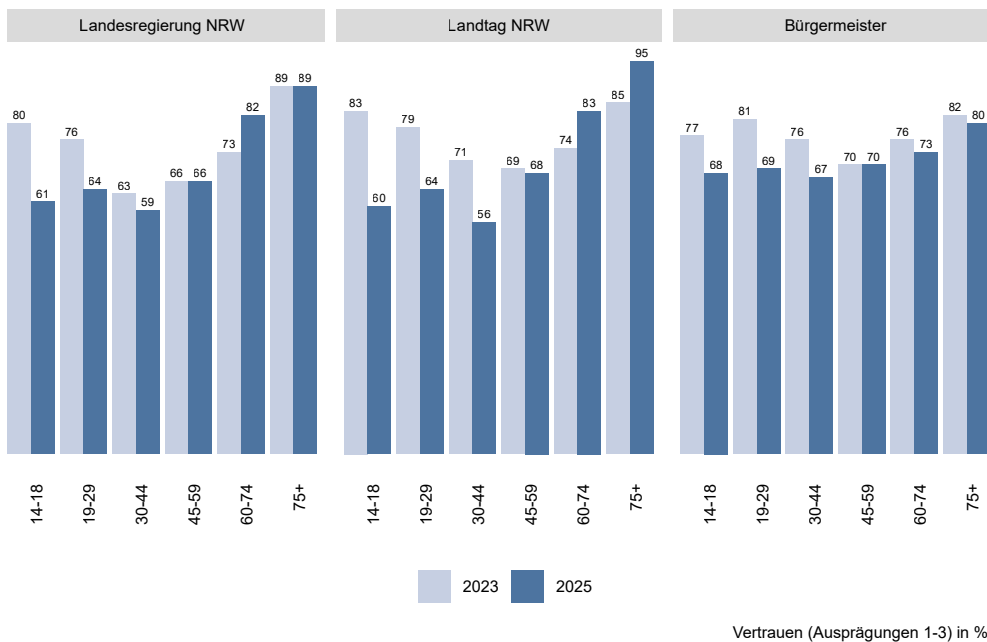
### Scheinbar nur leichte Rückgänge

Betrachtet man die Mittelwerte ohne Rücksicht auf Altersgruppen oder sozioökonomische Merkmale, dann scheint es so, als sei das Institutionenvertrauen bei den meisten Institutionen um ein paar wenige Prozentpunkte und bei einigen um mehrere Prozentpunkte abgesunken. Verluste haben dabei auch eigentlich „unpolitische“ Institutionen wie Wissenschaft (-5 Prozentpunkte), Polizei (-5 Prozentpunkte) und Gerichte (-6 Prozentpunkte) erlitten. Auffällig ist auch der große Vertrauensverlust bei den öffentlich-rechtlichen Medien (-7 Prozentpunkte) und den Institutionen des Bundes (Bundesstag -7 Prozentpunkte;

Bundesregierung -9 Prozentpunkte). Das leicht gesunkene Vertrauen bei den ausdrücklich genannten Landesinstitutionen Landtag, Landeszentrale für politische Bildung und Landesregierung bewegt sich im Bereich der statistischen Fehler-toleranz. Das gesunkene Vertrauen in die kommunalpolitische Institution Bürgermeister (-4 Prozentpunkte) übersteigt hingegen diese Schwelle.

### Erhebliche Veränderungen in den Altersgruppen

Schaut man sich nun die Verteilung über die Altersgruppen hinweg an, bestätigt sich das Muster, das bereits von der Demokratiezufriedenheit her bekannt ist (Abbildung 32).



Vertrauen (Ausprägungen 1-3) in %

Abbildung 32 – Institutionenvertrauen Land und Kommune, exemplarischer Vergleich 2023-2025 nach Altersgruppen

Die über alle Institutionen leicht bis erheblich abgesunkenen Vertrauenswerte kommen durch erkennbare Einbrüche bei den jüngeren Altersgruppen zustande. Bei den Älteren ab 60 Jahren hingegen ist das Vertrauen in einzelne Institutionen sogar gestiegen. Das zeigt sich besonders deutlich beim Landtag und bei der Landesregierung.

### Vertrauen in Landtag und Landesregierung

Während das Vertrauen in den Landtag in allen Altersgruppen unter 45 zwischen 2023 und 2025 eingebrochen ist (z. B. 14- bis 18-Jährige: -22 Prozentpunkte; 19- bis 29-Jährige: -14 Prozentpunkte) ist es bei den 45- bis 59-Jährigen gleichgeblieben. Bei den 60- bis 74-Jährigen stieg es um 9 Prozentpunkte, bei den über 75-Jährigen um 10 Prozentpunkte. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist die einzige Institution, die auch

in der Altersgruppe bis 45 Jahre keine großen Einbrüche zu verzeichnen hat. Der geringe Rückgang von -3 Prozentpunkten in dieser Kohorte steht allerdings Einbrüchen von -22 Prozentpunkten bei den 14- bis 18-Jährigen und -14 Prozentpunkten bei den 19- bis 29-Jährigen gegenüber. Bei den jungen Alten zwischen 60 und 74 konnte die Landesregierung das Vertrauen um 9 Prozentpunkte steigern und bei den Menschen in der höchsten Alterskohorte ab 75 beim exzellenten Wert von 89 % halten.

### Fazit: Vertrauensproblem bei Jüngeren

Beim Blick auf das Institutionenvertrauen bestätigt sich ein Bild, dessen Konturen bereits bei der Betrachtung der Demokratiezufriedenheit zutage getreten sind: Nicht nur die Demokratie, sondern auch die staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen haben ein überdurchschnittliches Vertrauensproblem in der jüngeren Bevölkerung bis 45. Bei den jungen Alten zwischen 60 und 75 hingegen ist das Vertrauen in einige Institutionen sogar gestiegen.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Es liegt nahe, dass für dieses Auseinanderdriften zwischen den Altersgruppen strukturell wirksame Gründe vorliegen, die auf der sinkenden Zufriedenheit in den jüngeren Teilen der gesellschaftlichen Mitten beruhen und sich ganz erheblich auf die Ausbildung einer stabilisierenden politischen Mitte auswirken. Die geringen Ausgangswerte in den mittleren Jahrgängen und der Einbruch bei den Werten in den jüngeren Altersgruppen zwischen 2023 und 2025 bedeuten, dass die politische Mitte absehbar weniger Nachwuchs zugeführt bekommt als es für die

Stabilität der Demokratie als Staats- und Gesellschaftsform nötig wäre. Insofern stellt sich unmittelbar im Anschluss an die Einbrüche bei Demokratiezufriedenheit und Institutionenvertrauen die Frage: Ist es vielleicht schon zu spät? Sind diejenigen, die unzufrieden sind und kein Vertrauen mehr haben, schon im Lager der Antidemokraten angekommen? Im Folgenden soll daher der Begriff der politischen Mitte aus der ergänzenden Perspektive des antidemokratischen Extremismus ausgeleuchtet werden.

## 4.3 Extremismus

### Mitte heißt auch: fern von Extremismus

Im allgemeinen Sprachgebrauch meint die Mitte eine Position, die gleich weit von zwei Extremen entfernt ist. Die Frage nach der politischen Mitte schließt daher auch immer die Frage nach den Rändern ein, die nicht mehr zur Mitte gehören. Der politische Extremismus, insbesondere der Rechtsextremismus, steht daher im Zentrum einiger viel beachteter Studien zu den politischen Einstellungen in Deutschland. Besondere Beachtung finden etwa die regelmäßig erscheinenden Mitte-Studien, die von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragt werden, und der vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland geförderte Deutschland-Monitor.<sup>25</sup> Auch die Leipziger Autoritarismus-Studie, die von der Heinrich-Böll-Stiftung und der

Otto-Brenner-Stiftung unterstützt wird, gehört zum Kreis der renommierten und mit exzellenten Datenreihen aufwartenden Extremismus-Studien. Zugleich ist demokratiefeindlicher Extremismus selbst zu einem Gegenstand des politischen Streits geworden. Dieser Umstand ist ein Zeichen für Versuche zur Politisierung des Extremismus-Begriffs.<sup>26</sup>

### Extremismus heißt: Ablehnung der Demokratie

In den folgenden Analysen impliziert der Extremismus-Begriff stets die explizite Ablehnung der Demokratie. Die ideologische Verortung erfolgt über eine Reihe weiterer Aspekte, die ein mehr oder weniger kohärentes Weltbild ergeben. So wird auch deutlich, dass ein operationalisierbarer Mitte-Begriff an demokratische Werte gebunden ist: Der Blick auf die demokratiefeindlichen Extremismen verdeutlicht, dass sich die politische Mitte über eine uneingeschränkte Demokratieunterstützung definiert.

## Rechtsextremismus

Für den Demokratiebericht wurden die unterschiedlichen Dimensionen des Rechtsextremismus mit insgesamt acht Items erhoben. Dazu zählen die bereits aus dem Teil zur Demokratie in Nordrhein-Westfalen bekannten Alternativen

zur Demokratie (Diktatur, Einparteienherrschaft, starke Führungsperson) und eine separate Batterie von Items, die fünf spezifische ideologische Kernbestandteile des Rechtsextremismus erfasst (Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Chauvinismus, Sozialdarwinismus, NS-Verharmlosung).

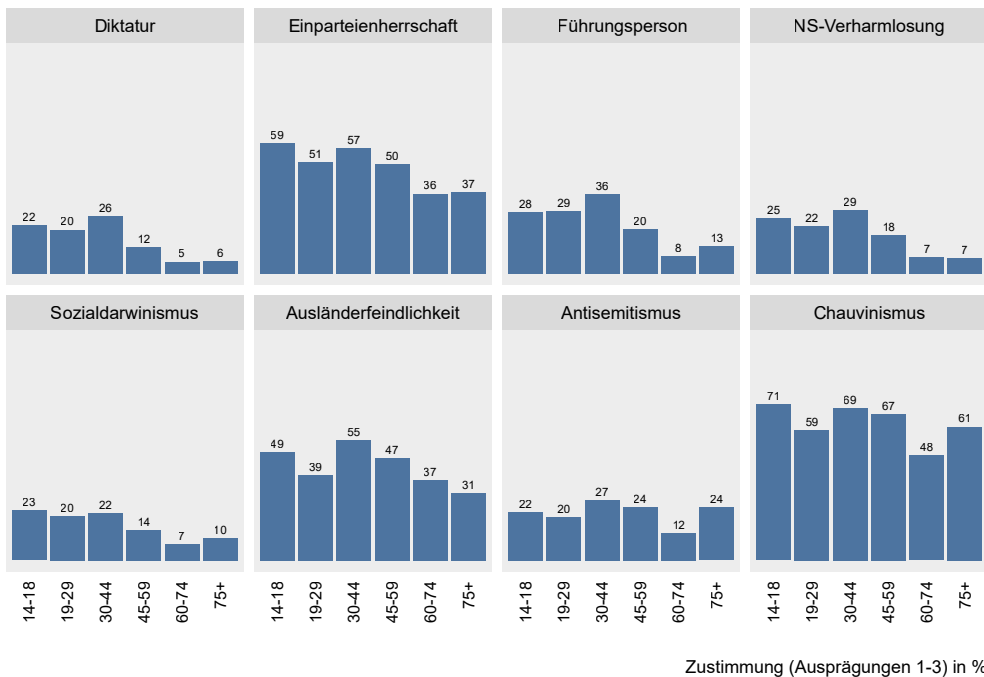


Abbildung 33 – Ideologische Kernbestandteile des Rechtsextremismus nach Altersgruppen

Schlüsselt man diese nach Altersgruppen auf (Abbildung 33), so fällt bei einigen Items erneut die bekannte Verteilung auf, nur eben jetzt als negative Folie, nach der die demokratiebedrohenden Werte in den jüngeren Altersgruppen besonders hoch sind. Allerdings gibt es auch klare Ausschläge in der Lebensmitte, etwa bei der Ausländerfeindlichkeit, dem Wunsch nach einer Führungsperson, der NS-Verharmlosung oder dem Chauvinismus („... endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl.“).

## Ungleiche Verteilung auf Links-Rechts-Skala

Die Zustimmung zu den Dimensionen des Rechtsextremismus steht auch in Zusammenhang mit der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Skala. Wie zu erwarten, zeigt sich: Je weiter rechts sich die Menschen auf der Skala verorten, desto höher ist der Anteil der Zustimmung. Eine interessante Ausnahme zur vermuteten Selbsteinschätzung bilden allerdings Personen, die sich als stark links einordnen (Selbsteinstufung 1 auf der LRS). Bei ihnen ist ebenfalls eine starke Zustimmung zu den Rechtsextremismus-Items und den Alternativen zur Demokratie zu verzeichnen. Sie neigen ebenfalls zu NS-Verharmlosung,

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Antisemitismus, Ausländerfeindlichkeit und Sozialdarwinismus. Allerdings ist die Zustimmung zu allen Items, außer dem Sozialdarwinismus („Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.“), schon in der Mitte der Links-Rechts-Skala genauso hoch oder höher ausgeprägt (etwa Antisemitismus: „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.“: 21 % bei Skalenpunkt 1, aber 30 % bei Skalenpunkt 5).

Demokratiebericht lediglich eine verkürzte Skala verwendet werden konnte. Menschen mit einer starken Nähe zum Rechtsextremismus stimmen im Mittel allen Items zu. Zudem müssen sie den antidemokratischen Items (Diktatur, Einparteienherrschaft, starke Führungsperson) explizit zustimmen. Lehnt eine Person diese antidemokratischen Items ab, stimmt aber allen anderen Items im Mittel zu, weist diese Person eine Nähe zum Rechtsradikalismus auf.

### Rechtsextremismus vs. Rechtsradikalismus

In Anlehnung an die Leipziger Autoritarismus-Studie<sup>27</sup> werden die Dimensionen des Rechtsextremismus so zusammengefasst, dass Menschen mit einer starken Nähe zum Rechtsextremismus identifiziert werden können. Anders als in der genannten Studie ist hier aber *nicht* von einem geschlossenen rechtsextremen Weltbild die Rede, weil im

In der Stichprobe weisen rund 7 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen eine Nähe zum Rechtsextremismus auf (n = 191). Als rechtsradikal dürfen rund 6 % der Bevölkerung in Nordrhein-Westfalen gelten. Zugleich gibt es eine hohe Zahl an Personen (n = 410, rund 14 %), die gar nicht zuzuordnen sind. Als gesichert nicht rechtsradikal und nicht rechtsextrem dürfen rund 74 % der Bevölkerung gelten (n = 2.151 in der Befragung).<sup>28</sup>

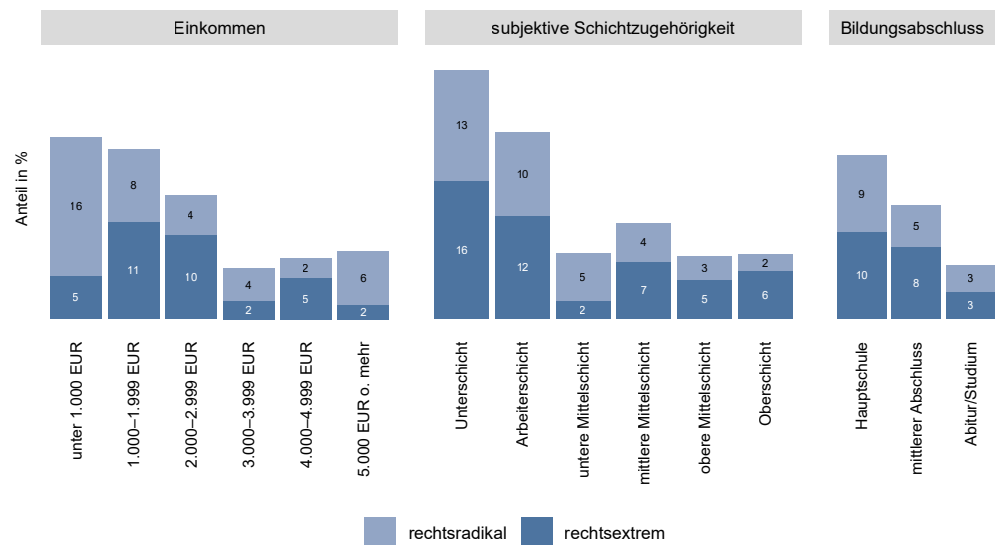


Abbildung 34 – Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus n. Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss

## Kein Zeichen für „Wohlstands-Chauvinismus“

Betrachtet man die Verteilung von Rechtsextremismus und -radikalismus nach Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschlüssen, so gibt es für diese sozialstrukturellen Faktoren jeweils signifikante, teils schwach, teils stark ausgeprägte Zusammenhänge (Abbildung 34). Im Ergebnis sehen wir Annäherungen an treppenförmige Verläufe. Das heißt in der Tendenz: Je höher das Einkommen, die subjektive Schichtzugehörigkeit und der Bildungsabschluss, desto unwahrscheinlicher wird es, dass Personen eine Nähe zum Rechtsradikalismus oder -extremismus aufweisen. Zugleich finden wir hohe Zustimmungswerte in den mittleren Gruppen und können keinesfalls ausschließen, dass Personen mit einem hohen Einkommen, hoher Schichtzugehörigkeit und einem formal hohen Bildungsabschluss Radikalisierungstendenzen aufweisen. Es gibt kein konsistentes Muster, nach dem Menschen, denen es ökonomisch besonders gut geht, auch

besonders offen für rechtsradikale oder rechtsextremistische Überzeugungen wären. Ein zuweilen verbreitetes Bild eines sogenannten Wohlstands-Chauvinismus lässt sich daher nicht bestätigen.

## Linksextremismus: Befunde mit methodischen Haken

Spiegelbildlich zum Rechtsextremismus haben wir für den 3. Demokratiebericht auch nach Linksextremismus gefragt. Die gemessenen Werte stehen allerdings unter einem methodischen Vorbehalt. Erstens ist die Linksextremismus-Skala inhaltlich nur zur Erfassung traditioneller marxistisch-linksextremistischer Einstellungen geeignet. Zweitens fallen die Korrelationen mit der Links-Rechts-Skala diffuser aus als beim Rechtsextremismus, was ebenfalls ein Hinweis auf eingeschränkte Validität ist. Sie sind zwar vorhanden, aber im Mittel schwächer. In der Darstellung der einzelnen Items zeigt sich ein weniger eindeutiges Bild als beim Rechtsextremismus (Abbildung 35).

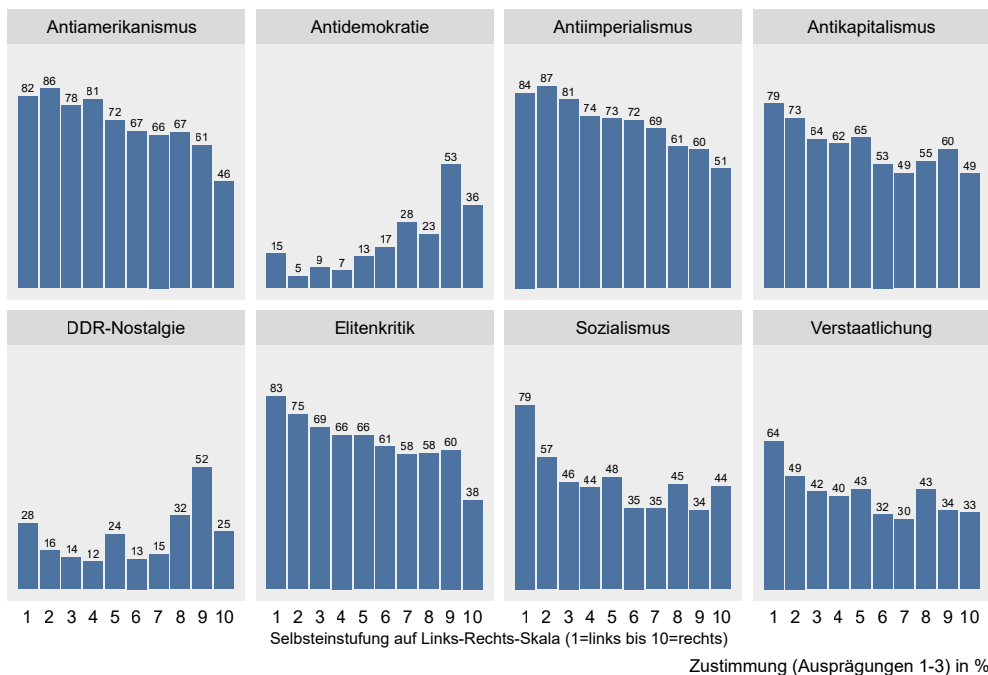


Abbildung 35 – Marxistischer Linksextremismus auf der Links-Rechts-Skala

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Die einzelnen Items streuen breit über das gesamte politische Spektrum oder finden bei einzelnen Punkten auch rechts und weit rechts der Mitte besonders hohe Zustimmungswerte. Beispielsweise beim Item Antikapitalismus – „Der Kapitalismus ruiniert die Welt.“ – liegt die Zustimmung bei 60 % auf Skalenpunkt 9. Beim Item Verstaatlichung – „Schlüsselindustrien müssen verstaatlicht werden.“ – beträgt die Zustimmung 43 % auf Skalenpunkt 8 (weit rechts), aber auch bei Skalenpunkt 5. Die Korrelation für Demokratieablehnung ist allerdings negativ: Wer sich weiter links sieht, präferiert mit geringer Wahrscheinlichkeit eine Diktatur. Ein kohärentes Bild des demokratiefeindlichen Linksextremismus in Nordrhein-Westfalen lässt sich daher aus den Ergebnissen nicht ableiten.

### **Linksextremismus: hybride Annäherung im Zeichen der Demokratiefeindlichkeit?**

Es ergeben sich aber Anhaltspunkte dafür, dass es eine hybride Annäherung zwischen weit links liegenden und weit rechts liegenden Einstellungen im Zeichen der Demokratiefeindlichkeit gibt. Davon unbenommen sind hohe Zustimmungswerte für die linksextremen Einstellungen zu einzelnen Items über das gesamte politische Spektrum hinweg feststellbar (etwa Antikapitalismus: 65 % bei Skalenpunkt 5 in der ‚intuitiven‘ Mitte der Skala). Ein überraschender Ausreißer bei den Items ist die DDR-Nostalgie.

Sie liegt weit rechts bei den Skalenpunkten 8 und 9 am höchsten, nämlich bei 32 bzw. 52 %, findet aber auch in der Mitte (Skalenpunkt 5) mit 25 % und am äußersten linken Rand (Skalenpunkt 1) mit 28 % hohe Zustimmungswerte. Dies stellt nach früheren politisch-ideologischen Sortierungen keine sinnvolle Korrelation zwischen ideologischen Inhalten und Positionierung auf der Links-Rechts-Skala dar. Somit bildet DDR-Nostalgie im Sinne des Herbeisehnens einer politischen Systemalternative in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung nur mehr ein vages ideologisches Substrat für latent antidemokratische Einstellungen, aber nicht länger ein spezifisch messbares Element des Linksextremismus.

### **Keine Auffälligkeiten bei Altersgruppen**

Auch die Altersverteilung lässt nur geringe Auffälligkeiten erkennen, deren Gründe eher in der relativ hohen Demokratieablehnung in den Altersgruppen mit besonders geringer Demokratieunterstützung und -zufriedenheit liegen dürften als in einer ideologischen Nähe zu heutigen Formen des Linksextremismus (Abbildung 36).

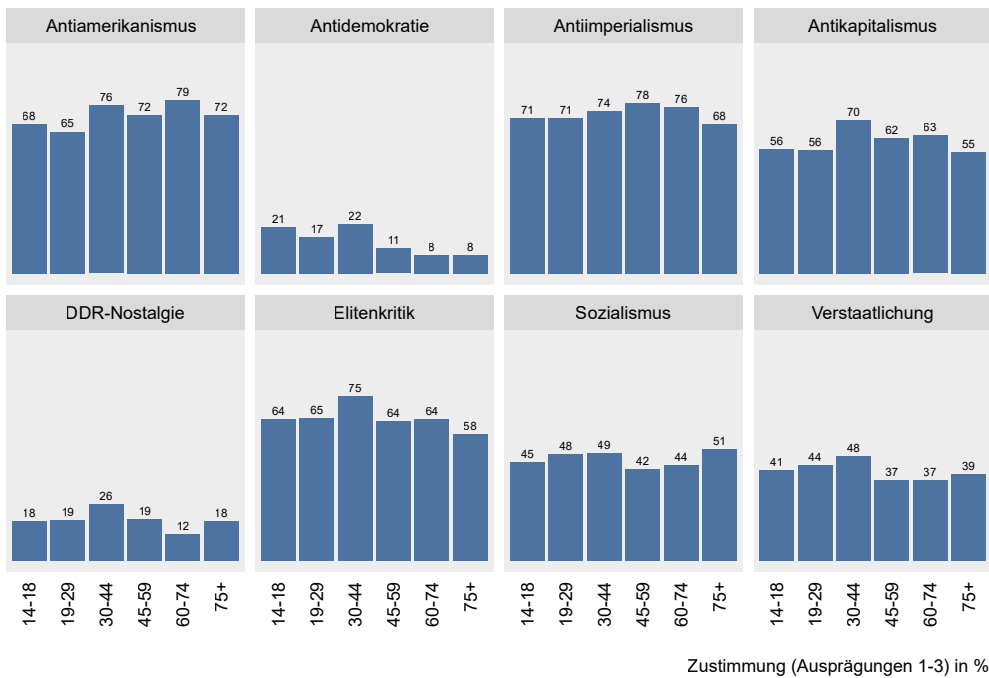


Abbildung 36 – Linksextremismus nach Altersgruppen

## Keine „Kaviar-Linke“

Der Anteil der Menschen mit Nähe zum Linksextremismus an der Gesamtbevölkerung in Nordrhein-Westfalen liegt nach unserer Befragung bei 7,5 % (n = 218 in der Befragung). Die Analyse zum Zusammenhang zwischen Linksextremismus und sozioökonomischen Faktoren zeigt in etwa denselben treppenförmigen

Verlauf wie der Rechtsextremismus (Abbildung 37): Analog zum hypothetischen Wohlstandschauvinisten müsste man hier festhalten: Es gibt auch keine Anzeichen für ein breites Phänomen von „Kaviar-Linken“, die trotz eines hohen Einkommens systemstürzende Gedanken mit einer linksextremistischen Grundierung hegen.

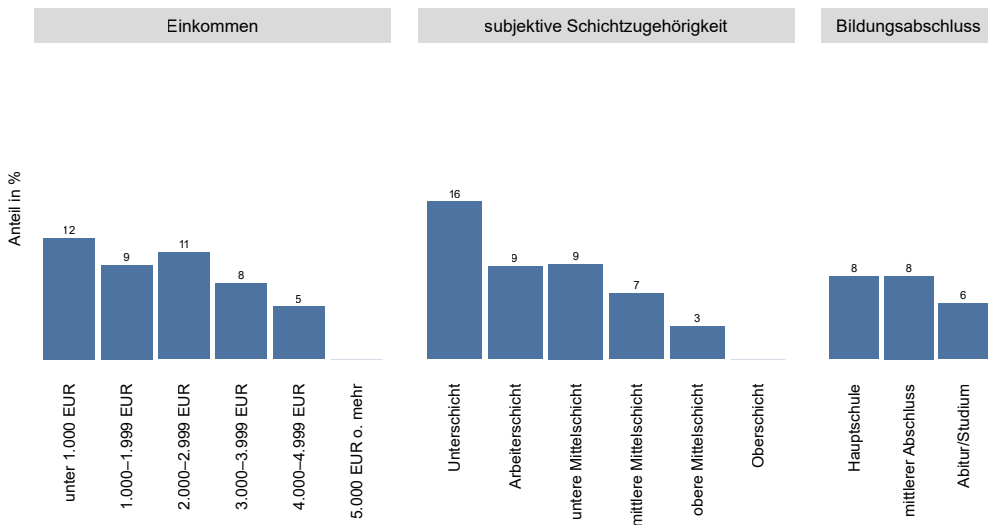


Abbildung 37 – Linksextremismus nach Haushaltseinkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Vermischung von demokratiefeindlichen Ideologien

Die Befragungsergebnisse zum Extremismus ergänzen die Befunde zur Demokratieunterstützung und -ablehnung in einer wichtigen Dimension: Dort war nämlich klar geworden, dass die allgemeine Demokratieunterstützung zunehmend mit diffusen Vorstellungen darüber einhergeht, was Demokratie eigentlich ausmacht. Viele Menschen mischen sowohl verfassungsrechtliche mit lebensweltlichen Elementen als auch nicht-demokratische mit demokratischen Elementen. Hier wird nun deutlich, dass sich im Bereich des demokratiefeindlichen Extremismus etwas Ähnliches abspielt: Gewisse Kernelemente von Rechtsextremismus finden ganz links ebenso Zustimmung wie Kernelemente des Linksextremismus ganz rechts hohe Werte erreichen. In den erhobenen Einstellungen werden Ansätze zu einer Vermischung demokratiefeindlicher Einstellungen aus scheinbar entgegengesetzten ideologischen Richtungen als Muster hybrider Extremismen mit dem gemeinsamen Nenner Demokratiefeindlichkeit sichtbar.

## Fazit: Extremismus wird anschlussfähiger und bedrohlicher

Die Verbreitung von Extremismen erreicht zwar insgesamt nur ein niedriges Niveau. Wenn man beide Extremismen zusammennimmt, ergeben sich aber zweistellige Prozentwerte in der Bevölkerung. Darüber hinaus birgt die Vermischung von eigentlich inkohärenten demokratiefeindlichen Extremismen die nicht zu unterschätzende Gefahr einer weiteren Anlagerung von ideologischen Versatzstücken und neuen Aktionsformen. Diese Versatzstücke mögen aus scheinbar divergenten Ideenwelten, wie beispielsweise der Esoterik, der Selbstversorger-Ideologie oder dem Reichsbürger-Milieu stammen, sie sind aber, wie sich beispielsweise in der Corona-Pandemie gezeigt hat, auch in Nordrhein-Westfalen hochgradig anschlussfähig an bestehende demokratiefeindliche Extremismen und deren Strukturen. Das Zusammengehen der hybriden Extremismen mit teils wohlbekanntem, teils situativen Aktionsformen hat in Nordrhein-Westfalen bereits zur unmittelbaren Bedrohung von Akteuren in Politik<sup>29</sup> und Wirtschaft<sup>30</sup> geführt und darf daher als Gefährdung der Demokratie keinesfalls unterschätzt werden.

Aus den Befragungsdaten zum Rechts- und Linksextremismus ergeben sich in erster Linie ergänzende Anhaltspunkte für einen genaueren Blick auf die gesellschaftlichen Mitten und die politische Mitte in Nordrhein-Westfalen. Die Ausleuchtung der Ränder lässt klarer hervortreten, was sie ausmacht.

## 4.4 Alltägliche und politische Sorgen in der Mitte

### Sorgen als mögliches Zeichen von Deprivation

Bisher ging es in der Untersuchung vor allem um die Einstellungen zur politischen Gemeinschaft und zum politischen System der Demokratie. Die wachsende Demokratieunzufriedenheit und Demokratieunterstützung können – im Sinne der Deprivations-Hypothese – Ausdruck wachsender individueller und gesellschaftlicher Sorgen sein. Deshalb beleuchtet dieses Kapitel zunächst die Themen, die Menschen bewegen und deren Schnittmengen verschiedene demografische und sozioökonomische Gruppen verbinden.

### Geteilte Sorgen lassen Mitte deutlicher hervortreten

Mit einer geschlossenen Frage wurde nach den Sorgen der Menschen in Nordrhein-Westfalen gefragt (Abbildung 38). In diesen Sorgen zeigt sich deutlich, was die Menschen in Nordrhein-Westfalen – auch abseits von Politik und politischer Diskussion – bewegt. Durch die Antworten wird eine politische Mitte erkennbar, die von politischen Akteuren mit unterschiedlichen Lösungsvorschlägen adressiert werden kann.

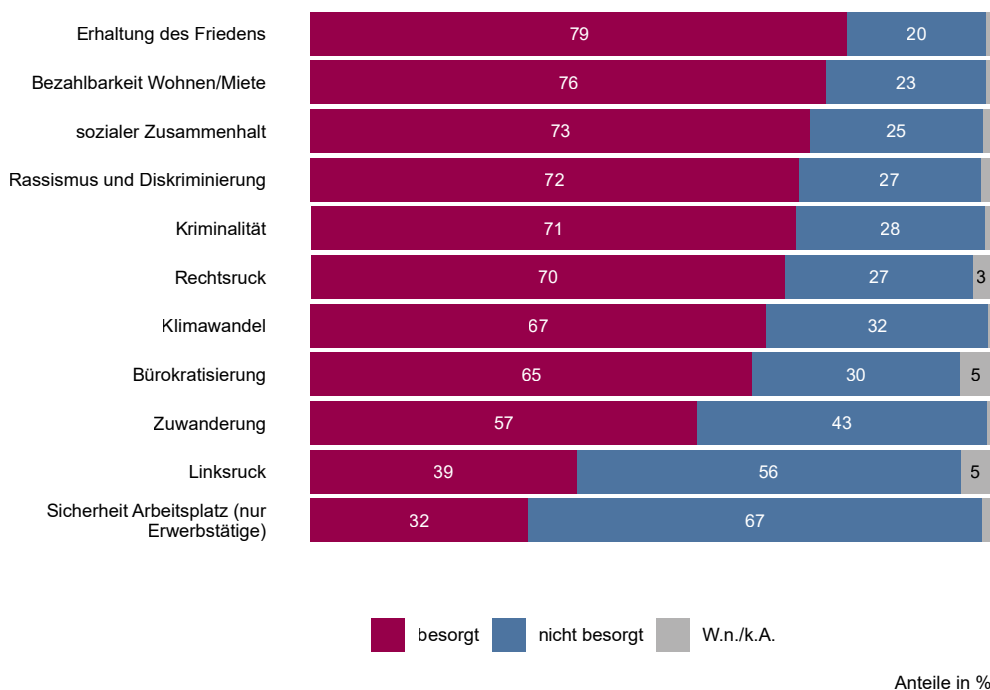


Abbildung 38 – Sorgen der Menschen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Frieden – Wohnraum – Zusammenhalt

Das Thema, um das sich die Menschen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 die meisten Sorgen machen, ist mit 79 % die Erhaltung des Friedens, gefolgt von bezahlbarem Wohnraum (76 %) und sozialem Zusammenhalt (73 %). Ebenfalls hohe Werte sehen wir bei den Nennungen Rassismus und Diskriminierung (72 %) sowie Kriminalität (71 %), Rechtsruck (70 %) und Klimawandel (67 %).

Um die Bürokratisierung machen sich 65 % der Menschen in Nordrhein-Westfalen Sorgen. Dahinter folgt die Zuwanderung mit 63 %. Im Vergleich dazu sind die Sorgen um einen Linksruck eher gering ausgeprägt, wenn auch bei einem Teil der Befragten durchaus vorhanden (49 %). Am geringsten ausgeprägt sind Sorgen um die Sicherheit des Arbeitsplatzes bei Erwerbstätigen mit nur 32 %. Bei allen Themen außer Arbeitsplatzsicherheit und Linksruck überwiegen Sorgen gegenüber Unbesorgtheit.

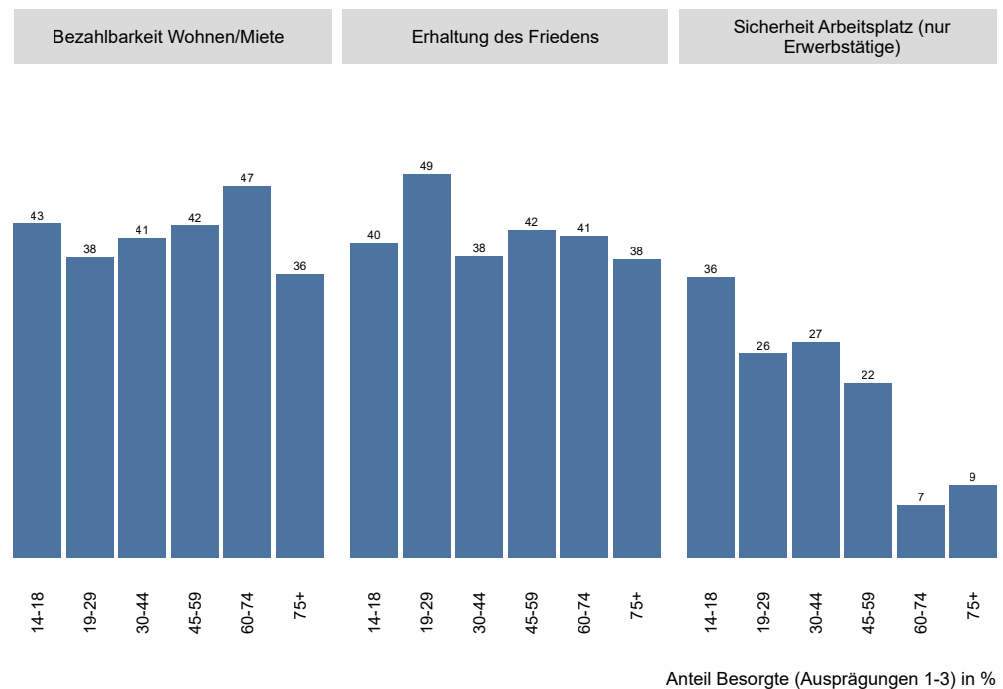


Abbildung 39 – Sorgen: Wohnen, Frieden, Arbeitsplatz nach Altersgruppen

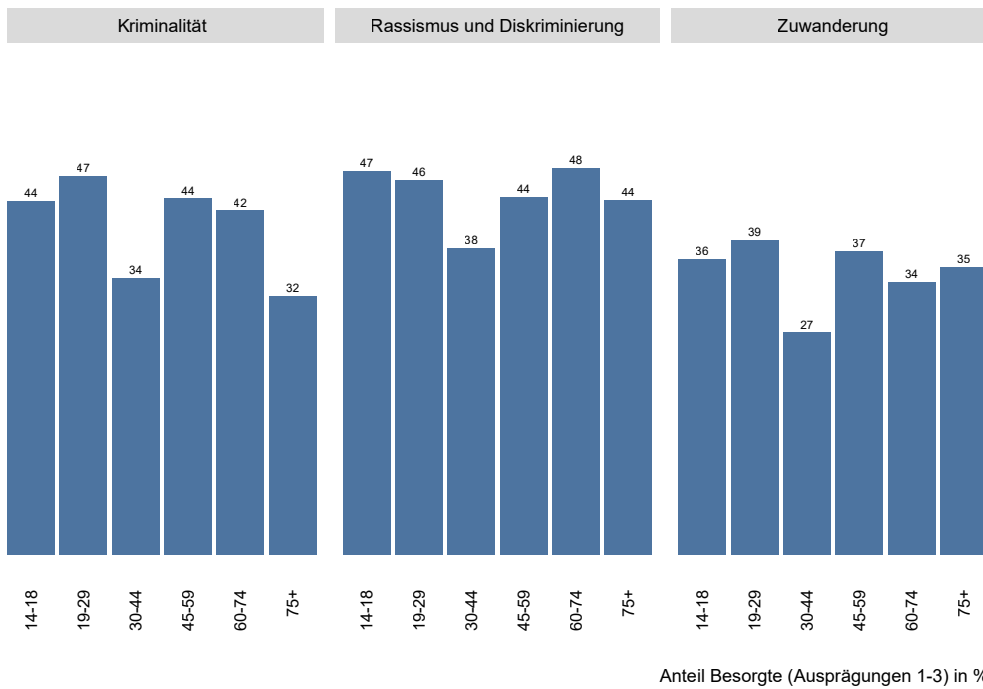


Abbildung 40 – Sorgen: Kriminalität, Rassismus, Zuwanderung nach Altersgruppen

## Viele Sorgen sind altersspezifisch

Bei der Verteilung der Sorgen über die verschiedenen Altersgruppen (Abbildung 39 und Abbildung 40) stechen einzelne Werte hervor. So dominiert die Sorge um die Erhaltung des Friedens bei den 19 bis 29-Jährigen. Sie liegt in dieser Gruppe mit 49 % über dem Durchschnitt der anderen Altersgruppen. Die Sorgen um bezahlbaren Wohnraum dominieren besonders in der Gruppe der 60- bis 74-Jährigen (47 %), um bei den über 75-Jährigen dann wieder steil abzufallen (36 %). Die Angst vor Rassismus und Diskriminierung (38 %), vor

Kriminalität (34 %) und Zuwanderung (nur 27 %) ist in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen im Vergleich zu den anderen Altersgruppen besonders niedrig. Diese Gruppe sorgt sich mit 47 % auch am wenigsten um den sozialen Zusammenhalt und um einen Rechtsruck (30 %). Die Sorge um den Arbeitsplatz ist bei den 14- bis 18-Jährigen, die gerade erste Arbeitserfahrungen sammeln oder sich in Ausbildung befinden, mit 36 % am stärksten ausgeprägt.

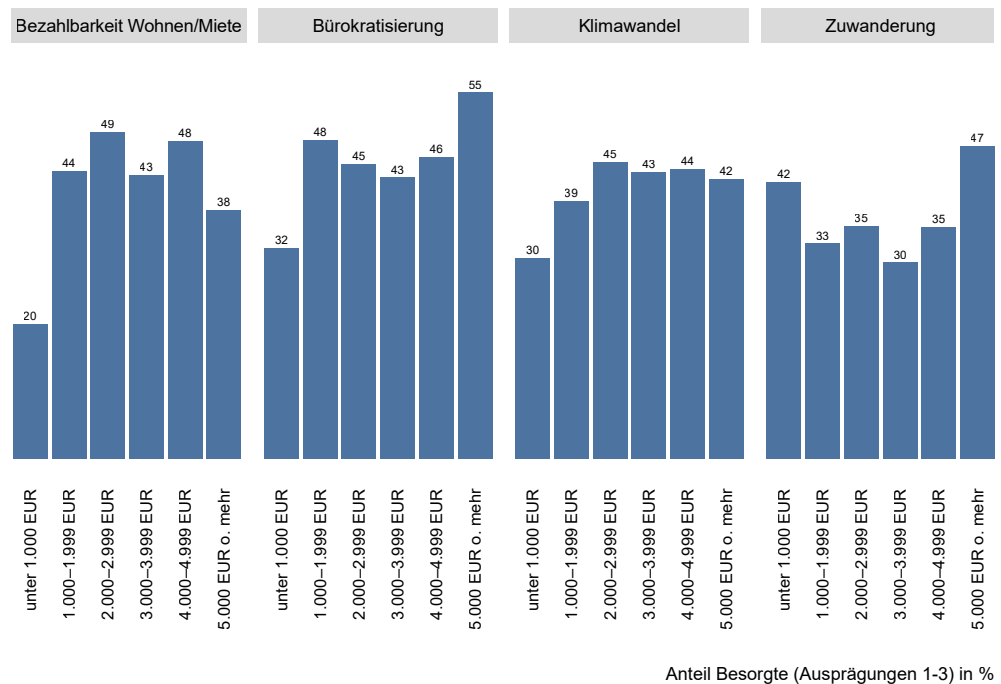


Abbildung 41 – Sorgen: Wohnen, Bürokratisierung, Klimawandel, Zuwanderung nach Einkommen

### Sorgen der Einkommensmitte vs. Sorgen der Gutverdiener

Auch die Verteilung über die Einkommensgruppen (Abbildung 41) ergibt Muster, die ins Auge stechen. So zeigt sich beispielsweise, dass die Sorge um bezahlbaren Wohnraum tatsächlich die gemeinsame Hauptsorge einer breiten Einkommensmitte ist. Auch die Sorge um den Klimawandel streut breit über alle Einkommensgruppen bis hin zu den absoluten Geringverdienern. Die Sorge um Rassismus und Diskriminierung ist in allen Einkommensgruppen vorhanden, aber von 4.000 bis 4.999 Euro mit 55 % besonders ausgeprägt, genau wie die Sorge um Kriminalität mit 52 %. Auffällig ist außerdem, dass Höchstverdiener und Geringverdiener bei der Sorge um Zuwanderung mit 42 % bzw. 47 % am nächsten beieinanderliegen. In den Einkommensgruppen dazwischen ist die Sorge um Zuwanderung markant geringer ausgeprägt. Bürokratisierung ist hingegen, wie bezahlbarer Wohnraum, ein einigendes Thema der Einkommensmitte (zwischen 43 und 48 % in den Gruppen zwischen

1.000 und 4.999 Euro). Geringverdiener machen sich hier kaum Sorgen (32 %), Menschen mit sehr hohem Einkommen hingegen mehr als alle anderen (55 % für Bürokratisierung). Insgesamt sind Sorgen über politische Themen ungleich über die Einkommensgruppen verteilt. Es gibt aber, je nach Betroffenheit, markante Unterschiede.

### Treppen vs. Glocken – schichtspezifische und geteilte Sorgen

Die Verteilung nach subjektiver Schichtzugehörigkeit (Abbildung 42) ändert das Bild nur leicht. Allerdings sind die Unterschiede zur vorherigen Verteilung aufgrund der Selbstzuordnung besonders interessant. Denn hier kommt eine Komponente des Selbstbildes ins Spiel, die sich so beim Einkommen nicht zeigt. Einige der Sorgen nehmen dadurch einen treppenförmigen Verlauf, bei dem sie in Richtung subjektiver Zugehörigkeit zur Oberschicht tendenziell ansteigen. Das ist etwa bei Erhaltung des Friedens, Rechtsruck, Rassismus und Diskriminierung sowie bei bezahlbarem Wohnraum der Fall.



Abbildung 42 – Sorgen: Wohnen, Frieden, Rassismus, Rechtsruck nach Schichtzugehörigkeit

Die treppenförmigen Verteilungen deuten darauf hin, dass es sich hier um Sorgen handelt, die von Menschen mit höherer Schichtzugehörigkeit als besonders dringlich wahrgenommen werden.

Bürokratisierung, Kriminalität, sozialer Zusammenhalt, Zuwanderung, Linksruck und Klimawandel zeigen hingegen eine eher glockenförmige Verteilung (Abbildung 43).

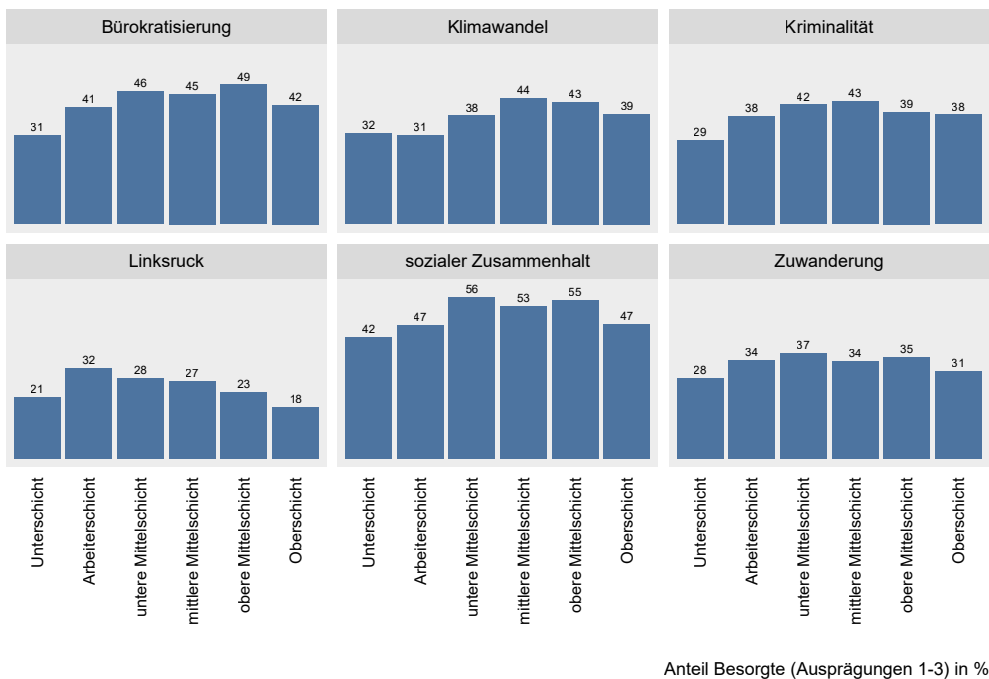


Abbildung 43 – Sorgen: Bürokratisierung, Klimawandel, Kriminalität, Linksruck, sozialer Zusammenhalt, Zuwanderung nach Schichtzugehörigkeit

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Diese Themen sind von der Arbeiterschicht bis zur oberen Mittelschicht stärker mit Sorgen verbunden. In der Unter- und Oberschicht sind die Sorgen darüber weniger stark ausgeprägt als in den anderen Gruppen. Diese glockenförmige Verteilung über die sozialen Schichten hinweg deutet darauf hin, dass es bei diesen Sorgen um Themen geht, die verschiedene gesellschaftliche Mitten vereinen.

Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes werden vor allem von der Arbeiterschicht getragen. Hier sorgen sich 37 % der Erwerbstätigen um ihren Arbeitsplatz. In der Unterschicht betrifft dies nur 8 %; in der Oberschicht kommen diese Sorgen gar nicht vor. In der unteren und mittleren Mittelschicht sorgt sich ein Fünftel bis ein Viertel um den eigenen Arbeitsplatz.

### „Investive Statusarbeit“ als mögliche Erklärung

Die treppenförmigen und glockenförmigen Verläufe bestätigen, dass Sorgen in der Mittelschicht oft besonders verbreitet sind. Ein Konzept für eine Erklärung könnte in der „investiven Statusarbeit“ liegen.<sup>31</sup> Dadurch, dass Menschen, die sich in der sozioökonomischen Mitte befinden, immer zugleich etwas zu verlieren und etwas zu gewinnen haben, sind sie im Lebensverlauf besonders hohem Stress ausgesetzt. Sie müssen kontinuierlich Statusarbeit leisten, also – im Sinne des Staterhalts – die richtigen Entscheidungen hinsichtlich des Wohnorts, des Arbeitsplatzes, in Bezug auf Karriereschritte, Kindererziehung und Schule/Ausbildung/Studium treffen, um den bisher erreichten Status für sich und die nächste Generation zu halten oder zu verbessern. Dieser Zwang zu langfristigen Entscheidungen bei unvollständiger Wissensbasis bzw. Unklarheit über die Zukunft löst auch bei erfolgreicher Statusarbeit einen gewissen Grundstress aus, der für Sorgen empfänglich macht.

Im Prinzip ist das nichts Schlechtes, sondern eine wichtige Voraussetzung für politisches Interesse und Teilhabe an Entscheidungen der politischen Gemeinschaft. Brisant wird es nur, wenn vielen Sorgen kein Kompetenzerleben gegenübersteht, etwa weil wichtige Ressourcen für die Statusarbeit fehlen. Diese Ressourcen können in unterschiedlichen Politikfeldern verankert sein: Bezahlbarer Wohnraum in Städten kann aus dieser Perspektive für eine akademisch qualifizierte Mittelschicht genauso wichtig sein wie eine geringe Kriminalität.

### Sorgen machen Vielfalt der Mitten erkennbar

Die Verteilung der Sorgen entlang der demografischen und sozioökonomischen Faktoren zeigt deutlich, dass Sorgen in Nordrhein-Westfalen sehr unterschiedlich und teils auch unerwartet (bezahlbares Wohnen: eher höhere Schichten; Klimawandel: schichtübergreifend) verteilt sind. In diesen Verteilungen lassen sich unterschiedliche Mitten der Gesellschaft erkennen, und zwar sowohl nach subjektiven (z. B. Schichtzugehörigkeit) als auch nach objektiven (z. B. Einkommen) Faktoren. Vor allem wird ersichtlich, dass ein höheres Niveau der Sorgen insgesamt ein Kennzeichen der sozioökonomischen Mitte ist und nicht derjenigen, die in der Gesellschaft ganz „unten“ oder ganz „oben“ stehen. Das spricht dafür, den politischen Wettbewerb in Nordrhein-Westfalen als Wettbewerb um Lösungen für die Themen jener Mitte zu begreifen. Dieser Befund bietet viel Raum für die Akteure der Politik, um die Demokratie mit ihren eigenen Mitteln und inhaltlich unterscheidbaren Lösungsansätzen zu stärken. Er zeigt aber auch, dass diese Ansätze nur zur Stärkung der demokratischen Mitte beitragen, wenn sie tatsächlich von einem Gespür für Themen und Sorgen einer Vielfalt von Mitten getragen werden.

## 4.5 Die wirtschaftliche Lage der Menschen in Nordrhein-Westfalen

### Ursachen müssen in strukturellen Faktoren gesucht werden

Die Aufschlüsselung der Sorgen ergibt Konturen der gesellschaftlichen Mitten und der politischen Mitte, gleichwohl aber keine kausale Erklärung für die mangelnde Demokratieunterstützung und die bei manchen Gruppen einbrechende Demokratiezufriedenheit. Die Ursachen müssen daher in strukturellen Faktoren gesucht werden.

### Wirtschaftliche Lage in der Gesamtbevölkerung

Der wichtigste strukturelle Faktor ist die wirtschaftliche Lage der Menschen in Nordrhein-Westfalen, die sich nicht in einer objektiven Lage erschöpft, sondern auch von subjektiven Einschätzungen geprägt ist. Diese Bewertung wurde mit der Frage: „Ist Ihre eigene wirtschaftliche Lage in den letzten ein bis zwei Jahren wesentlich besser geworden, etwas besser geworden, gleich geblieben, etwas schlechter oder wesentlich schlechter geworden?“ auf einer Fünfer-Skala erfasst (Abbildung 44).

Die eigene wirtschaftliche Lage ist im Vergleich zu den letzten 1-2 Jahren

W.n./k.A.	wesentlich schlechter	etwas schlechter	gleich geblieben	etwas besser	wesentlich besser
-----------	-----------------------	------------------	------------------	--------------	-------------------



Angaben in %

Abbildung 44 – Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage

Für mehr als ein Drittel (35 %) der nordrhein-westfälischen Bevölkerung hat sich die wahrgenommene eigene wirtschaftliche Lage in den vergangenen ein

bis zwei Jahren verschlechtert. Für 45 % ist sie gleich geblieben, aus ihrer Sicht hat sich nichts verschlechtert, aber auch nichts verbessert.

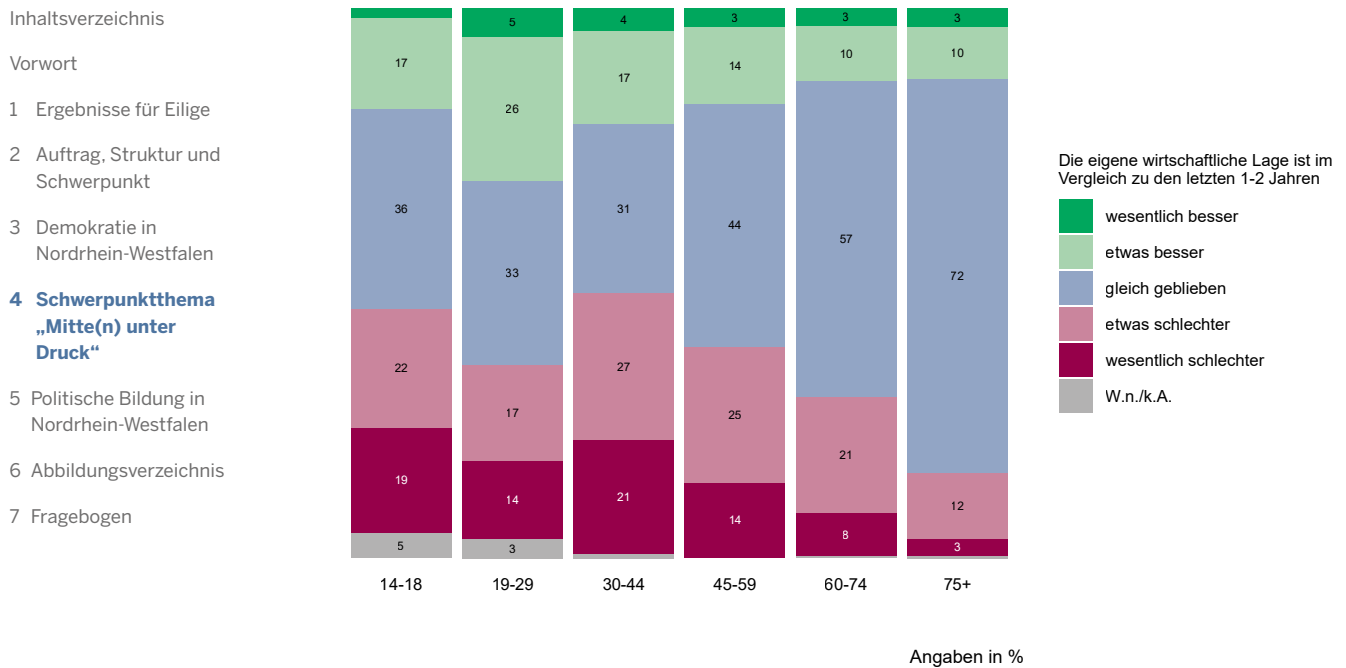


Abbildung 45 – Wirtschaftliche Lage nach Altersgruppen

## Verteilung nach Altersgruppen

Ein genauer Blick auf die Verteilung nach Altersgruppen (Abbildung 45) lohnt sich, weil die Wahrnehmung der eigenen wirtschaftlichen Lage in jedem Lebensabschnitt auch mit spezifischen Erwartungen und Erfahrungen verbunden ist. So sehen wir in der Gruppe der 14- bis 18-Jährigen 19 %, die eine Verbesserung erlebt haben. In der Gruppe der 19- bis 29-Jährigen ist dieses Empfinden noch stärker ausgeprägt (insgesamt 31 %). Indes muss es bedenklich stimmen, dass diese Werte in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen wieder kleiner werden (21 %). Dasselbe trifft auf die Gruppe der 45- bis 59-Jährigen zu. Hier erreichen diejenigen, die eine Verbesserung empfinden, auch zusammen nur noch 17 %. Rund 48 % der Befragten in der Altersgruppe zwischen 30 und 44 Jahren sagen, dass die Lage wesentlich schlechter (21 %) oder etwas schlechter (27 %) geworden sei. Für 31 % ist sie in dieser Lebensphase gleich geblieben, hat sich also auch nicht verbessert. Dies erklärt zu einem Teil die besonders hohe

Unzufriedenheit mit der Demokratie und das geringe Institutionenvertrauen bei den Menschen im jungen mittleren Alter.

## Erhebliche Verschlechterungen in vielen Altersgruppen

Bei den 14- bis 18-Jährigen erleben 41 % eine wirtschaftliche Verschlechterung. Das ist eine denkbar prekäre Grundlage für Entscheidungen über den weiteren Bildungsweg, die Berufslaufbahn, schulische Anstrengungen oder für den Eintritt in die politische Gemeinschaft mit Erreichen des Wahlalters. Mit immerhin 31 % sind in der Gruppe der 19- bis 29-Jährigen genauso viele Menschen von Wohlstandsverlusten betroffen wie von Wohlstandsgewinnen (s. o.). Auch das ist für eine Lebensphase, in der oftmals noch keine großen finanziellen Belastungen durch Immobilien oder Kinder anstehen, kein sehr befriedigender Wert. Für den Start ins Berufsleben oder das Durchstarten als Fachkraft bildet diese negative Erfahrungsgrundlage keine gute Voraussetzung. Gerade am Anfang der Berufslaufbahn sollte die Botschaft vielmehr lauten, dass Leistung und Anstrengung sich auszahlen. Bei den 45- bis

59-Jährigen bietet sich ebenfalls ein Bild der Stagnation und Prekarität in einer Lebensphase, in der die eigenen Kinder erwachsen werden, aber noch nicht völlig selbstständig sind, und in der in vielen Fällen auch die Sorge um ältere Angehörige hinzukommt. 29 % empfinden in dieser Gruppe eine Verschlechterung. 44 % denken, dass sich nichts verändert habe.

## Wirtschaftliche Lage ist abhängig vom Einkommen

Bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Lage liegt es besonders nahe, diese nicht nur nach Altersgruppen, sondern auch nach weiteren strukturellen Faktoren zu betrachten (Abbildung 46).

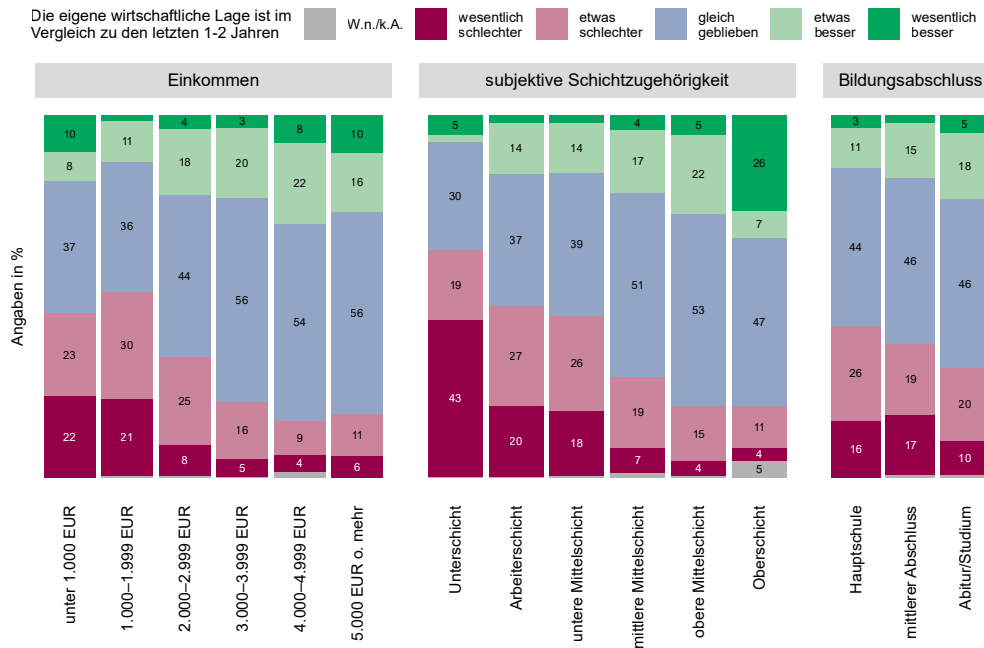


Abbildung 46 – Entwicklung wirtschaftliche Lage nach Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss

Die Verteilung über die drei Faktoren Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss liefert teils erwartbare Resultate: So findet sich überall, außer beim Einkommen, eine Treppe, die nach rechts abfällt. Das bedeutet, je niedriger das Einkommen, die Schichtzugehörigkeit und der Bildungsabschluss, desto wahrscheinlicher ist es, dass die wirtschaftliche Situation sich für die Befragten wesentlich schlechter oder schlechter darstellt als noch vor ein oder

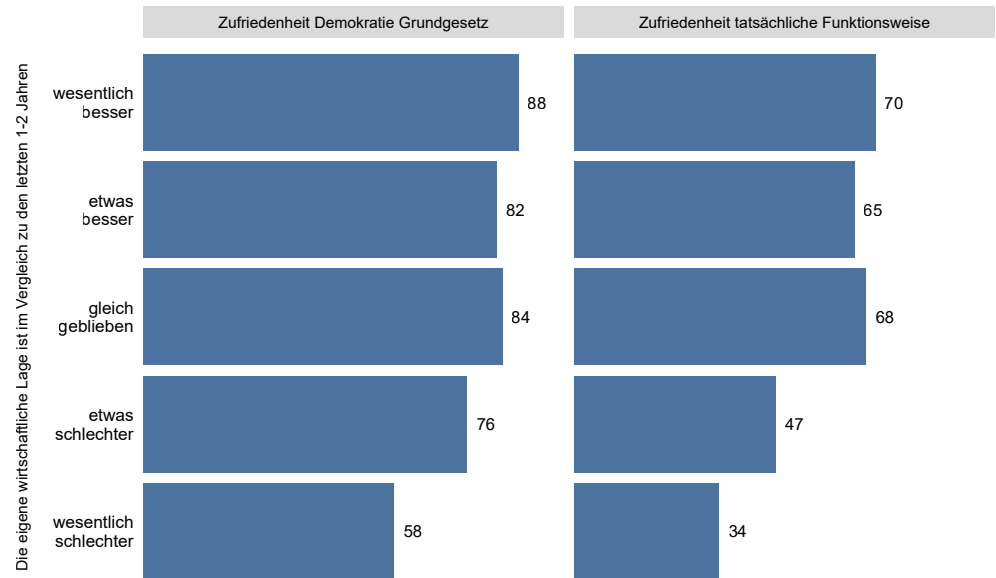
zwei Jahren. Bei der Schichtzugehörigkeit sehen wir als Effekt der Selbstzuordnung einen besonders hohen Ausschlag für eine wesentliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage in der Unterschicht. In allen Gruppen, außer der Oberschicht (26 %), ist die Angabe für „wesentlich besser“ extrem gering ausgeprägt. Die Treppe kommt nur durch die Angabe „etwas besser“ zustande. Bei den mittleren bis hohen Einkommen dominiert die Angabe „gleich geblieben“, ebenso wie bei der Schichtzuordnung ab der mittleren Mittelschicht. Auch bei den Bildungsabschlüssen sind es eher kleine Gruppen, die angeben, dass es ihnen wirtschaftlich besser gehe als vor ein bis zwei Jahren.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Zusammenhang mit Demokratiezufriedenheit

Die treppenförmigen Verläufe bei den sozialstrukturellen Faktoren Einkommen, Schichtzugehörigkeit und

Bildungsabschluss lassen vermuten, dass es eine starke Korrelation zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Einschätzung zur Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage geben könnte.



Zustimmung (Ausprägungen 1-3) in %

Abbildung 47 – Demokratiezufriedenheit und wirtschaftliche Lage

Die Darstellung (Abbildung 47) vermittelt, dass die Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage tatsächlich mit der Demokratiezufriedenheit korreliert. Je besser die Einschätzung, desto größer fällt die Zufriedenheit aus. Das gilt gleichermaßen für die Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz wie für die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Funktionsweise. Menschen, die sagen, dass ihre eigene wirtschaftliche Lage in den vergangenen ein bis zwei Jahren wesentlich besser geworden sei, sind zu 88 % auch zufrieden mit der Demokratie laut Grundgesetz und zu 70 % zufrieden mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie. Umgekehrt sind nur 58 % der Menschen, deren wirtschaftliche Lage nach eigener Angabe wesentlich schlechter geworden ist, zufrieden mit

der Demokratie laut Grundgesetz. Bei der tatsächlichen Funktionsweise sind es sogar nur 34 %. Menschen, die sagen, dass ihre wirtschaftliche Lage gleich geblieben sei, sind überwiegend zufrieden. Dazu gehören besonders viele ältere Menschen ab 60 Jahren.

### Wirtschaftliche Lage ist zentraler Faktor

Dieser Befund zeigt, dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in hohem Maße über die Demokratiezufriedenheit entscheidet. Sie erweist sich damit als zentraler Faktor für die demokratische Stabilität der politischen Mitte.

## 4.6 Die Lebenslagen der Mitten

Im vorherigen Kapitel 4.5 ist deutlich geworden, dass die subjektive Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage bereits in gewissen Grenzen Vorhersagen über die Demokratiezufriedenheit erlaubt. Davor stand im Kapitel zur Demokratiezufriedenheit (4.1) die Erkenntnis, dass es keine direkte Korrelation zwischen dem objektiven Faktor Einkommen und der Demokratiezufriedenheit gibt. Um diesen scheinbaren Widerspruch aufzulösen und den Zusammenhang genauer zu erfassen, sollen nun fünf weitere Faktoren hinzugenommen und aus diesen ein Index der subjektiven Lebenslage (kurz: „Lebenslagen-Index“) gebildet werden, der breiter eingebettete Vorhersagen über die Demokratiezufriedenheit zulässt, als die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage allein dies gestattet. Der Lebenslagen-Index führt die Ergebnisse aus sechs Fragen zu subjektiven Aspekten der individuellen Lebenslage im Datensatz zusammen und besteht aus den folgenden Items:

- Zufriedenheit mit der persönlichen Lebenssituation

- gerechter Anteil am Lebensstandard (= „relative Deprivation“), Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage
- Zuversicht bezüglich der eigenen Zukunft
- Gefahr des persönlichen sozialen Abstiegs
- Auskommen mit dem monatlichen Einkommen

Um die bisher gewohnte Skala (Werte 1 bis 6) zu nutzen, wird der Index als Mittelwert gebildet und nimmt Werte zwischen 1 und 6 ein, wobei 1 für den niedrigsten und 6 für den höchsten möglichen Wert steht.

### Lebenslagen und Sozialstruktur

Betrachtet man den Zusammenhang des Index mit den bisher genutzten Variablen Alter, Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildung, so zeigen sich relativ eindeutige Verläufe, die den bisherigen Befunden entsprechen (Abbildung 48).

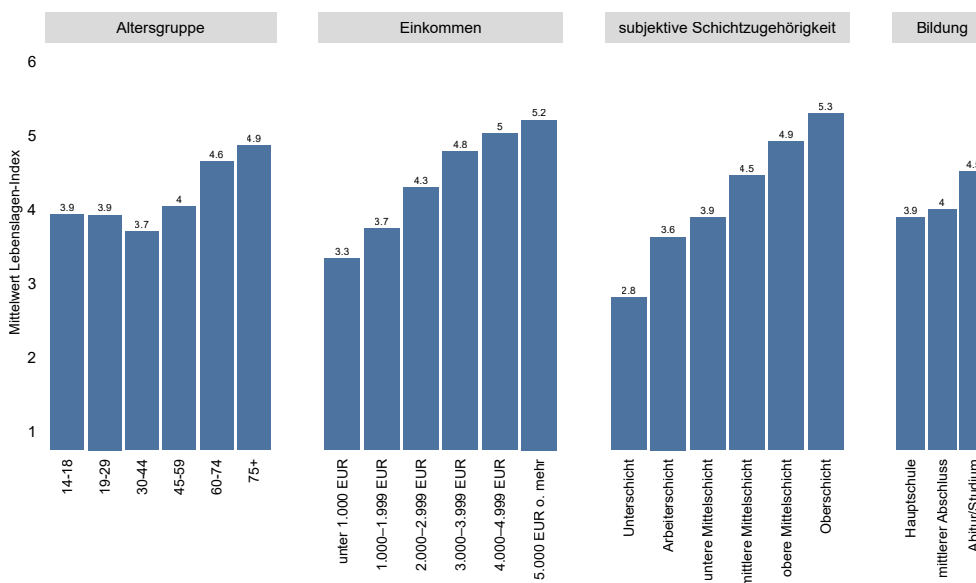


Abbildung 48 – Lebenslagen-Index und Sozialstruktur

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Bei den Altersgruppen sehen wir in den jüngeren Altersgruppen den Sockel niedriger Werte, der sich bereits bei der Demokratiezufriedenheit und beim Institutionenvertrauen gezeigt hat. Bei Einkommen und subjektiver Schichtzugehörigkeit sehen wir die treppenförmigen Verläufe mit einem etwas geringeren Anstieg zwischen den beiden Spitzengruppen und einem Sprung zwischen der untersten und zweituntersten Gruppe entlang der Schichtzugehörigkeit. Bei den Schulabschlüssen stehen Hauptschule und mittlere Abschlüsse viel näher beieinander als die Gruppe mit Abitur/Studium.

## Lebenslagen und Einstellungen zur Demokratie

Legen wir den Lebenslagen-Index nun gerundet auf die drei bisher diskutierten Einstellungen zur Demokratie, so ergibt sich auch bei der abstrakten Demokratieunterstützung („Demokratie passt am besten zu unserer Gesellschaft.“) ein treppenförmiger Verlauf (Abbildung 49). Ein hoher Wert auf dem Lebenslagen-Index, zwischen 5 und 6, geht mit einer sehr hohen abstrakten Demokratieunterstützung im Bereich von 98 oder 99 % einher. Ein mittlerer Wert ergibt noch immer eine solide Demokratieunterstützung zwischen 82 und 88 %.

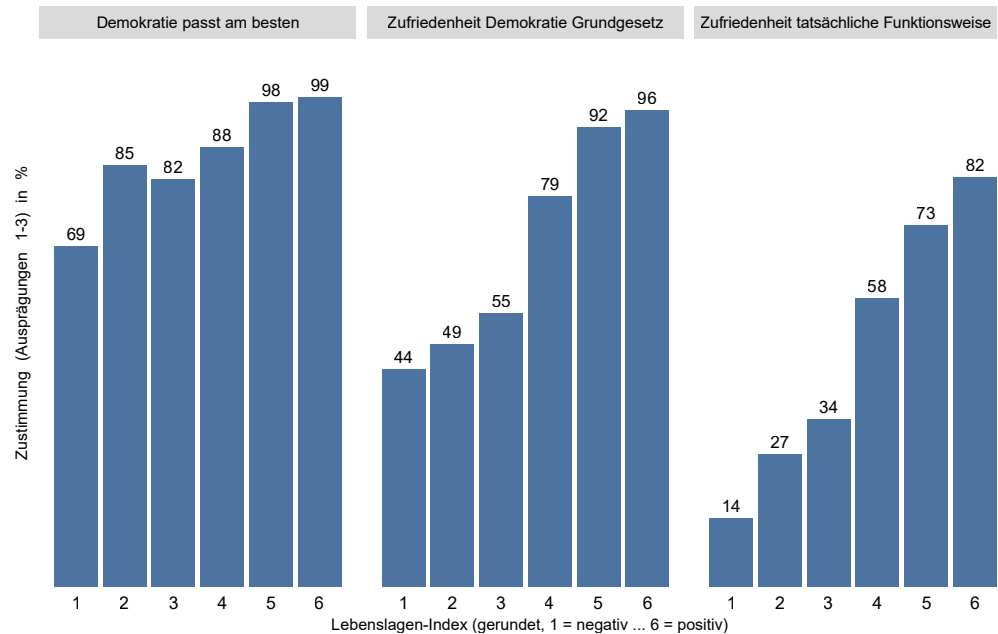


Abbildung 49 – Lebenslagen und Demokratie

Betrachtet man nun die Demokratiezufriedenheit in derselben Grafik (Abbildung 49), so zeigt sich bei der Zufriedenheit mit der Demokratie laut Grundgesetz und der Zufriedenheit mit

der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie derselbe Verlauf. Eine positivere Einschätzung korrespondiert mit einer höheren Demokratiezufriedenheit. Zudem zeigt sich ein deutlicher Sprung zwischen den Skalenpunkten 3 und 4, also genau an der Schwelle, die (eher) negative Wahrnehmungen von (eher) positiven Wahrnehmungen trennt. Dieser deutliche Zusammenhang zwischen

der subjektiven Lebenslage und der Demokratiezufriedenheit bleibt auch dann bestehen, wenn Alter, Bildung und Einkommen mit einfließen. Mit dem Index der subjektiven Lebenslage kommt also eine Skala zum Einsatz, die in sich konsistent ist und die Demokratiezufriedenheit gut erklären kann.

## Lebenslagen und Demokratietypen

Der Lebenslagen-Index lässt sich dementsprechend auch auf die Demokratietypen aus dem Kapitel zur Demokratie in Nordrhein-Westfalen anwenden (Abbildung 50).

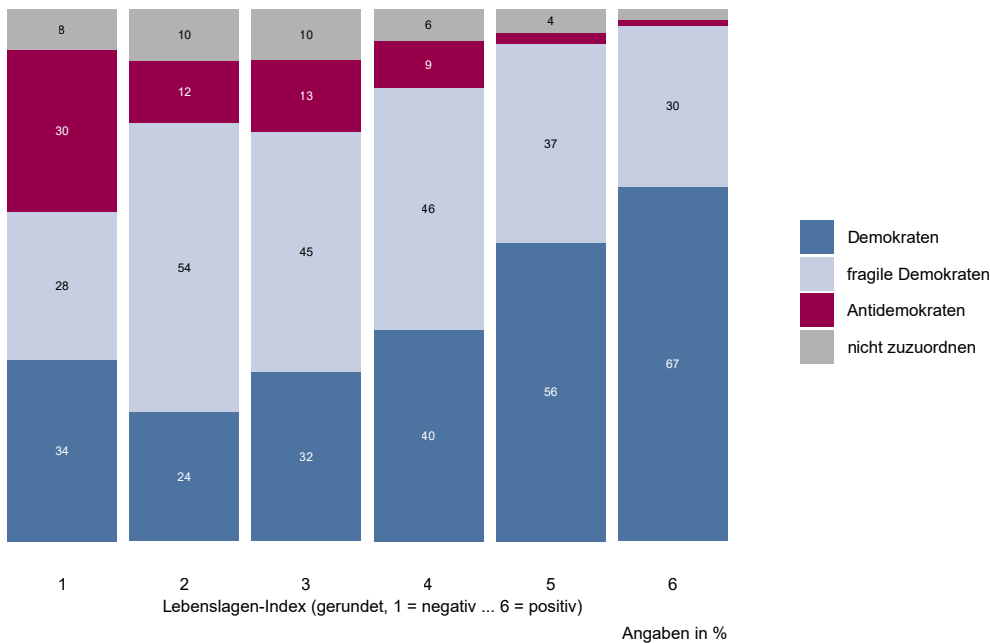


Abbildung 50 – Lebenslagen-Index und Demokratietypen

Auch hier zeigt sich ab dem Indexwert 2 mit zunehmend positiver Wahrnehmung der Lebenslage ein immer höherer Anteil an Demokraten. Der Zusammenhang zwischen dem Anteil der fragilen Demokraten und der subjektiven Lebenslage ist dagegen weniger deutlich. Selbst bei den Indexwerten 5 und 6 sind diese mit ca. einem Drittel fragiler Demokraten zwar unterdurchschnittlich, aber dennoch substantiell vertreten. Dieser Anteil an Menschen, denen es subjektiv gut oder sehr gut geht, die aber dennoch demokratische und undemokratische Einstellungen mischen, ist zunehmend problematisch.

## Entdemokratisierung der mittleren Lebenslagen

Bei den Indexwerten 3 und 4 gibt es einen hohen Anteil an fragilen Demokraten und Antidemokraten, sodass hier von einer Entdemokratisierung der Mitte gesprochen werden kann. Ein merklicher Pessimismus-Optimismus-Sprung zwischen den Werten 3 und 4, wie er bei der Demokratiezufriedenheit zu beobachten war, ist hier nicht festzustellen. Beim Indexwert 2 steigt der Anteil der fragilen

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Demokraten noch einmal deutlich an, beim Indexwert 1 gibt es einen erstaunlichen Ausschlag für die Demokraten, der aber aufgrund geringer Fallzahlen ( $n = 33$ ) mit Vorsicht interpretiert werden muss. Viel frappierender ist, dass der Anteil der Antidemokraten bereits beim Indexwert 4 auf substanzielle 9 % ansteigt. Bei den Indexwerten 2 und 3 liegt er bei jeweils 12 bzw. 13 %. Hier kann man nicht mehr nur von Entdemokratisierung sprechen; vielmehr handelt es sich um die erkennbaren Konturen einer antidemokratischen Orientierung aufgrund einer negativen Einschätzung der eigenen Lebenslage und düsterer Zukunftsaussichten.

### **Entscheidende Kombination: Lebenslage und Sozialstruktur**

Eine pessimistische subjektive Einschätzung der Lebenslage und negative Zukunftsaussichten erklären also sowohl die Unzufriedenheit mit der Demokratie als auch die Abwendung von demokratischen Grundwerten.

Maßgeblich für Demokratiezufriedenheit und Demokratieunterstützung sind nicht allein die strukturellen Variablen Alter, Einkommen und Bildung oder die Schichtzugehörigkeit, sondern die subjektive Einschätzung der eigenen Lebenslage in Kombination mit diesen Faktoren. Die Einstellungen der Befragten zur Demokratie stehen in einem sehr engen Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Situation und dem Blick in die Zukunft. Insbesondere zeigt sich: Je schlechter die Einschätzung der allgemeinen Lebenslage, desto wahrscheinlicher wird die Demokratie abgelehnt. Die Ablehnung wiederum konzentriert sich in der Unterschicht und in der unteren Mitte, reicht aber durchaus in die obere Mitte hinein. Der Grund dafür ist, dass sich aus Sicht der Befragten in den vergangenen ein bis zwei Jahren sowohl die wahrgenommene Lebenslage als auch die Zukunftsaussichten verdüstert haben.

## 4.7 Veränderungserschöpfung

### Welt voller Herausforderungen

In den vergangenen Jahren hat es viele Veränderungen gegeben, die politische Gemeinschaften in aller Welt treffen. Auch Nordrhein-Westfalen war und ist stark von den langfristigen Folgen der Corona-Pandemie, den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs im Energiesektor und der Sicherheitspolitik sowie der seit nun mehr drei Jahren andauernden Rezession in Deutschland betroffen. Die zweite Amtszeit des US-Präsidenten Trump hat die wirtschafts- und sicherheitspolitische Unsicherheit auch für Nordrhein-Westfalen noch einmal verschärft.

### Innovationen – bedeutsam für Wirtschaft und Demokratie

Daher wurden Items zu dem von Steffen Mau eingeführten Begriff der „Veränderungserschöpfung“ entwickelt und im

Rahmen der Befragung zum 3. Demokratiebericht erprobt. Für Nordrhein-Westfalen, das als wirtschaftlich bedeutendstes Bundesland und eines der Zentren von Industrie und Mittelstand in Deutschland auf eine breite Innovationsbereitschaft angewiesen ist, hat die Bereitschaft zu Veränderungen in der Bevölkerung eine herausragende Bedeutung. Eine ausgeprägte Veränderungserschöpfung könnte schon für sich genommen als Krisensymptom gelesen werden. Insbesondere würde sie die dringend benötigten Möglichkeiten zur Selbstkorrektur des demokratischen Systems einschränken, das immer auch auf Mitverantwortung und Mitgestaltung durch die Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist.

Das Gesamtbild für Veränderungserschöpfung in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zeigt im Jahr 2025 ein Bild mit Licht und Schatten (Abbildung 51).

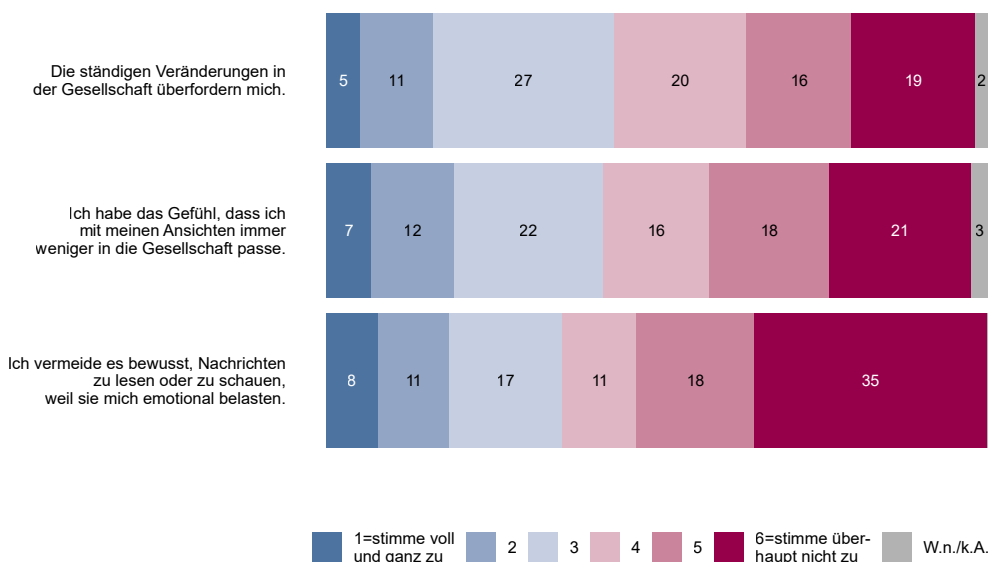


Abbildung 51 – Veränderungserschöpfung und Nachrichtenabstinenz

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Fast ein Drittel fühlt sich „etwas überfordert“

Die Ergebnisse zur Veränderungser-schöpfung bieten aber auch Anlass zur Hoffnung, da die Menschen in Nordrhein-Westfalen sich nur zu 43 % von den ständigen Veränderungen in der Gesellschaft überfordert fühlen. Selbst davon fühlen sich die meisten (27 %) nur etwas überfordert, die wenigsten voll und ganz (5 %). Das Gefühl, mit den eigenen Ansichten immer weniger in die Gesellschaft zu passen, erhält auch zumeist nur verhaltene Unterstützung (22 %).

Eine knappe Mehrheit der Menschen in Nordrhein-Westfalen fühlt sich weder überfordert (55 %) noch mit den eigenen Ansichten aus der Gesellschaft ausgeschlossen (55 %). Noch stärker fällt die Ablehnung bei der Nachrichtenabstinenz aus: Rund 64 % der Bevölkerung gehen nicht dazu über, aufgrund von Belastung den Konsum von Nachrichten einzustellen. Die Daten enthalten also deutliche Hinweise darauf, dass Veränderungser-schöpfung auch in Nordrhein-Westfalen ein Thema ist, wenngleich kein dominie-rendes Gefühl der Bevölkerungsmehrheit.

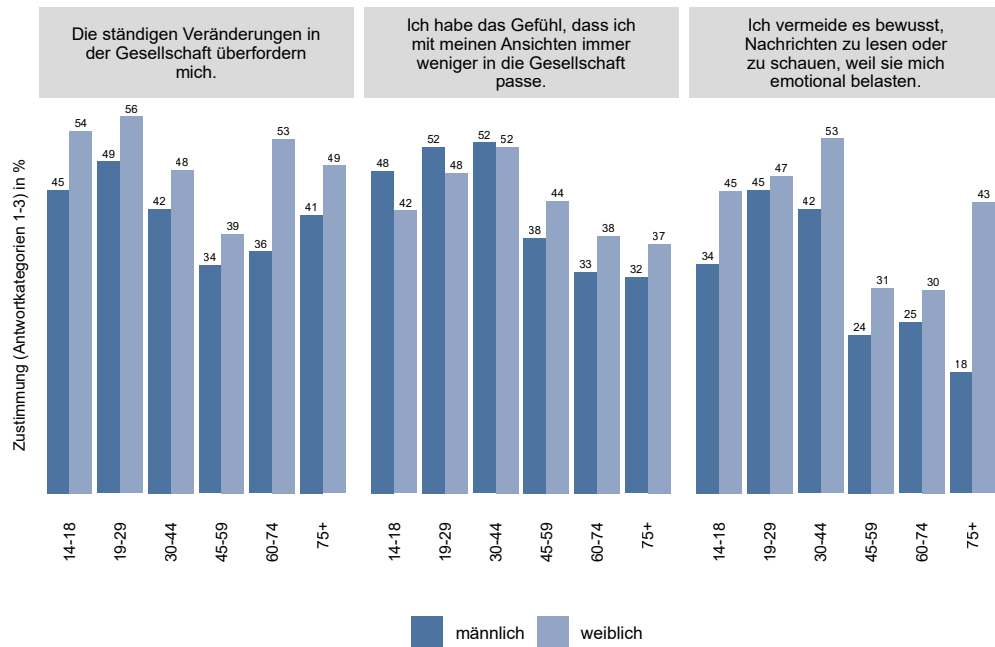


Abbildung 52 – Veränderungser-schöpfung und Nachrichtenabstinenz nach Alter und Geschlecht

---

## Unterschiede nach Geschlecht **Relevante Grundstimmungen für politische Streitfragen**

Bei der Veränderungserschöpfung gibt es deutliche Unterschiede nach Alter und Geschlecht. Dabei gilt es allerdings zu bedenken, dass die Formulierungen auch ein geschlechtsspezifisches Antwortverhalten hervorgerufen haben könnten. So sehen wir über alle Altersgruppen eine höhere Zustimmung von Mädchen und Frauen zur Frage nach Überforderung. Da Überforderung auch als Eingeständnis von Schwäche und damit als „unmännlich“ verstanden werden kann, könnten die unterschiedlichen Ausschläge zum Teil auf stereotype männliche und weibliche Rollenbilder zurückzuführen sein.

### Ambivalente Muster nach Alter und Geschlecht

Nach Alter betrachtet fällt weiterhin auf, dass die Veränderungserschöpfung im Mittel in den Altersgruppen bis 44 am höchsten ist. Dort hatten wir auch die geringste Demokratieunterstützung, die geringste Demokratiezufriedenheit und das geringste Institutionenvertrauen gemessen. Überforderung wird in allen Altersgruppen eher von Mädchen und Frauen wahrgenommen als von Jungen und Männern. Nur die wahrgenommene Ablehnung durch die Gesellschaft wird von Jungen und Männern in der Altersgruppe bis 29 Jahre stärker empfunden als von gleichaltrigen Frauen. Die gesellschaftliche Ablehnung wird allerdings in der Gruppe der 30- bis 44-Jährigen von Männern und Frauen als gleich hoch (52 %) empfunden. In den Altersgruppen darüber dominiert dieses Gefühl eher bei den Frauen. Medienabstinenz ist in allen Altersgruppen eher unter Frauen als unter Männern verbreitet, mit deutlichen Ausschlägen bei den Frauen zwischen 30 und 44 Jahren, die auch besonders unzufrieden mit der tatsächlichen Funktionsweise der Demokratie sind. Bei Menschen über 75 dominiert die Medienabstinenz bei den Frauen (43 % ggü. 18 % bei Männern).

Die Beziehungen zwischen Veränderungserschöpfung und Mitte-Themen sind vielfältig und vielschichtig. Dahinter können sich beispielsweise genauso Phänomene persönlicher Überforderung verbergen wie das Gefühl, aufgrund von persönlichen Werten und Einstellungen immer weniger in die Gesellschaft zu passen. Die Frage nach der Veränderungserschöpfung bzw. -bereitschaft gibt deutliche Hinweise darauf, dass es auch in Nordrhein-Westfalen relevante Grundstimmungen gibt, die einer aktiveren Bearbeitung von gesellschaftlichen Streitfragen im politischen Raum entgegenstehen. Sie zeigt aber genauso, dass diese Stimmungen in der Bevölkerung keinesfalls dominieren. Auch für die politische Bildung könnte Veränderungserschöpfung ein fruchtbarer Ansatz sein, weil sie das didaktische Ziel der Kontroversität aus einer anderen Perspektive umreißt. Fragen wie „Worüber wollen wir engagiert streiten?“ oder „Wie viel gesellschaftlichen Wandel wollen wir?“ dürften sich für Zielgruppen, die sich eher überfordert fühlen, gänzlich anders anfühlen als für Zielgruppen mit einer gering ausgeprägten Veränderungserschöpfung. Der Fragekomplex Veränderungserschöpfung enthält Fragen, die mit den Mitteln der Statistik nicht eindeutig beantwortet werden können, die aber in vielen Fällen die Haltung zu politischen Streitfragen mitbestimmen dürften.

## 4.8 Responsivität als Lösung: Zuhören, Erklären, Anpassen

### Was kann Politik besser machen?

Dieses Kapitel fragt: Was kann demokratische Politik selbst besser machen, um die Zufriedenheit mit der Demokratie wieder zu steigern? Der wissenschaftliche Fachausdruck für eine Politik, die zuhört, erklärt und Wünsche berücksichtigt, lautet Responsivität.<sup>32</sup> Dabei ist Responsivität immer als Zusammenspiel aus drei Dimensionen zu denken: Zuhören, Erklären und Anpassen gehören zusammen, und diese Kombination sollte zum kommunikativen Repertoire aller politischen Akteure in der Demokratie zählen. Nur eine responsive Politik ist in der Lage, die Interessen mit ihren unterschiedlichen Zielen (und Zielkonflikten) durch Zuhören wahrzunehmen und zu kanalisieren, gegebenenfalls die nötigen Kompromisse zu schließen und zu erklären sowie nötigenfalls Anpassungen vorzunehmen.

Responsivität ist eine zentrale Voraussetzung dafür, dass aus einer Vielzahl gesellschaftlicher Mitten eine politische Mitte werden kann, die die Demokratie trägt.

### Politisches Handwerkszeug vs. Wahrnehmung in der Bevölkerung

Politische Akteure wie Amtsträger und Abgeordnete können auf unterschiedliche Weise und in ganz verschiedenen Formaten responsiv sein: Klassische Beispiele sind etwa Bürgersprechstunden oder Podiumsdiskussionen, aber auch der Besuch einer kulturellen Veranstaltung oder eines Volksfests schaffen wichtige Gelegenheiten für responsives Handeln. Ein Teil von Responsivität ist das Handwerkszeug politischer Akteure. Gleichwohl haben wir in der Befragung nicht diese institutionell-politische Seite der Responsivität, also das Verhalten der Amts- und Mandatsträger in Nordrhein-Westfalen, untersucht. Vielmehr haben wir, wie schon im 2. Demokratiebericht, die Menschen zu ihrer Wahrnehmung der Responsivität von Politik in Nordrhein-Westfalen nach den Wahlen befragt. Dazu legten wir ihnen drei Fragen vor, welche die beschriebenen Mechanismen – Zuhören, Erklären und Anpassen – abbilden. Die Ergebnisse fallen je nach der Dimension von Responsivität, nach der gefragt wird, sehr unterschiedlich aus (Abbildung 53).

Nach den Wahlen ...

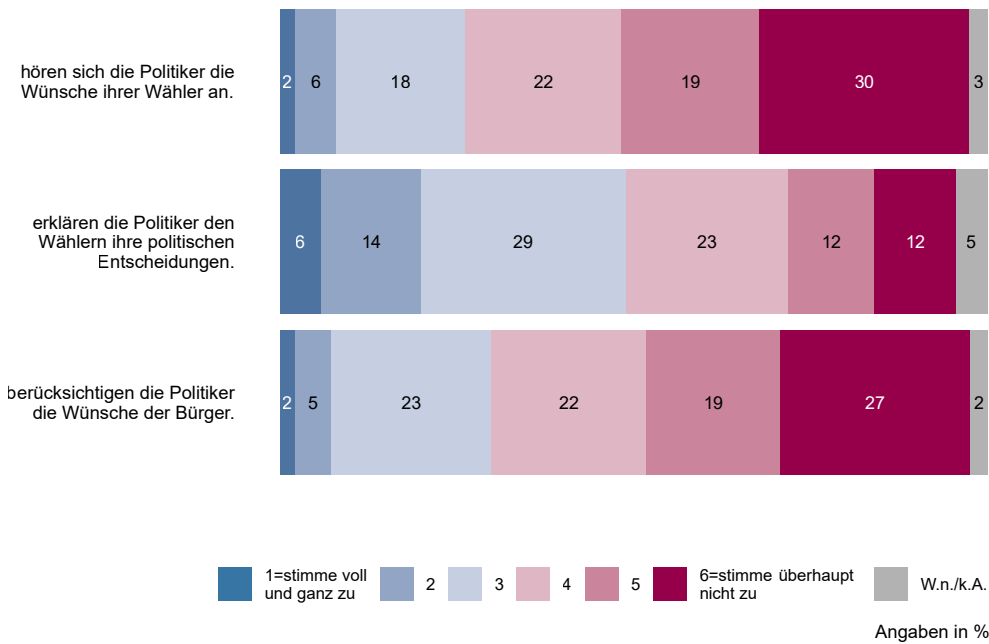


Abbildung 53 – Responsivität in Nordrhein-Westfalen 2025: Zuhören, Erklären, Handeln

### Insgesamt negatives Urteil bei großer Spannweite

Insgesamt sind nur 26 % der Befragten der Überzeugung, dass Politikerinnen und Politiker sich nach Wahlen noch die Wünsche ihrer Wählerinnen und Wähler anhören, und nur 30 % meinen, dass Politikerinnen und Politiker nach Wahlen die Wünsche der Wähler berücksichtigen. Die Zugewandtheit („hören sich an“) der politischen Akteure wird mit insgesamt 71 % Ablehnung überwiegend negativ bewertet; 30 % davon entfallen allein auf die stärkste Ausprägung („stimme überhaupt nicht zu“). Ähnlich sieht es bei der Berücksichtigung der Bürgerwünsche aus: Rund 27 % stimmen hier überhaupt nicht zu. Mit insgesamt 49 % ist immerhin eine große Minderheit davon überzeugt, dass Politikerinnen und Politiker den Wählerinnen und Wählern ihre Entscheidungen auch nach Wahlen

erklären. Es zeigen sich also große Unterschiede zwischen den drei Dimensionen der Responsivität: Das Erklären funktioniert aktuell noch relativ gut, Zuhören und Anpassen funktionieren aus der Sicht eines großen Teils der Bevölkerung schlecht oder sehr schlecht.

### Nur Ältere sind teils überzeugt

Dieses äußerst negative Bild mildert sich nur wenig, wenn man die Altersverteilung der Antworten berücksichtigt (Abbildung 54).

Nach den Wahlen ...

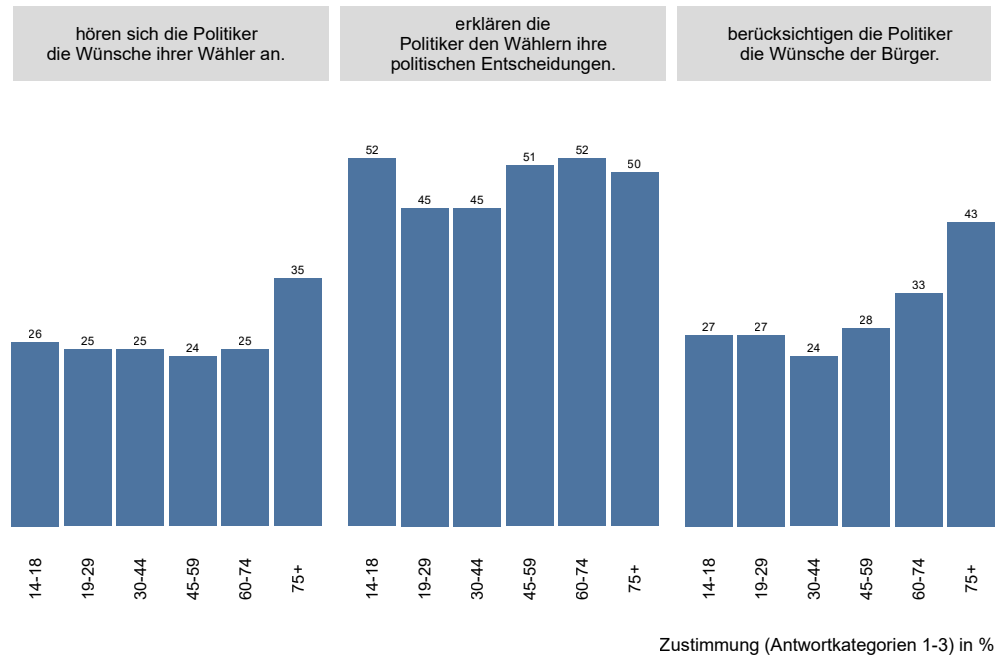


Abbildung 54 – Die Dimensionen von Responsivität nach Altersgruppen

Zustimmung und Ablehnung verteilen sich – auf niedrigem Niveau – sehr unterschiedlich über die Altersgruppen. Die Überzeugung, dass Politikerinnen und Politiker nach Wahlen ihren Wählerinnen und Wählern zuhören, wird in allen Altersgruppen unter 75 Jahren nur von rund einem Viertel der Bevölkerung geteilt. Auch bei den über 75-Jährigen sind es nur 35 %, die dieser Aussage zustimmen. Die Vorstellung, dass Politikerinnen und Politiker nach Wahlen die Wünsche der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigten, zeigt dagegen einen gewissen Anstieg über die Altersgruppen hinweg, mit einem Knick bei den 30- bis

44-Jährigen. Sie ist mit rund 43 % auch bei den über 75-Jährigen relativ deutlich ausgeprägt. Die relativ gesehen besseren Werte für das Erklären werden etwas stärker von Menschen in der Altersgruppe bis 19 und den Altersgruppen ab 45 Jahren getragen. Hier sehen wir allerdings einen Knick bei den Berufseinsteigern und den Menschen im jungen mittleren Alter zwischen 30 und 44.

### Einbrüche bei Jüngeren – Verbesserungen bei Älteren

Ein Hinweis darauf, warum die Werte so niedrig sind, ergibt sich aus dem Vergleich der Ergebnisse zwischen dem 2. und dem 3. Demokratiebericht über die Altersgruppen hinweg. Hier werden, auf insgesamt niedrigerem Niveau, bei den Dimensionen Zuhören und Anpassen dieselben Einbrüche in den jüngeren Altersgruppen sichtbar, die wir bereits von der Entwicklung der Demokratiezufriedenheit kennen (Abbildung 55).

Nach den Wahlen ...

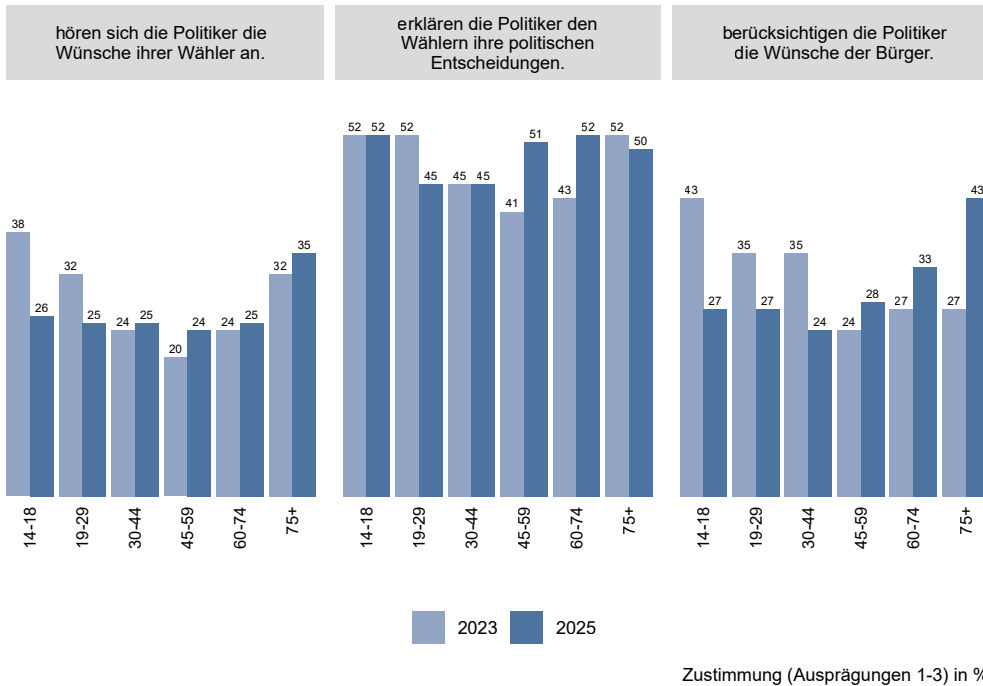


Abbildung 55 – Responsivität nach Alter im Vergleich zwischen 2023 und 2025

So ist die Zustimmung beim Zuhören unter den 14- bis 18-Jährigen von dem damaligen Höchstwert aller Altersgruppen von 38 % um 12 Prozentpunkte auf nur noch 26 % eingebrochen. Bei den 19- bis 29-Jährigen beträgt der Rückgang 7 Prozentpunkte, von 32 % auf 25 %. Bei den Menschen ab 45 Jahren sind leichte Anstiege zu verzeichnen. Frappierender fällt das Bild für die Dimension Anpassen in der jüngsten Altersgruppe aus: Die Zustimmung der 14- bis 18-Jährigen zu dieser Aussage ist um 16 Prozentpunkte eingebrochen, von 43 % auf nur noch 27 %. Bei den 19- bis 29-Jährigen beträgt der Rückgang immerhin noch 8 Prozentpunkte, bei den 30- bis 44-Jährigen ist die Zustimmung in dieser Dimension um 11 Prozentpunkte abgesackt. Diese großen Unterschiede in der Responsivitätswahrnehmung junger Menschen zwischen den Jahren 2023 und 2025 machen es zunehmend anspruchsvoller für die Politik, junge Menschen und die Menschen in der frühen mittleren Lebensphase zu erreichen.

### Erklären und Anpassen – funktioniert für viele Ältere besser als 2023

In der Dimension Anpassen zeigt sich allerdings in allen Altersgruppen ab 45 Jahren das gegenteilige Bild: Hier gibt es eine deutliche Zunahme des Responsivitätsempfindens. Dieses fällt umso deutlicher aus, je älter die Befragten sind: Bei den 45- bis 59-Jährigen ist die Zustimmung um 4 Prozentpunkte gestiegen, bei den 60- bis 74-Jährigen schon um 6 Prozentpunkte, bei den über 75-Jährigen gar um satte 16 Prozentpunkte. Auch bei den Werten zum Erklären ragen die Menschen ab dem späten mittleren Alter heraus. Bei den 45- bis 59-Jährigen ist die Zustimmung um 10 Prozentpunkte gestiegen, von 41 % auf 51 %, bei den

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

60- bis 74-Jährigen um 9 Prozentpunkte, von 41 auf 50 %. Die höhere Demokratiezufriedenheit der älteren Altersgruppen geht also mit einer gestiegenen Zustimmung zur Erreichbarkeit der Politik einher. Das muss kein schlechter Befund sein, weil diese Altersgruppen demografisch starke Kohorten stellen, die auch viele demokratische Werte teilen und mit der Demokratie relativ zufrieden sind. Sie haben ihre Lebensleistung innerhalb des demokratischen Systems vollbracht und zu wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit wie politischer Stabilität beigetragen. Immerhin konnte die Politik in Nordrhein-Westfalen in diesem für die Demokratie wichtigen Teil der Bevölkerung das Empfinden der Responsivität stärken. Zugleich wirkt dieses Ergebnis ambivalent, weil Demokratie sich nicht allein auf die älteren Jahrgänge stützen kann, wenn sie langfristig Bestand haben soll.

### **Responsivität weist Weg zu Lösungen**

Responsivität geht über die politischen Einstellungen, die wir an vielen Stellen gemessen haben, hinaus, weil dieser Begriff eine Beziehung zwischen politischen Repräsentantinnen und Repräsentanten sowie Bürgerinnen und Bürgern erfasst. Zugleich bietet Responsivität

auch Lösungen: Wenn die Menschen im Land überzeugt sind, dass die Politik ihnen zuhört und ihre Wünsche berücksichtigt, kann das Vertrauen in die Akteure der Politik und die Zufriedenheit mit der Demokratie wieder steigen. Die niedrigen Werte und die starken Einbrüche gerade in den jüngeren Altersgruppen sind aber ein deutliches Zeichen dafür, dass die Politik auch in Nordrhein-Westfalen ein Kommunikationsproblem hat: Jüngere werden kaum noch vom dynamischen Zusammenspiel aus Zuhören, Erklären und Anpassen erreicht. Die parallel verlaufenden Einbrüche bei der Demokratiezufriedenheit weisen darauf hin, dass die Verschlechterung der Lebenslagen und Zukunftsaussichten auch hier eine große Rolle spielt. Zudem liegen Lösungen für mehr Responsivität bei den Jüngeren auf der Hand: Zeitgemäße und zugängliche Präsentation von Inhalten in den sozialen Medien, Alltagseinblicke, Zugänglichkeit und Offenheit für Themen, die Jüngere unmittelbar betreffen, gelegentlich auch Interaktivität in den digitalen Medien, sind Ansätze, mit denen Responsivität wieder gesteigert werden kann.

## 4.9 Die Mitte(n) in Nordrhein-Westfalen zwischen Druck und Resilienz: „Chancen-Labor“ für die Demokratie?

### Lage schlägt auf Demokratie durch

Die Daten des 3. Demokratieberichts zeigen, dass die Mehrheit in Nordrhein-Westfalen zwar grundlegend für die Demokratie ist, sich aber zugleich in Teilen der Gesellschaft und innerhalb relativ kurzer Zeit eine große Unzufriedenheit mit der Demokratie verbreitet hat. Dabei zeigt sich auch: Die Demokratiezufriedenheit ist abhängig von der sozialen und wirtschaftlichen Lebenslage der Befragten und von ihren Zukunftsaussichten. Aufgrund der wahrgenommenen Entwicklung der wirtschaftlichen Lage sinkt die Zufriedenheit mit der Demokratie, und die Einschätzung der eigenen Lebenslage überträgt sich auf die Demokratiezufriedenheit. Es ist

nicht davon auszugehen, dass sich die Unzufriedenheit mit der Demokratie in Nordrhein-Westfalen auf Landesebene kurzfristig in Wahlergebnissen niederschlägt, die Prozesse der parlamentarischen Demokratie herausfordern, wie dies in anderen Bundesländern bereits der Fall ist.<sup>33</sup> Doch es zeichnet sich auch „im Westen“ eine Entwicklung ab, die dazu führen könnte, dass die Demokratie zunehmend als Projekt der älteren, der besser gebildeten und wirtschaftlich bessergestellten Teile der Bevölkerung wahrgenommen wird.

### Es fehlt an Vertrauen und Wissen

Besonders bedenklich ist der steigende Anteil von fragilen Demokratinnen und Demokraten, die sich zwar grundsätzlich für „Demokratie“ als Staatsform aussprechen, darunter aber auch Elemente



- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

eines autokratischen oder diktatorischen Systems fassen (starke Führungsperson, eingeschränkter Pluralismus bis hin zum Einparteienstaat, keine Gewaltenteilung). Es fehlen in Teilen der Bevölkerung sowohl das Vertrauen in die Demokratie als auch Kenntnisse darüber, was Demokratie im Kern ausmacht und wie sie als politische Ordnung funktioniert.

## Heimatlosigkeit von Kernmilieus

Wie die US-Wahlen der Jahre 2016 und 2024, aber auch die Brexit-Entscheidung und diverse Wahlausgänge in unseren europäischen Nachbarländern demonstriert haben, liegt ein wesentliches Problem der repräsentativen Demokratie aktuell in einer Entkernung der politischen Mitte, die auch von einer gefühlten politischen „Heimatlosigkeit“ vornehmlich liberal-konservativer Milieus und der empfundenen Deprivation der qualifizierten Arbeiterschicht bzw. unteren Mittelschicht ausgelöst wird. Diese Gruppen sind, wie viele andere auch, Teil der vielfältigen gesellschaftlichen Mitten, aus denen durch politisches Handeln in

Form von lösungsorientierter Politik und angemessener, d. h. vor allem responsiver politischer Kommunikation, eine demokratische politische Mitte entstehen kann.

## Sorgen lassen Überzeugungen brüchig werden

Die Zufriedenheit mit der Demokratie und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen sind in Teilen der nordrhein-westfälischen Gesellschaft innerhalb von zwei Jahren eingebrochen. Diese Einbrüche betreffen vor allem jüngere Altersgruppen und Menschen mit formal niedrigen und mittleren Bildungsabschlüssen sowie Menschen, die sich selbst einer niedrigen oder mittleren sozialen Schicht zuordnen. Der Eindruck, dass das demokratische System bei den lebensnahen Themen Wohlstand, Sicherheit und Aufstiegsperspektiven nicht die versprochenen Resultate liefert, nährt bei ihnen grundsätzliche Zweifel an der Demokratie: Unzufriedenheit und mangelndes Vertrauen drücken sich daher im Jahr 2025 auch in höheren Werten der Demokratieablehnung aus. Die Bandbreite alltäglicher, wirtschaftlicher und politischer Sorgen lässt demokratische Überzeugungen brüchig werden. Dazu kommt eine gewisse Skepsis gegenüber Veränderungen und ein in Teilen der Gesellschaft vorherrschendes Gefühl, von den politischen Akteuren allein gelassen zu werden. Zusammengenommen verursachen diese Entwicklungen fragile demokratische Einstellungen.

---

## Mitte ist stark – aber nicht stark genug

Die politische Mitte ist stark – aber nicht stark genug bei denjenigen, die die Demokratie in Zukunft tragen werden. Die politische Mitte erodiert bis weit in die demografischen und ökonomischen Mitten der Gesellschaft hinein. Bei manchen schlägt diese Fragilität in offene Ablehnung der Demokratie um, bei vielen mündet sie in eine Orientierungslosigkeit: Für sie verschwimmt zusehends, was eine demokratische Ordnung ausmacht und was nicht. Allerdings werden bei Älteren, Menschen mit hohen formalen Bildungsabschlüssen und höherer Schichtzugehörigkeit auch Gegenbewegungen sichtbar. Insbesondere in der demografisch starken Alterskohorte der 60- bis 74-Jährigen gibt es sogar eine höhere Demokratiezufriedenheit und ein höheres Vertrauen in manche Institutionen als noch vor zwei Jahren. Das ist aber nur ein schwacher Trost, weil diese Gegenbewegungen eine gesellschaftliche Spaltung andeuten, die auf eine zunehmende Exklusivität von Demokratie hinausläuft: Die Demokratie droht zu einer Angelegenheit der akademisch gebildeten, der lebensälteren sowie der besserverdienenden Teile der Bevölkerung zu werden. Demokratie darf

aber kein „closed shop“ der Wenigen sein, sondern muss gerade in einem fortschrittlichen und innovativen Industrieland wie Nordrhein-Westfalen immer die gesamte Bevölkerung mitnehmen. Alle Menschen in den Mitten der Gesellschaft müssen sich repräsentiert fühlen, damit eine breite politische Mitte die Demokratie stabilisieren kann.

## Lebenslagen sind entscheidend, strukturelle Faktoren bleiben wirksam

Um die niedrigen Werte bei der Demokratiezufriedenheit und dem Institutionenvertrauen zu erklären, hatte sich die Untersuchung an zwei Hypothesen orientiert, der sozialstrukturellen Hypothese und der Deprivations-Hypothese. Während erstere eine Art sozioökonomischen Determinismus annimmt, geht letztere von der Möglichkeit einer Entkopplung von Stimmung und (objektiver) Lage aus. Mit dem Lebenslagen-Index ließ sich zeigen, wie gut vor allem die Deprivations-Hypothese Zusammenhänge erklären kann. Verschlechterungen der subjektiven Lebenslagen und eingetrübte Zukunftsaussichten erklären die Einbrüche bei der Demokratiezufriedenheit und beim Institutionenvertrauen. In der Zusammenschau mit den Demokratietypen zeigt sich zwar auch, dass es ein beachtliches Ausmaß fragiler demokratischer Einstellungen trotz einer gehobenen Lebenslage gibt. Ein wesentlicher Aspekt des Bildes ist jedoch: So viel Lebenslage und Deprivation auch erklären – Faktoren wie Alter, Bildung und Schichtzugehörigkeit bleiben wirksam.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitte(n) unter Druck“**
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Politische Akteure und politische Bildung sind gleichermaßen gefragt

Fragile demokratische Einstellungen und Demokratieablehnung nähren sich zudem aus einem niedrigen Empfinden politischer Responsivität. Im Zusammenhang mit dem Dreiklang der Responsivität – Zuhören, Erklären, Handeln – konnten allerdings auch Stellschrauben benannt werden, mit denen Politik für eine bessere Kommunikation sorgen kann. So gab es an etlichen Stellen der sozialstrukturellen Analyse deutliche Hinweise darauf, wo politische Bildung ansetzen kann, um Demokratie als Staats- und Lebensform zielgenauer und effektiver zu vermitteln. Es deutet sich bereits an, dass dies vor allem durch eine Themenauswahl und eine Sprache geschehen muss, die eine Mehrheit der Bevölkerung mit ihren sprachlichen Gewohnheiten und realen Sorgen nicht abwertet und somit abschreckt, sondern sie in alltäglicher Sprache und offen zur sachlichen Diskussion einer Vielfalt an Themen einlädt.

## Perspektive: NRW als „Chancen-Labor“ für die Demokratie?

Nordrhein-Westfalen als das Land, in dem die sozialen und ideologischen Bruchlinien des 20. Jahrhunderts schon einmal exemplarisch überwunden wurden, ist aufgrund seiner wirtschaftlichen Bedeutung und europäischen Vernetzung auch im 21. Jahrhundert dazu geeignet, zu einer Art „Chancen-Labor“ für eine gestärkte Demokratie zu werden. So

könnte das durchaus vorhandene Interesse an Politik und eine glaubwürdige Ansprache durch die politischen Akteure aus den vielen gesellschaftlichen Mitten erneut eine politische Mitte entstehen lassen. Vielfalt und Weltoffenheit bieten als prägende Merkmale der Landesidentität die beste Gelegenheit dazu, dass das in Nordrhein-Westfalen gelingt.

- 
- 1 Vgl. etwa: Alan S. Kahan: Freedom from Fear. An Incomplete History of Liberalism, Princeton 2023, S. 111–152.
  - 2 Uwe Jun: Das Parteiensystem im Zeichen zunehmender Fragmentierung und Polarisierung, APuZ 75 (27-28/2025), S. 10–17.
  - 3 Weckenbrock, Christoph: Gibt es eine gute Mitte? in: <https://www.kas.de/de/web/extremismus/linksextremismus/gibt-es-eine-gute-mitte>, zuletzt abgerufen am 21.5.2025.
  - 4 „Mit Maß und Mitte“: Ministerpräsident Armin Laschet bringt Regierungserklärung ein, in: Landtag intern 8/2017, S. 3.
  - 5 Philip Manow: (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Ein Essay, Berlin 2020, bes. S. 57–117 und 152–170.
  - 6 Vgl. etwa: Andreas Reckwitz: Das Ende der Illusionen. Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne, Berlin 2019.
  - 7 Jan-Werner Müller: Ende der Parteiendemokratie?, APuZ 75 (27-28/2025), S. 4–9.
  - 8 Im Original lautet es: „Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ Karl Marx: Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW 13, S. 9, Berlin 2015 (im Original: Berlin 1859).
  - 9 Gudrun Quenzel, Mathias Albert, Ulrich Schneekloth: Jugend 2024: Pragmatisch im Spannungsfeld zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, in: Shell Deutschland GmbH, Jugend 2024. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, Weinheim 2024, hier S. 270.
  - 10 Quenzel u. a.: Jugend 2024, hier S. 100.
  - 11 Marc Calmbach u. a.: Wie ticken Jugendliche? SINUS-Jugendstudie 2024. Lebenswelten von Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren, Bonn 2024, hier S. 157.
  - 12 Ebd. S. 173.
  - 13 Quenzel u. a.: Jugend, S. 99.
  - 14 Quenzel u. a.: Jugend, S. 87.
  - 15 Ebd.

- 16 Mahir Gökbudak/Reinhold Hedtke/Udo Hagedorn: 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich, Bielefeld 2022 <https://pub.uni-bielefeld.de/record/2967744>, zuletzt aufgerufen am 10.10.2025.
- 17 Beispielhaft für den damals erreichten Forschungsstand: Sonja Perren/Pasqualina Perrig-Chiello: Biographical Transitions from a Midlife Perspective, *Journal of Adult Development* 12/4 (Dezember 2005), S. 169–181; David G. Blanchflower/Carol L. Graham: The Mid-Life Dip in Well-Being. A Critique, *Social Indicators Research* 161 (2022), S. 287–344.
- 18 Barbara Bleisch: Mitte des Lebens. Eine Philosophie der besten Jahre, München 2024, S. 124–130 und 147–150.
- 19 Lena Katharina Pollerhoff: Age-Differences in Prosociality across the Adult Lifespan. Insights from self-reports, Experimental Paradigms and Meta-Analyses, *Würzburg 2023*, hier S. 133 f.
- 20 OECD: Bildung auf einen Blick, Paris 2024.
- 21 Bundesinstitut für Berufsbildung (Hg.): Datenbericht zum Berufsbildungsbericht 2024, Bonn 2024, S. 278.
- 22 Dorothee Krings: Jugend ohne Abschluss, RP 12.9.2024; Friedrich-Hubert Esser: Die Berufsbildung um Demokratiebildung erweitern, FAZ 9. Januar 2024 (gekürzte Version der Dankesrede zum Georg-Schulhoff-Preis 2023).
- 23 Pasqualina Perrig-Chiello: Wenn Kinder groß und Eltern alt werden. Familiäre Veränderungen im mittleren Lebensalter, in: beziehungsweise. Informationsdienst des Österreichischen Instituts für Familienforschung Jänner/Februar 2014, Beitrag online: <https://www.familienhandbuch.de/familie-leben/familienformen/entwicklung/wennkindergrossundelternaltwerden.php>, zuletzt aufgerufen am 1.7.2025.
- 24 <https://www.bundesstiftung-gleichstellung.de/wissen/themenfelder/repraesentanz-und-teilhabe-von-frauen-in-der-politik/>, zuletzt aufgerufen am 18.12.2025.
- 25 Helene Franke u. a.: Deutschland-Monitor '25. Gesellschaftliche und politische Einstellungen, Berlin 2026.
- 26 Vgl. etwa zur Debatte um „extremistische Verdachtsfälle“ oder die Begrifflichkeit „gesichert [...] extremistisch“ Ronen Steinke: Wehrhafte Demokratie? Wie der deutsche Verfassungsschutz definiert, welche politischen Meinungen er ausgrenzt und bekämpft, in: Denis Heuring/Paul-Moritz Rabe/Mirjam Zadoff (Hg.): *Fragile Demokratien. Was freie Gesellschaften bedroht und was sie zusammenhält*, Bonn 2025 (Sonderausgabe), S. 43–52.
- 27 Oliver Decker u. a.: Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2024. Methoden, Ergebnisse und Langzeitverlauf, in: Ders. (Hg.): *Vereint im Ressentiment. Autoritäre Dynamiken und rechtsextreme Einstellungen*, Gießen 2024, S. 29–101, hier S. 36–43.
- 28 Abweichung um 1 % von 100 % ist rundungsbedingt.
- 29 Nina Könemann/Henning Wandel: Landrätin Bölling sendet emotionale Botschaft – Solidarität nach „Querdenker“-Aufmarsch, *Mindener Tagblatt* 7.1.2022, zuletzt aufgerufen am 22.09.2025.
- 30 Linkes Bündnis demonstrierte im Wohnviertel von Rheinmetall-Firmenchef, *wdr.de* 28.08.2025, <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/demo-vorprivathaus-rheinmetallchef-geplant-100.html>, zuletzt aufgerufen am 22.9.2025
- 31 Nils C. Kumkar u. a. (Hg.): *Die beharrliche Mitte – Wenn investive Statusarbeit funktioniert*. Wiesbaden 2022.
- 32 Peter Esaiasson/M. Gilljam/Mikael Persson: Communicative Responsiveness and Other Central Concepts in Between-Election Democracy, in: Peter Esaiasson/H. M. Narud (Hg.): *Between-election democracy: The representative relationship after election day*, Colchester 2013, hier S. 24; Dies.: Responsiveness Beyond Policy Satisfaction. Does It Matter to Citizens? *Comparative Political Studies* 50 (2017), S. 739–765.
- 33 <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/landtag-richter-wahlausschuss-100.html>, zuletzt aufgerufen am 1.9.2025.

# 5

## Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen

### **Vielfalt und Pluralismus sind prägend**

Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen ist ein Handlungsfeld mit vielen Akteuren und ebenso vielfältigen Perspektiven. Diese Vielfalt entspricht sowohl der inneren Vielfalt des Landes als auch dem Ideal einer pluralen Gesellschaft. Sie spiegelt damit den Pluralismus des sozialen und politischen Geschehens im Land wider.

### **Trends, fachliche Grundsätze und sozialer Kontext**

Allerdings nötigt diese Vielfalt auch zu einer gewissen Vorsicht, wenn es um Folgerungen für die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen geht: Aus den Befragungsergebnissen lassen sich Trends und Veränderungen ablesen, es lassen

sich aber keine konkreten Empfehlungen für das Handeln einzelner Einrichtungen der politischen Bildung ableiten. Solche Hinweise können nur aus einer Zusammenschau der Trends mit den etablierten fachlichen Grundsätzen politischer Bildung erwachsen. Diese befinden sich zugleich in einer fortlaufenden fachlichen Diskussion und wissenschaftlichen Entwicklung, die hier nur beispielhaft und ergebnisorientiert berücksichtigt werden kann. Darüber hinaus wirkt der soziale und politische Kontext auf die fachlichen Diskussionen und Praktiken ein: Die bedenklich niedrige Demokratiezufriedenheit bekommen auch politische Bildnerinnen und Bildner im beruflichen und privaten Alltag zu spüren.

### **Politische Bildung bleibt gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Redlicherweise gilt es ebenso auf die Grenzen formaler politischer Bildung hinzuweisen: Politische Bildung ist und bleibt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Viele der in diesem Bericht beschriebenen Herausforderungen können nicht von Schulen und Erwachsenenbildung allein bewältigt werden. Alle politischen und zivilgesellschaftlichen Akteure im Land und alle Bürgerinnen und Bürger tragen Verantwortung für Demokratie und politische Bildung. Küchentisch und Stammtisch,



Vereins-sitzung und Klassensprecherwahl, Diskussionen in der Mittagspause oder auf dem Schulhof sind aus Sicht der politischen Bildung ebenso wichtig für den langfristigen Erhalt der Demokratie als Staats- und Lebensform wie formale Bildungsangebote. Wichtig ist dabei nicht, dass alle einer Meinung sind oder dass sich gar eine angeblich „richtige“ Meinung durchsetzt, sondern dass der ebenso produktive wie respektvolle und vor allem auch gewalt- und angstfreie Austausch von unterschiedlichen Positionen überall möglich ist und bleibt.

### Politische Bildung ist nachhaltiger Prozess

Politische Bildung ist ein Angebot und eine Chance, um in einen nachhaltigen Prozess zur individuellen Entwicklung einzutreten, der als Ergebnis auch die Stärkung demokratischer Einstellungen bewirkt. Politische Bildung ist aber weder Reparaturbetrieb noch Feuerwehr. Grundsätzlich sind Bildungsprozesse in einer freiheitlichen Demokratie als ergebnisoffen und intersubjektiv, als gleichermaßen individuell wie sozial eingebettet aufzufassen. Politische Bildung stellt daher einen langfristigen und subjektzentrierten Ansatz zur Stärkung der Demokratie dar. Sie ist nicht die schnelle Lösung zum Schutz der Demokratie, die sich manche erhoffen mögen, sondern vielmehr ein Beitrag dazu, eine vielfältige und plurale Gesellschaft aus sich selbst heraus umso nachhaltiger zu stärken.

### Raum für viele Stimmen

Insofern entspricht politische Bildung dem Wesen und den Werten eines demokratisch verfassten Gemeinwesens: Sie wirkt langfristig, sie bietet Raum für viele Stimmen und ist als dauerhafter Prozess angelegt, nicht als „Ergebnis“, das es innerhalb einer bestimmten Zeit zu erreichen gilt, oder als administrative „Maßnahme“, die einer kurzfristigen Erfolgskontrolle unterliegen könnte.

### Ziel: Kompetenz in vier Dimensionen

Das Ziel politischer Bildung besteht schließlich in einer umfassenden (und nie endgültig abgeschlossenen) individuellen Kompetenz, die nach dem Modell von Detjen vier (untereinander verbundene) Dimensionen mit je spezifischen Leitfragen einschließt:<sup>1</sup>

- Politische Einstellungen und Motivation oder „Wie sehr vertraue ich dem demokratischen System?“
- Politisches Fachwissen oder „Wie laufen politische Entscheidungen ab und welche Institutionen gibt es?“
- Politische Urteilsfähigkeit oder „Wie kann ich mir ein Urteil über politische Streitfragen bilden?“
- Politische Kommunikations- und Handlungsfähigkeit oder „Wie kann ich meine Lebenslage verbessern? Wie bringe ich meinen Standpunkt ein?“

Die Dimensionen von Kompetenz sind in Detjens Modell grundsätzlich als interdependent zu denken: Wissensvermittlung kann beispielsweise nicht losgelöst von Motivation, Kompetenzerleben und Selbstwirksamkeit betrachtet werden. Vertrauen ist wiederum eine wichtige Voraussetzung dafür, dass Wissensvermittlung gelingt. Wer sich eigene Urteile zutraut und sich als handlungsfähig erlebt, wird beispielsweise auch mehr Vertrauen in demokratische Prozesse entwickeln und einen weiteren Wissenserwerb als sinnvolles Ziel empfinden.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Multiperspektivität und Kontroversität

Aus dem intersubjektiven und interdependenten Charakter der Kompetenzdimensionen folgt für die formale politische Bildung eine nicht ganz unwichtige Erkenntnis: Es gibt keine völlig voraussetzungsfreie oder „neutrale“ politische Bildung. Und das ist auch gar nicht nötig. Denn das Kennenlernen und Offenlegen eigener Standpunkte ist Ziel und Gegenstand der politischen Bildung. Daher lauten die zentralen didaktischen Maßgaben der politischen Bildung im Einklang mit dem bereits 1976 formulierten Beutelsbacher Konsens – gerade in politisch bewegten Zeiten – Überwältigungsverbot, Kontroversität und Schülerorientierung.

## Meinungsbildung ermöglichen, nicht Meinungen lenken

In und nach der Beutelsbacher Tagung von 1976 verständigte man sich unter kundiger Anleitung des damals frisch berufenen Leiters der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Siegfried Schiele, und in den Formulierungen des Leiters der Publikationsabteilung, Hans-Georg Wehling, auf diese drei Grundprinzipien.<sup>2</sup> Die staatliche politische Bildung sollte ihre Adressaten demnach nicht in eine gewünschte politische Richtung lenken, sondern vielmehr bestrebt sein, Themen multiperspektivisch und diskursiv aufzubereiten. Ziel der politischen Bildung sollte demnach nicht sein, bestimmte Meinungen zu erzeugen, sondern eine fundierte Meinungsbildung von Individuen unter

Wahrung ihrer persönlichen Integrität zu ermöglichen, die dann im nächsten Schritt zur aktiven Wahrnehmung demokratischer Partizipationsmöglichkeiten und -rechte befähigt.

## Missverständnis Neutralität

Diese Maximen des Beutelsbacher Konsenses sind seit seiner Formulierung, besonders aber in den letzten Jahren, vom rechten Rand des politischen Spektrums missverständlich als „Neutralitätsgebot“ bezeichnet worden. Ein solches gibt der Beutelsbacher Konsens allerdings gar nicht vor. Ganz im Gegenteil: Die Einbeziehung des eigenen Standpunktes durch den politischen Bildner oder die politische Bildnerin ist nach dem Beutelsbacher Konsens sogar didaktisch erwünscht und geboten. Dafür muss dieser Standpunkt allerdings ausdrücklich kenntlich gemacht werden, um den Teilnehmenden an Bildungsangeboten eine exemplarische Position im Feld der vielen möglichen Positionierungen zu politischen Streitfragen anzubieten. Ob und inwieweit sie sich diesem anschließen oder in Abgrenzung dazu ihren je eigenen Standpunkt entwickeln mögen, ist Teil des Bildungsprozesses.

## Wertekanon Grundgesetz

Darüber hinaus markiert der Wertekanon des Grundgesetzes exakt die Grenze jedweder politischen Neutralität in der politischen Bildung: Jede grund- und menschenrechtsfeindliche, völkische und chauvinistische Position ist klar als solche zu bezeichnen und entsprechend als demokratiefeindlich zu markieren. Politische Bildung erzeugt auf diese Weise im Idealfall ein offenes, inklusives und empathisches Verhältnis zur Demokratie als Staats-, Gesellschafts- und Lebensform. Sie realisiert durch die didaktische Situation selbst ein demokratisches Ideal von Bildung, in dem sie die Individualität und Intersubjektivität der Bildenden und der Teilnehmenden achtet und stärkt.<sup>3</sup>

---

## Bildungserfahrung und Vielfalt der Formate

Mithin mündet auch eine kompetenzorientierte politische Bildung nicht in einem reinen Wissenserwerb, sondern in einer umfassenden Bildungserfahrung mit den Zielen Urteils-, Kommunikations- und Handlungsfähigkeit. Auch die Rolle der politischen Bildnerin oder des politischen Bildners ist daraufhin anzulegen, dass fachliche und didaktische Kompetenz sich im Dialog auf Augenhöhe mit den Teilnehmenden politischer Bildungsangebote entfalten kann. Eine gelingende pädagogische Beziehung steht dabei nicht zu jeder Zeit im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit, bildet aber gleichwohl eine unverzichtbare Grundlage dafür, dass politische Bildung nach dem Kompetenzmodell gelingen kann. Wie die pädagogische Beziehung auszugestaltet ist, hängt dabei von vielen Faktoren ab. Es wird auch heute noch Zielgruppen geben, die sich für einen frontal gestalteten, kundigen Fachvortrag begeistern lassen. In vielen Fällen aber wird es mehr didaktische Kreativität und mehr Mut zu Mitmachangeboten brauchen: Hip-Hop und Graffiti, Manga und Cosplay, Tik Tok oder Insta – gerade junge Menschen brauchen Angebote, die sie in Lebensphasen, in denen die eigene Identität erst noch gesucht wird, ernst nehmen und auffangen.

## Aushandlungsprozesse in der Mitte stärken

Durch ihren Prozesscharakter hat die politische Bildung eine Gemeinsamkeit mit der demokratischen Mitte der Gesellschaft. Auch diese ist nichts Abgeschlossenes, sondern Ergebnis von demokratischen Aushandlungsprozessen. Freilich hat auch eine solche dynamische Mitte ihre Grenzen: Sie umfasst alle Positionen, die einen Kanon demokratischer Grundwerte teilen. Wer die Abschaffung demokratischer

Verfahren und Schutzrechte fordert, also die Voraussetzungen für das Fortbestehen der Demokratie selbst angreift, kann aber nicht Teil der Mitte sein. Ihre Stabilität bezieht diese demokratische Mitte gleichermaßen aus der für alle Menschen sicht- und spürbaren Funktionalität des demokratisch verfassten Gemeinwesens wie aus einer geteilten Überzeugung von der Legitimität der demokratischen Ordnung. Diese demokratische Mitte muss und kann Platz für viele Stimmen und unterschiedliche Interessen bieten, aber die Demokratie darf ihr nicht egal sein.

## Vielfalt und Offenheit als Stärke

Entscheidend für eine Stabilisierung der demokratischen Mitte im politischen Wettbewerb ist zudem, dass ihre politischen Akteure sich immer wieder auf der Basis gemeinsamer Spielregeln verständigen und zu konkreten Entscheidungen in der Sache kommen, die für alle Teile der politischen Gemeinschaft verbindliche Geltung beanspruchen dürfen. Zielkonflikte, unterschiedliche Werte und Positionen sowie ggf. auch verschiedene persönliche Präferenzen sind in einer solchen politischen Ordnung keine Schwäche, sondern Zeichen von Realismus, Stärke und Resilienz. Auch in einer Demokratie steht die Lösung einer politischen Streitfrage nicht von vornherein fest, nur der rechtsstaatliche Weg dahin ist bekannt. Und dieser Weg führt immer über einen öffentlichen Austausch verschiedener Positionen. Demokratie ist in diesem Sinne ergebnisoffen und intersubjektiv und bezieht gerade daraus ihre Kraft im Umgang mit einer offenen Zukunft.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Zielgruppen und Grundbildung

Ein Ansatzpunkt für die politische Bildung in der fragilen demokratischen Lage, die in den ersten zwei Kapiteln beschrieben und analysiert wurde, liegt in einem noch besser austarierten Verhältnis von Zielgruppenansprache und demokratischer Grundbildung. Wenn immer weniger Menschen die Wissensfragen „Wie funktioniert unsere Demokratie? Welche Institutionen gibt es? Welche Rolle spielt unsere Demokratie im Alltag?“ sicher beantworten können, ist politische Bildung als Grundbildung gefragt. Dazu gehört aber nicht nur die Vermittlung von Fachwissen, sondern auch das Herstellen von Vertrauen als Grundlage und Motivation für den Wissenserwerb und weitere Bildungsschritte.

### Gezielt bei bestimmten Gruppen ansetzen

Politische Bildung muss deshalb in demokratisch fragilen Zeiten gezielt bei denen ansetzen, die Vertrauen in die Demokratie verloren haben: Bei den jüngeren Altersgruppen, bei denen, die sich ohnehin schon benachteiligt und überfordert fühlen, bei Menschen mit Migrationshintergrund, die als Gruppe eine große innere Vielfalt aufweisen, oder bei Minderheiten in der Bevölkerung, die sich nicht hinreichend repräsentiert fühlen.

### Mehrheitsgesellschaft abholen

Zugleich gilt es, einen Teil der sogenannten Mehrheitsgesellschaft anders mit politischer Bildung abzuholen als bisher: Menschen mit beruflicher Bildung, Bildungsaufsteiger und Bildungsinteressierte in allen Schichten der Gesellschaft können und sollten gezielt und möglichst voraussetzungsfrei von politischer Bildung angesprochen werden. Vertrauen dort zu schaffen, wo es einmal verloren gegangen ist, ist keine leichte Aufgabe.

Eine mögliche Antwort liegt in besonders niedrigschwelligen Formaten, die nicht in erster Linie darauf ausgerichtet sind, Wissen zu vermitteln, sondern zunächst einmal für eine emotional angenehme Atmosphäre sorgen. Spielerische Angebote mit Elementen eines Wettbewerbs (z. B. Quiz, Escape-Room, Rätsel) können aufzeigen: Politik ist nicht nur dieses Ding, über das Erwachsene reden, sondern kann auch einfach Spaß machen.

### Demokratie erfahrbar machen, Einrichtungen stärken

Es gilt daher aus Sicht der politischen Bildung, den bisher erreichten Stand differenzierter Ansätze strategisch klug weiterzuentwickeln. Gemeinsam mit der neu strukturierten Landeszentrale für politische Bildung können bewährte Rezepte angewandt und neue Wege beschritten werden, um die Demokratie als gemeinsamen Lebens-, Kommunikations- und Handlungsraum für noch mehr Menschen in Nordrhein-Westfalen stärker erfahrbar zu machen. In den Einrichtungen der politischen Bildung und bei den Kooperationspartnern der Landeszentrale ist die wichtigste Voraussetzung dafür gegeben: Es gibt dort fachlich und didaktisch hochqualifiziertes Personal, vielfach bewährte und innovative Formate der politischen Bildung, Lust auf Innovationen sowie ein hohes Bewusstsein für die komplexen Anforderungen an politische Bildung, die aus dem Wandel von Einstellungen gegenüber der Demokratie und einem weitreichenden gesellschaftlichen, medialen und wirtschaftlichen Wandel resultieren.

### Partizipation, Vertrauen, Realismus

Politische Bildung braucht eine unzweifelhaft bejahende Grundhaltung zu Demokratie und Menschenrechten, die einhergeht mit einer aktivierenden und partizipationsorientierten Demokratiebildung. Diese muss sämtliche

Bevölkerungsteile und das gesamte demokratische Spektrum ansprechen. Politische Bildung und Kompetenzerwerb müssen freilich auch mit neuen Themen und innovativen Formaten aufwarten, die auch Zielgruppen erreichen, die bisher nur schwer oder gar nicht erreicht werden. Zur Vertrauensbildung in die Demokratie gehört aber auch Realismus in der politischen Bildung: Demokratie ist keine Utopie, sondern eine Realität, die auch Unzulänglichkeiten und Zumutungen bereithält. Auch diese Erkenntnis gehört zu einer umfassenden Demokratiebildung. Das Grundgesetz macht deutlich, dass Demokratie nicht ohne Staat funktionieren kann, garantiert aber eben auch die vorstaatliche Autonomie von Individuen und Gesellschaft.

## Die Landschaft und ihre Förderung

Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen findet in vielen Handlungsfeldern und sehr unterschiedlichen Strukturen statt, von der europäischen Ebene über die nachgeordneten Behörden der Landesregierung bis hin zu den Kommunen. Es gibt private Initiativen und Zusammenschlüsse von Unternehmen, die sich Zielen der politischen Bildung verschrieben haben. In Nordrhein-Westfalen erhalten die Einrichtungen der politischen Bildung in der Trägerschaft von gesellschaftlichen Organisationen wie z. B. Kirchen, Gewerkschaften, Vereinen oder Stiftungen Zuschüsse des Landes, die im Haushaltsjahr 2023 insgesamt rund 21,96 Millionen Euro umfassten. Die Landeszuschüsse nach Weiterbildungsgesetz NRW (WbG NRW) sind gesetzlich verankert und werden von den fünf Bezirksregierungen des Landes zugewiesen. Im Haushaltsjahr 2023 erreichten sie eine Höhe von 17,1 Millionen Euro.

## Der Bereich der Landeszentrale

Die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen ist nach dem Weiterbildungsgesetz Nordrhein-Westfalen (WbG NRW) und dem Gesetz über die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen (LpBG NRW) in erster Linie zuständig für die 42 staatlich anerkannten Einrichtungen der politischen Bildung. Auch die Bildungswerke der fünf parteinahen Stiftungen, die für ihre Bildungsarbeit von der Landeszentrale institutionell gefördert werden, gehören dazu. Die Landeszentrale für politische Bildung betreibt außerdem gemeinsam mit lokalen Partnern 12 Demokratiewerkstätten, deren Tätigkeitsschwerpunkt in der aufsuchenden politischen Bildung in besonders herausfordernden urbanen Quartieren und ländlichen Räumen besteht. Sie fördert Gedenkstätten und führt vor allem in den Bereichen Integration und Aufklärung über Extremismus eigene Veranstaltungen durch. Bestimmte Themen, wie etwa Europa und Internationales oder der Themenkreis, der unter dem Stichwort „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ zusammengefasst wird, finden sich bisher nicht ausdrücklich im Portfolio der Landeszentrale. Gleichwohl sind sie mitgemeint und mitgedacht, wenn es um die Diskussion gesellschaftlicher Zukunftsfragen unter dem Dach der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen geht.



# 5.1 Politisches Interesse, Kompetenz und Selbstwirksamkeit

## Erfolgsaussichten politischer Bildung

Um die Erfolgsaussichten und den Umfang der Aufgaben politischer Bildungsarbeit in Nordrhein-Westfalen besser einschätzen zu können, lohnt sich ein Blick auf grundlegende Einstellungen zur Politik sowie auf Wissen, Kompetenzen und Mediennutzungsverhalten der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Ein zentraler Faktor für die Erfolgsaussichten der Angebote politischer Bildung ist das politische Interesse. Es wurde bereits im Kapitel zur Demokratie in Nordrhein-Westfalen betrachtet; nach der Einführung des Lebenslagen-Index im Kapitel zum Schwerpunktthema „Mitte(n) unter

Druck“ ist es nun möglich, politisches Interesse im Zusammenhang mit den Lebenslagen zu betrachten. Daraus lassen sich Schlüsse zu besonderen Herausforderungen politischer Bildung ziehen, weil der Lebenslagen-Index auch ein starker Prädiktor für die Unzufriedenheit mit der Demokratie ist.

## Politisches Interesse hängt von Lebenslage ab

Eine Auswertung (Abbildung 56), die den Lebenslagen-Index berücksichtigt, zeigt, dass das politische Interesse eng mit der Lebenslage zusammenhängt.

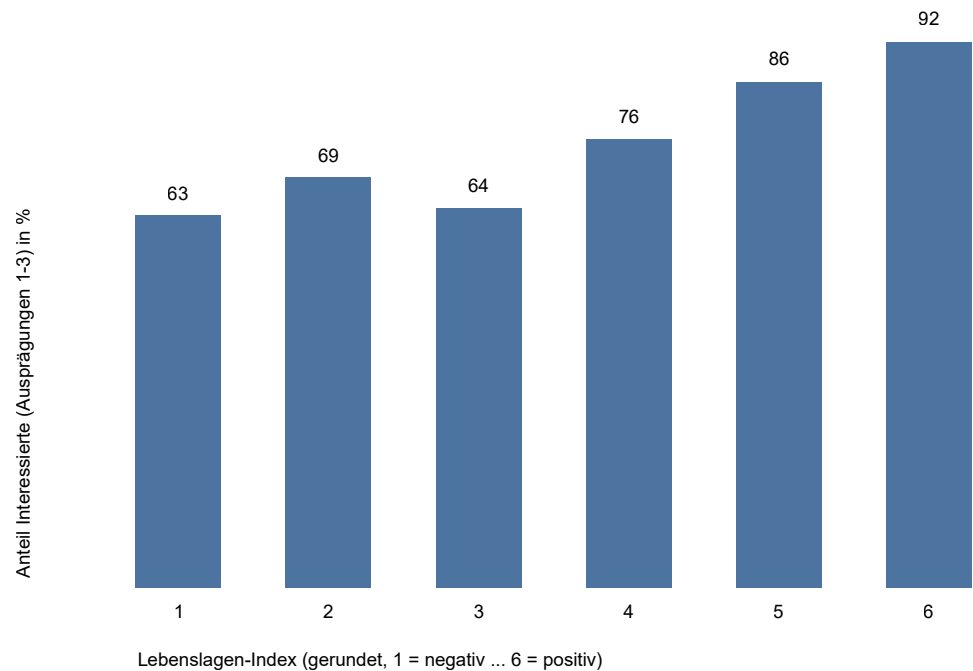


Abbildung 56 – Lebenslagen-Index und politisches Interesse

Alle Gruppen mit einer eher positiv bewerteten Lebenslage (Indexpunkte 4 bis 6) unterscheiden sich signifikant von denen mit einer eher negativen Bewertung (Indexpunkte 1 bis 3) der Lebenslage. Zudem unterscheidet sich das politische Interesse auch unter den Befragten mit positiven Bewertungen (4 bis 6) stark: Während es bei einem Lebenslagen-Index von 4 immerhin schon 72 % beträgt, sind es bei einem Lebenslagen-Index von 6 beachtliche 92 %.

## Politisches Interesse und Demokratietypen – enger Zusammenhang

Die Verteilung der Demokratietypen unterscheidet sich wiederum nach der Ausprägung des politischen Interesses. Ein geringes oder fehlendes Interesse an Politik geht hingegen in vielen Fällen mit antidemokratischen, fragilen demokratischen oder nicht zuzuordnenden Einstellungen einher, wie Abbildung 57 zeigt.

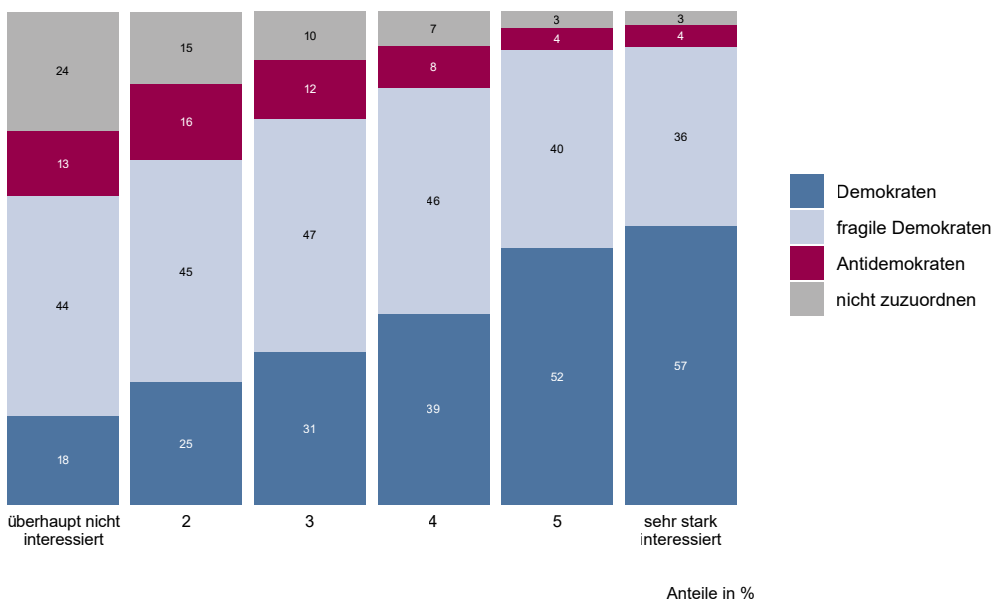


Abbildung 57 – politisches Interesse und Demokratietypen

## Bedarf und Interesse nicht deckungsgleich

Beide Auswertungen enthalten starke Hinweise darauf, warum manche Gruppen nur schwer oder gar nicht von politischer Bildung erreicht werden: Politisches Interesse hängt von der Beurteilung der eigenen Lebenslage ab. Je höher das politische Interesse, desto wahrscheinlicher ist auch eine vollumfängliche Unterstützung der Demokratie. Gerade bei denjenigen, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren, ist hingegen der Anteil der Antidemokraten und der fragilen Demokraten mit je 13

und 44 Prozent besonders hoch. Auch der Anteil derjenigen, die sich gar keinem Demokratietyp zuordnen lassen, ist hier mit 24 % außerordentlich hoch. Diese Zusammenhänge deuten darauf hin, dass eine negative Beurteilung der eigenen Lebenslage nicht nur mit einem geringeren Interesse an Politik einhergeht. Auch der Bedarf an politischer Bildung und das Interesse an Politik stehen bei den Gruppen mit einer negativen Bewertung der eigenen Lebenslage höchstwahrscheinlich in einem für die Erreichbarkeit durch politische Bildung sehr ungünstigen Verhältnis.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Doppelte Aufgabe: Grundbildung und Menschen zurückgewinnen

Zudem zeigt sich in allen Gruppen bis zu den mäßig stark an Politik Interessierten (Antwort 4) ein ungefähr gleichbleibender Anteil an fragilen Demokraten, der bei ca. 45 % liegt. Zusammen deuten diese Befunde auf eine doppelte Aufgabenstellung für die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen: Es gilt einerseits, mehr Menschen, die sich überhaupt nicht bis mäßig stark für Politik interessieren, mithilfe politischer Grundbildung für die Demokratie zurückzugewinnen. Andererseits gilt es ebenso, viele Menschen, die sich durchaus für Politik interessieren, wieder von eindeutig demokratischen Einstellungen zu überzeugen.

## Alter und politisches Interesse

Da wir bei den Demokratietypen und der Demokratiezufriedenheit starke Abweichungen zwischen den Altersgruppen gesehen hatten, steht zu erwarten, dass sich das politische Interesse ebenfalls als altersabhängig erweist. Tatsächlich ist es so, dass insbesondere die Veränderungen in den einzelnen Altersgruppen den Trends bei der Demokratiezufriedenheit entsprechen. Allerdings sind die Rückgänge beim politischen Interesse keineswegs so groß wie bei der Demokratiezufriedenheit (Abbildung 58).

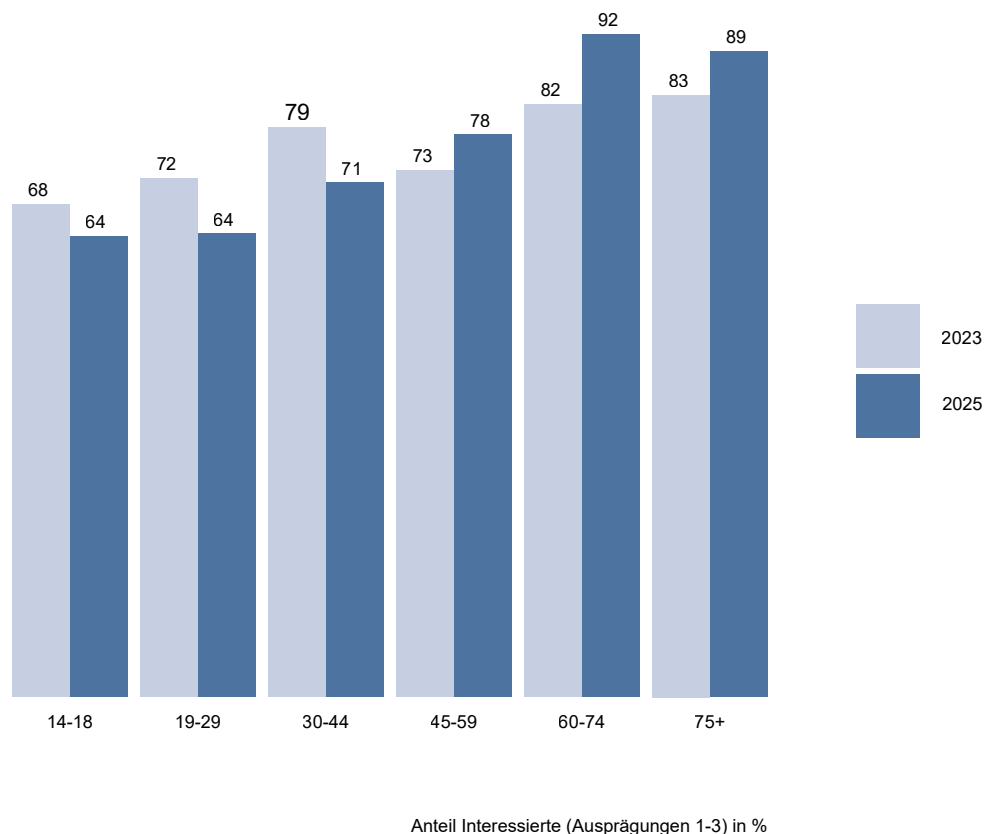


Abbildung 58 – politisches Interesse 2023 und 2025 in den Altersgruppen im Vergleich

## Rückgänge, aber großes Potenzial

Das politische Interesse in den jüngeren und mittleren Altersgruppen bis 44 Jahre ist zwar zurückgegangen, aber bei Weitem nicht so stark wie die Demokratiezufriedenheit. Das deutet auf ein großes Potenzial für politische Bildung in den jüngeren und mittleren jungen Jahrgängen hin. In den Altersgruppen ab 45 ist das politische Interesse messbar um mindestens 5 Prozentpunkte gestiegen. Diese guten Werte korrespondieren für die Altersgruppen über 60 mit deren Rolle als Stützen der Demokratie.

## Kompetenzausprägung in jüngeren Altersgruppen

Wie sieht es nun mit den Kompetenzzielen politischer Bildung aus? Die Befragung zum 3. Demokratiebericht

hat dieses Kompetenzzempfinden für die jüngeren Altersgruppen der 14- bis 25-Jährigen im Hinblick auf die Erfahrungen mit politischer Bildung im Schulunterricht abgefragt. Der Grund dafür liegt in der zentralen biografischen Funktion politischer Bildung in den Schulen: Für viele Menschen ist die Schule der erste und einzige Ort, an dem sie in ihrem Leben mit didaktisch strukturierter und fachlich fundierter politischer Bildung in Berührung kommen. Um zu erfahren, wie junge Menschen politische Bildung in der Schule erleben und erlebt haben, wurden sie nach ihrer persönlichen Einschätzung zu Umfang und Aktualität des Unterrichts sowie den erworbenen Kompetenzen gefragt (Abbildung 59).

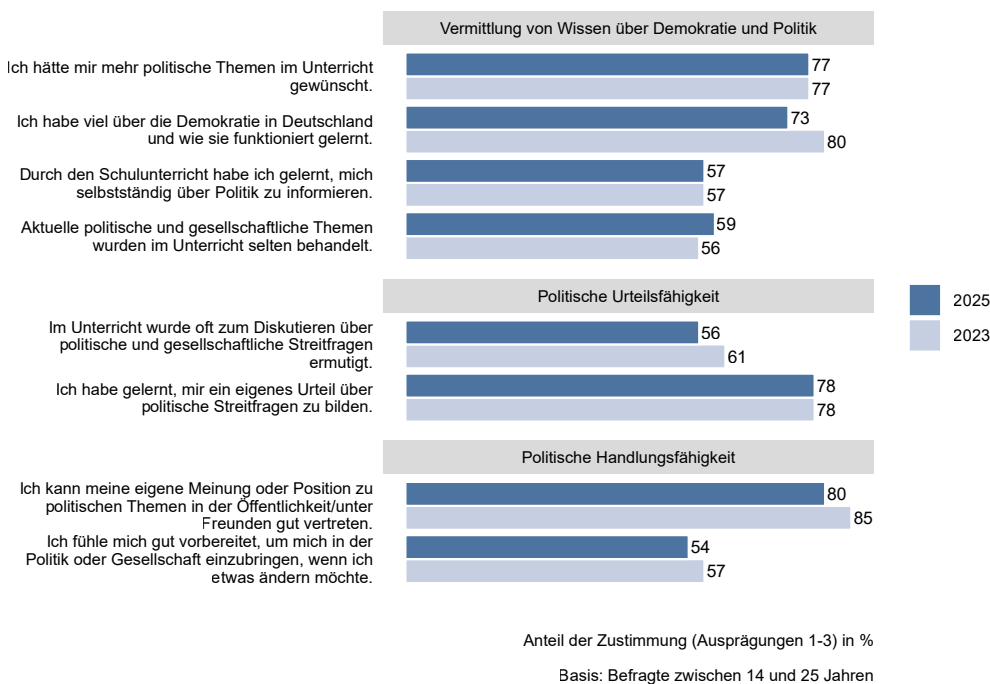


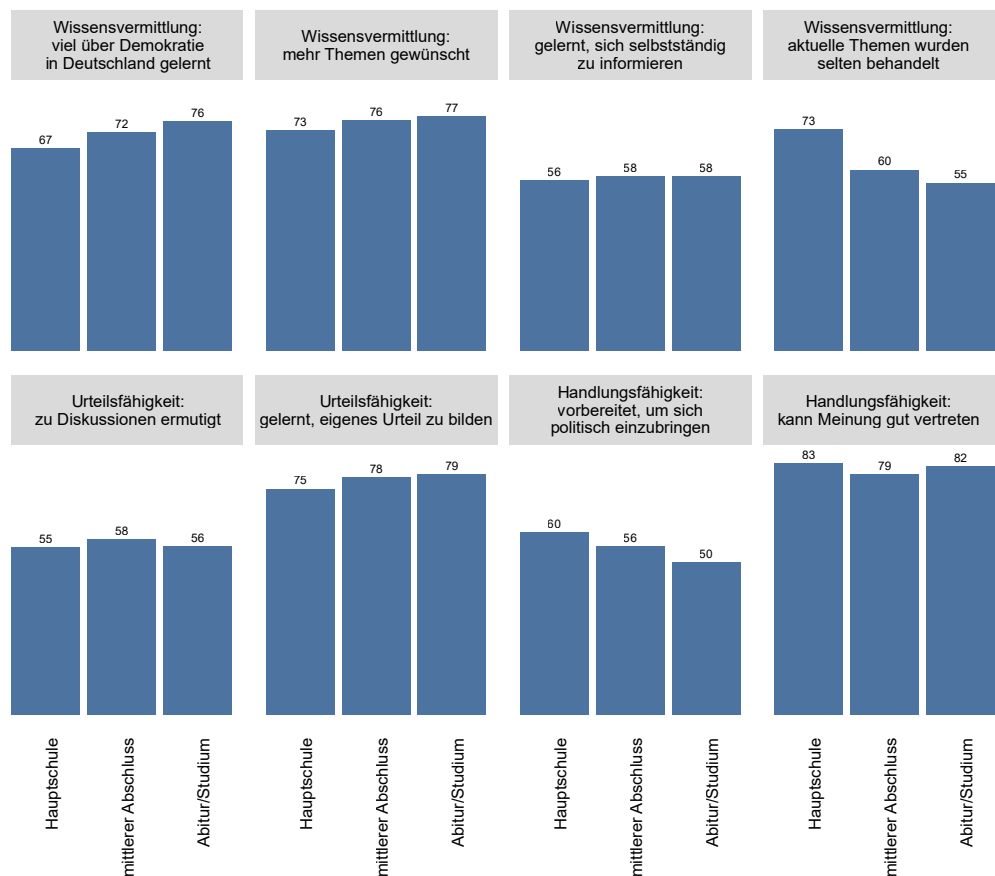
Abbildung 59 – Einschätzungen zum politischen Kompetenzerwerb in der Schule bei 14- bis 25-Jährigen

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Wunsch nach mehr politischer Bildung bei Jugendlichen

Mit insgesamt 73 % stimmt die große Mehrheit der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Nordrhein-Westfalen der Aussage zu: „Ich habe in der Schule viel über die Demokratie in Deutschland und wie sie funktioniert gelernt.“ Das ist ein Rückgang von 7 Prozentpunkten gegenüber der letzten Befragung im Jahr 2023, der sich allerdings auf einem hohen Niveau bewegt. Nur eine knappe Mehrheit (57 %) meint, dass sie durch den Schulunterricht gelernt habe, sich selbstständig über Politik zu informieren. Zugleich hätte sich eine große Mehrheit

(76 %) mehr politische Themen im Unterricht gewünscht. Diese Zahlen verweisen auf ein ungenutztes Potenzial für politische Bildung im schulischen Kontext. Es besteht bei Schülerinnen und Schülern sowie Schulabgängern durchaus ein großer Wunsch nach mehr politischer Bildung und ein verbreitetes Gefühl einer nicht ganz bis zur selbstständigen Informations- und Urteilsfähigkeit gediehenen politischen Bildung in der Schulzeit. Die Unterschiede zwischen den Schulformen fallen dabei weniger auf als die Gemeinsamkeiten, wie der Überblick über die Kompetenzdimensionen im Vergleich der Schulformen zeigt (Abbildung 60).



Anteil der Zustimmung (Ausprägungen 1-3) in %; Basis: Befragte zwischen 14 und 25 Jahren

Abbildung 60 – politischer Kompetenzerwerb im Vergleich der Schulformen

---

Allerdings berichten fast drei Viertel (73 %) der Hauptschülerinnen und Hauptschüler, dass aktuelle politische Themen nur selten im Unterricht behandelt wurden. In den anderen Schulformen ist der Anteil mit 60 % (mittlerer Abschluss) bzw. 55 % (Abitur/Studium) deutlich geringer.

## **Gefälle zwischen Schulformen muss beunruhigen**

Bereits zuvor wurde gezeigt: Je höher der Bildungsabschluss der Befragten gerade in den jüngeren Altersgruppen ist, desto höher ist das Interesse am politischen Geschehen und desto höher ist auch der Zuspruch zur Demokratie als politisches System (Kapitel 3.3 und 3.5). Dass es an Schulen als „Orte, an denen Demokratie erlernt und gelebt werden kann“ (1. Demokratiebericht, S. 65) ein Gefälle zwischen den Schulformen gibt, attestierte bereits der 1. Demokratiebericht. Dass dieses Gefälle zwischen den Schulformen in einigen Bereichen des Kompetenzerwerbs weiter besteht, muss angesichts der geringen Demokratiezufriedenheit bei jungen Menschen beunruhigen. Zugleich verweist diese Diagnose auf ein noch nicht vollständig erschlossenes Potenzial schulischer politischer Bildung in Nordrhein-Westfalen: Der ausgeprägte Wunsch nach mehr politischer Bildung bei Jugendlichen und

jungen Erwachsenen an allen Schulformen ist eine Chance für die schulische politische Bildung. Die Landeszentrale für politische Bildung hat auf diesen Befund bereits reagiert, indem im Vorfeld der Kommunalwahlen im Jahr 2025 eine Kommunalwahltour als interaktives Mitmachangebot gezielt an Berufskollegs und Berufsschulen angeboten wurde. Hier wäre zu überlegen, ob dieses Angebot als „rollende“ Demokratietour, die unkompliziert von Schulen gebucht werden kann, verstetigt werden könnte.

## **Selbstwirksamkeit: uneindeutiges Bild**

Wie steht es bei den Jüngeren mit der politischen Selbstwirksamkeit, die für das Funktionieren der Demokratie als politischer Ordnung unerlässlich ist? Die Zustimmung zu den beiden Aussagen „Ich fühle mich gut vorbereitet, um mich in der Politik oder Gesellschaft einzubringen, wenn ich etwas ändern möchte.“ und „Ich kann meine eigene Meinung oder Position zu politischen Themen in der Öffentlichkeit/unter Freunden gut vertreten.“ zielt auf die komplexeste Dimension der Demokratiekompetenz ab, die kommunikative Handlungsfähigkeit. Dabei zeigt sich allerdings kein Effekt der unterschiedlichen Bildungsabschlüsse: Bei denjenigen, die das Abitur anstreben oder bereits erreicht haben, geben 56 % an, dass sie im Unterricht zum Diskutieren angeregt wurden, bei angehenden oder ehemaligen Hauptschülern sind es 55 %.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Handlungskompetenz: positive Entwicklung bei Hauptschulen

Insgesamt werden die Wissensvermittlung und die Vermittlung von Urteilsfähigkeit auch 2025 an den gymnasialen und mittleren Schulformen etwas besser eingeschätzt als an der Hauptschule. Die Hauptschulen erhalten aber bei dieser Befragung in der Dimension Handlungskompetenz eine sehr viel bessere Bewertung als im Jahr 2023. Das ist eine positive Entwicklung, die auch in den anderen Dimensionen aufgegriffen werden sollte. Sie könnte beispielsweise Anlass für eine noch ausgeprägtere Zusammenarbeit im Feld der politischen Bildung zwischen den Akteuren der schulischen politischen Bildung, der Berufsbildung und der außerschulischen Bildung sein. Die Landeszentrale kann hier Kontakte in das Feld der außerschulischen

politischen Bildung vermitteln und mit eigener Expertise beratend mitwirken. Auch die Selbstverwaltungsorganisationen der Wirtschaft, die Kammern und Innungen, sollten aus Sicht einer breit aufgestellten politischen Bildung in einen solchen Dialogprozess einbezogen werden.

## Kompetenz in Gesamtbevölkerung

Um einen Eindruck von den Einschätzungen zur politischen Kompetenz in der Gesamtbevölkerung zu erhalten, haben wir zudem unabhängig von der politischen Bildung in der Schule zwei Fragen gestellt, die ähnlich wie die Urteilsfähigkeit und Handlungsfähigkeit Aufschluss darüber geben, wie die politische Selbstwirksamkeit wahrgenommen wird (Abbildung 61).

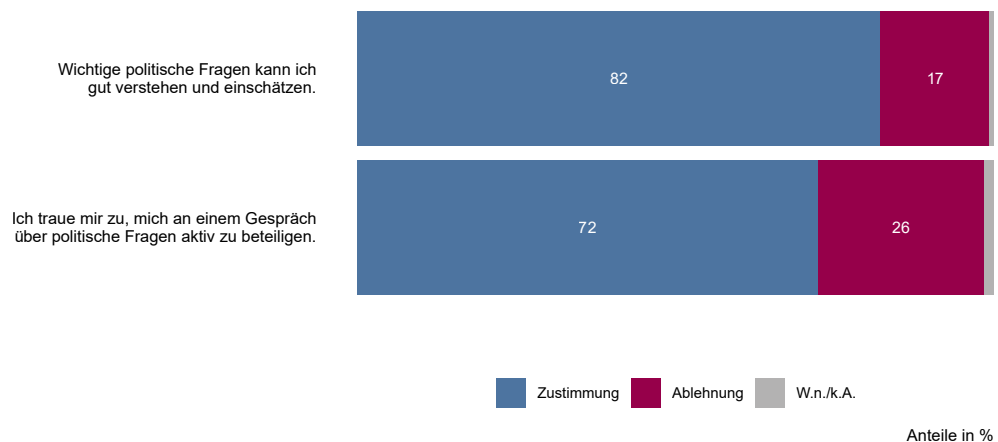


Abbildung 61 – Wahrnehmung der politischen Selbstwirksamkeit im Jahr 2025

82 % der Befragten geben an, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können. Etwas weniger (72 %) trauen sich zu, sich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.

### Unterschiede nach Bildung

Befragte mit formal höherem Bildungsabschluss schätzen ihre Fähigkeit, wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen zu können sowie sich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv beteiligen zu können, generell höher ein als jene mit niedrigeren Bildungsabschlüssen. Diejenigen, die sich stärker für Politik im Allgemeinen interessieren, stimmen beiden Aussagen deutlich häufiger zu als diejenigen, die weniger am politischen Geschehen interessiert sind. Die Wahrnehmung politischer Selbstwirksamkeit steht also sowohl mit dem Bildungsgrad als auch mit dem politischen Interesse in Zusammenhang: Je höher der persönliche Bildungsabschluss und je größer das allgemeine politische Interesse, desto eher trauen Menschen sich zu, politische Fragen beurteilen und sich an Gesprächen über diese beteiligen zu können. Politisch Interessierte schätzen wiederum ihre Selbstwirksamkeit höher ein als die Desinteressierten.

### Unterschiede sind Auftrag zur Ausweitung der Zielgruppen

Damit bestätigen sich die heuristischen Annahmen aus Detjens Kompetenzmodell auch empirisch. Die vier Dimensionen der Kompetenzen politischer Bildung (Vertrauen, Fachwissen, Urteils- und

Handlungsfähigkeit) bauen nicht einfach aufeinander auf, sie sind vielmehr als interdependent zu verstehen: Keine der vier Dimensionen steht für sich allein und alle vier Dimensionen müssen bedacht werden, wenn es um die didaktische Gestaltung politischer Bildung geht. Dieser empirische Befund verdeutlicht, dass politisches Interesse, politische Bildung und mittelbar auch Demokratiezufriedenheit in einem dynamischen und komplexen Zusammenhang mit Bildungserfahrungen und Angebotsstrukturen stehen. Negative oder wenig ausgeprägte formale Bildungserfahrungen sowie ein geringes Empfinden von Selbstwirksamkeit wirken als Hemmnisse für politisches Interesse und hemmen damit auch die Bereitschaft, an Angeboten der politischen Bildung teilzunehmen. Umso dringlicher erscheinen im Umkehrschluss die Öffnung und Ausweitung politischer Bildungsangebote an bisher kaum oder nicht erreichte Zielgruppen.

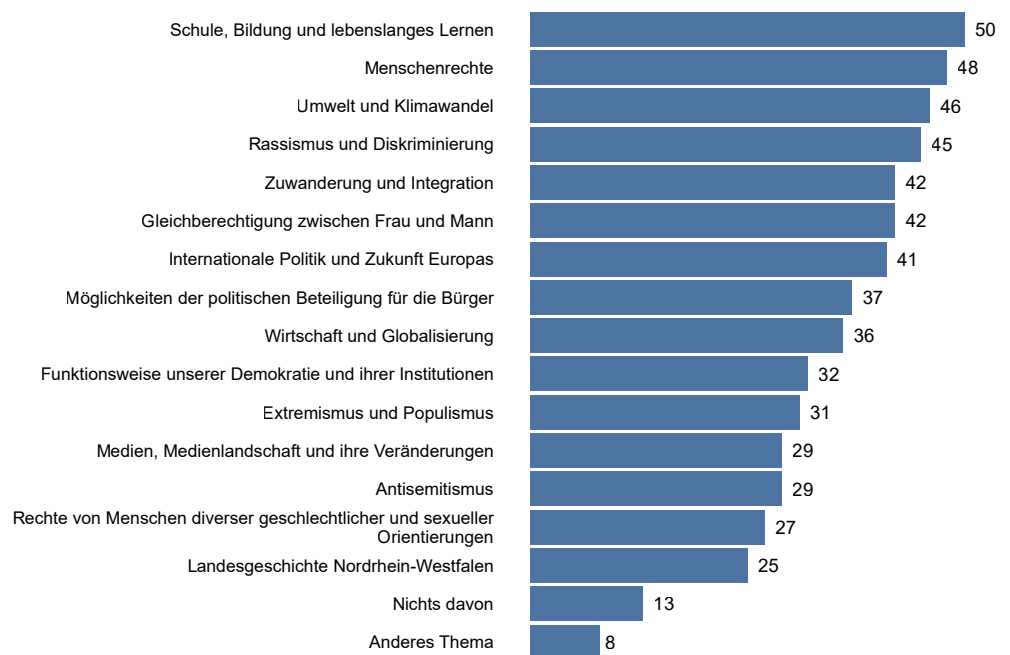


## 5.2 Interesse an Themen politischer Bildung

### Klare Favoriten und starkes Mittelfeld

In der Erhebung zum Demokratiebericht wurde danach gefragt, zu welchen Themen sich die Befragten vorstellen können, an einem politischen

Bildungsangebot teilzunehmen. Grundsätzlich können sich das 87 % der Befragten bei mindestens einem Thema vorstellen. Dabei verteilt sich das Interesse auf eine Vielzahl an Themen mit klaren Favoriten und einem starken Mittelfeld (Abbildung 62).



Anteil Nennungen in %, Mehrfachauswahl möglich

Abbildung 62 – Interesse an Themen der politischen Bildung

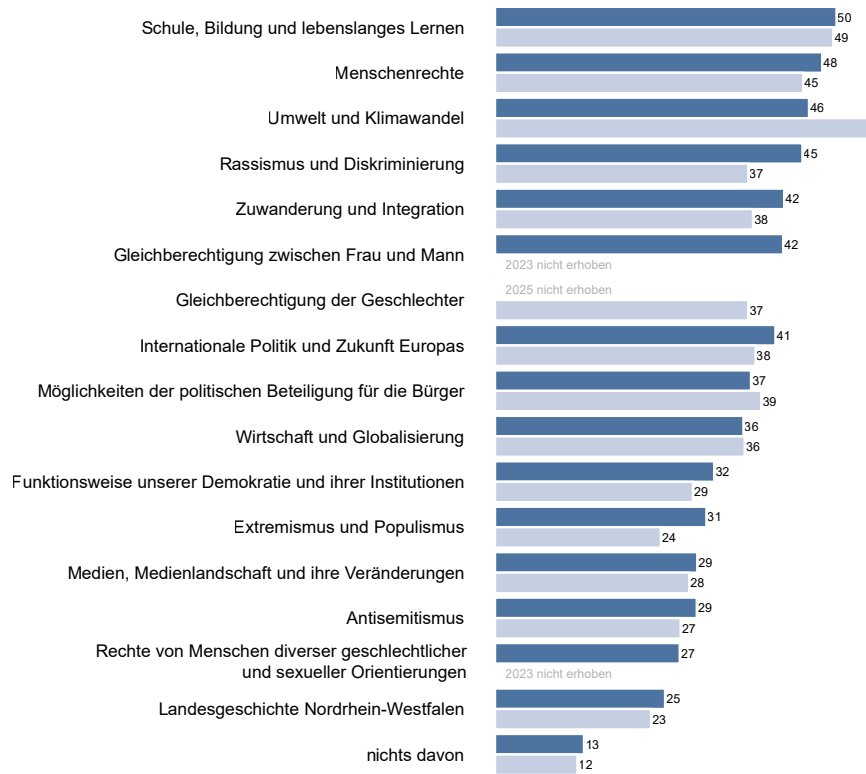
### Konjunktoren und Kontinuitäten

Im Vergleich zum 2. Demokratiebericht zeigt sich (Abbildung 63), dass das Interesse an Themen der politischen

Bildung in den einzelnen Bereichen ähnlich ist, Ausreißer nach unten sind die Themen Umwelt und Klimawandel sowie Extremismus und Populismus, gestiegen ist das Interesse an Rassismus und Diskriminierung sowie Zuwanderung

und Integration. Erklärende Faktoren für die deutlichen Veränderungen in diesen Bereichen dürften mediale und politische Themenkonjunkturen sein. Gleichwohl dominiert im Jahr 2025 kein einzelnes Thema und auch die Veränderungen

bewegen sich in erwartbaren Bahnen. So bleibt das Thema mit den größten Verlusten „Umwelt und Klimawandel“ immer noch auf dem dritten Platz und steht damit weiterhin für ein – absolut gesehen – hohes Interesse.



Anteil Nennungen in %, Mehrfachauswahl möglich

Abbildung 63 – Interesse an Themen der politischen Bildung im Vergleich 2023 und 2025

Politische Bildungsangebote zu den Themen Schule, Bildung und lebenslanges Lernen (50 %), Menschenrechte (49 %) sowie Umwelt und Klimawandel (46 %) stoßen im Jahr 2025 am häufigsten auf Interesse. Rassismus und Diskriminierung (45 %) sowie Zuwanderung und Integration (42 %), Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau (42 %), Internationale Politik und Zukunft Europas (41 %) sowie Möglichkeiten der politischen Beteiligung (37 %) finden jeweils mehr als ein Drittel der Befragten als Bildungsangebote interessant.

### Große Unterschiede bei Interesse nach Altersgruppen

Für Überlegungen zur Gestaltung der Angebote politischer Bildung ist die Auswertung nach Altersgruppen besonders relevant, weil das Interesse an einzelnen Themen sehr unterschiedlich über die Altersgruppen verteilt ist (Abbildung 64).

1 Ergebnisse für Eilige

2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt

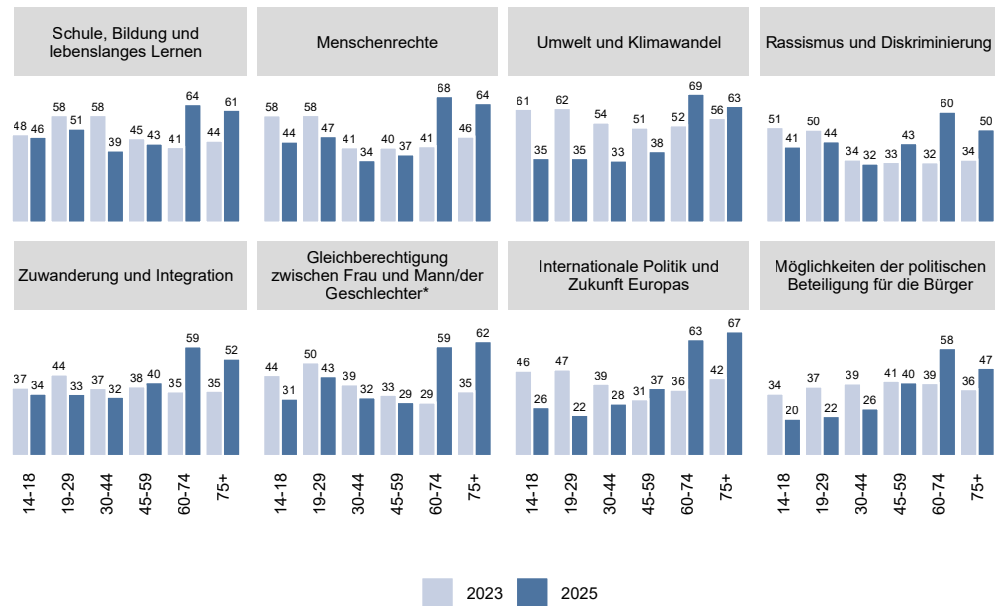
3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen

4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“

**5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**

6 Abbildungsverzeichnis

7 Fragebogen



Anteil Nennungen in %, Mehrfachauswahl möglich  
 \*Itemformulierung wurde zwischen 2023 und 2025 angepasst

Abbildung 64 – Interesse an Themen politischer Bildung im Vergleich der Altersgruppen und der Befragungen 2023 und 2025

### Großes Interesse bei Alten – Rückgänge bei Jungen und in der Mitte

Die 14- bis 25-Jährigen bekunden ein Interesse an einem insgesamt breiteren Spektrum an Themen, mit denen politische Bildung sie erreichen kann. Die am häufigsten genannten sind Schule, Bildung und lebenslanges Lernen (48 %), Menschenrechte (44 %) sowie Rassismus und Diskriminierung (41 %). Die Inhalte, die bei allen weiteren Altersklassen auf Interesse stoßen, werden dabei auch von einem Großteil der jungen Menschen genannt. Sämtliche Themen finden bei Menschen ab 60 Jahren den höchsten Zuspruch. Diese Altersgruppe zeichnet sich demnach durch ein vielfältiges Interesse an Themen aus, während Menschen mittleren Alters weniger unterschiedliche Inhalte nennen, zu denen sie Bildungsangebote wahrnehmen möchten.

### Denkaufgabe: Passt Angebot zu Bedürfnissen?

Ein Grund dafür könnten knappe Zeitbudgets in der Lebensmitte sein. Ein weniger breites Interesse an politischer Bildung zeigt sich auch bei Menschen mit formal niedriger und mittlerer Bildung. Für beide Zielgruppen wäre über alle vier Kompetenzdimensionen hinweg zu prüfen, ob die aktuell angebotenen Themen und Formate politischer Bildung wirklich zu den Bedürfnissen der Zielgruppen passen. Das gilt ebenso für die Gruppe der fragilen Demokraten. Ein Drittel von ihnen hat sich bei keinem der Themen in der geschlossenen Abfrage wiedergefunden. Das heißt nicht unbedingt, dass sie sich grundsätzlich nicht für politische Bildung interessieren. Es bedeutet nur, dass die vorgegebenen Themen keinen großen Anklang bei ihnen gefunden haben. Auch in diesem Fall wäre zu überlegen, wie die Angebotsseite als Stellschraube genutzt werden kann, um dauerhaft mehr Menschen für politische Bildung zu gewinnen.

## 5.3 Interesse an Formaten politischer Bildung und Mediennutzung

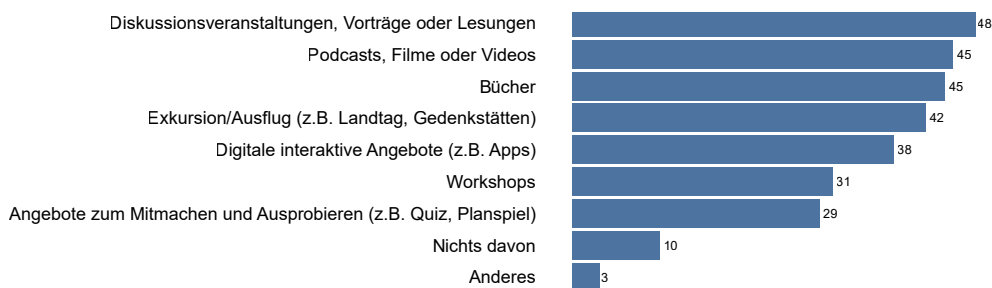
### Waffeln und Kneipenquiz – neue Wege bei Formaten

Das breitgefächerte Interesse an Themen der politischen Bildung zeigt: Politische Bildung braucht mehr Möglichkeiten, neue Formate auszuprobieren. Gerade im Social-Media-Bereich können auch trendige Themen genutzt werden, um Aufmerksamkeit zu erzeugen und politische Inhalte eher indirekt zu vermitteln. Aber auch in der analogen Welt kann politische Bildung durch Kooperationen mit Kunst und Kultur oder Sport und Kulinarik attraktiver wirken. Einige Kooperationspartner der Landeszentrale für politische Bildung, wie etwa die Demokratiewerkstatt Hesselberg-Südstadt in Wuppertal, leisten hier bereits Pionierarbeit: Poetry-Slam und Kneipenquiz oder eine leckere bergische Waffel sind dort

Instrumente politischer Bildung. Gerade da, wo sonst kaum noch frei zugängliche und öffentliche Räume für den sozialen Austausch vorhanden sind, kommt der aufsuchenden politischen Bildung mit solchen niedrigschwelligen Elementen eine Schlüsselrolle zu.

### Breites Interesse an unterschiedlichen Formaten

Politische Bildung vermittelt ihre Angebote in Nordrhein-Westfalen bereits heute über eine Vielzahl unterschiedlicher Formate.<sup>4</sup> Die Bandbreite hatte sich durch die Corona-Pandemie besonders um digitale Möglichkeiten erweitert. In der Befragung wurde das Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den unterschiedlichen Formaten mit einer geschlossenen Frage abgefragt (Abbildung 65).



Anteil Nennungen in %, Mehrfachauswahl möglich

Abbildung 65 – Interesse an Formaten politischer Bildung

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

Die Befragten äußerten am häufigsten, dass sie sich vorstellen können, an Diskussionsveranstaltungen, Vorträgen oder Lesungen (48 %) teilzunehmen. Podcasts, Filme oder Videos sowie Bücher zieht dafür jeweils knapp die Hälfte der Befragten (je 45 %) in Betracht, gefolgt von Exkursionen und Ausflügen (42 %) und digitalen interaktiven Angeboten wie Apps (38 %). Etwa jede dritte Person kann sich die Teilnahme an Workshops (31 %) oder Mitmachangeboten wie z. B. einem Quiz oder Planspiel (29 %) vorstellen, um sich zu politischen oder

gesellschaftlichen Themen zu informieren. Für jede zehnte Person (10 %) ist keines der genannten Formate attraktiv.

### Vergleich 2023 und 2025: kurzfristige Schwankungen oder Trends?

Im Trend zeigt sich, dass das Interesse an Formaten auch kurzfristigen Schwankungen unterliegt (Abbildung 66). Im Vergleich der Altersgruppen zeigt sich, dass das Interesse an einzelnen Formaten teils stark vom Lebensalter der Befragten abhängt (Abbildung 67).

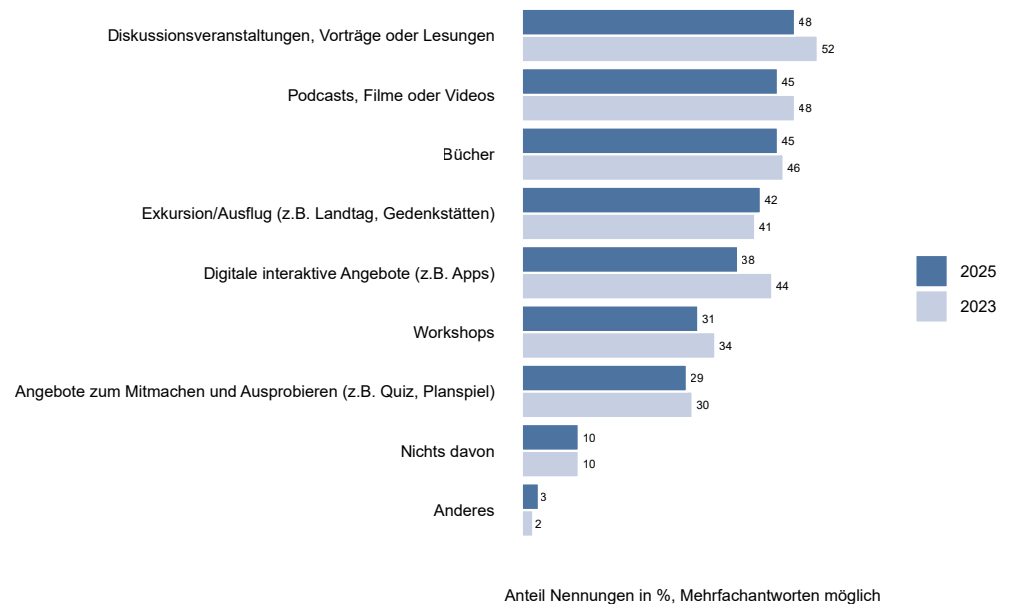


Abbildung 66 – Interesse an Formaten politischer Bildung im Trend 2023 und 2025

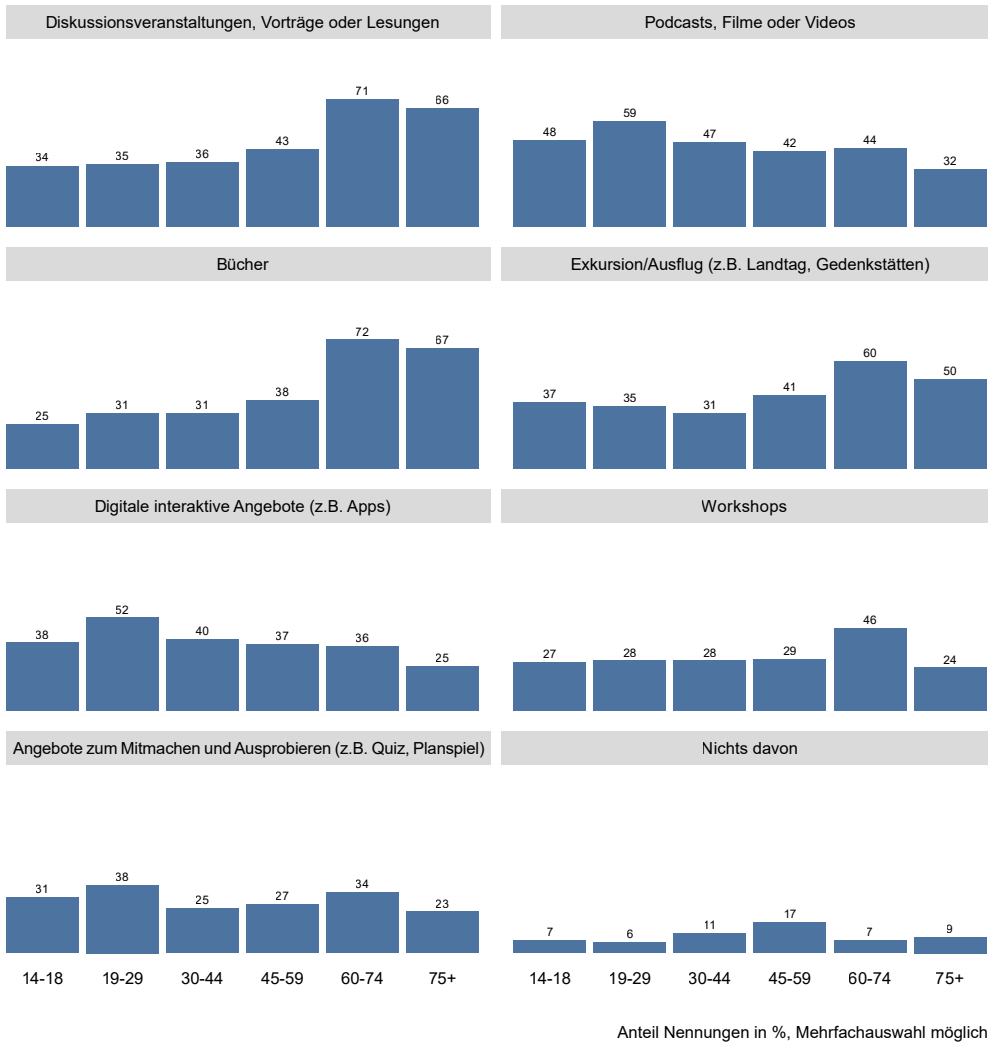


Abbildung 67 – Interesse an exemplarischen Formaten nach Altersgruppen

## Präsenz ist eher etwas für Ältere

Digitale und zeitunabhängige Angebote werden vor allem bei den 19- bis 25-Jährigen wichtiger. Hingegen stoßen klassische Diskussionsveranstaltungen, Vorträge und Lesungen bei dieser

Gruppe auf das geringste Interesse. Bei den Befragten ab 45 Jahren zeigt sich hingegen, dass sie sich eine Teilnahme an interaktiven Angeboten weniger vorstellen können, unabhängig davon, ob analog oder digital.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

## Auch bei Formaten: neue Zielgruppen ansprechen

Menschen mit formal niedriger Bildung fühlen sich von allen Formaten seltener angesprochen. Damit ist eine Entwicklungsaufgabe der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen klar konturiert: Die politische Bildung hat den Auftrag, stärker als bisher Formate zu entwickeln, die auch diese Menschen ansprechen und erreichen. Bei einigen Menschen muss politische Bildung das Interesse erst wecken und mit ihnen Kompetenzen und Fähigkeiten erlernen und erproben. Um die Menschen dazu zu bewegen, kann politische Bildung versuchen, sie

über lebensweltliche Themen aus dem Alltag zu erreichen. Dieser Ansatz der aufsuchenden politischen Bildung, der in den Demokratiewerkstätten bereits umgesetzt wird, hat nichts an Aktualität eingebüßt.

## Jüngere: soziale Medien weiter im Trend

Politische Bildung muss neue Wege der Ansprache im digitalen Raum finden. Das zeigt sich besonders deutlich, wenn man die Unterschiede in der Mediennutzung zwischen jungen Menschen und allen anderen Altersgruppen betrachtet (Abbildung 68).

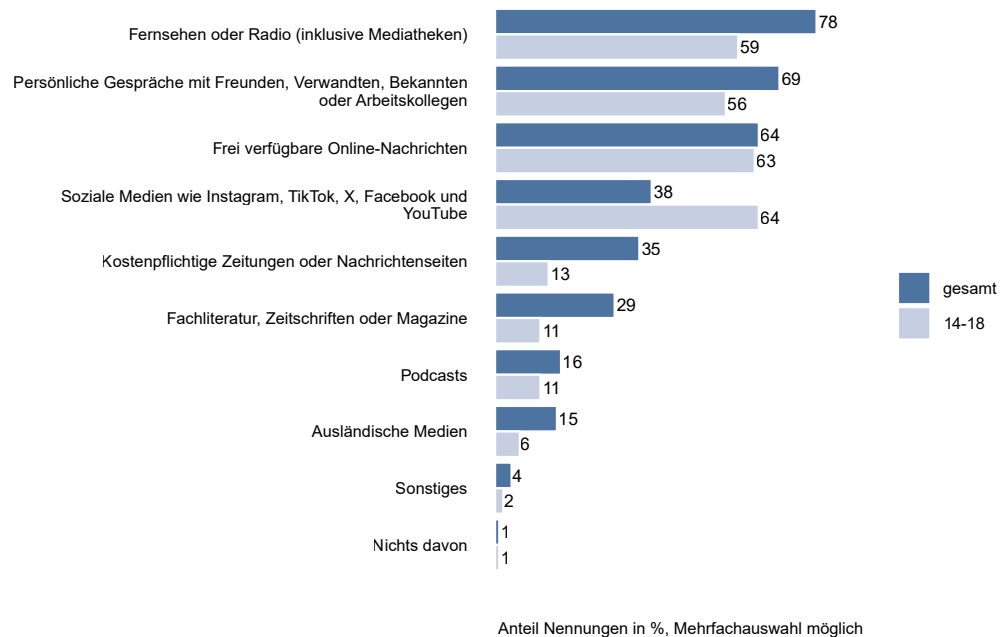


Abbildung 68 – Mediennutzung im Vergleich der Altersgruppen 14-18 Jahre und restliche Bevölkerung

---

Knapp zwei Drittel informieren sich über politische Themen und Entscheidungen vor allem über soziale Medien. Der Durchschnitt aller Befragten liegt bei einem Drittel. Die Nutzung sozialer Medien ist bei den Jüngeren deutlich breiter gefächert als bei den anderen Altersgruppen. Facebook wird von den 14- bis 18-Jährigen hingegen aber kaum noch als Informationsquelle genutzt.

### **Social Media als Chance für politische Bildung**

Für junge Menschen gilt: Die sozialen Medien sind *die* Medien. Information und Meinungsbildung finden fast ausschließlich auf digitalem Weg statt. Umso wichtiger ist es, dass politische Bildung beispielsweise auch mit Influencern als Multiplikatoren kooperiert. Influencer ermöglichen Jugendlichen in vielen Fällen eine leichtere Identifikation mit Themen. Gerade Tik Tok ist ein äußerst niedrigschwelliges Medium und besonders leicht und schnell konsumierbar. Influencer können durch die Wahrnehmung als „persönliche Freunde“ als Vorbilder dienen und eine Orientierung „auf Augenhöhe“ ermöglichen, die erwachsene Bildnerinnen und Bildner nicht im gleichen Maße bieten können. Die Landeszentrale hat diesen Ansatz daher bereits aufgegriffen und ist inzwischen auf Tik Tok präsent.

### **Auch in Social Media: Überwältigungsverbot achten**

Allerdings sind auch die potenziell manipulativen Aspekte eines Social-Media-Angebots zu berücksichtigen, denen das Überwältigungsverbot als unhintergebares Prinzip staatlicher politischer Bildungsarbeit in der Demokratie gegenübersteht. Social Media ist aufgrund kommerzieller Interessen der Plattformbetreiber teils darauf angelegt, insbesondere jugendliche Konsumentinnen und Konsumenten psychologisch zu überwältigen. Diesem inhärenten Bauprinzip sozialer Medien darf die politische Bildung aber nicht Folge leisten. Vielmehr muss sie auch in diesen Medien auf Differenzierung, Multiperspektivität und nachvollziehbare Kontroversität setzen. Bei der Mediennutzung zeigt sich nämlich auch, dass diejenigen, die ihrer Einschätzung nach in der Schule gelernt haben, sich zu informieren, auch mehr unterschiedliche Medien nutzen. Sie informieren sich breiter und beziehen ihre Informationen aus mehr Quellen. Dabei sind es vor allem Menschen mit Abitur oder Studium, die eher unterschiedliche Medien nutzen. Auch hier gibt es also einen Bildungseffekt, über den die außerschulische politische Bildung sich zumindest im Klaren sein sollte, damit eine Ansprache aller Zielgruppen auch im digitalen Raum gelingt.

## 5.4 Handlungsempfehlungen für die politische Bildung

### Kompetenz und Beutelsbacher Konsens bleiben maßgeblich

→ Die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen sollte sich weiterhin am didaktischen Maßstab der Kompetenz und am demokratischen Ethos des Beutelsbacher Konsens orientieren.

### Politische Bildung ist Chance und Prozess

→ Politische Bildung ist ein Angebot und eine Chance zu einem gleichermaßen individuell verankerten wie sozial eingebetteten Bildungsprozess. Sie erfolgt unter Achtung der persönlichen Würde und Integrität aller Bildenden und aller Teilnehmenden.

### Ausgewogenes Verhältnis: Zielgruppenorientierung und Grundbildung

→ Die politische Bildung in Nordrhein-Westfalen benötigt ein ausgewogenes Verhältnis von politischer Grundbildung und zielgruppenspezifischen Angeboten. Eventuell nötige Neujustierungen sind mit den Akteuren der politischen Bildung abzustimmen und ggf. auch durch eine professionelle Evaluation zu begleiten.

→ Um bestimmte Teile der Bevölkerung besser zu erreichen als bisher, sollten die Akteure der politischen Bildung in Nordrhein-Westfalen gemeinsam in einen strukturierten Prozess zur Erarbeitung eines Konzepts für politische Grundbildung eintreten. Politische Grundbildung ist das probate Mittel der politischen Bildung, um der abnehmenden Demokratiezufriedenheit und dem zunehmenden Legitimitätsverlust zu begegnen. Zugleich ist Realismus angezeigt: Politische Bildung ist eingebettet in ein gesellschaftliches, wirtschaftliches und mediales Umfeld, das sie mit ihren eigenen Mitteln nur begrenzt beeinflussen kann.

### Eigene Angebote genauer an Zielgruppen anpassen

→ Die Landeszentrale für politische Bildung sollte bei ihren eigenen Formaten stringenter als bisher zwischen den unterschiedlichen Zielgruppenorientierungen wie Expertinnen/Experten, Multiplikatoren und breitem Publikum/Bevölkerung/interessierter Öffentlichkeit unterscheiden.



### **Professionalisierung anregen und begleiten**

→ Die Landeszentrale für politische Bildung sollte ihren eigenen Beschäftigten und den Mitarbeitern der Einrichtungen politischer Bildung mehr Angebote in Richtung einer strukturierten und zertifizierten Professionalisierung mit fachlichen, berufspraktischen und berufsethischen Angeboten im Bereich der politischen Erwachsenenbildung machen.

### **Dauerhaftes Mitmachangebot „Demokratiertour“**

→ Demokratiebildung muss stärker als bisher direkt und spielerisch die Vorteile der Demokratie für jüngere Altersgruppen erlebbar machen. Die Landeszentrale für politische Bildung sollte dazu dauerhaft ein niedrigschwelliges Angebot „Demokratiertour“ entwickeln und vorhalten.

### **Landesstrategie für politische Erwachsenenbildung**

→ Der Landtag sollte eine Landesstrategie für politische Erwachsenenbildung beschließen, die sich am Kompetenzmodell orientiert und klare Handreichungen für die Landesverwaltung und die kommunale Ebene enthält.

### **Kontroversität stärken – Diskussionsformate vor Ort**

→ Die Landeszentrale sollte zentrale und regionale Diskussionsformate zu den wichtigsten Themen der Landespolitik anbieten, etwa nach dem Vorbild des Formats der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung „Kontrovers vor Ort – Fakten, Thesen, Argumente“.<sup>5</sup>

### **Historisch gewachsene Arbeitsbereiche neu zuschneiden**

→ Im Rahmen der bereits erfolgten Umstrukturierung der Landeszentrale für politische Bildung zum Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen sollte unter der noch zu bestimmenden Leitung und im guten Einvernehmen mit dem Kuratorium auch eine organisatorische Neuaufstellung der historisch gewachsenen Arbeitsbereiche der Landeszentrale initiiert werden.

### **Zeitzeugen der Gegenwart aus Diktaturen**

→ Die Landeszentrale sollte Zeitzeugenveranstaltungen mit Menschen aus Ländern, in denen nicht-demokratische Regime herrschen (z. B. Iran, VR China, Russland bzw. russisch besetzter Teil der Ukraine) oder die sich in einer Transformationssituation befinden (Venezuela), anbieten.

### **Verstetigung und Ausbau der aufsuchenden politischen Bildung**

→ Die Verstetigung und der Ausbau der Demokratiewerkstätten im Quartier als Format der aufsuchenden politischen Bildung bleibt sinnvoll: Es zeigt sich, dass die Angebote der politischen Bildung gerade in besonders herausfordernden Quartieren und ländlichen Räumen zu den Menschen kommen müssen und nicht umgekehrt.

### **Integration in bestehende Formate des Landtags**

→ Integration der Landeszentrale in die Formate des Landtags, wie „Landtag Lokal“, um Synergien zu nutzen und stärker als bisher in der Fläche Werbung für die repräsentative parlamentarische Demokratie zu machen.

- 1 Ergebnisse für Eilige
- 2 Auftrag, Struktur und Schwerpunkt
- 3 Demokratie in Nordrhein-Westfalen
- 4 Schwerpunktthema „Mitten unter Druck“
- 5 Politische Bildung in Nordrhein-Westfalen**
- 6 Abbildungsverzeichnis
- 7 Fragebogen

### **Themen aus dem Alltag nutzen, z. B. Sport**

→ Themen aus dem Alltag, wie z. B. Sport, sollten stärker für die politische Bildung genutzt werden. Andere Landeszentralen (z. B. Hessen) haben bereits Erfahrungen in der Kooperation mit Sportverbänden auf Landesebene.

### **Einrichtung von Außenstellen im Flächenland NRW**

→ Die Landeszentrale Nordrhein-Westfalen sollte nach dem Vorbild der baden-württembergischen Landeszentrale Außenstellen an verschiedenen Standorten im Land einrichten, um interessierten Bürgerinnen und Bürgern vor Ort Bildungsangebote der LpB zu vermitteln. Innerhalb der nächsten fünf Jahre sollte als Pilotprojekt eine Außenstelle in Münster eingerichtet werden.

### **Systematischer Transfer des Demokratieberichts**

→ Systematischer Transfer der Befunde aus dem Demokratiebericht in die Kommunikationsarenen der Landespolitik (Landesregierung, Landtag) und in die Praxis der Landesverwaltung (Ministerien und Behörden).

### **Weiterentwicklung zum Demokratiemonitor**

→ Weiterentwicklung des Demokratieberichts aufgrund der Notwendigkeit einer Verstärkung der wissenschaftlichen Begleitung in dem bisher etablierten Rahmen der empirischen, datenbasierten Demokratieforschung („Demokratiemonitor“).

### **Digital und analog zusammendenken**

→ Digitale und analoge Formate sollten stärker aufeinander bezogen und von vornherein, z. B. bei der Veranstaltungsplanung, zusammen entwickelt werden.

→ Mehr analoge und digitale interaktive Veranstaltungen, die zur Erprobung politischer Beteiligung einladen, z. B. Debatierwettbewerbe, Plan- und Rollenspiele für Jugendliche und junge Erwachsene, Wahl-O-Mat für Erstwählende.

→ Ausweitung des digitalen Angebotes in Form von Podcasts, Videos und Apps neben dem Weiterführen beliebter klassischer Formate wie Vorträge, Lesungen und Exkursionen.

### **Mitgestaltung bei Formaten ermöglichen**

→ Junge Menschen zwischen 14 und 18 Jahren als wichtige Zielgruppe mit digitalen sowie interaktiven Angeboten ansprechen, die sie selbst mitgestalten können, wie Podcasts, Diskussionsveranstaltungen und verschiedenste Mitmachaktionen, zum Beispiel zu Themen wie Menschenrechte und Diversität.

### **Fortführung des Publikationsangebots**

→ Fortführung des sehr gut etablierten und enorm reichweitenstarken Publikationsangebots mit ständiger qualitativer Schärfung und weitere Diversifizierung der Formate (siehe Sachbücher, Kinder- und Jugendbücher, Graphic Novel/Comics, Hörbücher, Spiele).



# 6

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Identifikation mit den Ebenen der politischen Gemeinschaft	15
Abbildung 2: Gesellschaftlicher Zusammenhalt	16
Abbildung 3: Einsamkeitsempfinden im Vergleich 2023 und 2025	17
Abbildung 4: Einsamkeitsempfinden nach Altersgruppen im Vergleich 2023 und 2025	18
Abbildung 5: Einsamkeitsempfinden nach Geschlecht im Vergleich 2023 und 2025	19
Abbildung 6: Einsamkeitsempfinden nach Altersgruppen und Geschlecht im Vergleich 2023 und 2025	20
Abbildung 7: Einsamkeitsempfinden nach Sozialstruktur (Einkommen, Schicht, Bildung)	21
Abbildung 8: Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit Lebensbedingungen in Nordrhein-Westfalen	22
Abbildung 9: Zufriedenheit im Vergleich 2021, 2023, 2025	23
Abbildung 10: Interesse an Politik im Vergleich 2023 und 2025	25
Abbildung 11: Politisches Interesse in der Anhängerschaft der Parteien	26
Abbildung 12: Wichtigste Probleme in Nordrhein-Westfalen, Mehrfachnennungen möglich	27
Abbildung 13: Wichtigste Probleme in Deutschland, Mehrfachnennungen möglich	28
Abbildung 14: Demokratieunterstützung 2023 und 2025 im Vergleich	30
Abbildung 15: Demokratieunterstützung nach Altersgruppen im Vergleich 2023 und 2025	31
Abbildung 16: Demokratieunterstützung nach Schulabschluss und Schichtzugehörigkeit	32
Abbildung 17: Demokratiekonzepte und Demokratieablehnung in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025	35
Abbildung 18: Veränderung Dimensionen der Demokratiekonzepte und der Demokratieablehnung 2023 und 2025 (geänderte Fragestellung bei „nationales Interesse“)	36
Abbildung 19: Grundlegende Demokratieunterstützung und Demokratieablehnung 2023 und 2025	38
Abbildung 20: Grundlegende Demokratiezustimmung und Demokratieablehnung auf der Links-Rechts-Skala 2025	40
Abbildung 21: Gesamtverteilung Befragte 3. Demokratiebericht über Links-Rechts-Skala, Abweichung zu 100 % bedingt durch Rundung und Antwortoption w. n. / k. A	41
Abbildung 22: Demokratietypen 2023 und 2025 im Vergleich	42
Abbildung 23: Verteilung Demokratietypen nach Alter und Bildungsabschlüssen	43
Abbildung 24: Demokratietypen auf der Links-Rechts-Skala	44
Abbildung 25: Demokratiezufriedenheit nach Altersgruppen	52
Abbildung 26: Demokratiezufriedenheit nach Einkommen	55
Abbildung 27: Demokratiezufriedenheit nach subjektiver Schichtzugehörigkeit	56
Abbildung 28: Demokratiezufriedenheit nach Bildungsabschluss	57
Abbildung 29: Demokratiezufriedenheit nach Alter und Bildungsabschluss	57
Abbildung 30: Demokratiezufriedenheit nach Geschlecht	59
Abbildung 31: Institutionenvertrauen, absteigend	61
Abbildung 32: Institutionenvertrauen Land und Kommune, exemplarischer Vergleich 2023–2025 nach Altersgruppen	62
Abbildung 33: Ideologische Kernbestandteile des Rechtsextremismus nach Altersgruppen	64

---

Abbildung 34: Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus n. Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss _____	65
Abbildung 35: Marxistischer Linksextremismus auf der Links-Rechts-Skala _____	66
Abbildung 36: Linksextremismus nach Altersgruppen _____	68
Abbildung 37: Linksextremismus nach Haushaltseinkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss _____	68
Abbildung 38: Sorgen der Menschen in Nordrhein-Westfalen im Jahr 2025 _____	70
Abbildung 39: Sorgen: Wohnen, Frieden, Arbeitsplatz nach Altersgruppen _____	71
Abbildung 40: Sorgen: Kriminalität, Rassismus, Zuwanderung nach Altersgruppen _____	72
Abbildung 41: Sorgen: Wohnen, Bürokratisierung, Klimawandel, Zuwanderung nach Einkommen _____	73
Abbildung 42: Sorgen: Wohnen, Frieden, Rassismus, Rechtsruck nach Schichtzugehörigkeit _____	74
Abbildung 43: Sorgen: Bürokratisierung, Klimawandel, Kriminalität, Linksruck, sozialer Zusammenhalt, Zuwanderung nach Schichtzugehörigkeit _____	74
Abbildung 44: Entwicklung der eigenen wirtschaftlichen Lage _____	76
Abbildung 45: Wirtschaftliche Lage nach Altersgruppen _____	77
Abbildung 46: Entwicklung wirtschaftliche Lage nach Einkommen, Schichtzugehörigkeit und Bildungsabschluss _____	78
Abbildung 47: Demokratiezufriedenheit und wirtschaftliche Lage _____	79
Abbildung 48: Lebenslagen-Index und Sozialstruktur _____	80
Abbildung 49: Lebenslagen und Demokratie _____	81
Abbildung 50: Lebenslagen-Index und Demokratietypen _____	82
Abbildung 51: Veränderungserschöpfung und Nachrichtenabstinenz _____	84
Abbildung 52: Veränderungserschöpfung und Nachrichtenabstinenz nach Alter und Geschlecht _____	85
Abbildung 53: Responsivität in Nordrhein-Westfalen 2025: Zuhören, Erklären, Handeln _____	88
Abbildung 54: Die Dimensionen von Responsivität nach Altersgruppen _____	89
Abbildung 55: Responsivität nach Alter im Vergleich zwischen 2023 und 2025 _____	90
Abbildung 56: Lebenslagen-Index und politisches Interesse _____	103
Abbildung 57: Politisches Interesse und Demokratietypen _____	104
Abbildung 58: Politisches Interesse 2023 und 2025 in den Altersgruppen im Vergleich _____	105
Abbildung 59: Einschätzungen zum politischen Kompetenzerwerb in der Schule bei 14- bis 25-Jährigen _____	106
Abbildung 60: Politischer Kompetenzerwerb im Vergleich der Schulformen _____	107
Abbildung 61: Wahrnehmung der politischen Selbstwirksamkeit im Jahr 2025 _____	109
Abbildung 62: Interesse an Themen der politischen Bildung _____	111
Abbildung 63: Interesse an Themen der politischen Bildung im Vergleich 2023 und 2025 _____	112
Abbildung 64: Interesse an Themen politischer Bildung im Vergleich der Altersgruppen und der Befragungen 2023 und 2025 _____	113
Abbildung 65: Interesse an Formaten politischer Bildung _____	114
Abbildung 66: Interesse an Formaten politischer Bildung im Trend 2023 und 2025 _____	115
Abbildung 67: Interesse an exemplarischen Formaten nach Altersgruppen _____	116
Abbildung 68: Mediennutzung im Vergleich der Altersgruppen 14–18 Jahre und restliche Bevölkerung _____	117

# 7

## Fragebogen der repräsentativen Befragung zum 3. Demokratiebericht Nordrhein-Westfalen 2025

1. In der Befragung verwenden wir Bewertungsskalen von 1 bis 6, wobei 1 zum Beispiel „sehr gut“ oder „sehr zufrieden“ bedeutet und 6 z. B. „sehr schlecht“ oder „überhaupt nicht zufrieden“. Mit den Zahlen 2 bis 5 können Sie Ihre Meinung jeweils abstufen. Die Bewertung erinnert Sie möglicherweise an Schulnoten.

Wenn wir Sie also jetzt zunächst fragen, wie zufrieden Sie mit dem Ergebnis der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 sind, dann bedeutet eine 1, dass Sie „sehr zufrieden“ sind und eine 6, dass Sie damit „überhaupt nicht zufrieden“ sind. Wie zufrieden sind Sie auf dieser Skala von 1 = „sehr zufrieden“ bis 6 = „überhaupt nicht zufrieden“ mit dem Ergebnis der Bundestagswahl am 23. Februar 2025?

- 1 = sehr zufrieden
- 2 ... 5
- 6 = überhaupt nicht zufrieden

2. In welchem Jahr sind Sie geboren?
3. Wie zufrieden sind Sie auf dieser Skala von 1 = „sehr zufrieden“ bis 6 = „überhaupt nicht zufrieden“ alles in allem mit Ihrer persönlichen Lebenssituation?
4. Und wie zufrieden sind Sie alles in allem – auf einer Skala von 1 bis 6 – mit den heutigen Lebensbedingungen und Lebensverhältnissen in Nordrhein-Westfalen?
5. Was sind Ihrer Meinung nach zurzeit die drei wichtigsten Probleme in Deutschland?
6. Und was sind Ihrer Meinung nach zurzeit die drei wichtigsten Probleme in Nordrhein-Westfalen?
7. Einmal ganz allgemein: Wie stark interessieren Sie sich auf einer Skala von 1 = „sehr stark“ bis 6 = „überhaupt nicht“ für Politik?
- 1 = sehr stark
  - 2 ... 5
  - 6 = überhaupt nicht
8. Wenn Sie sich in Nordrhein-Westfalen über politische Themen bzw. über politische Entscheidungen

informieren wollen, welche Informationswege nutzen Sie dann hauptsächlich? Ich lese Ihnen welche vor und Sie sagen bitte, welche auf Sie zutreffen oder nicht:

- Fernsehen oder Radio (inklusive Mediatheken)
- frei verfügbare Online-Nachrichten
- kostenpflichtige Zeitungen oder Nachrichtenseiten
- soziale Medien wie Instagram, TikTok, X, Facebook und YouTube
- persönliche Gespräche mit Freunden, Verwandten, Bekannten oder Arbeitskollegen
- Fachliteratur, Zeitschriften oder Magazine
- Podcasts
- ausländische Medien
- Sonstiges:
- nichts davon

Falls „soziale Medien im Internet“ genannt:

9. Welche sozialen Medien im Internet nutzen Sie, um sich über politische Themen bzw. über politische Entscheidungen zu informieren? Ich lese Ihnen welche vor und Sie sagen bitte, welche auf Sie zutreffen oder nicht:
- Facebook
  - X (vormals Twitter)
  - Bluesky
  - Instagram
  - TikTok
  - Telegram
  - YouTube
  - andere, und zwar:
10. Inwieweit stimmen Sie auf einer Skala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 6 = „stimme überhaupt nicht zu“ der folgenden Aussage zu: Die Demokratie ist das politische System, das am besten zu unserer Gesellschaft passt.
- 1 = stimme voll und ganz zu
  - 2 ... 5
  - 6 = stimme überhaupt nicht zu
11. Man kann unterschiedliche Vorstellungen davon haben, was eine Demokratie ausmacht. Bitte sagen Sie mir bei den folgenden Aspekten jeweils, ob dieser Ihrer Ansicht nach zu einer Demokratie gehört oder nicht. Verwenden Sie dabei bitte wieder die Skala von 1 bis 6,

wobei 1 bedeutet, dass der Aspekt „unbedingt zu einer Demokratie gehört“ und 6, dass der Aspekt „auf keinen Fall“ zu einer Demokratie gehört“.

- a) dass durch Wahlen Machtwechsel möglich sind
  - b) dass eine Gewaltenteilung besteht, also die grundsätzliche Trennung und Unabhängigkeit von Regierung, Parlament und Gerichten
  - c) dass Konflikte offen ausgetragen werden
  - d) dass bei politischen Entscheidungen Kompromissfähigkeit herrscht
  - e) dass Andersdenkende respektiert werden
  - f) dass Meinungsfreiheit und Pressefreiheit garantiert werden
  - g) dass Chancengleichheit besteht, also gleiche Aufstiegschancen und Teilhaberechte für alle, unabhängig von Herkunft, Hautfarbe, Alter oder Ähnlichem
  - h) dass Rechtsstaatlichkeit besteht, also dass Gesetze für alle Bürger und auch für die Regierung und die Verwaltung verbindlich gelten
  - i) dass es eine starke Führungsperson im Land gibt, die sich nicht um die Zustimmung des Parlaments kümmern muss
  - j) dass Rechte von Minderheiten per Volksabstimmung eingeschränkt werden können
  - k) dass die Regierungsmehrheit über die Besetzung hoher Richterämter wie z. B. Bundesverfassungsrichter bestimmen kann
  - l) dass das Ziel der Politik ausschließlich die Durchsetzung „nationaler Interessen“ sein sollte
- 1 = gehört unbedingt zu einer Demokratie
  - 2 ... 5
  - 6 = gehört auf keinen Fall zu einer Demokratie

12. Wie zufrieden sind Sie allgemein mit der Demokratie in Deutschland, also mit unserem gesamten politischen System, so wie es im Grundgesetz festgelegt ist? Bitte antworten Sie wieder anhand der Skala von 1 = „sehr zufrieden“ bis 6 = „überhaupt nicht zufrieden“.

- 1 = sehr zufrieden
- 2 ... 5
- 6 = überhaupt nicht zufrieden

13. Und wie zufrieden sind Sie mit der Demokratie in Deutschland, so wie sie tatsächlich funktioniert?

14. Neben der Demokratie gibt es ja noch andere Staatsformen. Inwieweit stimmen Sie auf einer Skala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 6 = „stimme überhaupt nicht zu“ den folgenden Aussagen zu möglichen anderen Staatsformen zu?

- a) Unter bestimmten Umständen ist eine Diktatur die bessere Staatsform.
  - b) Was Deutschland jetzt braucht, ist eine einzige starke Partei, die den Willen des Volkes insgesamt verkörpert.
  - c) Politische Entscheidungen sollten von einer starken Führungsperson getroffen werden, die keine Rücksicht auf das Parlament nehmen muss.
- 1 = stimme voll und ganz zu
  - 2 ... 5
  - 6 = stimme überhaupt nicht zu

15. Wenn Sie jetzt einmal an die verschiedenen öffentlichen Einrichtungen und Institutionen in Deutschland denken, bitte geben Sie jeweils an, inwieweit Sie den folgenden Gruppen auf einer Skala von 1 = „sehr großes Vertrauen“ bis 6 = „gar kein Vertrauen“ entgegenbringen.

- a) Bundesregierung
  - b) Landesregierung in Nordrhein-Westfalen
  - c) Bürgermeister Ihrer Stadt bzw. Gemeinde
  - d) Bundestag
  - e) Landtag in Nordrhein-Westfalen
  - f) Rechtssystem oder Gerichte
  - g) Polizei
  - h) Wissenschaft
  - i) öffentlich-rechtliche Medien
  - j) Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen
  - k) Parteien
  - l) Politiker
- 1 = sehr großes Vertrauen
  - 2 ... 5
  - 6 = gar kein Vertrauen

16. Nach dem Vertrauen in die verschiedenen Institutionen geht es uns nun um die Zufriedenheit mit ihnen. Wenn Sie an das politische Geschehen in Nordrhein-Westfalen denken, wie zufrieden sind Sie dann auf einer Skala von 1 = „sehr zufrieden“ bis 6 = „überhaupt nicht zufrieden“ mit der Arbeit ...?

- a) des Landtags von Nordrhein-Westfalen
  - b) der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen
  - c) des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen
- 1 = sehr zufrieden
  - 2 ... 5
  - 6 = überhaupt nicht zufrieden

17. Wenn nächsten Sonntag Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wäre, welche Partei würden Sie dann wählen?

- CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
- Grüne (Bündnis 90/Die Grünen)
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
- FDP (Freie Demokratische Partei)
- AfD (Alternative für Deutschland)
- Die Linke
- BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht)
- andere Partei, und zwar:
- weiß nicht
- würde nicht wählen
- bin nicht wahlberechtigt

18. Manche Leute sind politisch oder gesellschaftlich ziemlich aktiv, andere Leute finden dagegen oft keine Zeit oder haben kein Interesse, sich aktiv zu beteiligen. Wie ist das bei Ihnen?

- a) Haben Sie sich in den letzten 12 Monaten politisch über Wahlen hinaus engagiert, also beispielsweise an einer Demonstration teilgenommen, eine Petition unterzeichnet oder einen Politiker kontaktiert?
- b) Sind Sie in einem Verein, einem Verband oder einer anderen Organisation tätig oder führen Sie regelmäßig ehrenamtliche Tätigkeiten aus?
- ja
  - nein

19. In Deutschland neigen viele Menschen längere Zeit einer bestimmten politischen Partei zu, obwohl sie ab und zu eine andere Partei wählen. Wie ist das bei Ihnen: Neigen Sie – ganz allgemein gesprochen – einer bestimmten Partei zu und wenn ja, welcher?

- CDU (Christlich Demokratische Union Deutschlands)
- CSU (Christlich-Soziale Union)
- SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschlands)
- AfD (Alternative für Deutschland)
- FDP (Freie Demokratische Partei)
- Die Linke
- Grüne (Bündnis 90/Die Grünen)
- BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht)
- andere Partei, und zwar:
- nein, keiner Partei

Filter: 14 bis 25 Jahre

20. Denken Sie bitte einmal an den Unterricht zu politischen Themen in Ihrer Schulzeit. Wie sehr stimmen Sie auf einer Skala von 1 bis 6 den folgenden Aussagen zu Ihrer Schulzeit zu?

- a) Durch den Schulunterricht habe ich gelernt, mich selbstständig über Politik zu informieren.
- b) Ich habe viel über die Demokratie in Deutschland und wie sie funktioniert gelernt.
- c) Ich habe gelernt, mir ein eigenes Urteil über politische Streitfragen zu bilden.
- d) Ich kann meine eigene Meinung oder Position zu politischen Themen in der Öffentlichkeit/unter Freunden gut vertreten.
- e) Ich fühle mich gut vorbereitet, um mich in der Politik oder Gesellschaft einzubringen, wenn ich etwas ändern möchte.
- f) Ich hätte mir mehr politische Themen im Unterricht gewünscht.
- g) Aktuelle politische und gesellschaftliche Themen wurden im Unterricht selten behandelt.
- h) Im Unterricht wurde oft zum Diskutieren über politische und gesellschaftliche Streitfragen ermutigt.
- 1 = stimme voll und ganz zu
  - 2 ... 5
  - 6 = stimme überhaupt nicht zu

21. Ich nenne Ihnen nun verschiedene Themen aus den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Zu welchen der folgenden Themen können Sie sich vorstellen, an einem politischen Bildungsangebot teilzunehmen?

- die Funktionsweise unserer Demokratie und ihrer Institutionen
- Möglichkeiten der politischen Beteiligung für die Bürger
- Medien, Medienlandschaft und ihre Veränderungen
- Schule, Bildung und lebenslanges Lernen
- Menschenrechte
- Zuwanderung und Integration
- Internationale Politik und Zukunft Europas
- Wirtschaft und Globalisierung
- Umwelt und Klimawandel
- Rassismus und Diskriminierung
- Extremismus und Populismus
- Antisemitismus
- Landesgeschichte Nordrhein-Westfalens
- Gleichberechtigung zwischen Frau und Mann
- Rechte von Menschen diverser geschlechtlicher und sexueller Orientierungen

- anderes Thema, und zwar:
  - keins davon
22. Welche der folgenden Möglichkeiten würden Sie gern nutzen, um sich mit politischen und gesellschaftlichen Themen zu beschäftigen?
- Exkursion bzw. Ausflug, z. B. in den Landtag oder zu Gedenkstätten
  - Workshop
  - Angebote zum Mitmachen und Ausprobieren, wie zum Beispiel ein Quiz oder Planspiel
  - Diskussionsveranstaltungen, Vorträge oder Lesungen
  - digitale interaktive Angebote, z. B. Apps
  - Bücher
  - Podcasts, Filme oder Videos
  - anderes, und zwar:
  - nichts davon
23. Viele Menschen verwenden die Begriffe „links“ und „rechts“, wenn es darum geht, unterschiedliche politische Einstellungen zu kennzeichnen. Wenn Sie an Ihre eigenen politischen Ansichten denken, wo würden Sie diese auf einer Skala zwischen 1 und 10 einordnen? 1 bedeutet „links“ und eine 10 bedeutet „rechts“.
- 1 = links
  - 2 ... 9
  - 10 = rechts
24. Nun geht es um Ihre Einschätzung zu verschiedenen politischen Fragen. Inwieweit stimmen Sie auf einer Skala von 1 = „stimme voll und ganz zu“ bis 6 = „stimme überhaupt nicht zu“ den folgenden Aussagen jeweils zu?
- a) Wichtige politische Fragen kann ich gut verstehen und einschätzen.
  - b) Die Politiker kümmern sich darum, was einfache Bürger denken.
  - c) Ich traue mir zu, mich an einem Gespräch über politische Fragen aktiv zu beteiligen.
- 1 = stimme voll und ganz zu
  - 2 ... 5
  - 6 = stimme überhaupt nicht zu
25. Viele Menschen in Nordrhein-Westfalen haben unterschiedliche Überzeugungen, wie unsere Gesellschaft gestaltet sein sollte. Wir bitten Sie um Ihre Einschätzungen zu den folgenden Aussagen auf einer Skala von 1 bis 6.
- a) Ein Anreiz für Leistung besteht nur dann, wenn die Unterschiede im Einkommen groß genug sind.
  - b) Wenn der Sozialstaat die Menschen zu gut versorgt, haben sie keinen Grund, sich um eine Arbeit zu bemühen.
  - c) Der Staat sollte sich vor allem auf die Bewahrung der gemeinsamen Kultur und Traditionen konzentrieren.
  - d) Vor allem die gemeinsame Kultur hält unser Land zusammen.
  - e) Es ist gerecht, wenn alle Gruppen in der Gesellschaft gleichgestellt werden.
  - f) Das Wichtigste, was man seinem Kind beibringen kann, ist Mitgefühl mit denen, die es schwerer haben.
  - g) Die Gesellschaft muss sicherstellen, dass jeder Mensch seine Freiheit ausleben kann, solange er niemandem schadet.
  - h) Es wäre das Beste für alle, wenn jeder tun und lassen könnte, was er will – solange er sonst niemandem schadet.
26. Im Folgenden nenne ich Ihnen einige Meinungen, die man gelegentlich hört. Bitte geben Sie auf einer Skala von 1 bis 6 an, inwieweit Sie den Meinungen zustimmen. Eine 1 bedeutet „stimme voll und ganz zu“ und eine 6 bedeutet „stimme überhaupt nicht zu“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen.
- a) Nach den Wahlen hören sich die Politiker die Wünsche Ihrer Wähler an.
  - b) Nach den Wahlen erklären die Politiker den Wählern ihre politischen Entscheidungen.
  - c) Nach den Wahlen berücksichtigen die Politiker die Wünsche der Bürger.
27. Kreuzen Sie bitte bei den folgenden Aussagen an, inwieweit Sie den einzelnen Aussagen zustimmen.
- a) Der Sozialismus ist eine gute Idee, die in der Vergangenheit nur schlecht umgesetzt wurde.
  - b) Schlüsselindustrien müssen verstaatlicht werden.
  - c) Die Reichen und Mächtigen hindern die Bürger daran, ihren gerechten Anteil an dem zu bekommen, was sie verdient haben.
  - d) Der Kapitalismus ruiniert die Welt.
  - e) Die Länder der Dritten Welt werden von den Industrieländern rücksichtslos ausgebeutet.
  - f) Der amerikanische Imperialismus ist eine Bedrohung für den Weltfrieden.
  - g) Die DDR hatte mehr Vorteile als Nachteile.
  - h) Eine Diktatur kann unter bestimmten Umständen die beste Regierungsform sein.
28. Nun folgen noch ein paar weitere Aussagen und ich möchte Sie erneut bitten, mir auf einer Skala von 1 bis 6 zu sagen, inwieweit Sie diesen zustimmen oder nicht.
- a) Die Gesellschaft fällt eigentlich immer mehr auseinander.

- b) Die Herrschenden und Mächtigen in unserer Gesellschaft handeln gegen die Interessen der einfachen Bevölkerung.
- c) In Deutschland kann man nicht mehr frei seine Meinung äußern, ohne Ärger zu bekommen.
- d) Nur solange Deutschlands Traditionen bewahrt bleiben, können wir Minderheiten erlauben, so zu leben, wie sie möchten.
- e) Es gibt geheime Organisationen, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben.
- f) Unruhestifter sollten deutlich zu spüren bekommen, dass sie in der Gesellschaft unerwünscht sind.
- g) Einige Politiker haben es verdient, wenn die Wut gegen sie auch schon mal in Gewalt umschlägt.
- h) Wir sollten dankbar sein für führende Köpfe, die uns genau sagen, was wir tun können.
- i) Bewährte Verhaltensweisen sollten nicht infrage gestellt werden.
29. Kreuzen Sie bitte bei den folgenden Aussagen an, inwieweit Sie den einzelnen Aussagen zustimmen.
- a) Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.
- b) Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß.
- c) Wir sollten endlich wieder Mut zu einem starken Nationalgefühl haben.
- d) Eigentlich sind die Deutschen anderen Völkern von Natur aus überlegen.
- e) Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.
30. Und wenn Sie jetzt noch einmal an Ihre persönliche Lebenslage denken, im Vergleich damit, wie andere in Deutschland leben: Würden Sie sagen, dass Sie persönlich den gerechten Anteil am Lebensstandard erhalten? Bitte sagen Sie mir das auf einer Skala von 1 bis 6, wobei 1 bedeutet „erhalte den gerechten Anteil“ und 6 bedeutet „erhalte sehr viel weniger als den gerechten Anteil“. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstufen.
- 1 = erhalte den gerechten Anteil
  - 2 ... 5
  - 6 = erhalte sehr viel weniger als den gerechten Anteil
31. Es wird heute viel über die verschiedenen Bevölkerungsschichten gesprochen. Welcher Schicht rechnen Sie sich selbst zu?
- Unterschicht
  - Arbeiterschicht
  - untere Mittelschicht
  - mittlere Mittelschicht
  - obere Mittelschicht
  - Oberschicht
32. Wie beurteilen Sie Ihre derzeitige eigene wirtschaftliche Lage?
- 1 = sehr gut
  - 2 ... 5
  - 6 = sehr schlecht
33. Ist Ihre eigene wirtschaftliche Lage in den letzten ein bis zwei Jahren wesentlich besser geworden, etwas besser geworden, gleich geblieben, etwas schlechter oder wesentlich schlechter geworden?
- 1 = wesentlich besser geworden
  - 2 = etwas besser geworden
  - 3 = gleich geblieben
  - 4 = etwas schlechter
  - 5 = wesentlich schlechter geworden
34. Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen?
- a) um die Folgen des Klimawandels
- b) um die Erhaltung des Friedens
- c) um die Entwicklung der Kriminalität in Deutschland
- d) um den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft
- e) um die Zuwanderung nach Deutschland
- f) um Rassismus und Diskriminierung in Deutschland
- g) um den Rechtsruck in Deutschland
- h) um den Linksruck in Deutschland
- i) um die Bezahlbarkeit von Wohnen und Miete
- j) um die Bürokratisierung in Deutschland
- k) wenn erwerbstätig: um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes
- l) um etwas anderes, und zwar:
- 1 = keine Sorgen
  - 2 ... 5
  - 6 = große Sorgen
35. Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?
- a) Die ständigen Veränderungen in der Gesellschaft überfordern mich.
- b) Ich vermeide es bewusst, Nachrichten zu lesen oder zu schauen, weil sie mich emotional belasten.

c) Ich habe das Gefühl, dass ich mit meinen Ansichten immer weniger in die Gesellschaft passe.

36. Wie stellen Sie sich Ihre eigene Zukunft vor, also wie Ihr eigenes Leben so weitergehen wird? Antworten Sie bitte auf einer Skala von 1 = zuversichtlich bis 6 = düster.

- 1 = zuversichtlich
- 2 ... 5
- 6 = düster

37. Und wie ist es mit der Zukunft unserer Gesellschaft? Antworten Sie bitte auf einer Skala von 1 = zuversichtlich bis 6 = düster.

38. Wie schätzen Sie Ihre persönlichen Chancen ein, sozial aufzusteigen, also von einer niedrigen Bevölkerungsschicht in eine höhere Bevölkerungsschicht aufzusteigen?

- 1 = sehr gut
- 2 ... 5
- 6 = sehr schlecht

39. Wie schätzen Sie die Gefahr ein, dass Sie persönlich sozial absteigen. Würden Sie sagen, die Gefahr ist ...

- 1 = sehr hoch
- 2 ... 5
- 6 = sehr gering

40. Sind Sie ...

- männlich
- weiblich
- divers
- keine Angabe

41. Sind Sie zurzeit erwerbstätig? Unter Erwerbstätigkeit wird jede bezahlte bzw. mit einem Einkommen verbundene Tätigkeit verstanden, egal welchen zeitlichen Umfang sie hat. Sind Sie ...

- voll erwerbstätig
- teilzeitbeschäftigt
- in Altersteilzeit
- geringfügig erwerbstätig, in einem Mini-Job
- in einem „Ein-Euro-Job“ (bei Bezug von Arbeitslosengeld 2)
- gelegentlich oder unregelmäßig beschäftigt
- in einer beruflichen Ausbildung/Lehre
- in Umschulung
- freiwilliger Wehrdienst/Bundesfreiwilligendienst
- Schüler(in) an einer allgemeinbildenden Schule
- Student(in)
- nicht erwerbstätig

*Falls nicht Schüler(in):*

42. Welchen höchsten Bildungsabschluss haben Sie?

- ohne Haupt-/Volksschulabschluss
- Haupt-/Volksschulabschluss
- mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife
- Abschluss der Polytechnischen Oberschule (8./10. Klasse)
- Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule
- Abitur, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife
- Fach-/Hochschulstudium
- anderer Schulabschluss

*Falls Schüler(in):*

43. Welchen höchsten Schul- bzw. Bildungsabschluss streben Sie derzeit an?

- kein Abschluss
- Haupt-/Volksschulabschluss
- mittlere Reife, Realschulabschluss, Fachschulreife
- Fachhochschulreife, Abschluss einer Fachoberschule
- Abitur, allgemeine oder fachgebundene Hochschulreife
- Fach-/Hochschulstudium
- anderer Schulabschluss

*Falls nicht Schüler(in):*

44. Wo sind Sie hauptsächlich bzw. die meiste Zeit zur Schule gegangen?

- in Nordrhein-Westfalen
- in einem anderen Bundesland in Deutschland
- außerhalb Deutschlands

45. Welcher Religions- oder Glaubensgemeinschaft gehören Sie an?

- einer christlichen Religionsgemeinschaft
- einer muslimischen Religionsgemeinschaft
- einer jüdischen Religionsgemeinschaft
- einer anderen Religionsgemeinschaft
- keiner Religionsgemeinschaft

46. Welche Staatsangehörigkeit haben Sie?

- nur die deutsche
- die deutsche und eine andere
- nur eine andere

47. Sind Sie selbst oder Ihre Eltern nach 1955 nach Deutschland eingewandert?

- ja
- nein

*Falls eingewandert:*

48. Wo sind Sie geboren?

- Deutschland
- anderes Land:

*Falls eingewandert:*

49. Wo ist Ihre Mutter geboren?

- Deutschland
- anderes Land:

*Falls eingewandert:*

50. Wo ist Ihr Vater geboren?

- Deutschland
- anderes Land:

51. Wie kommt Ihr Haushalt mit dem monatlichen Einkommen zurecht? Beziehen Sie die Einkommen aller Haushaltsmitglieder mit ein.

- sehr schlecht
- schlecht
- relativ schlecht
- relativ gut
- gut
- sehr gut

52. Welche Aussagen treffen auf Ihre persönliche Lebenssituation zu?

- a) Ich treffe mich wenigstens einmal im Monat mit Freunden oder Verwandten, um gemeinsam etwas zu trinken oder zu essen.
  - b) Ich gehe regelmäßig Freizeitbeschäftigungen nach, auch wenn diese Geld kosten (z. B. Sport treiben, Sportveranstaltungen, Kino, Konzerte).
  - c) Ich gebe in der Woche ein bisschen Geld für mich selbst aus (z. B. für Zeitschriften, kleine Geschenkartikel oder zum Eis essen gehen).
- ja
  - nein, aus finanziellen Gründen
  - nein, aus anderen Gründen

53. Wie hoch ist das monatliche Nettoeinkommen Ihres Haushaltes insgesamt? Ich meine damit alle Einkünfte von allen Personen in Ihrem Haushalt.

Rechnen Sie bitte alle Einkünfte zusammen, die sich durch Arbeit, durch öffentliche Unterstützung, durch Vermietung und Ähnlichem ergeben.

- unter 1.000 EUR
- 1.000 bis unter 2.000 EUR
- 2.000 bis unter 3.000 EUR
- 3.000 bis unter 4.000 EUR
- 4.000 bis unter 5.000 EUR
- 5.000 bis unter 6.000 EUR
- 6.000 bis unter 7.000 EUR
- 7.000 bis unter 8.000 EUR
- 8.000 EUR und mehr

54. Wie viele Personen leben insgesamt (ständig) in Ihrem Haushalt? Bitte zählen Sie sich selbst dazu.

*Falls mehr als 1 Person im Haushalt:*

55. Leben Sie in Ihrem Haushalt mit einem Partner zusammen?

- ja
- nein

*Falls mehr als 1 Person im Haushalt:*

56. Wie viele Kinder unter 18 Jahren leben mit Ihnen zusammen im Haushalt?

57. Welche der folgenden Kategorien beschreibt am besten, wo Sie wohnen?

- Großstadt
- Rand oder Vorort einer Großstadt
- Mittel- oder Kleinstadt
- ländliches Dorf
- Einzelgehöft oder alleinstehendes Haus auf dem Land

58. Wie verbunden fühlen Sie sich auf einer Skala von 1 = „sehr verbunden“ bis 6 = „überhaupt nicht verbunden“ mit den folgenden politischen Ebenen und den dort lebenden Einwohnern?

- a) Ihrem Stadtteil bzw. Ihrem Ortsteil und seinen Einwohnern
- b) Ihrer Stadt bzw. Ihrer Gemeinde und den Einwohnern
- c) Nordrhein-Westfalen und seinen Einwohnern
- d) Deutschland und seinen Einwohnern
- e) Mit Migrationshintergrund: Dem Herkunftsland Ihrer Eltern bzw. Großeltern und seinen Einwohnern
- f) der Europäischen Union und ihren Einwohnern

- 1 = sehr verbunden
- 2 ... 5
- 6 = überhaupt nicht verbunden

1. Die folgenden Aussagen können mehr oder weniger auf Sie zutreffen. Bitte geben Sie bei jeder Aussage an, inwieweit diese auf Sie persönlich zutrifft.

- a) In schwierigen Situationen kann ich mich auf meine Fähigkeiten verlassen.
- b) Die meisten Probleme kann ich aus eigener Kraft gut meistern.
- c) Auch anstrengende und komplizierte Aufgaben kann ich in der Regel gut lösen.

- 1 = trifft voll und ganz zu
- 2 ... 5
- 6 = trifft gar nicht zu

2. Glauben Sie, dass man den meisten Menschen vertrauen kann, oder dass man im Umgang mit anderen Menschen nicht vorsichtig genug sein kann?

- 1 = den meisten Menschen kann man vertrauen
- 2 ... 5
- 6 = man kann nicht vorsichtig genug sein

3. Wie häufig kommt es vor, dass Sie sich persönlich einsam fühlen: Kommt das häufig, hin und wieder oder so gut wie nie vor?

- häufig
- hin und wieder
- so gut wie nie

**Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen**

Platz des Landtags 1  
40221 Düsseldorf

[www.politische-bildung.nrw](http://www.politische-bildung.nrw)  
[info@politische-bildung.nrw.de](mailto:info@politische-bildung.nrw.de)

Instagram/Facebook/YouTube: @lpbnrw